Deutschland im Kampf



9. 10. 40

Dieser Band enthält die Berichtszeit
vom 1. Januar bis 31. März 1940
Er ist aufgeteilt in drei Monatslieferungen

Deutschland im Kampf

Herausgegeben von

Ministerialdirigent A. I. Berndt
Reichspropagandaministerium

Oberstleutnant von Wedel
Oberkommando der Wehrmacht

Januar-Lieferung
(Nr. 9/10 der Gesamtlieferung)

Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin W9

Druck von A. Seydel & Cie. G. m. b. H., Berlin SW 61

Zeittafel

1. 1. 40 Aufruf des Führers an die Partei (S. 32).
Erlaß des Führers an die Wehrmacht (S. 34).
Tagesbefehle der Oberbefehlshaber der drei Wehrmachtteile (S. 35).
Aufruf Görings an das deutsche Volk (S. 37).
Neujahrsaufruf Himmlers (S. 37).
Aufruf Hierls an den Reichsarbeitsdienst (S. 38).
Neujahrsaufruf des Reichsjugendführers (S. 39).
Aufklärungsflüge gegen die Shetlands- und Orkney-Inseln (S. 28).

2. 1. 40 Reichswirtschaftsminister Funk spricht in Salzburg über die Notwendigkeit des Kriegssparens (S. 155).
Drei britische Bombenflugzeuge in der Deutschen Bucht abgeschossen (S. 28).

5. 1. 40 Errichtung der Auslandswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Berlin (S. 61).

7. 1. 40 Erste Rekrutenvereidigung in Posen (S. 60).

8. 1. 40 Großadmiral Dr. h. c. Raeder spricht vor den Werftbelegschaften (S. 51).

9. 1. 40 Deutsche Kampfflugzeuge vernichten acht feindliche Kriegs- und bewaffnete Handelsdampfer (S. 29).

10. 1. 40 Luftkämpfe an der Westfront (S. 29).
Drei britische Bomber in der Deutschen Bucht abgeschossen (S. 29).

12. 1. 40 Erfolgreicher Kampf deutscher Zerstörer gegen britische Bombenflugzeuge (S. 29).

13. 1. 40 Erinnerungstreffen in Lippe (S. 57).
Planmäßige und erfolgreiche Aufklärungsflüge gegen Frankreich und über der Nordsee (S. 30).

15. 1. 40 Vernichtung der britischen U-Boote „Starfish" und „Undine" (S. 30).
Verordnung über die Anmeldung feindlichen Vermögens (S. 142).
Sicherstellung des Vermögens des ehemaligen polnischen Staates (S. 143).
Anordnung zum Schutze des Großhandels (S. 156).

18. 1. 40 Erste Verordnung über die Technische Nothilfe (S. 143).

20. 1. 40 Eröffnung der Luftverkehrslinie Berlin—Moskau (S. 158).
Amerikanischer Protest gegen die britischen Kontrollmaßnahmen (S. 76).

21. 1. 40 „Asama-Maru"-Zwischenfall. Schärfster japanischer Protest gegen die britische Aktion (S. 78).

23. 1. 40 Rückkehr des Panzerschiffs „Deutschland" nach fast fünfmonatiger erfolgreicher Handelskriegstätigkeit; Umbenennung auf den Namen „Lützow" (S. 30).
Der britische Zerstörer „Exmouth" in der Nordsee vernichtet (S. 30).

24. 1. 40 Der Führer spricht vor 7000 Offiziersanwärtern (S. 60).

25. 1. 40 Britisches Aufklärungsflugzeug bei Duisburg abgeschossen (S. 31).

26. 1. 40 Deutsches U-Boot versenkt zwei Dampfer aus einem Geleitzug bei Porto (S. 31).

29. 1. 40 Sieben feindliche bewaffnete Dampfer und zwei Vorpostenschiffe durch deutsche Flugzeuge versenkt (S. 31).

30. 1. 40 Rede des Führers im Berliner Sportpalast (S. 40).
Wieder neun feindliche Kriegs- und bewaffnete Handelsschiffe durch deutsche Aufklärer versenkt (S. 31).



Frost, Nebel, zeitweise schwächeres, zeitweise stärkeres Artilleriefeuer, Spähtrupptätigkeit, Grenzüberwachungs- und Aufklärungsflüge kennzeichnen im Januar die Lage an der Westfront. Als ernster Gegner erwies sich vor allem der Winter, der die ganze Front in sein eisiges Regiment nahm. Frost und Schnee, gefrorene Wasserläufe, glatte Straßen stellten die Truppe vor schwierige Aufgaben. Trotz der erschwerten Umstände ließ sich das komplizierte Räderwerk von Front und rückwärtigen Gebieten durch den harten Winter nicht wesentlich hemmen. In dem von einer dichten Schneedecke überzogenen Gelände änderten sich nur die äußeren Umstände des Kampfes. Vorposten und Spähtrupps paßten sich der winterlichen Natur an. Wenn sie vor kurzem etwa ihre Stahlhelme mit Ästen oder Bodenfarbe tarnten, glitten nun weiß vermummte Gestalten durch den verschneiten Wald oder entzogen sich auf den Schneefeldern der Sicht des Feindes. Der Kleinkrieg um die Herrschaft des Niemandslandes wurde unaufhörlich fortgesetzt. Vor der feindlichen Widerstandslinie wurde auch im Januar nicht gewartet, sondern scharf geschossen.

Am 4. Januar berichtet das Oberkommando der Wehrmacht zwischen Mosel und Pfälzer Wald stärkeres Artilleriestörungsfeuer als in den Vortagen. Auch die Spähtrupptätigkeit war reger. Artilleriefeuer hüben und drüben und regere Schanztätigkeit brachten Bewegung in die Kampfzone. Der Feind nahm deutsche Kampfstände und Feldstellungen wieder unter M.G.-Feuer. Die Deutschen blieben die Antwort aber keinen Augenblick schuldig.

Immer wieder erkunden Spähtrupps die feindlichen Widerstandslinien, um deren Lage und Besetzungsstärke festzustellen. Ein Beispiel für viele bietet der folgende *Einzelbericht:*

„Es ist eine sternenklare, helle Mondnacht. Zu 2 Uhr waren wir geweckt worden. Gut, daß die kurze Nachtruhe vorbei ist. Das Ungewiß der kommenden Stunden schwingt selbst im Schlaf leise mit, und erst der Augenblick des Abmarsches löst diese Spannung und macht einem Gefühl der Sicherheit und kaltblütigen Überlegung Platz, das nötig ist für diese Unternehmungen im Vorfeld und im Niemandsland. Der Boden ist gefroren. Die Fahrspuren in den Wegen und die Trichter der Granateinschläge bedeckt eine dünne Eisschicht. Auf den Ästen der Büsche und Bäume glitzert und funkelt es leicht, es ist der Rauhreif. Weithin über den harten Boden hallt der Schritt des Wachpostens, der an uns vorüberzieht, als wir uns auf dem Marktplatz eines kleinen

deutschen Grenzstädtchens treffen. Zwei Mann fehlen noch. Plötzlich sind sie da, keiner hörte sie kommen. Wenn alle so leise treten, wird uns der französische Wachposten auch nicht hören.

Noch ist die tote Landschaft des Niemandslandes in den milchig weißen Duft des Mondlichts getaucht. Taghell liegt der lange Hügel vor uns, über den wir hinweg wollen. Jetzt kommen wir an dem stehenden Spähtrupp vorbei an der Waldecke, schlüpfen durchs Drahthindernis und sind in Feindesland. Leutnant G. kennt den Weg. Erst gestern war er draußen und hat die Lücke in der französischen Vorpostenkette entdeckt. Schon werden die Schatten länger, doch der Schein des Mondes enthüllt noch deutlich sichtbar alle Formen der Landschaft. Wir warten deshalb noch fast eine Stunde. Immer tiefer sinkt das nächtliche Gestirn, bald muß es versinken. ‚In fünf Minuten geht's vor!'

Wohl tausend Meter steigen wir den langgestreckten Hügel hinan, vorsichtig die Tritte setzend. Oben auf der Höhe sind französische Stellungen, gestern waren sie verlassen ... Geduckt schleichen wir uns auf der Höhe in einem Hohlweg auf die Gräben zu. Ein Sprung über die Erdhaufen, die davor liegen ... drin ... und mit entsicherter Pistole vor! Die sorgfältig ausgebaute Vorpostenstellung ist auch heute unbesetzt. Wir wollen noch beobachten. In einem splittersicher gedeckten Unterstand des Franzmannes warten wir eine weitere halbe Stunde. Jetzt geht der Weg wieder einige hundert Meter den Hügel hinab bis zu dem Dorf, an dessen Anfang eine Straßensperre liegt. Weit zur Linken von unseren jetzigen Stellungen sind schon französische Vorposten. Rechts und links vom Dorf zieht sich irgendwo die erste Verteidigungslinie des Gegners. Bis dorthin wollen wir vor. ‚Marsch!' heißt es da.

Die tagklare Helle ist in dieser halben Stunde verschwunden. Von den Wiesen steigen Nebelschwaden empor und verhüllen Büsche und Wälder, so daß ein Schleier über dem Lande liegt. Ein schwacher roter Schimmer zeigt die Stelle, wo der Mond untergegangen ist. Wie ein schützender Mantel umgibt uns der Dunst des Frühmorgens. ‚Sie bleiben als rückwärtige Sicherung hier!' befiehlt mir flüsternd der Leutnant. Wie Gespenster verschwinden die anderen Kameraden. Ich bleibe allein.

Ein Gefühl grenzenloser Einsamkeit löst die überstarke Spannung ab. Die Ungewißheit, wie das Geschehen ablaufen wird, jagt unaufhörlich die Gedanken durch das Hirn, um auf alle Möglichkeiten den richtigen Ausweg zu finden. Da fällt rechts sehr nahe ein Schuß! Nichts weiter. Doch Schritte tapsen. Das in der Nacht sehr feinhörige Ohr mag die Entfernung kürzer schätzen, als sie ist. Dennoch bestätigt sich die Annahme, dort rechts liegt eine besetzte französische Stellung. Artillerieeinschläge rollen dumpf in der Ferne. Ganz nahe raschelt es plötzlich, als käme dort jemand. Angestrengt schaue ich zu den beiden Baumstämmen hinüber, Sekunden vergehen, da flimmern die Augen, und die Baumstämme scheinen sich zu bewegen. Steht jemand dahinter? — Die übliche Täuschung, wenn man zu lange auf eine Stelle starrt. ... Nichts ist zu sehen, doch man fühlt es: Hier steht der Feind. Zur Linken und zur Rechten werden die Laute deutlicher vernehmbar. Die Unsern sind weiter vorn an der Arbeit. Man hört deutlich knackende Geräusche der Drahtschere. Sie durchschneiden jetzt das feindliche Drahthindernis. Zu beiden Seiten liegen starke französische Stellungen, wir sind jetzt einige Kilometer in Frankreich."

Doch zurück zum Ablauf des Januar! Nachdem die Vorpostenstellungen des Gegners abgetastet worden sind und mancher Spähtrupp hinter die feindlichen Linien vorgedrungen ist, tritt am 6. Januar vorübergehend wieder etwas mehr Ruhe ein, nicht nur am Oberrhein, wo es ohnehin keine besonderen Ereignisse gibt, sondern auch zwischen Mosel und Rhein, dem Abschnitt, in dem bisher am meisten Bewegung festzustellen war. Ein Londoner Sender benutzt diese „Ruhe" und läßt einen französischen „Militärsachverständigen" Kampfhandlungen erfinden, die in Wirklichkeit nie stattgefunden haben. Dieser Sachverständige, der offenbar nie im Operationsgebiet gewesen ist, behauptet, daß an den vorausgegangenen Nahkämpfen im Schnee etwa 2500 Mann, d. h. 1200 bis 1300 auf jeder Seite, beteiligt gewesen seien. Zeitweilig habe an der 200 Kilometer langen Front ein ununterbrochenes Bombardement mit Handgranaten, Minenwerfern und Artillerie stattgefunden. In Wirklichkeit sind, wie der deutsche Bericht demgegenüber feststellt, auch an Tagen, die sich durch lebhafte Spähtrupptätigkeit auszeichneten, nie derartige Kampfhandlungen vorgekommen.

Wohl aber wurde am 8. Januar im Grenzgebiet westlich von Merzig ein feindliches Spätruppunternehmen unter Verlusten für den Feind abgewiesen. Die feindliche Artillerie beschoß die Gegend von Perl und Oberperl sowie die Mulde ostwärts von Ritzingen. Der feindliche Spähtrupp hatte versucht, im Nebel gegen die deutschen Vorpostenstellungen vorzufühlen. Er wurde rechtzeitig erkannt, herangelassen und dann unter wirksames Feuer genommen. Nach kurzem Gefecht machte er kehrt und zog sich zurück. Deutsche Kräfte stießen energisch nach und fanden einen schwerverwundeten britischen Artillerieoffizier, der von dem Spähtrupp bei dem überstürzten Rückzug im Stich gelassen worden war. Damit wurde der erste Engländer an der Westfront gefangen. Der bald darauf seinen Verwundungen erlegene Oberleutnant ist bisher der einzige Brite geblieben, der sich vor unserer Front blicken ließ. Wochenlang war in den Berichten der französischen und englischen Presse von der Front-Bewährung des britischen Expeditionsheeres die Rede. Es war aber keinem deutschen Soldaten beschieden, außer in dem einen Fall, einen Briten an der Westfront zu sichten.

Wieder mag eine Einzelschilderung ein Bild geben von dem, was unsere Front im Westen Tag und Nacht leistet. Diesmal gilt es einer *Beobachtungsstelle der Panzerabwehr.* Der Bericht lautet:

„Von hier aus müssen wir einen halbstündigen Fußmarsch auf eine Höhe antreten, denn der Weg, der hinaufführt, wird vom Feind eingesehen, und der hat die unangenehme Gewohnheit, sofort mit Artillerie herüberzuschießen, wenn er größere Bewegungen in diesem Gelände beobachten kann. Unser Weg mündet bald in einen hohen Buchenwald. Es geht steil bergan, und uns wird warm unter den dicken Mänteln, obwohl hier oben der schneidende Wind durch die Buchen fegt. Wir stapfen durch den Wald und kommen dann bald an den vorderen Waldrand. Nur wenige hundert Meter vor uns verläuft die Linie der Grenzsteine. Der Blick schweift über die lothringische Gebirgslandschaft, aus der hier und da im leichten Dunstschleier die Kirchtürme und Giebel der Grenzdörfer aufragen.

Zwischen zwei hohen Buchen reckt sich eine rohgezimmerte lange

Leiter empor. Wir klettern über ihre Sprossen hinauf und stehen dann inmitten der Baumkronen auf einer Plattform. Gut getarnt hockt hier oben der Beobachter am Scherenfernrohr. Er hat den Kopfschützer über die Ohren gezogen und ist gut eingemummt in einen dicken Mantel. Unentwegt schweift sein Blick weit über das Land jenseits der Grenze, und sobald sich auch nur die geringste verdächtige Bewegung drüben bemerkbar macht, drückt er die Augen an die Linsen des Scherenfernrohrs, das die fernen Höhenrücken so nahe heranbringt, daß ihm kein Vorgang, keine Bewegung und vor allem aber kein anrollender feindlicher Panzerwagen verborgen bleibt.

Hinter ihm, unten in einer Buschgruppe versteckt, liegen seine Kameraden, mit denen er zusammen hier oben in der B-Stelle Wache hält. Sie kennen das Vorgelände wie er, und er kann ihnen seine Beobachtungen von oben herunter zurufen. Kommt dann der Franzmann, so ist die Abteilung in Sekundenschnelle alarmiert. Irgendwo hinter der Höhe liegt eine Panzer-Abwehr-Kompanie bereit, die binnen wenigen Minuten die Geschütze in die vorbereiteten Feuerstellungen gebracht hat, um dann den feindlichen Panzerkampfwagen einen freundlichen Empfang zu bereiten.

Die Männer der B-Stelle hier oben wissen, ihr Dienst ist nicht leicht. Tag und Nacht müssen sie auf dem Posten sein und die Augen offenhalten. Alle paar Stunden wird der Mann auf dem Hochstand von einem Kameraden abgelöst. Der eine ruht, der andere wacht. So geht es Tag für Tag. Das Warten und Wachen reißt an den Nerven, aber ruhig und zuversichtlich erfüllen die wackeren Panzer-Abwehr-Männer auch hier ihre Pflicht, so wie es im abwechslungsreichen Bewegungskrieg in Polen getan haben."

Am 10. Januar meldet das Oberkommando der Wehrmacht an einzelnen Stellen wieder lebhaftere örtliche Artillerietätigkeit. Sie steht zum Teil im Zusammenhang mit Spähtruppunternehmungen. Die Erkundung mehrerer Abschnitte der feindlichen Front ergibt, daß einige Ortschaften im Vorfeld, die bisher von Franzosen besetzt waren, zur Zeit feindfrei sind. Weiter vordringende Spähtrupps konnten die Aufstellungen der Vorposten der Gegner im einzelnen feststellen. Zu nennenswerten Kampfhandlungen ist es dabei aber nicht gekommen. Bei Altenheim am Rhein haben die Franzosen sich im Januar erstmalig bemüht, Lautsprecher-Propaganda in die deutschen Linien zu tragen. Freilich mit untauglichen Mitteln. Sie hatten nicht damit gerechnet, daß jeder Angriff auf den Führer von der Truppe zurückgewiesen würde. Die Lautsprecher verstummten sofort, als sie nach vorheriger Warnung wegen ihrer abfälligen Äußerungen gegen den Führer unter wirksames Feuer genommen wurden.

Am 11. Januar wurde ein feindlicher Vorstoß im Grenzgebiet südlich Saarbrücken in sofortigem Gegenstoß abgewiesen. Er galt den deutschen Sicherungen über den Kreuzberg ostwärts von Forbach. Dabei gelang es den Franzosen, die durch schwere Waffen verstärkte Kräfte eingesetzt hatten, für kurze Zeit in die Linie der deutschen Vorposten einzudringen. In schwungvollem Gegenstoß wurde die Lage von der örtlichen deutschen Kompanie aber in kürzester Frist wiederhergestellt und der Feind

zurückgeschlagen. Er ließ Tote und Verwundete zurück. Durch einen Flankenangriff wurden bei dieser Gelegenheit auch Gefangene gemacht, die einem französischen Kolonialregiment angehörten, nachdem der Feind durch einen unerwarteten Überfall aus der Fassung gebracht worden war.

Wie so ein Angriff durch verschneites Unterholz sich abspielt, das möge das folgende *Erlebnis* dartun.

„Angriff durch verschneites Unterholz. Erst mal den Pferden eine Decke über den Rücken, dann sich selbst die Arme um den Bauch geschlagen, und schon rollt das Blut wieder lustig in den Adern. Brandenburgische Infanterie hat zu allen Zeiten und bei jedem Wetter ihren Mann gestanden, Da wird nicht gezittert und gefragt, da geht's 'ran. So um Morgengrauen wird der kleine Ort erreicht, in dem die Kompanien sich für den Angriff bereitstellen sollen. Die Fahrzeuge fahren in Fliegerdeckung. Die Fahrer sitzen ab, ihr Hackengeklapper hört sich an wie sanftes M.G.-Feuer. Die Ortsausgänge werden gesichert. Fühlung mit dem Feind muß aufgenommen werden, also Späher voraus. Bald kommen von den Steilhängen Radfahrer wie Sturzbomber in beängstigendem Tempo heruntergesaust. Es geht los! Die ersten Meldungen laufen ein.

Die Kompanien entfalten sich in ihren Abschnitten und werden an die Ausgangsstellungen unter Ausnutzung der Geländemöglichkeiten herangezogen. Das hört sich alles ganz einfach an. Aber nach einem anständigen ‚Morgenspaziergang' jetzt über steingewordene Ackerschollen sich vorarbeiten, ist kein Volksfest. Glücklicherweise hat Frau Holle eine dünne weiße Steppdecke ausgebreitet. Schließlich ist jeder Landser ein Schneemann, beste Tarnung. Sie ist schon deshalb notwendig, weil bei jedem Schritt nach vorn die dunklen Punkte sich im aufkommenden Sonnenlicht auf der Schneefläche zu sehr abheben und ein gutes Ziel bieten würden.

Mein M.G.-Zug hat den Feuerschutz der rechten Flanke übernommen. Die Verbindung zu den Nachbarbataillonen wird hergestellt. Die Kompanien erreichen einen Wald und kriechen durch dichtes Unterholz weiter vor. Gruppe auf Gruppe verschwindet. Sanitätssoldaten haben einen Suchhund mit. Auf das Kommando ‚Volle Deckung' legt er sich genau so lang wie seine zweibeinigen Kameraden. Das Schlachtfeld scheint leer. Stille vor dem Sturm. Daß es 15 und mehr Kältegrade sind, spürt keiner mehr.

Die Kompanieführer erhalten die letzten Anweisungen. Um 11.40 Uhr wird angetreten. Stellungen für die schweren M.G.s sind erkundet; sie übernehmen den Feuerschutz schon bei der Bereitstellung. Die Gewehrführer schieben sich vor und überprüfen das Schußfeld. Die M.G.s werden in Deckung fertiggemacht und auf Zuruf auf ihren Schlitten in Stellung gezogen. Noch einmal weisen die Zugführer ihre Gruppen ein. Erst wenn Ziele erkannt sind, sollen die M.G.s feuern. Kein Schuß darf vorher das Gewehr verlassen. Schon ist der Feind aus seiner Ruhe aufgestöbert. Noch weiß er nicht, was ihm bevorsteht; aber an seiner Nervosität, die sich in gelegentlichen Feuerüberfällen äußert, kann man erkennen, daß er auf der Hut ist. Äußerste Vorsicht ist daher geboten. Nichts darf die Angriffsabsichten verraten. Vor den feindlichen Stellungen liegt eine tiefe Senke. Die muß im ersten Sprung erreicht wer-

den, sonst gibt es Dunst. Die M.G.s werden entsprechend eingesetzt, auch der I.G.-Zug weiß Bescheid.

Der Tanz kann beginnen. Die Kompanieführer haben die Uhren in der Hand. Minuten werden zu Ewigkeiten. Noch vier Minuten, noch drei, noch zwei ... und jetzt, jetzt brechen die Schützenreihen der Elften als erste aus dem Walde; rechts schließen sich die Gruppen der Zwölften an. Schräg ist die Front, genau ausgerechnet, um eine geschlossene Wirkung zu erreichen. Sekunden später setzt feindliches Feuer ein, aber zu spät. Die Kompanie hat das Tal erreicht. Die Überraschung ist gelungen. Die Angriffsmaschinerie läuft. Weit auseinandergezogen die M.G.-Gruppen, im notwendigen Abstand untereinander, um der feindlichen Artillerie keinen Massenmord zu ermöglichen, geht es vorwärts. Die erste Welle kommt sofort in Feindberührung. Eingraben unmöglich, der Boden ist wie Beton. Hinein in jede Mulde. Ackerschollen werden zu Stahlplatten. Jeder Schritt Boden muß erkämpft werden. Aber die Kompanien lassen nicht locker. Sie haben sich festgebissen. Und jetzt noch ein Satz, vorher noch einmal tief Luft geholt, und dann 'ran an den Feind! Granatwerfer brechen den letzten Widerstand. Schüsse krachen, Seitengewehre blitzen. Infanterie greift an und ... siegt."

Vereiste Straßen, Treibeis auf den Flüssen und Frostwetter hindern die Bewegungen an der Westfront mehr und mehr. Bemerkenswert ist, daß wiederholt polnische Soldaten überlaufen. So melden sich am 11. Januar allein drei Polen bei den deutschen Vorposten. Diese Polen, die in die französische Armee eingestellt waren, hatten keine Lust, für England und das ihm hörige Frankreich umsonst zu kämpfen.

Auch die zweite Hälfte des Monats Januar bringt keine wesentlichen Änderungen an der Westfront. In Spichern, das im Niemandsland hinter den gleichnamigen Höhen liegt, wurde ein Mann einer französischen Arbeitskompanie von deutschen Soldaten gefaßt, der keine Ahnung davon hatte, daß sein Heimatdorf Spichern schon vor Wochen von den Franzosen aufgegeben war. Spichern bietet im übrigen, so heißt es in einem deutschen Bericht, ein trauriges Bild des Zerstörungswerkes, das die zurückgehenden französischen Truppen hier seinerzeit hinterlassen haben. Daß es mit allen Mitteln verteidigt werden sollte, davon zeugen nicht nur die feldmäßigen Befestigungen in der Umgebung, sondern auch die Baracken am Dorfeingang, durch die eine sechsfache Sperre errichtet worden ist. Das Innere der Häuser bietet ein trostloses Bild. Es gibt so gut wie nichts darin, was unbeschädigt ist. So vermittelt Spichern den Eindruck, daß dort in sinnloser Weise alles zerschlagen wurde, als die französischen Truppen im vergangenen Jahr unter dem nachhaltigen deutschen Druck die Höhen bei Spichern räumen mußten.

Am 20. Januar brachte ein Spähtrupp zwischen Mosel und Pfälzer Wald mehrere Gefangene ein. Im Rahmen der geringen feindlichen Artillerietätigkeit wurde die Gegend Oberperl, Hammelsberg und Schneeberg beschossen. Das Feuer wurde von der deutschen Artillerie erwidert, und die deutschen Geschütze nahmen feindliche Stellungen bei Apach unter Feuer. Die Franzosen haben die zwischen Apach und Diedenhofen gelegenen Dörfer geräumt. Ihre Begründung, daß das wegen des Einsatzes von deutschen Langrohrgeschützen geschehen sei, ist nicht zutreffend. Augenscheinlich halten

es die militärischen Stellen des Gegners für geboten, die Zivilbevölkerung weiter ins Innere des Landes zu schaffen, um ihrerseits unbeobachtet militärische Vorkehrungen treffen zu können.

Im letzten Drittel des Monats beschränkt die Kältewelle, die in ganz Europa aufgetreten ist, die Kampfhandlungen an der Westfront auf ein Mindestmaß. Nur Spähtruppunternehmungen werden nach wie vor durchgeführt. Im allgemeinen stand die Westfront im Januar im Zeichen der Spähtrupps, bei dem sich das überlegene Können des deutschen Soldaten zeigte. Hier bewies der Infanterist, daß die Truppe von dem gleichen Geist beseelt ist wie 1914, und daß sich nur die Kampfweise geändert hat. Offizier, Unteroffizier und Soldat standen in zahlreichen Erkundungen am Feind. Schnell und entschlossen führten sie ihre Aufträge durch, bereit, wenn nötig, im Kampf Mann gegen Mann das Letzte zu wagen.

Die Luftwaffe voran!

Gleich mit dem ersten Tag des neuen Jahres wurde die Aufklärung gegen die Shetland- und Orkney-Inseln fortgeführt, um die bisherigen Erkundungsergebnisse zu ergänzen. Feindliche Flugzeuge hatten am 31. Dezember nachmittags versucht, die deutsche Nordseeküste anzufliegen. Sie wurden jedoch frühzeitig erkannt und abgewehrt. Der englische Rundfunk allerdings hißte Siegesflaggen. Er behauptete, daß sich während der Weihnachtsfeiertage 260 britische Flugzeuge auf Patrouillendienst befunden hätten. Offenbar sind sie aber über dem englischen Festland geblieben, jedenfalls konnten sie mit geringen Ausnahmen über der Nordsee nicht festgestellt werden. Wohl aber wurden am 3. Januar drei britische Vickers-Wellington-Bombenflugzeuge modernster Bauart von deutschen Messerschmitt-Flugzeugen abgeschossen, als sie in die deutsche Bucht einzufliegen versuchten. Der „Adler von Friesland" gibt einen ausführlichen Bericht von diesem Neujahrsgruß des bekannten Jagdgeschwaders Schumacher an England. Schwarmführer Leutnant H. erzählte folgende Einzelheiten:

„Am Dienstag nachmittag flog ich mit vier Zerstörern vom Typ Messerschmitt Sperre bei Helgoland. Plötzlich erhielt ich durch Funk den Befehl, auf West bis Nordwest zu gehen. Unsere Maschinen schlugen sofort den neuen Kurs ein und hielten eine durchschnittliche Höhe von 3000 bis 4000 Metern. Zuweilen stießen wir bis auf 6000 Meter hoch, doch herrschte dort starker Dunst. Kein Engländer würde darin fliegen. In dieser Annahme gingen wir wieder auf unsere alte Höhe zurück. Längere Zeit flogen wir so in dem uns zugewiesenen Raum etwa 80 Kilometer westlich von Helgoland, ohne etwas zu finden. Als ich Kurs West bis Südwest fliegen ließ, bemerkte ich plötzlich in weiter Entfernung drei dunkle Punkte, die ich zuerst für deutsche Aufklärer hielt. In einem Kilometer Entfernung jedoch erkannte ich an dem spitzen hohen Leitwerk englische Vickers-Wellington-Maschinen, die ich schnell anflog,

um mich über ihre Bewaffnung zu unterrichten und danach meinen Angriff zu fliegen. Nur ein weißer Ring deutete das englische Hoheitsabzeichen an. Alles andere verschwand in der braungrünen Tarnungsfarbe. Die Engländer hatten uns längst gesehen, kümmerten sich aber kaum darum, sondern flogen in Ostrichtung weiter. Ihr Ziel war anscheinend Helgoland. Ich ging sofort zum Angriff über und erhielt dabei starkes Abwehrfeuer. Feldwebel F. war indes auf den mittelsten Engländer gestoßen und hatte ihn in kurzer Zeit erledigt. Die beiden Engländer flüchteten nun in leichter Rechtskurve nach Süden. Erneut griff ich an und schoß dem einen aus nächster Nähe eine Ladung in die rechte Tragfläche, worauf der Gegner abrutschte. Im Notwurf warf er noch etwa acht bis zwölf Bomben aus der Maschine, die auf dem Wasser explodierten. In Steilkurve folgte ich ihm und sah, wie er senkrecht auf das Wasser aufschlug und bald versank. Ich selbst hatte acht Treffer in meiner Maschine. Mit nur einem Motor flog ich nach Hause zurück, wo die Begeisterung über den neuen Luftsieg natürlich groß war."

Und nun erzählt Feldwebel F. von seinem siebenten Luftsieg. „Als ich die Engländer sah und als solche erkannte, setzte ich mich hinter sie und griff sie an. Das vereinte Abwehrfeuer der Heckschützen der drei Maschinen traf naturgemäß meine Maschine zuerst, doch stürzte ich mich entschlossen auf den Gegner und nahm mir den mittelsten auf das Korn. Innerhalb kurzer Zeit explodierte er in der Luft und flatterte aus 3500 Metern auf das Wasser. In aller Nähe beobachtete ich seinen vollständigen Untergang. Mit einem Motor — der andere war mir gleich dem meines Schwarmführers zerschossen worden — brachte ich meine Maschine glücklich über die Nordsee zum Flughafen, wo wir uns alle natürlich zuerst um den verletzten Kameraden bemühten."

Auch der Gefreite G., der sich mit 15 Feindflügen das Eiserne Kreuz bereits in Polen geholt hat, war bei diesem Kampf mit einem Abschuß beteiligt. Er sah den letzten Engländer fluchtartig den Kampfraum verlassen und jagte ihm nach. Aus fast 4000 Meter Höhe war der Gegner mehr als 3000 hinabgestoßen, doch alles half ihm nichts mehr. Schon beim ersten Angriff stürzte er zerschossen hinab und klaschte schwer auf die Wogen der Nordsee, darin jeder englische Flieger, der sich der deutschen Küste zu nahe wagt, sein Grab finden soll."

Auch am 4. Januar wurde ein britisches Kampfflugzeug vom Typ Blenheim abgeschossen. Das Unternehmen begann kurz nach 9 Uhr mit dem Überfliegen luxemburgischen Hoheitsgebietes. Nach dieser Neutralitätsverletzung wurde der Brite von einem deutschen Jäger empfangen und durch wohlgezielte Feuerstöße erledigt, bevor er sich im belgischen Luftraum in Sicherheit bringen konnte. Umgekehrt führte die deutsche Luftwaffe am gleichen Tage ungestört Erkundungsflüge gegen Frankreich und über der Nordsee durch. Auch am 5. wurde die Aufklärungstätigkeit der Luftwaffe gegen Großbritannien und Frankreich fortgesetzt, ebenso am 7.

Am 10. Januar wurden bei einem Vorstoß deutscher Kampfflieger gegen die englische und schottische Küste in schnellem Zugreifen Schiffe von zusammen über 15000 Tonnen vernichtet, und zwar Kriegs- und bewaffnete Handelsschiffe, im ganzen vier. Englische Jagdflugzeuge, die aufgestiegen waren, um den Erkundungsvorstoß der deutschen Flugzeuge abzuwehren, kamen zu spät und wurden ohne Schwierigkeiten

durch die große Geschwindigkeit der deutschen Flugzeuge abgehängt. Die deutschen Flugzeuge kamen unversehrt in den Heimathafen zurück.

Ein Versuch der Engländer, Vergeltung zu üben, nahm für sie einen bösen Ausgang. Neun britische Kampfflugzeuge vom Muster Bristol-Blenheim versuchten am 11. Januar Flugzeuge an der deutschen Küste mit Bomben anzugreifen. Sie wurden von vier deutschen Flugzeugen gestellt, und die Engländer gingen sofort bis dicht über das Wasser hinunter und drehten ab. Die deutschen Flugzeuge stießen aber nach und erledigten in kürzester Zeit drei Gegner. Eine vierte britische Maschine wurde schwer beschädigt. Sie hat, da sie unter stärkster Rauchentwicklung abflog, vermutlich den Heimathafen nicht mehr erreichen können. Die deutschen Flugzeuge kehrten auch aus diesem Kampf gegen eine mehr als doppelte Überlegenheit ohne Verluste zurück.

An der Westfront griffen die beiderseitigen Luftstreitkräfte am 11. aktiver als in der letzten Zeit ein. Es kam an verschiedenen Stellen zu kurzen Luftkämpfen. Bei Colmar wurde eine französische Potez 63 und südlich Perl eine Morane abgeschossen. Ein deutsches Flugzeug wurde bei der Verfolgung eines Feindes in der Gegend von Colmar durch Bodenberührung vernichtet.

Der 12. Januar brachte dann der deutschen Luftwaffe einen besonders großen und verdienten Erfolg. Wieder hatte sie die Aufklärung der englischen und schottischen Ostküste und der Shetlands fortgesetzt. Die britische Flak- und Jagdabwehr trat an verschiedenen Stellen in Tätigkeit. Nördlich Jarmouth kam es zu einem Luftkampf zwischen vier Spitfire-Jagdflugzeugen und deutschen Aufklärern. Ein britisches Flugzeug wurde abgeschossen und stürzte unter starker Rauchentwicklung ab. An der schottischen Küste wurden drei britische Vorpostenboote und ein bewaffneter Handelsdampfer, der das Feuer auf die deutschen Aufklärer eröffnet hatte, angegriffen und vernichtet. Die ausgedehnte Aufklärung der deutschen Luftwaffe löste an vielen Stellen der englischen und schottischen Küste Alarm aus, auch an Punkten, an denen deutsche Flugzeuge bis dahin nicht bemerkt worden waren. Daraus geht hervor, daß der Erkundungsvorstoß sich über das ganze Küsten- und Seegebiet von der Themsemündung bis zu den Shetland-Inseln erstreckt hat.

Eine gewisse Aufklärungstätigkeit entwickelten auch britische Flugzeuge, die z. T. wieder unter Verletzung der holländischen Neutralität, allerdings in großer Höhe, in Westdeutschland einzufliegen versuchten. Nur eine einzige Bristol-Blenheim wurde über deutschem Gebiet gesichtet. Das Flugzeug wurde nach kurzem Kampf von deutschen Jägern abgeschossen.

Einen völligen Mißerfolg erzielten die Engländer auch am 3. Januar mit dem Versuch, deutsche Zerstörer durch Bombenflugzeuge in der deutschen Bucht anzugreifen. Nur zwei Angreifern gelang es, ohne jeden Erfolg Bomben abzuwerfen. Der eine wurde abgeschossen, der andere beschädigt. Die übrigen sechs britischen Flugzeuge drehten schon unter der Wirkung des gut liegenden Abwehrfeuers der Zerstörer vorher ab. So blieb auch dieser Versuch in seinem Anfang stecken, ja es wurde nicht einmal versucht, den Angriff zu wiederholen. So abschreckend wirkte auf die Briten die se-

kundenschnelle Abwehr, die sofort beim Erkennen der Flugzeuge einsetzte. Über den Kampf selbst berichtet ein *Teilnehmer:*

„Eine Gruppe unserer Zerstörer braust durch die graugrüne, stark bewegte Nordsee. In wilder, verwegener Jagd preschen sie auf der Suche nach feindlichen Einheiten und Handelsschiffen, die es wirklich noch wagen sollten, reich beladen nach England zu fahren. Weder am Tage noch in der Nacht läßt sich irgendwo eine Rauchfahne blicken. Mehrfach sehen wir aber Holztrümmer, Balkenteile, Rettungsringe und sonstige Überbleibsel von Schiffen, die ihre Fahrt nach England trotz unserer Warnung antraten und von unseren U-Booten versenkt werden mußten.

Die Brückenbesatzung, Offiziere und Mannschaften, die zahlreichen Ausguckposten, über das ganze Deck verteilt, halten schärfste Wacht. Flaks und Geschütze stehen in ständiger Bereitschaft. Bei diesem für die feindlichen Flieger ausgezeichneten Angriffswetter muß jeden Augenblick mit ihrem Auftauchen gerechnet werden.

An diesem Januar-Vormittag frischt es bis Windstärke 7 auf. Bei der hohen Fahrt jagt ein Brescher nach dem anderen über die Back und über die Brücken. Da plötzlich werden achteraus zwei Flugzeuge ausgemacht. Von der Brücke wird Fliegeralarm durchgegeben. Die Alarmglocken schrillen und rasseln durch die Decks über das ganze Boot hin. Die Freiwache rast an Deck. Die Männer kommen so herangestürmt, wie sie sich im Augenblick angekleidet befanden, der eine ohne Überzieher, der andere in Segeltuchschuhen, der dritte ohne Mütze, nur hinauf — hinauf — hinauf, um nicht eine Sekunde zu spät zu kommen zum Schuß auf den Briten! Kein Mensch merkt etwas von der Kälte, von der salzigen Nässe der überkommenden Brecher. Da achteraus, Steuerbord, da kommen sie, zwei tiefer fliegende und sechs höher darüber. ‚Kommt nur an, ihr Burschen!' Die Männer an den Entfernungsmessern auf den Leitständen sagen fortlaufend Abstand und Höhe. Es steht fest, daß es sich nach der Bauart, nach der Art des Anfliegens unseres Bootes, einwandfrei um britische Maschinen handelt, die uns angreifen wollen.

Nicht einen Funken von Erregung sieht man den Männern auf der Brücke und an den Leitständen und bei den Geschützen an. Gesammelte Kraft mit dem unbedingten Willen zum Kampf, zur Vernichtung des Gegners spricht aus ihren Gesichtern und Bewegungen, sie warten auf den Befehl: Feuererlaubnis! Die acht Briten kommen näher. Die zwei tiefer fliegenden jagen heran, wollen uns von der Steuerbordseite her fassen. ‚Feuererlaubnis!' Da kracht schon bei der ersten Silbe die Flak los, faßt mit den ersten Schüssen das Ziel. Wir sehen, wie die Schüsse schräg in die Kanzel der ersten Maschine schlagen. Sie neigt sich nach vorn, erst langsam, dann immer schneller, kurvt mit Vollgas nach links, senkt immer mehr die Spitze und kracht etwa hundert Meter vor unserem Bug auf Backbordseite ins Wasser. Noch im halben Aufschlagen geht die Maschine restlos in Trümmer. Ein großer Ölfleck, Holztrümmer, Polstersitze, Fallschirme, und die Leichen der drei Flieger treiben an uns vorbei. Vom ersten Schuß bis zur Vernichtung der Lokhead-Maschine vergingen 25 Sekunden!!!

Die zweite tief liegende Maschine jagt in unserem Feuer um den Bug und wird auf der Backbordseite nochmals von unserer Flak gefaßt.

Wieder konnten wir einwandfrei die Treffer in ihrer Breitseite feststellen. In höchster Fahrt und in Kurven kann sie sich dem Feuer entziehen. Inzwischen kommen die übrigen sechs hochfliegenden Briten auf etwa 2000 Meter Entfernung in einer Höhe von ungefähr 2500 Meter an die mit höchster Fahrt laufende Zerstörergruppe heran. Sie werden von den Flak unserer Zerstörer sogleich unter Dauerfeuer genommen. Als die ersten Schüsse ebenfalls sofort dicht am Ziel liegen, gehen sie höher und kommen noch etwas näher; aber das zielsichere Feuer unserer Flak veranlaßt sie, wahllos von zwei Maschinen je zwei Bomben abzuwerfen, die weit hinter uns in die See gehen. Die vier letzten Maschinen kurven hoch, drehen ab, vereinigen sich mit den übrigen und jagen davon."

Die von der britischen Propaganda unter dem 13. Januar verbreitete Meldung, britische Aufklärer seien bis über Österreich, Mähren und Nordostdeutschland vorgestoßen, trifft selbstverständlich nicht zu.

Und immer wieder, Tag für Tag, unternimmt die deutsche Luftwaffe an der Westfront sowohl wie gegen England Aufklärungsflüge. Das Heer braucht wie die Luftwaffe und Kriegsmarine Augen, die weit in den Feind reichen. Die *Aufklärungsstaffeln* sind diese Augen. Die Tätigkeit einer solchen Staffel aufzuzeigen, soll die Aufgabe der nachfolgenden Zeilen sein:

„Spätnachmittag auf der Bildstelle der Staffel. Bild reiht sich an Bild auf dem großen Arbeitstisch und zeigt eine wichtige Eisenbahnstrecke in Feindesland, Bahnhof auf Bahnhof, jeder Streckenteil wird unter die Lupe genommen. Beobachter und Flugzeugführer, die den Flug durchgeführt haben, arbeiten zusammen mit dem Bildoffizier und den Auswertern an der Auswertung auch unbedeutendst erscheinender Kleinigkeiten. Im Kopierraum entsteht gleichzeitig Kopie nach Kopie, die in die Auswertung wandert.

In mühevoller Kleinarbeit entsteht das Bild des Eisenbahnverkehrs auf der überflogenen Strecke, das Bild einer Transportbewegung. Jeder Zug wird auf seine Zusammensetzung geprüft — das ist der Anhalt für die Bewertung der Transporte; jeder Bahnhof, besonders die großen Verschiebebahnhöfe, zeigen in ihrer Belegung, ob der Feind dort besondere Maßnahmen, wie zum Beispiel Zusammenstellung von Leermaterial zu Transportzügen oder aber Abstellung von beladenen Zügen, getroffen hat, oder ob der Bahnhof als normal friedensmäßig belegt angesprochen werden kann. So also entsteht das Bild einer Eisenbahnüberwachung, und es findet seinen Niederschlag in der Bildmeldung an die Armee.

Um nun die Fühlung mit der Eisenbahntransportbewegung, die nach dem Aufklärungsergebnis vermutet ist, nicht zu verlieren, hat der Staffelkapitän vorsorglich eine Besatzung zur Nachtaufklärung eingeteilt und ihr den entsprechenden Auftrag erteilt. Gerade kommt die Besatzung aus der Befehlsstelle, um nach dem Besprechungsraum zu gehen. Dort hängen Übersichtskarten über das Feindgebiet, die Aufstellung der feindlichen Flak, soweit sie aus den bisherigen Flügen bekannt ist, und die durch die Jagdabwehr besonders gefährdeten Räume.

Beobachter, Flugzeugführer und Bordfunker besprechen jetzt an Hand der Karten die Einzelheiten ihres bevorstehenden Fluges. Der

Beobachter, der den vorhergehenden Flug geflogen hat, gibt der neu eingeteilten Besatzung Auskunft über diese und jene taktische Einzelheit seines Fluges und über die von ihm erkannte Feindabwehr. Während das alles, Flugweg, Flughöhe, Navigation und Funkverkehr, innerhalb der Besatzung durchgesprochen wird, hat sich eine sternenklare kalte Nacht über den Feldflugplatz gesenkt.

Durch knirschenden Schnee sind die Warte zum Flugzeug gestapft. Die Tarnung wird abgenommen, mit einigen kräftigen Ho—ruck wird das Flugzeug etwas vorgeschoben. Die Motoren werden angelassen und laufen warm. Inzwischen macht der Funkgerätewart das Funkgerät und der Waffenwart die Waffen klar, während der Bombenwart die Fallschirmleuchtbomben einbaut.

Die Besatzung kommt, dick eingemummelt in die warme Winterkombination und Pelzstiefeln. Die Motoren werden abgebremst, der erste Wart meldet sein Flugzeug startklar. Der Staffelkapitän gibt letzte Anweisungen an die Besatzung, die drei Männer steigen ein.

Da sieht man über den Platz kleine Lichter huschen, und in wenigen Minuten steht, nur für eine kurze Zeitspanne aufgebaut, die dreifarbige Lichterreihe der Startbahn, die Hindernisbefeuerung flammt auf. Und schon zieht unser Vogel im schneestaubenden Start vom Platz weg in die Winternacht. Ganz auf sich allein gestellt, nur das Dröhnen der Motoren in den Ohren, nimmt die Besatzung ihren bei Nacht doppelt schweren Dienst wahr. Langsam gewinnt der Vogel Höhe, das Auge gewöhnt sich an die Dunkelheit, der Horizont und Einzelheiten des Geländes werden kenntlich. Noch eine kurze Prüfung des Funkgeräts, und nichts gibt mehr Verbindung zur Heimat als der Summerton der Peiler. Während der Flugzeugführer das Flugzeug auf dem befohlenen Kurs hält, versuchen die Augen des Beobachters mit angestrengtester Aufmerksamkeit das Dunkel zu durchdringen. Als dunkle Masse heben sich die Wälder, als graue Schatten die Orte, soweit sie bei der herrschenden Verdunkelung überhaupt zu erkennen sind, aus der Schneelandschaft ab, als schwarze Bänder und Linien ziehen sich Flüsse, Straßen und Eisenbahnen durch das Gelände.

Jetzt ist der Aufklärungsraum erreicht — die Hauptaufgabe kann beginnen. Die Orientierung — auf präzisester Kleinarbeit und dem Einprägen der Kartei bei der Flugvorbereitung aufgebaut und durch Peilung überprüft — war richtig; die erste aufzuklärende Station wird überflogen. Unbeweglich liegt die Bahnhofsanlage da, kein Lichtschein verrät irgendeinen Verkehr. Eine Fallschirmleuchtbombe könnte leicht Licht in den Bahnhof bringen, überlegt der Beobachter bei sich — aber es gibt wichtigere Bahnhöfe bei diesem Auftrag.

Also weiter über die Strecke! Viel Dunst liegt jetzt im Tal und erschwert die Orientierung wie auch die Aufklärung. Endlich aber findet das wachsame Auge die verschwimmende Masse des großen Verschiebebahnhofs — eine Leuchtbombe fällt, und schlagartig ist die große Anlage in taghelles Licht getaucht. Jetzt gilt es, möglichst viele Einzelheiten in kürzester Zeit zu erfassen und sie sich so einzuprägen, daß sie beim Abflug zu Papier gebracht werden können. Stark bestellter Verschiebebahnhof, viele hundert Waggons, teilweise zu Zügen zusammengestellt, zahlreiche Lokomotiven unter Dampf, große Lokomotivbehandlungsanlage, ein Zug verläßt gerade den Bahnhof nach Norden. — Das ist das Resultat der kurzen Leuchtzeit der Bombe.



Auf treuer Wacht am Rhein

Phot.: P.K. Boyer (Scherl)



Der unüberwindliche Schutzwall im Westen

Phot.: P.K. Kropf (Weltbild)

Da, plötzlich am wieder nachtdunklen Himmel, ein, zwei, drei, viel und mehr tastende Strahlen — und schon ist das Flugzeug von den Scheinwerfern gefaßt. Nur das Blindflugkönnen des Flugzeugführers bringt das Flugzeug bald wieder aus dem Leuchtbereich — und doch waren schon die Leuchtspuren leichter Flak in unangenehmer Nähe.

Weiter zieht der Vogel seinen Weg, Aufklärungsergebnisse werden aufgezeichnet, bis nach Stunden der Auftrag beendet ist und die Peilung heimwärts weisen darf. Bekannter und bekannter wird das Gelände, dort ist der Fluß und da der große Wald ein paar Kilometer südlich des Platzes, und jetzt allmählich das Gas weg — die Lichterreihe der Landebahn hebt sich aus dem Dunkel — noch eine Platzrunde, und schon setzt das Flugzeug nach glücklich beendetem Feindflug auf und rollt aus. Schon sind die Lichter der Landebahn wieder verschwunden, und tiefe Dunkelheit liegt wieder über dem Platz.

Von den Warten wird der Vogel an seinem Liegeplatz wieder in Empfang genommen, die Besatzung steigt aus und vertritt sich die steifen Beine. Aber die Meldung ist wichtig, und schon geht's im Kraftwagen zur Befehlsstelle.

Die Ergebnisse des Fluges werden schriftlich festgelegt und dem Staffelkapitän vorgelegt. Nach dessen Entscheidung wird der Beobachter seine Meldung fernmündlich sofort an die Armee weitergeben."

Am 20. Januar kam es bei Aufklärungsflügen gegen Frankreich bei der Grenzüberwachung zu Luftkämpfen über dem französischen Frontbereich. Ein deutsches Flugzeug ging verloren. Auch am 26. Januar berichtet das Oberkommando der Wehrmacht Jagdeinsatz unserer Luftwaffenverbände an der Westfront und Aufklärungsflüge gegen Großbritannien. Durch ein deutsches Messerschmitt-Jagdflugzeug wurde in der Gegend von Duisburg ein britischer Eindecker abgeschossen, der über das Ruhrgebiet aufklären wollte. Das feindliche Flugzeug wurde von dem deutschen Jäger beim Sperrefliegen gesehen, sofort angenommen und mit einigen wohlgezielten Feuergarben heruntergeholt. Es handelte sich um ein britisches Aufklärungsflugzeug vom Muster Bristol-Blenheim.

Der Monat Januar brachte an seinem Ende, am 29. und 30., noch einmal umfassende Aufklärungsflüge der Luftwaffe von den Orkneys bis zur Themsemündung. Zahlreiche bewaffnete Handelsdampfer und Vorpostenboote wurden versenkt. Dabei wurde die englische Ostküste auf Strecken von mehr als 100 Kilometer im Landwege abgeflogen. Im Luftkampf mit drei englischen Jägern konnte eine der angreifenden Maschinen des Gegners abgeschossen werden. Die deutschen Staffeln erreichten ohne Verluste ihre Heimatplätze. Ein Bericht schildert diesen *kühnen Vorstoß* vom 30. Januar wie folgt:

„*Weit auseinandergezogen liegen die Flugzeuge seit zwei Stunden auf ihrem Kurs. Grau liegt die See unter ihnen. Böen schütteln bisweilen die Flugzeuge. Hagel, Schnee und Regenschauer zischen über das Glas der Kanzel, während kilometerweite Gebiete mit einem dichten Schleier vom Nebel verhangen sind.*

Wir steigen hinein in jene Enge der Nordsee, die südlich in die Straße von Calais übergeht und auf der Karte wie ein gewaltiger Rachen sich ausnimmt. Das ist beileibe kein Flugwetter, wie man es sich als Ideal denken möchte. Es ist vielmehr jenes ‚Churchill-Wetter', unter dessen Schutz das englische Reich sich sicher glaubt. In den Kopfhörern ertönt das Wort ‚Land'.

... Ein schwarzer Streifen dringt im Westen aus dem Meer. Kaum zu erkennen im Dunst von Wolken und Regen, ein kahler, verblassender Schatten: Englands Küste. Die Wolkenhöhe liegt bei 300 Meter. Fast 2 Kilometer ist jetzt die Sicht, die von Minute zu Minute besser wird. In unmittelbarer Nähe der Küste, deren Umrisse deutlich hervortreten, nimmt die Maschine ‚KB' ihren Weg nach Süden. Ein Leuchtturm liegt in greifbarer Nähe. Drüben lassen sich Häuser und Fabrikschornsteine deutlich ausmachen. Da hinten aber, im flachen Land, liegen, weit über die Küste verteilt, die Nester der englischen Jäger. Das deutsche Kampfflugzeug ist längst in ihrer Reichweite, ohne daß eine feindliche Tragfläche sich sehen läßt. Unter Ausnutzung jeder Tarnungsmöglichkeit fliegt es ungesehen unter die pechschwarze Tarnkappe der Wolken.

Der junge Feldwebel, der neben dem Flugzeugführer in der Kanzel sitzt, ist von einer quälenden Unruhe ergriffen. Es ist sein erster Feindflug und seine erste große Chance als Soldat. Er braucht die Griffe am Bombenabwurfgerät nicht noch zu überdenken. Sie sind ihm in monatelanger Übung eingegangen. Er würde mit geschlossenen Augen jeden Hebel finden. Dennoch fiebert alles in ihm, wenn er daran denkt, daß heute morgen noch ein Englandflug für ihn nichts mehr als ein Traum gewesen war, daß plötzlich ein Ersatzmann gebraucht und er an diese Stelle befohlen wurde. Der Feldwebel ist erst seit ein paar Tagen bei der Gruppe. Glück muß man haben! Die Humbermündung, das Tagesziel, ist erreicht. In weiten Kurven geht der Leutnant am Knüppel in die Kurve hinein. Unten herrscht ein Betrieb wie an besten Tagen. Zehn, zwölf größere Handelsschiffe steuern die Nordsee an. Sie sind als Neutrale kenntlich. Das Bild der Schiffe, der Molen und Hafenanlagen drüben scheint durchaus unter jenem Frieden zu stehen, den Mr. Churchill unter des Nebels Hülle leichtfertig zu preisen pflegt. Vergeblich wartet oben im Heckstand der Funker auf die Jäger. Umsonst blicken die beiden in der Kanzel nach den gefährlichen weißen Bällen der Flak. Man glaubt an einen Winterschlaf. In kaum 100 Meter Höhe rast die deutsche Maschine über eine der Molen dahin. Doch ehe die Menschen es noch recht erfaßt haben, ist das deutsche Kampfflugzeug wie ein Spuk verschwunden. Im Nordkurs geht es zurück, zwei Punkten nach, die in Höhe von Flamborough stehen.

Der Leutnant stößt einen Fluch durch die Zähne. Sollte man die verdammten Bomben wieder mit zurückschleppen, umsonst stundenlang über den Bach geschwebt sein? Aus den Punkten von Flamborough sind zwei Schiffe geworden, solide Kähne mit Dampfbetrieb. Auch ein verwegener Traum — wenn es Engländer wären, die man angesichts ihrer eigenen Küste angreifen könnte! Das gleiche geht dem Feldwebel durch den Kopf. Verdammt, das wäre eine Feuerprobe! Jetzt liegt der große Kasten unmittelbar vor ihnen. In weiter Kurve schiebt die Maschine heran. Und wie aus einem Munde dröhnt es plötzlich in den Hörern. Sie haben einen Engländer vor sich, der lustig die Flagge hißt, ein Engländer, der irrt, wie Churchill. Deutlich ist der Union-Jack am Heck zu erkennen. Vielleicht erkennen sie jetzt auch ihren Irrtum, der wohl da-

durch entstand, daß sie aus der Humbermündung kommen und die Maschine für eine britische hielten.

Alle Spannung weicht der Ruhe vor dem Angriff. Aus der Linkskurve heraus zischen den Briten M.G.-Garben vor den Bug. Auf dem 3000 bis 4000 Tonnen großen Kasten laufen ratlos einige Männer zur Brücke. Es scheint, als blickten sie fragend herauf, als erwarteten sie vom Kapitän den Befehl zum Verlassen des Schiffes. Doch der bleibt stur. Der Dampfer nimmt größere Fahrt und versucht im Zickzack-Kurs dem Angriff zu entgehen.

Der Feldwebel ist über das Bombenabwurfgerät gebeugt. Ruhig fliegt die Maschine fast über dem Schiff, als die erste Bombe pendelnd in die Tiefe stürzt. Sie fällt fast backbord in die See. Doch dann, beim zweiten Anflug schon, erfüllt sich das Schicksal eines Schiffes, das seinen Namen unter der schwarzen Farbe verbirgt. Wir spüren bis oben hinauf den Luftdruck der 250-Kilogramm-Bombe. Wir glauben das Dröhnen, Krachen, Zittern und Schreien zu hören; das vernichtende Geschoß ist mittschiffs unmittelbar hinter dem Schornstein eingeschlagen. Eine fast haushohe Welle von weißem Dampf, aus dem rote Stichflammen hervorschießen, hüllt das Schiff minutenlang ein. Ein schneeweißer Schimmer verbirgt seinen Untergang. Als die Maschine nochmals zurückfliegt, zeigt sich der Treffer in seiner ganzen verheerenden Auswirkung.

Das Mitteldeck liegt von Trümmern übersät. Die Wucht der Explosion hat die Brücke herausgerissen und die Matrosen und Offiziere, soweit sie nicht von Splittern und Trümmern getroffen wurden, wie Bälle in die See geschleudert. Zwei Boote auf Steuerbord hängen, vernichtet vom gewaltigen Druck, zerstückelt von Splittern, wie Uhrenpendel an einem oder zwei Tampen. Zehn Mann mögen es sein, die im Meere treiben, zwischen Wrackstücken, an die sie sich verzweifelt klammern, während zwei oder drei mit schnellen Bewegungen umherschwimmen, als fürchteten sie, vom Schiff mit in die Tiefe gerissen zu werden. Währenddessen züngeln aus den geborstenen Kesseln die Flammen über das Deck hin. Sie treiben vor sich her vier Mann, die immer wieder die beiden letzten heilgebliebenen Boote klarzumachen versuchen, die unter furchtbaren Anstrengungen ihr Leben retten wollen.

Ein steuerloses Wrack, so treibt es in der See. Das Heck ist schon bis auf die Reeling eingetaucht. Es sinkt vor Englands Küste!"

❦

So schlägt der Puls des Krieges an der langausgestreckten Westfront trotz Eis und Schnee und grimmiger Kälte. Dort steht das deutsche Volk in Waffen, zur Abwehr entschlossen und bereit zu jedem Kampf, den es auszufechten gilt in dem Kriege, den England uns und der Welt aufgezwungen hat. Mit unentwegter Angriffsfreudigkeit hat die deutsche Luftwaffe nicht nur in der Aufklärung, sondern auch in der Vernichtung englischer Angriffsmittel, mögen sie dem ehrlichen Krieg gelten oder dem verächtlichen Blockadekrieg gegen deutsche Frauen und Kinder, Schaden auf Schaden zugefügt. Damit bildet der Monat Januar die Brücke von der ersten Phase des Krieges zur zweiten, die der Führer und Reichskanzler in

seiner Rede am 30. Januar dem deutschen Volk und der Welt in starker und der deutschen Kraft bewußter Entschlossenheit angekündigt hat. Die deutsche Kriegsmarine steht neben Heer und Luftwaffe in mutiger Entschlossenheit und technischer Vollendung ihren Mann. Über die Seekriegsführung wird in einem besonderen Beitrag berichtet.

Zu Lande, zu Wasser und in der Luft hat der erste Monat des neuen Kriegsjahres erwiesen, wie stark die deutsche Kraft ist und welche Leistungen sie entfalten kann, wenn sie in vollem Ausmaß zur Entfesselung gelangen und die Kriegsentscheidung herbeiführen wird.



Der See- und Handelskrieg im Januar 1940

Von

Konteradmiral z. V. Gadow

Die Neujahrsbetrachtungen der feindlichen Presse waren nicht einheitlich. Während Pariser Stimmen mit einer Art hysterischem Optimismus glauben machen wollen, daß der Krieg eigentlich schon gewonnen sei, „nur" daß man die Deutschen noch militärisch schlagen müsse, warnten Londoner vor jeder Selbstzufriedenheit und stellten fest, daß es in 1940 „erst richtig losgehen" werde. Für Spanien gab General Franco sein Urteil dahin ab, daß der Krieg eine Folge des kapitalistischen Regimes der demokratischen Länder sei, in denen der Klassenkampf gezüchtet und die Menschenrechte eingeschränkt würden. Er stellte sich damit in eine Linie mit den autoritären Staaten, wo dieser Untergrund des Krieges — Reaktion gegen soziale Erlösung — klar erkannt ist.

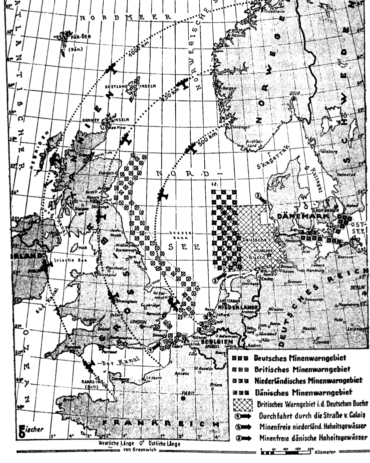
Militärische Ereignisse

Am Neujahrstage brachten erneute Aufklärungsflüge gegen die Shetland- und Orkney-Inseln wertvolle Ergebnisse. Es gab eine Gefechtsberührung mit feindlichen Jägern vor der schottischen Küste, wobei eins unserer Flugzeuge auf See niedergehen mußte, ein feindliches schwer beschädigt wurde.

Der deutsche Dampfer „St. Louis" traf, als fünfter der großen Hapag-Dampfer, wohlbehalten in der Heimat ein. Die sichere Heimkehr so vieler wertvoller deutscher Schiffe ist der günstigen militärischen Lage am Ausgang der Nordsee zu verdanken, herbeigeführt durch die Aufklärung und Tätigkeit der See- und Luftstreitkräfte.

Die Versuche der britischen Luftwaffe, durch Anfliegen der Nordseeküste ihrerseits zu militärischen Bombenzielen vorzudringen, scheiterten auch in diesem Monat an der Wachsamkeit und Bereitschaft auf deutscher Seite. Am 2. Januar wurden auf diese Weise drei Kampfflugzeuge vom Typ Vickers-Wellington durch einen Schwarm Messerschmitt-Jäger angegriffen. Die feindlichen Flugzeuge sind jetzt graugrün getarnt, mit nur einem weißen Ring als Erkennungszeichen. Alle drei wurden abgeschossen und fanden ihren vollständigen Untergang. Sehr viel erfolgreicher verlief dagegen ein Vorstoß deutscher Kampfflugzeuge gegen die englische und schottische Ostküste am 9. Januar. Er galt der englischen Bewachung der Ansteuerungswege und Bedeckung der Geleitzüge durch Vorpostenschiffe. Es wurden vor der Küste von Norwich vier bewaffnete Kriegs- und Handelsschiffe, vor der schottischen Küste vier bewaffnete Handelsschiffe versenkt, die das Feuer auf die deutschen Flugzeuge eröffnet hatten. Die eigenen Flugzeuge kehrten ohne Verluste heim. Der doppelte Zweck, die Vorpostenstellungen des Feindes aufzurollen und seine bewaffneten Geleitzüge zu dezimieren, Handelsschiffraum zu vernichten und die Unsicherheit dieser Schiffahrtswege darzutun, wurde bestens erreicht. Der Flottenkorrespondent des „Manchester Guardian", der eine Konvoyfahrt mitgemacht hatte, sagte noch harte Schläge für die britische Handelsschiffahrt voraus und schilderte die außerordentliche Beanspruchung der Kreuzer und Zerstörer im ununterbrochenen Geleitdienst. Die englische Propaganda suchte die Opfer dieses Angriffs als harmlose Handelsschiffe hinzustellen, ohne zu erwähnen, daß sie bewaffnet waren und das Feuer eröffneten.

Von neuem versuchten neun britische Bomber vom Muster Bristol-Blenheim am 10. Januar die Nordseeküste anzufliegen, wurden aber von vier



Das Kampfgebiet in der Nordsee

Die Karte veranschaulicht die Lage der deutschen, britischen, niederländischen und dänischen Minenwarngebiete. Die für die Handelsschiffe der Neutralen vorgesehenen minenfreien Durchfahrten sind besonders gekennzeichnet. Außerdem sind die für die Durchführung der Aufklärungsflüge der deutschen Luftwaffe bedeutsamen Entfernungen eingezeichnet.

deutschen Flugzeugen gestellt. Drei britische Flugzeuge wurden abgeschossen, das vierte schwer krank geschossen, so daß es kaum die Heimat erreicht haben wird. Bei dieser Gelegenheit fielen britische Bomben auf die dänische Insel Röm, offenbar in Verwechslung mit Sylt, und richteten Sachschaden an. Die britischen Zeitungsberichte machten aus dem Vorfall eine vielstündige Luftschlacht von 50 Flugzeugen, ohne sich der Blamage bewußt zu werden. Die deutsche Abwehr konnte mit dem Erfolg gegen mehr als doppelte Übermacht zufrieden sein. Am 12. Januar wiederholten sich britische Angriffe, namentlich gegen einen deutschen Inselflugplatz, richteten jedoch keinen Schaden an. Dabei versuchten acht britische Bomber deutsche Zerstörer auf See anzugreifen, wobei einer im Tiefflug durch Flakfeuer abgeschossen, ein zweiter beschädigt wurde. Die anderen drehten ab. Dagegen wurden an der schottischen Küste wieder drei Vorpostenboote und ein bewaffnetes Handelsschiff, welches feuerte, versenkt. Schließlich gab es noch einen großen Erfolg am 29. Januar, als die deutsche Luftwaffe wieder im Angriff auf feindliche Geleitzüge sieben bewaffnete Handelsschiffe und zwei Vorpostenboote versenken, dazu einen Jäger bei Hartlepool abschießen konnte, ohne alle eigenen Verluste. Dasselbe wiederholte sich am 30. Januar, somit der vierte gelungene Angriff auf diese Geleitzüge binnen einem Monat.

Die Bilanz dieser Luftkämpfe spricht so eindeutig für die Überlegenheit unserer Waffe und die Empfindlichkeit der britischen Seeverbindungen in ihrem Bereich, daß sich der englischen Öffentlichkeit trotz aller Vertuschung eine merkbare Unruhe bemächtigte.

Im eigentlichen Seekrieg erlitt der Feind gleichfalls fühlbare Verluste. Nachdem nachträglich vom 30. Dezember der Untergang des britischen Zerstörers „Viscount" (1120 Tonnen, 35 Knoten, vier 10,2-Zentimeter-Geschütze 6 Torpedorohre usw.) auf Minen in der Nordsee gemeldet wurde, verlor der Feind durch deutsche Waffen am 21. Januar den Zerstörer „Grenville" und am 24. Januar den Zerstörer „Exmouth", beide sogen. Flottillenführer von 1475 Tonnen mit fünf 12-Zentimeter-Geschützen, und damit den siebenten Zerstörer, nämlich außer den genannten: „Blanche", „Gipsy", „Duchess", „Jersey" und wahrscheinlich noch „Mohawk". Dazu wurde am 16. Januar die Vernichtung von drei britischen U-Booten, „Starfish", „Undine" und „Seahorse", durch deutsche Abwehrmaßnahmen gemeldet und bestätigt. Ein Teil der Besatzungen wurde gerettet.

Das mit Ende des Jahres 1939 an der englischen Ostküste neu ausgelegte Minenfeld zum Schutz der neutralen und eigenen Schiffahrt forderte gleich Anfang Januar einen schwedischen Dampfer als Opfer. Englische Fischer beschwerten sich erregt über die Anweisung der Admiralität, losgerissene Minen durch Gewehrschüsse zu versenken. Dabei blieben die Minen scharf und gerieten leicht in ein Schleppnetz und vernichteten in mehreren Fällen das Fischerfahrzeug.

Vom Kreuzer „Exeter", den „Admiral Graf Spee" vor Montevideo zusammengeschossen hatte, verlautete unbestätigt, daß er als seeunfähig bei den Falkland-Inseln auf Strand gesetzt worden sei.

Panzerschiff „Deutschland", vom Handelskrieg in den atlantischen Gewässern heimgekehrt, wurde auf Befehl des Führers in „Lützow" umgenannt. Der Name „Deutschland" soll einem größeren Schlachtschiff vorbehalten bleiben.

Kampf um Handelsschiffraum

Eine alarmierende Wirkung hatte in England ein Bericht der Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, der besagte, daß die Rettungsboote seit Kriegsausbruch 411 Fahrten unternahmen und im Wochendurchschnitt 64 Rettungen bewirken mußten, gegen 21 Fälle im vorigen deutsch-englischen Kriege. Stärker als beschönigende Reden und Meldungen sprachen diese Zahlen vom Ernst der Lage.

Ein Ergebnis der zunehmenden Verknappung von Schiffsraum war die Unterstellung der gesamten Handelsschiffahrt nebst Fahrgastschiffen

Ein deutsches U-Boot versenkte am 26. Januar zwei französische Dampfer aus einem Geleitzug auf der Höhe von Porto

sowie des Handelsschiffbaus unter Staatskontrolle und Admiralität ab 1. Februar. Die Schiffahrtsgesellschaften sehen mit Sorge auf die zu erwartende Störung ihres Betriebes durch mangelhafte zentrale Organisation und bürokratischen Eingriff, von denen das Land schon so viele Proben erhalten hat, von der Räumung der Großstädte bis zur Versorgung mit Lebensmitteln, vom Nichtfunktionieren der staatlichen Unterstützung für Kämpfer bis zur Arbeitslosigkeit von 1,3 Millionen.

Die täglichen Verlustmeldungen und Monatsabschlüsse sind in Beziehung zu setzen zu den Tonnagemengen, die den Westmächten zur Aufrechterhaltung ihrer Wirtschaft, Versorgung und Kriegführung zur Verfügung stehen. Nach der internationalen Statistik ist auszugehen von einer Überseetonnage von 15,8 Mill. BRT (Rauminhalt) englisch und 2,5 Mill. BRT französisch, zusammen gleich 22,4 Mill. Last- oder Frachttonnen, die im Jahre bei vier durchschnittlichen Rundreisen 79 Mill. Tonnen Trockengüter und 26,5 Mill. Tonnen Ölfracht befördern können. Auf diese Kapazität bezog sich wahrscheinlich eine Äußerung von Lloyd George, der ihre Verminderung um 6 Mill. Frachttonnen feststellte. Das würde einen Verlust von 6 v. H. bedeuten, nicht gerechnet den Abgang von Tonnage für militärische Sonderdienste bei Heer und Marine, der gleichfalls mit 1 bis 2 Mill. BRT einzusetzen ist, mit entsprechendem Verlust an Jahreskapazität.

Bei jeder Erweiterung der Kriegsschauplätze (s. u.) müßte sich dieser Zweig des Bedarfs schnell und bedeutend steigern. Die Tonnage der Dominien wäre mit 3,2 Mill. BRT einzusetzen, jedoch nicht zusätzlich, da sie wichtige Funktionen regionaler Art zu versehen hat. Ebenso konnte das amerikanische Angebot, diese Funktion zu übernehmen, bisher keine Zustimmung finden, da man befürchten muß, diese Reichsverbindungslinien damit zu verlieren. Gegenüber den gähnenden Lücken, die der Seekrieg bereits in den Schiffsbestand gerissen hat, bestehen folgende Möglichkeiten: 1. Einschränkung des Heimverbrauchs, wie im Weltkrieg, wo er um ein Drittel gesenkt werden konnte. Der Weg dorthin ist mit der Rationierung beschritten. 2. Zukauf fremder Tonnage, erschwert durch Finanz- und Devisenschwäche, amerikanische Kreditsperre und Abneigung der fremden Gesellschaften. 3. Beschleunigter Schiffbau, erschwert durch Mangel an Rohstoffen und Facharbeitern sowie Belegung der Werften durch Kriegsschiffbau und Reparaturen.

Von besonderer Wichtigkeit bleibt dabei das Verhältnis Englands zur Frachtraumreserve der Neutralen und damit zu den Neutralen selbst. Hier scheinen brutaler Druck und Überredung im Wechsel als Waffen gebraucht zu werden. Zunächst wird den Neutralen empfohlen, das „sichere Geleit" der britischen Flotte anzunehmen. Die Erfahrungen, nicht nur in der Nordsee, wie weiter oben geschildert, sprechen dagegen. Auch schützt dieses Geleit noch weniger vor der sich steigernden Minengefahr als vor Bombern, Handelszerstörern und U-Booten. Vor allem aber setzen neutrale Schiffe, die bewaffnetes Geleit übernehmen, nach klaren Völkerrechtsgrundsätzen sich der Behandlung als feindliches Schiff aus und verlieren den Schutz ihrer Flagge. Der schwedische Völkerrechtslehrer Dr. Baron Lage von Holstein hat diese Auffassung der deutschen Kriegführung in einem Aufsatz vollauf bestätigt und eine solche Teilnahme neutraler Schiffe an bewaffneten Geleitzügen geradezu als Mißbrauch der Flagge bezeichnet, der auf der gleichen Stufe steht wie die Bewaffnung von Handelsschiffen. Die englische Aufforderung zu solchem Verfahren sei als Provokation zu betrachten. Als Illustration zur „Sicherheit" der Geleitzüge wurden Ende Januar zwei Handelsschiffe aus einem französischen Geleitzug von Marokko nach Frankreich herausgeschossen und durch ein U-Boot versenkt. Eine weitere Illustration war die panikartige Flucht der Geleitfahrzeuge, die die sinkenden Dampfer und Schiffbrüchigen im Stich ließen.

Bis jetzt hat Dänemark auf der Todesfahrt nach England zwölf gute Schiffe verloren, Griechenland 55 000 BRT, die anderen entsprechend. Unter den über 1 Mill. BRT versenktem Schiffraum vom 20. Dezember befanden sich über 300 000 BRT Neutrale.

Die britische Vergewaltigung der neutralen Schiffahrt durch Anhalten in britischen Häfen, Kontrolle der Ein- und Ausfuhr usw. erreichte einen Höhepunkt, als ein norwegisches Schiff „auf Ehrenwort" gezwungen wurde, seine verderbliche Ladung in norwegischen Häfen ungelöscht zu lassen, bis die konsularische Einfuhrerlaubnis eintraf und es zu spät war.

Während sich jedoch die sogen. Kleinen Neutralen mit dieser Lage zwischen den Feuern abzufinden suchen, kam es mit zwei der Großen zu ernsterem Konflikt. Eine amerikanische Liste nannte 85 USA-Dampfer, die trotz Vermeiden der Sperrzone aufgehalten, verzögert und ihrer Post nach Deutschland und Nachbarländern beraubt wurden. Wachsende Verstimmung ergab sich aus diesen Übergriffen, die getreu die Methoden des Weltkrieges wiederholen, die stärkste jedoch aus einem anderen Fall: der amerikanische Dampfer „Moor MacSun", auf der Fahrt nach Bergen, wurde gezwungen, Kirkwall auf den Orkney-Inseln anzulaufen und damit die Sperrzone zu durchfahren, die den amerikanischen Schiffen durch Neutralitätsgesetz verboten ist. Die englische Regierung erklärte dazu mit Anspannung ihrer ganzen machtpolitischen Autorität, daß sie sich das Recht vorbehalte, dennoch die USA-Dampfer in englische Häfen zu beordern. Die Aufnahme dieser Herausforderung war bis Ende Januar noch nicht geklärt, jedoch erging eine Denkschrift mit geharnischtem Protest an die englische Regierung, der eine „diskriminierende Behandlung" der amerikanischen Schiffahrt vorgeworfen wurde. Zugleich wurde England für alle entstandenen Schäden haftbar gemacht.

Der zweite größere Konfliktsfall ergab sich im Fernen Osten, als ein englischer Kreuzer den japanischen Dampfer „Asama Maru" anhielt und 21 Deutsche herunterholte und gefangensetzte, die auf der Heimkehr von Amerika begriffen waren. Über die Rechtsfrage hierzu weiter unten ein Wort. Japan forderte durch Note die Auslieferung der widerrechtlich Gefangenen. — Auf den Protest der Panamerikanischen Staaten gegen Verletzung ihrer Sicherheitszone durch Kriegshandlungen erwiderte England, es handle nur „im Interesse Amerikas" selber, sei im übrigen bereit, die Sicherheitszone zu respektieren, wenn 1. Deutschland keine weiteren Kriegsschiffe in diese Zone entsenden würde und 2. alle deutschen Schiffe in den dortigen Häfen festgehalten würden.

Mit Protesten und Noten ist England nicht zu schlagen.

Rechtsfragen

Der obengenannte Fall der Wegnahme von deutschen Zivilpersonen widerspricht nach japanischer Auffassung der völkerrechtlichen Bestimmung, daß nur aktive Militärpersonen auf neutralen Schiffen gefangengenommen werden dürfen. England hatte schon im Weltkrieg den Sinn dahin erweitert, daß auch Personen gefangenzusetzen sind, die die Reise machen, um sich in den Dienst der feindlichen Streitmacht zu stellen und die allgemeine Dienstpflicht als Vorwand dazu benutzen. Japan will das nicht gelten lassen.

Zur Frage des Handelskrieges mit Unterseebooten beruft sich der Gegner unter Anklagen der deutschen Kriegführung auf das deutsch-englische U-Boots-Protokoll vom 6. November 1936, wonach „ein Kriegsschiff, ob Überwasserschiff oder Unterseeboot, ein Handelsschiff nicht versenken oder seeuntauglich machen darf, ohne vorher die Fahrgäste, die Bemannung und die Schiffspapiere an einen sicheren Ort gebracht zu haben".

Diese Bestimmungen können sich nur auf friedliche Handelsschiffe beziehen, die der prisenordnungsmäßigen Untersuchung weder Waffen noch Widerstand oder feindliches Geleit entgegenstellen. In allen drei Fällen, wie auch besonders im Falle bewaffneter Hilfskreuzer, geht ihnen naturgemäß und von Rechts wegen die zugesagte Rücksichtnahme verloren. Der Gedanke, daß ein Kriegsschiff verpflichtet sein soll, sich dem ersten Schuß eines Handels-

schiffes auszusetzen, findet in dem Protokoll keine Stütze, auch hätte solche Klausel sein Zustandekommen unmöglich gemacht. Auch hier steht klares Kriegsrecht gegen Rechtsverdrehung.

Neue Kriegspläne

Zu den Absichten der Westmächte, durch Einbeziehung der Neutralen im Norden und Südosten Hilfsvölker zu gewinnen, den Kriegsschauplatz zu erweitern und Deutschland Versorgungsgebiete fortzunehmen, an dieser Stelle vom Standpunkt der Kriegführung nur so viel:

Die Aufstellung eines „orientalischen Heeres" aus Truppen, die anders militärisch nicht verwendbar sind, setzt einen erheblichen Mehraufwand an Kosten, Schiffsmaterial, Führerpersonal und Nachschub voraus, zu dem die beengte wirtschaftliche, finanzielle und Seetransportlage der Westmächte nicht gerade anreizt. Die Zerstörungen in der Türkei durch das Erdbeben müssen als ernstes weiteres Hindernis angesehen werden, dieses Land in einen unprovozierten Krieg mit Rußland zu hetzen, dessen Gewinn — das Kaukasusöl — im ungewissen bleiben muß. Ähnliches gilt für Rumänien, das der Fernwirkung der englisch-französischen Macht mit Recht skeptisch gegenübersteht und sehr energisch seine Neutralität betonte, auch hinsichtlich der Öllieferungen.

Der gleiche Plan bezüglich der skandinavischen Staaten hat dort das verdiente Echo gefunden. Gerade für Schweden, auf das die Bemühungen am stärksten abzielen, das mit dem größeren Teile seines Landes an die Ostsee grenzt, und dessen Nordseeausgänge eine englische Garantie von bekanntem geringem Kurswert gewiß nicht decken kann, kommt eine Aufgabe seiner Neutralität praktisch überhaupt nicht in Frage.

Beide Pläne sind daher bis auf weiteres als untauglicher Versuch zu werten, den gescheiterten Aufmarsch vom Herbst 1939 zu erneuern oder auszubessern.



Wehrmachtberichte

1.–31. Januar 1940

Das Oberkommando der Wehrmacht gab bekannt:

1. — An der Westfront keine besonderen Ereignisse. Feindliche Flugzeuge versuchten am 31. 12. nachmittags die deutsche Nordseeküste anzufliegen, wurden jedoch frühzeitig erkannt und abgewehrt.

2. — Im Westen geringes Artilleriestörungsfeuer. Bei den Aufklärungsflügen am 31. Dezember gegen die deutsche Nordseeküste sind die Engländer beim Rückflug aus der deutschen Bucht in niederländisches Hoheitsgebiet eingeflogen.

Am Neujahrstage unternahm die deutsche Luftwaffe Aufklärungsflüge gegen die Shetland- und Orkney-Inseln. Sie brachten wertvolle Erkundungsergebnisse. Ein Teil der eigenen Aufklärer geriet 200 Kilometer vor der schottischen Küste in Berührung mit überlegenen Kräften des Feindes. Eins unserer Flugzeuge, das infolge einer technischen Störung bereits vor Beginn des Kampfes seine Kampfkraft zum Teil eingebüßt hatte, mußte auf See niedergehen. Ein britisches Flugzeug wurde so schwer beschädigt, daß es seinen Heimathafen wahrscheinlich nicht mehr erreicht hat.

3. — An der Westfront geringe Artillerie- und Spähtrupptätigkeit, Grenzüberwachungs- und Aufklärungsflüge.

Bei dem Versuch, in die Deutsche Bucht einzufliegen, wurden drei britische Vickers-Wellington-Bombenflugzeuge modernster Bauart von deutschen Messerschmitt-Flugzeugen abgeschossen. Auf deutscher Seite sind Verluste nicht eingetreten.

4. — Im Westen zwischen Mosel und Pfälzer Wald etwas stärkeres Artilleriestörungsfeuer als an den Vortagen. Auch die Spähtrupptätigkeit war reger.

Die Luftwaffe führte Erkundungsflüge gegen Frankreich und über der Nordsee durch. Ein britisches Kampfflugzeug wurde heute früh in der Gegend von Aachen nach Überfliegen luxemburgischen Hoheitsgebietes von einem deutschen Jagdflieger gestellt und nach kurzer Verfolgung abgeschossen, ehe es über die deutsch-belgische Grenze entkommen konnte. Das zertrümmerte Flugzeug liegt in Grenznähe auf belgischem Gebiet.

5. — An der Westfront geringe, an einzelnen Stellen etwas lebhaftere Artillerietätigkeit. Die Aufklärungstätigkeit der Luftwaffe gegen Großbritannien und Frankreich wurde planmäßig fortgesetzt.

6. — Keine besonderen Ereignisse.

7. — An der Westfront keine besonderen Ereignisse.

Die Luftwaffe klärte über Großbritannien und Frankreich auf.

8. — Im Westen wurde im Grenzgebiet westlich Merzig ein feindliches Spähtruppunternehmen unter Verlusten für den Feind abgewiesen.

9. — Außer örtlicher Spähtrupptätigkeit und Aufklärungsflügen der Luftwaffe in der nördlichen Nordsee keine besonderen Ereignisse.

10. — Im Westen an einzelnen Stellen etwas lebhaftere örtliche Artillerietätigkeit.

Deutsche Kampfflugzeuge unternahmen am Vor- und Nachmittag des 9. Januar einen Erkundungsvorstoß gegen die englische und schottische Ostküste. Hierbei wurden vor der Norwich-Küste vier bewaffnete Kriegs- und Handelsschiffe, nämlich zwei Vorpostenfahrzeuge, in deren Geleit zwei Handelsschiffe fuhren, angegriffen und versenkt.

Vor der schottischen Küste wurde von vier bewaffneten Handelsschiffen unvermutet das Feuer auf die deutschen Erkunder eröffnet. Bei der Abwehr dieses Angriffes wurden die Dampfer versenkt.

Die eignen Flugzeuge erlitten keine Verluste.

11. — Im Grenzgebiet südlich Saarbrücken wurde ein feindlicher Vorstoß in Stärke einer Kompanie in sofortigem Gegenstoß abgewiesen. Der Gegner verlor Tote und Gefangene.

Bei Grenzüberwachungs- und Aufklärungsflügen an der Westfront kam es zu mehreren Luftkämpfen. Hierbei wurden zwei feindliche Flugzeuge abgeschossen. Ein deutsches Flugzeug wurde bei der Verfolgung eines Feindes in der Gegend von Kolmar durch Bodenberührung vernichtet.

Bei einem erneuten Versuch, Flugplätze an der deutschen Küste mit Bomben anzugreifen, wurden neun britische Bombenflugzeuge vom Muster Bristol-Blenheim in der Deutschen Bucht von vier deutschen Flugzeugen gestellt. Im Verlauf des Kampfes wurden drei britische Flugzeuge abgeschossen, ein weiteres so stark beschädigt, daß es vermutlich seinen Heimathafen nicht mehr erreichte. Die deutschen Flugzeuge kehrten aus diesem Kampf gegen eine mehr als doppelte Überlegenheit ohne Verluste zurück.

12. — An der Westfront örtliche Artillerie- und Spähtrupptätigkeit.

Die Luftwaffe setzte die Aufklärung der englischen und schottischen Ostküste und der Shetlands fort. An der schottischen Küste wurden drei britische Vorpostenboote und ein bewaffneter Handelsdampfer, der das Feuer auf die deutschen Aufklärer eröffnete, angegriffen und vernichtet. Im Verlaufe eines sich hierbei entwickelnden Luftkampfes mit britischen Jagdflugzeugen wurde ein feindliches Flugzeug abgeschossen.

Britische Flugzeuge haben einen Flugplatz auf einer deutschen Insel angegriffen, ohne Schaden anzurichten.

13. — Im Westen keine besonderen Ereignisse.

Die Luftwaffe hat am 12. Januar ihre Aufklärungstätigkeit über Ostfrankreich und über der Nordsee fortgesetzt und hierbei wichtige Ergebnisse erzielt.

Drei Einzelflugzeuge wurden von feindlichen Jägern erfolglos angegriffen.

Vom Feind wurde am 12. Januar außer einzelnen nächtlichen Einflügen, die zum Teil wieder unter Verletzung der holländischen Neutralität vor sich gingen, nur eine einzige Bristol-Blenheim über deutschem Gebiet gesichtet. Das Flugzeug wurde nach kurzem Kampf von deutschen Jägern abgeschossen und ist nach Aufschlag auf französischem Boden verbrannt.

In der Deutschen Bucht versuchten acht britische Bomber, deutsche Zerstörer anzugreifen. Nur zwei Angreifern gelang es, ohne jeden Erfolg Bomben abzuwerfen. Der eine wurde abgeschossen, der zweite beschädigt. Die übrigen sechs britischen Flugzeuge drehten schon unter der Wirkung des gut liegenden Abwehrfeuers unserer Zerstörer vorher ab.

14. — An der Westfront geringes örtliches Artilleriestörungsfeuer.
Die Luftwaffe hat ihre Aufklärung gegen Frankreich und über der Nordsee auch am 13. 1. planmäßig und erfolgreich durchgeführt. Ein deutsches Flugzeug wird vermißt. An der Westfront hatten deutsche Flugzeuge keine Feindberührung. Flakartillerie hat in der Gegend von St. Ingbert ein feindliches Flugzeug abgeschossen.
Einzelne feindliche Flugzeuge haben in der Nacht vom 12. zum 13. Januar Aufklärungsflüge über deutschem Reichsgebiet unternommen. Ein englisches Flugzeug versuchte in der Nacht, eine nordfriesische Insel anzugreifen. Die Bomben fielen ins Meer, ohne Schaden anzurichten.
Ein holländisches Flugzeug hat die deutsche Reichsgrenze bei Nordhorn in den Mittagstunden überflogen und deutsches Hoheitsgebiet verletzt.

15. — Keine besonderen Ereignisse.

16. — An der Westfront keine besonderen Ereignisse.
Die britischen U-Boote „Starfish" und „Undine" wurden durch deutsche Abwehrmaßnahmen in der Deutschen Bucht vernichtet. Ein Teil der Besatzungen wurde gerettet.

17. — Keine besonderen Ereignisse.

18. — Im Westen keine besonderen Ereignisse. Die Luftwaffe führte neben Grenzüberwachungsflügen an der Westfront Aufklärungsflüge über der schottischen Küste durch.

19. — Am Abend des 18. 1. fanden Einflüge einzelner feindlicher Flugzeuge nach Nordwestdeutschland statt. Hierbei wurde beim Ein- und Ausflug mehrfach holländisches Hoheitsgebiet überflogen.

20. — Zwischen Mosel und Pfälzer Wald machte ein Spähtrupp bei einem Zusammenstoß mit einem französischen Spähtrupp mehrere Gefangene.
Die Luftwaffe führte Aufklärungsflüge gegen Großbritannien und Frankreich durch. Hierbei kam es bei der Grenzüberwachung zu Luftkämpfen über dem französischen Frontbereich. Ein deutsches Flugzeug ging verloren.
Einzelne feindliche Flugzeuge flogen in der Nacht vom 19. auf 20. Januar abermals über holländisches Gebiet nach Nordwestdeutschland ein.

21. — Keine besonderen Ereignisse.

22. — Keine besonderen Ereignisse.

23. — Im Grenzgebiet südostwärts Pirmasens machte ein Spähtrupp ohne eigene Verluste einige Gefangene. Der Feind hatte außerdem mehrere Tote.
Die Kriegsmarine führte auch in den letzten Wochen in Nordsee, Atlantik und Ostsee erfolgreichen Handelskrieg. Die Tätigkeit der Minensuch- und Vorposten-Verbände wurde ebenfalls planmäßig durchgeführt.

24. — In der Nordsee wurde der britische Zerstörer „Exmouth" vernichtet.
Sonst keine besonderen Ereignisse.

25. — Im Westen keine besonderen Ereignisse. Luftwaffenverbände führten Jagdeinsätze an der Westfront und Aufklärungsflüge gegen Großbritannien durch.
Das Panzerschiff „Deutschland", das seit Kriegsausbruch Handelskrieg in den atlantischen Gewässern geführt hat, ist vor einiger Zeit in die Heimat zurückgekehrt.
Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht hat die Umbenennung des Panzerschiffes „Deutschland" auf den Namen „Lützow" befohlen, da der Name „Deutschland" für ein größeres Schiff vorgesehen ist.
Der ursprünglich auf den Namen „Lützow" getaufte Schwere Kreuzer wird gleichfalls umbenannt werden.

26. — Im Westen keine besonderen Ereignisse.

Die Luftwaffe führte an mehreren Frontabschnitten Aufklärungsflüge durch. Ein britisches Aufklärungsflugzeug vom Muster Bristol-Blenheim wurde bei dem Versuch, von Frankreich aus in das Ruhrgebiet einzufliegen, in der Gegend von Duisburg abgeschossen.

27. — Im Westen Spähtrupp- und Artillerietätigkeit sowie Jagdüberwachung an der deutsch-französischen Grenze.

Die dauernd erfolgreiche deutsche Seekriegsführung erbrachte allein am 25. 1. eine Versenkungsziffer von über 20000 Tonnen.

Außerdem versenkte im Atlantik ein deutsches U-Boot auf der Höhe von Porto zwei Dampfer aus einem englischen Geleitzug heraus.

Die von der englischen Presse ausgestreute Behauptung, daß sich deutsche Truppen in Russisch-Ostgalizien befänden, ist falsch.

28. — Keine besonderen Ereignisse.

29. — Keine besonderen Ereignisse.

30. — Im Rahmen der Aufklärungsflüge der Luftwaffe in der Nordsee wurden am 29. Januar, wie schon durch Sondermeldung bekanntgegeben, feindliche Geleitzüge bewaffneter Handelsdampfer und Vorpostenboote angegriffen. Trotz stärkstem feindlichen Abwehrfeuer und der Gegenwehr britischer Jagdverbände wurden sieben feindliche bewaffnete Handelsschiffe und zwei Vorpostenschiffe vernichtet. Ein feindlicher Jäger wurde bei Hartlepol abgeschossen. Sämtliche eigenen Flugzeuge sind wohlbehalten zurückgekehrt.

31. — Im Westen nur geringe Gefechtstätigkeit.

Die Kriegsmarine verstärkte in der letzten Zeit ihre U-Boot-Abwehr in der Deutschen Bucht durch vermehrten Einsatz von U-Jagdstreitkräften und anderen U-Boot-Abwehrmitteln.

Deutsche Fliegerverbände wurden auch im Laufe des 30. Januar zur Aufklärung über der Nordsee und der englischen Küste von den Orkneys bis zur Themsemündung eingesetzt. Hierbei wurden — wie bereits durch Sondermeldung bekanntgegeben — wiederum sieben bewaffnete Handelsschiffe versenkt, ein weiteres schwer und mehrere andere leicht beschädigt. Außerdem wurden zwei britische Vorpostenboote zum Sinken gebracht.

Trotz stärkster Flakabwehr von allen angegriffenen Schiffen und trotz Einsatzes zahlreicher feindlicher Jäger wird nur ein eigenes Flugzeug vermißt.





Aufruf des Führers an die Partei

Der Führer erließ zum Jahreswechsel folgenden Aufruf an die NSDAP.:

Nationalsozialisten!

Nationalsozialistinnen!

Parteigenossen!

Als vor sieben Jahren der Nationalsozialismus nach einem beispiellosen Ringen um die Seele des deutschen Volkes endlich zur Führung des Reiches berufen wurde, befand sich Deutschland in jenem Zustand, den Clemenceau einst mit dem kurzen Satz charakterisierte: „Es sind 20 Millionen Deutsche zuviel auf der Welt!"

Das zur Verwirklichung dieses Wunsches unserem Volk aufgezwungene Versailler Diktat hatte seine Väter nicht enttäuscht. Die deutsche Nation, uneinig im Innern, zerrissen im Gesamten, ohne Macht und Ansehen, schien nicht mehr in der Lage zu sein, der mit der politischen Versklavung stets Hand in Hand gehenden wirtschaftlichen Verelendung Herr zu werden. Die sieben Millionen Erwerbslosen ergaben mit ihren Angehörigen rund 24 Millionen Menschen, denen jede Existenzgrundlage fehlte.

15 Jahre lang hat das demokratische Deutschland um die Revision des bittersten Unrechtes, das jemals einem Volk zugefügt worden war, gewinselt und gebettelt. Die Vertreter der plutokratischen Weltdemokratien hatten hierfür nur eisige Ablehnung oder hohnvolle Phrasen übrig.

Der Nationalsozialismus aber war seinem Programm entsprechend entschlossen, die unser Volk betreffenden Aufgaben ob mit oder ohne Einwilligung der Umwelt zu lösen.

Nachdem der jahrelange Versuch, mit den plutokratischen Mächten zu einer gütlichen Verständigung zu kommen, auf allen Gebieten gescheitert war, hat das Neue Reich sich nunmehr seine Rechte selbst genommen. Die ebenso verbrecherische wie alberne Absicht, eine 80-Millionen-Nation auf die Dauer politisch zu entrechten und wirtschaftlich von der Teilnahme an den Gütern der Welt auszuschließen, kann kein moralisch oder rechtlich bindendes Gesetz für das unglücklich betroffene Volk selbst sein.

Ich habe mich vom ersten Tag der Machtergreifung an unentwegt bemüht, die notwendigen Revisionen sowohl der politischen Stellung Deutschlands als die seiner wirtschaftlichen Lebensbedingungen zu erreichen. Alle Versuche, dies im Einvernehmen mit den anderen Mächten herbeizuführen, scheiterten am verbohrten Egoismus, an der Torheit oder am bewußten schlechten ablehnenden Willen der Westmächte und ihrer Staatsmänner.

So mußte die Befreiung des deutschen Volkes mit jener Rechtskraft erfolgen, die zu allen Zeiten großer Volksnot als die Selbsthilfe eine geheiligte war. Nach der Überwindung der inneren Zerrissenheit hat das nationalsozialistische Deutschland Zug um Zug die Sklavenfesseln abgeworfen und endlich im Zusammenschluß des deutschen Volkes im Großdeutschen Reiche die Bekrönung eines geschichtlich einmaligen Ringens und einer tausendjährigen Sehnsucht erfahren.



Ablösung im Vorgelände des Westwalls

Phot.: P.K. Kropf (Presse-Hoffmann)



U-Boot kehrt nach langer Fernfahrt zurück — Phot.: P.K. Wächter (Presse-Bild-Zentrale)

Alle diese Maßnahmen haben der anderen Welt nichts geraubt und in Nichts geschadet. Sie haben dem deutschen Volke nur gegeben, was alle anderen Völker längst besitzen. Trotzdem hat der jüdisch-internationale Kapitalismus in Verbindung mit sozial-reaktionären Schichten in den westlichen Staaten es fertiggebracht, die Welt der Demokratien gegen Deutschland zu hetzen.

Heute ist es durch die Veröffentlichung der Dokumente der Vorgeschichte des deutsch-polnischen Konfliktes erwiesen, daß die verantwortlichen Kriegshetzer in England die friedliche Lösung der deutsch-polnischen Probleme nicht nur nicht wollten, sondern daß sie im Gegenteil alles taten, um über Polen den Weg — sei es zu einer Demütigung des Reiches oder zu einer Kriegserklärung an dasselbe — freizubekommen. Da die Demütigung mißlang, blieb nur die zweite Möglichkeit offen: Polen ließ sich von den internationalen Kriegshetzern verleiten, sein Unrecht mit Gewalt durchzusetzen. In 18 Tagen haben die Waffen entschieden. Die neue nationalsozialistische Wehrmacht aber hat die in sie gesetzten Hoffnungen übertroffen: Das Polen des Versailler Diktates existiert nicht mehr!

Das Jahr 1939 ist durch eine Reihe gewaltiger Vorgänge für die Geschichte unseres Volkes gekennzeichnet:

1. Zur Beruhigung Mitteleuropas und zur Sicherung des deutschen Lebensraumes erfolgte die Eingliederung der uralten deutschen Reichsgebiete Böhmen und Mähren als Protektorat in den Rahmen des Großdeutschen Reiches. Deutsche und Tschechen werden wie in Jahrhunderten der Vergangenheit auch in der Zukunft wieder friedlich nebeneinander leben und miteinander arbeiten.

2. Das Memelland kehrte zum Reich zurück.

3. Durch die Vernichtung des bisherigen polnischen Staates erfolgte die Wiederherstellung alter deutscher Reichsgrenzen.

In diesen drei Fällen wurden lebensunfähige Konstruktionen des Versailler Vertrages beseitigt.

Das 4. Merkmal dieses Jahres ist der Nichtangriffs- und Konsultativpakt mit Sowjetrußland. Der Versuch der plutokratischen Staatsmänner des Westens, Deutschland und Rußland zum Nutzen aller Dritten wieder gegeneinander bluten zu lassen, wurde dadurch im Keim erstickt, die Einkreisung Deutschlands verhindert.

Daß diese politische Entwicklung so erfolgreich gelingen konnte, verdanken wir ausschließlich der durch den Nationalsozialismus erfolgten inneren Neuformung des deutschen Volkes. Steigend hat sich der Erziehungsprozeß, den die nationalsozialistische Bewegung am deutschen Volke vornahm, wirtschaftlich und politisch erfolgreich auszuwirken begonnen. Die militärische Wiederaufrüstung hat ihre Ergänzung gefunden in einer neuen Wirtschaftspolitik, die das Reich nicht nur auf vielen Gebieten vom Auslande unabhängig macht, sondern die uns auch die Überwindung der Erwerbslosigkeit in einem Ausmaß gestattete, wie dies bei den reichen Ländern des Westens auch heute noch nicht der Fall ist.

So treten wir im Inneren organisatorisch geeint, wirtschaftlich vorbereitet und militärisch auf das höchste gerüstet in das entscheidendste Jahr der deutschen Geschichte!

Denn über eines, Nationalsozialisten und Nationalsozialistinnen, sind wir uns alle klar: der jüdisch-kapitalistische Weltfeind, der uns gegenübertritt, kennt nur ein Ziel, es heißt: Deutschland, das deutsche Volk zu vernichten! Wie immer sie sich auch bemühen, dieses Ziel mit Phrasen zu umschreiben, es ändert nichts an der endgültig gefaßten Absicht!

Sie erklärten erst, Polen helfen zu wollen. Sie hätten aber Polen so leicht zu helfen vermocht, sie brauchten es nur nicht mit ihrer Gewissenlosigkeit in den Krieg zu hetzen. So wie der polnische Staat aber die Folgen seines wahnsinnigen Schrittes dank der Schlagkraft unserer Wehrmacht erfahren hatte, war nicht mehr die Wiederherstellung Polens das Kriegsziel, sondern nunmehr die Beseitigung meiner Person, d. h. die Ausrottung des Nationalsozialismus.

Kaum kam ihnen zum Bewußtsein, daß das deutsche Volk auf diesen dümmsten Schwindel nach den Erfahrungen des Jahres 1918 überhaupt nicht mehr reagiert, da bequemten sie sich endlich zur Wahrheit, nämlich: daß es ihr Ziel sei, das deutsche Volk als solches auszurotten, das Reich aufzulösen und damit zu zerstören. In der feigen Hoffnung, für diese Aufgabe andere als Helfer zu gewinnen, schrecken sie weder zurück vor der Einspannung sogenannter „Neutraler" noch vor der Dingung bezahlter Mordgesellen.

Das deutsche Volk hat diesen Kampf nicht gewollt. Ich habe bis zur letzten Minute versucht, England die deutsche Freundschaft anzutragen und darüber hinaus noch nach der Erledigung Polens Vorschläge für eine auf lange Sicht hin zu garantierende Befriedung Europas zu machen.

Ich wurde dabei unterstützt vor allem durch den Duce des faschistischen Italiens, der im Sinne und Geiste unserer Freundschaft alles tat, um eine Entwicklung aufzuhalten, die für ganz Europa nur von Unglück begleitet sein kann. Allein, die jüdischen und reaktionären Kriegshetzer in den kapitalistischen Demokratien hatten seit Jahren auf diese Stunde gewartet, sich auf sie vorbereitet und waren nicht gewillt, von ihren Plänen der Vernichtung Deutschlands abzulassen. Diese Herren Kriegsinteressenten wollen den Krieg, sie werden ihn also bekommen!

Schon die erste Phase der Auseinandersetzung hat zweierlei gezeigt:

1. daß man selbst den deutschen Westwall nicht einmal anzugreifen wagte. Und

2. daß überall da, wo sich deutsche Soldaten mit ihren Gegnern messen konnten, der Ruhm des deutschen Soldatentums sowohl als der Ruf unserer Waffen erneut gerechtfertigt wurden.

Möge das Jahr 1940 die Entscheidung bringen. Sie wird, was immer auch kommen mag, **unser Sieg sein!** Alles, was in dieser Zeit an Opfern vom Einzelnen gefordert wird, steht in keinem Verhältnis zum Einsatz, den die ganze deutsche Nation vollzieht, in keinem Verhältnis zum Schicksal, das ihr drohen würde, wenn die verlogenen Verbrecher von Versailles noch einmal die Macht erhielten.

Wir haben daher ein klares Kriegsziel: Deutschland und darüber hinaus Europa müssen von der **Vergewaltigung und dauernden Bedrohung** befreit werden, die vom früheren und heutigen **England** ihren Ausgang nehmen. Den Kriegshetzern und Kriegserklärern muß dieses Mal **endgültig die Waffe aus den Händen geschlagen** werden.

Wir kämpfen dabei nicht nur gegen das Unrecht von Versailles, sondern zur Verhinderung eines noch größeren Unrechts, das an seine Stelle treten soll. Und im positiven Sinn: **wir kämpfen für den Aufbau eines neuen Europas**, denn wir sind zum Unterschied des Herrn Chamberlain der Überzeugung, daß dieses neue Europa nicht gestaltet werden kann von den altgewordenen Kräften einer im Verfall begriffenen Welt, nicht von den sogenannten Staatsmännern, die in ihrem eigenen Lande nicht in der Lage sind, auch nur die primitivsten Probleme zu lösen, sondern daß zum Neuaufbau Europas nur jene Völker und Kräfte berufen sind, die in ihrer Haltung und in ihrer bisherigen Leistung selbst als junge und produktive angesprochen werden können.

Diesen **jungen Nationen und Systemen gehört die Zukunft!** Die jüdisch-kapitalistische Welt wird das 20. Jahrhundert nicht überleben!

Nationalsozialisten und Nationalsozialistinnen!
Deutsche Volksgenossen!

Im vergangenen Jahr hat unser deutsches Volksreich dank der Gnade der Vorsehung geschichtlich Wunderbares und Einzigartiges geleistet! Wir können am Beginn des Jahres 1940 den Herrgott nur bitten, daß er uns weiterhin segnen möge im Kampf um die Freiheit, die Unabhängigkeit und damit um das Leben und die Zukunft unseres Volkes! Wir selbst wollen in der Erkenntnis der vor uns liegenden Pflicht alles tun, um mit Fleiß und Tapferkeit die uns gestellte Aufgabe zu lösen. Durch unsere eigene Kraft und Hilfe wollen wir so den Herrgott bitten, dem deutschen Volk im Jahre 1940 auch die seine nicht zu versagen. **Dann muß und wird es uns gelingen!**



Der Führer an die Wehrmacht

Der **Führer** und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht richtete zum Jahreswechsel folgenden Erlaß an die Wehrmacht:

Soldaten!

Das Jahr 1939 war für die Großdeutsche Wehrmacht **ein Jahr stolzer Bewährung.** Ihr habt die euch vom deutschen Volk anvertrauten Waffen in dem uns aufgezwungenen Kampf siegreich geführt. In knappen 18 Tagen gelang es durch das Zusammenwirken aller, die Sicherheit des Reiches im Osten wiederherzustellen, das Versailler Unrecht zu beseitigen.

Voll Dankbarkeit erinnern wir uns am Ende dieses geschichtlichen Jahres der Kameraden, die ihre Treue zu Volk und Reich mit ihrem Blut besiegelten!

Für das kommende Jahr wollen wir den Allmächtigen, der uns im vergangenen so sichtlich unter seinen Schutz genommen hat, bitten, uns wieder seinen Segen zu schenken und uns zu stärken in der Erfüllung unserer Pflicht! Denn vor uns liegt der schwerste Kampf um das Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes!

Mit stolzer Zuversicht blicken ich und die ganze Nation auf euch! Denn: mit solchen Soldaten muß Deutschland siegen!

gez.: Adolf Hitler



Tagesbefehle an die Wehrmachtteile

Der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst v. Brauchitsch, erließ an das Heer anläßlich der Jahreswende folgenden Tagesbefehl:

An das Heer!

Soldaten des Heeres!

Getreu der Überlieferung deutschen Soldatentums hat das Heer im Jahre 1939 die Probe der Bewährung vor dem Feinde bestanden.

Die siegreichen Schlachten in Polen und die erfolgreichen Kämpfe im Westen sind unvergängliche Zeugen seines Geistes und seiner Stärke vor der Geschichte des neuen Großdeutschen Reiches. Sie geben uns die Gewißheit für den Endsieg unserer Waffen.

Mein Dank gilt allen, die durch Einsatz von Blut und Kraft, von Geist und Herz ihren stolzen Beitrag zur Ehre und Ruhm des deutschen Heeres gegeben haben. Im festen Vertrauen auf den Führer, im klaren Bewußtsein unserer Stärke, im unerschütterlichen Glauben an unsere gerechte Sache und mit dem eisernen Willen zum Siege gehen wir gemeinsam in das Kriegsjahr 1940.

Hauptquartier OKH., den 31. 12. 1939.

Der Oberbefehlshaber des Heeres:
gez. von Brauchitsch,
Generaloberst

Der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Großadmiral Dr. h. c. Raeder, richtete zum neuen Jahr folgenden Tagesbefehl an die Kriegsmarine:

An die Kriegsmarine!

In hartem Ringen um den Bestand des Reiches beginnt das deutsche Volk das Jahr 1940. Die Deutsche Kriegsmarine hat gezeigt, daß sie den Gegner zu stellen und zu treffen vermag.

Die Kriegsmarine wird auch in dem vor ihr liegenden Jahr getreu ihrer großen Tradition ihre Pflicht tun im Vertrauen auf Gott, in unerschütterlicher Gefolgschaft zum Führer und im festen Glauben an den Sieg.

Berlin, den 31. Dezember 1939.

Der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine:
Raeder,
Großadmiral, Dr. h. c.

Der Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Generalfeldmarschall Hermann Göring, erließ folgenden Tagesbefehl zum Jahreswechsel an die Luftwaffe:

An die Luftwaffe!

Kameraden der Luftwaffe!

Ein Jahr stolzester deutscher Geschichte liegt hinter uns. Mit ehernen Lettern ist es eingetragen in das Weltgeschehen als das Jahr des Aufbruchs der Nation zu dem großdeutschen Freiheitskampf.

Was wir nie gewünscht, was wir aber auch nie gefürchtet haben, wurde in diesem Jahre Wirklichkeit: Der Wandel unserer Waffe vom wirksamen Instrument der Friedenspolitik unseres Führers zum scharfen, entscheidenden und unbesiegbaren Schwert.

Das ehrliche Streben Deutschlands nach einem friedlichen, allen Völkern in gleicher Weise dienenden Aufbau mußte schließlich scheitern an dem brutalen Vernichtungswillen Englands. In der Verteidigung der heiligen Lebensrechte unseres Volkes kam so die Stunde, in der unser Führer und Oberster Befehlshaber die Losung geben mußte: Kampf und Sieg!

Waren die Befreiung des Memellandes und die Sicherung des Reiches durch die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren die Meilensteine der ersten Hälfte des nun vergangenen Jahres, so brachte es dann den Feldzug gegen Polen.

Nach seiner siegreichen Beendigung habe ich euch, meine Kameraden der Luftwaffe, meine Anerkennung ausgesprochen. Mit mir war und ist das ganze deutsche Volk stolz auf unsere herrliche Waffe, die in wenigen Tagen die Luftmacht des Gegners zertrümmerte und dann in vorbildlichem Zusammenwirken mit den Verbänden des Heeres und der Marine durch ihren schneidigen und todesmutigen Einsatz die vollständige Vernichtung des Feindes entscheidend erzwang.

Daß der Abschluß des Feldzuges gegen Polen nicht das Ende des Krieges bedeutete, ist — wie es Dokumente unwiderleglich beweisen — einzig und allein die Schuld der Westmächte. Sie wollen den Frieden nicht. Nun, so sollen sie den Kampf haben!

In kühnen Fernflügen über Feindesland, im kraftvollen Angriff auf britische Schiffe, in siegreichen Gefechten bei der Verteidigung des deutschen Luftraumes habt ihr, meine Kameraden, dem Feind schon die Fänge des deutschen Adlers gezeigt. Er wird zupacken und zuschlagen, wenn es der Führer befiehlt. In felsenfester Zuversicht steht die deutsche Luftwaffe so an der Schwelle des neuen Jahres.

Auf eure Taten und Leistungen gründet sich diese Zuversicht, aber auch auf das heldische Sterben unserer toten Kameraden. Euch gilt mein Dank, ihnen unser aller Ehrfurcht.

Dem Führer und Obersten Befehlshaber, dem ganzen im Nationalsozialismus geeinten deutschen Volk erneuert die Luftwaffe in dieser Stunde den Schwur, wann und wo auch immer es sei, alles einzusetzen im Kampf um Deutschlands Freiheit. Die Parole der Deutschen Luftwaffe für 1940 ist Sieg.

Hauptquartier der Luftwaffe, den 31. 12. 1939.

gez. Hermann Göring,
Generalfeldmarschall



Aufruf Görings zur Jahreswende

Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring richtete zur Jahreswende folgenden Aufruf an das deutsche Volk:

Seit vier Monaten steht das deutsche Volk in hartem Schicksalskampf. Was die deutsche Wehrmacht zur Luft, zu Lande und zu Wasser in dieser Zeit geleistet hat, ist mit unvergänglichen Lettern in das Buch der Geschichte eingezeichnet.

Deutsches Land im Osten ist befreit, der von unseren Soldaten eroberte weite Raum wird nun befriedet und politisch neu geordnet. Jetzt richtet sich die geballte Kraft des Reiches gegen die Feinde im Westen, die uns mit brutalem Vernichtungswillen diesen Krieg aufgezwungen haben.

Das eherne Gesetz des Krieges bestimmt heute das Gemeinschaftsleben unseres Volkes, nach diesem Gesetz ist auch das gesamte deutsche Wirtschaftsleben ausgerichtet. Die Heimat ist Waffenschmiede und Kraftquell für die Front geworden. In Stadt und Land haben sich die Betriebe und Werkstätten den Erfordernissen der Reichsverteidigung angepaßt.

Jede Arbeitskraft wird dort eingesetzt, wo sie am nötigsten ist. Jede Tonne Rohstoff wird dort verwertet, wo sie der Rüstung und der kriegsnotwendigen Versorgung des Volkes am besten nützt. In allen Wirtschaftszweigen werden Höchstleistungen vollbracht. Die Ernährungsbasis des deutschen Volkes ist gesichert. Die materiellen Lasten des Krieges werden nach dem Grundsatz sozialer Gerechtigkeit verteilt.

So ist die Umstellung von der Friedenswirtschaft auf die Kriegswirtschaft unter tatkräftiger Mitwirkung aller Partei- und Volksgenossen schnell und sicher durchgeführt. Ich danke allen, die dabei mitgeholfen haben. Ich weiß, sie alle haben ihr Bestes gegeben: Die Bauern, die mit unendlicher Mühe die Ernte geborgen und ihre Felder wieder bestellt haben, die Betriebsführer und das Millionenheer ihrer Gefolgschaften in der gewerblichen Wirtschaft, die trotz aller Hemmnisse, die eine so gewaltige Wirtschaftsumstellung nun einmal mit sich bringt, von unermüdlichem Schaffensgeist und freudigem Verantwortungsgefühl für die Front beseelt sind.

Auch der deutschen Frau danke ich für die aufrechte Art, mit der sie die Sorgen und Beschwernisse des Krieges in Familie und Beruf still und tapfer trägt.

Zuversichtlich, hoffnungsstark und siegesgewiß geht das deutsche Volk in das neue Jahr. Gewaltigste und schwerste Aufgaben drängen heran. In unzerstörbarem Vertrauen auf die eigene Kraft werden wir sie lösen und jeden Widerstand überwinden.

Neue Opfer sind unvermeidbar; wir werden sie nicht scheuen, denn ohne Opfer gibt es keinen Sieg. Wir bringen die unvergänglichen Kräfte zum Einsatz, die aus den Tiefen des deutschen Herzens strömen, das mit allen Fasern in Liebe an der Heimat hängt.

Als stahlharter Block steht das deutsche Volk im Bewußtsein seines Rechtes und seiner Pflichten, eins im Wollen, Fühlen und Denken, dem Führer in unwandelbarer Treue verschworen, in unlösbarer Schicksalsgemeinschaft im Sturm gewaltigen Zeitgeschehens.

Im neuen Jahre gilt die alte Devise, die das Reich groß, stark und einig gemacht hat: Führer befiehl, wir folgen!

Hermann Göring

Neujahrsaufruf Himmlers

Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei, Heinrich Himmler, erließ an die Männer der SS und Polizei folgenden Neujahrsaufruf:

An alle Männer der SS und Polizei!

Im neuen Jahre 1940, das wohl eines der bedeutungsvollsten der deutschen Geschichte werden wird, wollen wir wie immer des Führers und seines Reiches treue, zu jedem Einsatz bereite SS-Männer sein.

Es lebe der Führer!

H. Himmler,
Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei

Hierl an den Reichsarbeitsdienst

Reichsarbeitsführer Hierl richtete an den Reichsarbeitsdienst folgende Neujahrsbotschaft:

An dieser Jahreswende gibt es für uns alle einen Wunsch, der alle persönlichen Wünsche und alle Sonderwünsche weit überragt: der Sieg unseres Volkes in dem ihm aufgezwungenen Kampfe um sein Leben.

Hinter diesem Wunsche aber soll der unbeugsame Wille jedes einzelnen stehen, auf dem ihm in der Kampfgemeinschaft unseres Volkes zugewiesenen Platze seine ganze Kraft einzusetzen und Höchstes zu leisten zur Erringung des Sieges.

Der stärkere Glaube an den Sieg und der stärkere Wille zum Siege werden auch in diesem Ringen, mag es noch so lange dauern, die Entscheidung bringen.

Arbeitsmänner!

Ihr habt in den zurückliegenden Monaten dem Bauern geholfen bei der für unseren Kampf so notwendigen Sicherung der Ernte. Der größte Teil von euch war seit Kriegsbeginn eingesetzt zur Hilfeleistung für die Wehrmacht. Viele von euch durften den Siegeszug in Polen mitmachen, die anderen haben unermüdlich weitergearbeitet an der Verstärkung des Westwalles, an dem eure Kameraden vor 1½ Jahren, dem Befehl des Führers folgend, als erste den Spaten in die Erde stießen. Euer Werk dort ist nun vollendet.

Der Krieg hat Führer und Männer vielfach vor ganz neue Aufgaben gestellt. Sie wurden bewältigt.

Überall habt ihr durch freudige Pflichterfüllung und hohe Leistungen dem Reichsarbeitsdienst Ehre gemacht. Dafür danke ich euch allen, Führern und Männern des Reichsarbeitsdienstes, im Namen des Führers.

Ich gedenke insbesondere der Kameraden, die in Erfüllung ihrer Aufgaben im Reichsarbeitsdienst vor dem Feind gefallen oder verwundet worden sind.

Die neuen Aufgaben, vor die uns das neue Jahr stellen wird, wollen wir in alter Frische und Entschlossenheit anpacken und im alten nationalsozialistischen Kampfgeist erfüllen.

Arbeitsmaiden!

Seit Kriegsbeginn hat sich nicht nur eure Zahl mehr als verdoppelt, sondern auch eure Einsatzfreudigkeit, soweit dies überhaupt noch möglich war. Ihr kennt eure große Aufgabe, den Müttern, auf denen im Kriege so Schweres lastet, nicht nur wirtschaftliche Helferinnen zu sein, sondern auch seelische Stützen durch euren Glauben, euren Gemeinschaftsgeist und euren Frohsinn.

Die weibliche Jugend im Reichsarbeitsdienst hat jetzt die große Probe ihres Wertes für die Volksgemeinschaft abzulegen. Ich zweifle nicht, daß sie diese Probe bestehen und damit auch für die weibliche Jugend die ausnahmslose Durchführung der Arbeitsdienstpflicht für alle Zukunft sichern wird.

Eure Lager sind heute schon feste Burgen der inneren Front geworden, dank der unermüdlichen Arbeit und Hingabe der Führerinnen, die seit Kriegsbeginn oft über sich selbst hinausgewachsen sind, und dank der freudigen Pflichterfüllung der Arbeitsmaiden.

Dafür danke ich auch euch im Namen des Führers.

Der Reichsarbeitsdienst tritt in das neue Jahr, in Treue geschart um unseren großen Führer, fest zusammengeschlossen durch Gehorsam und Kameradschaft, freudig bereit zu jedem Einsatz für unser Volk zur Erringung des Sieges.

Heil Hitler!

Konstantin Hierl



Neujahrsaufruf des Reichsjugendführers

Reichsjugendführer Baldur v. Schirach erließ zur Jahreswende folgenden Aufruf an die Hitler-Jugend:

Hitler-Jugend!

Jedes Jahr im Leben der deutschen Jugend erhält seine Parole, nach der sich unsere Jugendarbeit richtet. Das Jahr 1940 erkläre ich zum Jahr der Bewährung.

Kameraden! Kameradinnen! Das geht euch alle an: Hitlerjungen, BDM.-Mädels, Jungmädels und Pimpfe! In diesem Jahr müßt ihr euch tausendfach bewähren. 1939 habt ihr die Ernte geborgen und vieles geleistet, was vor euch noch keine Jugend dieser Welt geleistet hat.

1940 werden neue, große Aufgaben an euch herantreten. Bewährt euch in der Erfüllung dieser Aufgaben! Ihr kämpft dadurch auf eure Weise in diesem Kriege mit und gebt so euren geschichtlichen Beitrag zum Sieg des deutschen Volkes über seine Feinde!

Der Führer hat mir selbst nunmehr auf meine wiederholte Bitte die Genehmigung erteilt, als Freiwilliger in das deutsche Heer einrücken zu dürfen. Da ich nunmehr zusammen mit 2500 Kameraden des Führerkorps der Hitler-Jugend mit der Waffe euch und eurer Zukunft dienen werde, übergebe ich den Befehl über die Jugend des Deutschen Reichs meinem bevollmächtigten Vertreter, Stabsführer Hartmann Lauterbacher.

Pg. Lauterbacher hat von mir die Anweisung erhalten, euren Einsatz in der Heimat zu leiten. Folgt ihm und euren H.-Führern und Führerinnen in jener selbstverständlichen Disziplin, die unsere tapferen Soldaten euch vorleben.

Ihr seid des Führers junge Garde! Eure Treue und Begeisterung macht Adolf Hitler besonders glücklich. Zeigt dem Führer erst recht im Jahre der Bewährung 1940, was in euch steckt. Denkt immer an ihn! Gott ist mit ihm und unseren Fahnen.

Berlin, 1. Januar 1940.

Heil Hitler!

gez. Baldur von Schirach,
Jugendführer des Deutschen Reiches
und Reichsjugendführer der NSDAP.

Rede des Führers im Sportpalast

Die Rede des Führers am 30. Januar 1940, dem Jahrestag der nationalsozialistischen Revolution, im Berliner Sportpalast hat folgenden Wortlaut (DNB):

Deutsche Volksgenossen und -genossinnen!

Sieben Jahre sind eine kurze Zeit. Der Bruchteil eines normalen menschlichen Lebens — eine Sekunde kaum im Leben eines Volkes. Und doch scheinen die hinter uns liegenden sieben Jahre länger zu sein als viele Jahrzehnte der Vergangenheit. In ihnen ballt sich ein großes geschichtliches Geschehen zusammen: die Wiederauferstehung einer von der Vernichtung bedrohten großen Nation. Eine unendlich ereignisreiche Zeit, die uns, die wir sie nicht nur erleben, sondern zum Teil gestalten durften, manches Mal kaum noch überblickbar scheint.

Man redet heute [illegible] von demokratischen Idealen, nicht in Deutschland, sondern in der anderen Welt! Denn wir in Deutschland haben ja einst dieses demokratische Ideal 15 Jahre lang zur Genüge kennengelernt. Wir selbst haben das Erbe dieser Demokratie angetreten. Wir erhalten jetzt wunderbare Kriegsziele vorgesetzt, besonders von englischer Seite. England ist ja in der Proklamation von Kriegszielen erfahren, da es die meisten Kriege der Welt geführt hat. Es sind wunderbare Kriegsziele, die uns also heute verkündet werden. Es soll ein neues Europa entstehen! Dieses Europa soll erfüllt sein von Gerechtigkeit, diese Gerechtigkeit macht Rüstungen überflüssig, und daher soll dann endlich abgerüstet werden. Mit dieser Abrüstung soll die wirtschaftliche Blüte beginnen, Handel und Wandel sollen dann aufleben, und zwar hauptsächlich der Handel, viel Handel, freier Handel! Unter diesem Handel soll dann auch die Kultur blühen, und nicht nur die Kultur, sondern auch die Religion soll dann wieder gedeihen. Mit einem Wort: Es soll jetzt das goldene Zeitalter kommen! Dieses goldene Zeitalter ist uns nun freilich schon einige Male illustriert worden, und zwar von denselben Leuten, die es heute wieder beschreiben. Es sind ziemlich alte, abgeleierte Platten. Die Herren können einem wirklich leid tun, daß sie nicht einmal einen neuen Gedanken gefunden haben, um ein großes Volk damit wieder zu ködern. Denn das hat man uns ja alles schon im Jahre 1918 versprochen!

Auch das damalige Kriegsziel der Engländer war ja das „neue Europa", die „neue Gerechtigkeit", diese neue Gerechtigkeit, die das „Selbstbestimmungsrecht der Völker" als wesentlichstes Element enthalten sollte. Damals versprach man ja auch schon eine Gerechtigkeit, die das Tragen von Waffen in der Zukunft überflüssig erscheinen lassen würde. Daher gab es auch damals bereits das Programm der Abrüstung, und zwar der Abrüstung aller. Und um diese Abrüstung nun besonders sinnfällig zu machen, sollte sie gekrönt werden durch einen Bund der abgerüsteten Nationen. Sie sollten in der Zukunft alle ihre Differenzen — denn daß es noch einige Differenzen geben würde, daran wenigstens zweifelte man damals noch nicht — in freier Rede und Gegenrede wegreden — wie das unter den Demokratien so üblich ist. Es sollte auf keinen Fall mehr geschossen werden! Man erklärte im Jahre 1918, das es ein gesegnetes und gottwohlgefälliges Zeitalter werden sollte.

Was statt dessen gekommen ist, das haben wir erlebt: Man hat die alten Staaten zerschlagen, ohne auch nur die Völker zu befragen. Man hat alte historisch gewordene Körper, nicht nur staatliche, sondern auch wirtschaftliche, aufgelöst, ohne etwas Besseres an ihre Stelle setzen zu können. So hat man ohne Rücksicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker Europa zerhackt und aufgerissen, große Staaten aufgelöst, Nationen rechtlos gemacht, indem man sie erst wehrlos machte, und dann endlich eine Einteilung getroffen, die nur noch Sieger und Besiegte auf dieser Welt übrig ließ. Man sprach dann auch nicht mehr von Abrüstung, sondern im Gegenteil, man rüstete weiter. Man hat dann auch nicht begonnen, die Konflikte friedlich zu bereinigen, sondern die gerüsteten Staaten führten genau so Kriege wie zuvor. Nur die Abgerüsteten waren nicht mehr in der Lage, sich der Gewalttaten der Gerüsteten zu erwehren. Damit kam natürlich auch nicht die wirtschaftliche Wohlfahrt, sondern im Gegenteil ein wahnsinniges System von Reparationen führte zu einer wirtschaftlichen Verelendung nicht nur der Besiegten, sondern auch der sogenannten Sieger selbst. Die Folgen dieser wirtschaftlichen Verelendung hat kein Volk mehr gespürt als das deutsche. Auch die Kultur hat keine Förderung erfahren, sondern im Gegenteil: sie wurde vernarrt und verzerrt. Auch die Religion trat in den Hintergrund. In diesen 15 Jahren hat sich kein Engländer der Religion, der christlichen Barmherzigkeit oder der Nächstenliebe erinnert.

Da sind die Herren nicht mit der christlichen Bibel spazierengegangen, sondern da war ihre Bibel der Vertrag von Versailles! Da waren 440 Paragraphen, die alle nur eine Belastung, eine Verpflichtung, eine Verurteilung und eine Erpressung Deutschlands darstellten. Dieses Versailles wurde garantiert von dem neuen Völkerbund, nicht einem Bund der freien Nationen, der gleichen Nationen, überhaupt gar kein Völkerbund — die eigentlich begründende Nation blieb ihm von Anfang an fern —, sondern ein Völkerbund, dessen einzige Aufgabe es war, dieses gemeinste aller Diktate zu garantieren und uns zu zwingen, es zu erfüllen.

Das war nun die Zeit des demokratischen Deutschland! Wenn heute fremde Staatsmänner oft so tun, als ob man zum heutigen Deutschland kein Vertrauen haben könnte, so konnte das doch auf keinen Fall auf das damalige Deutschland zutreffen; denn dieses damalige Deutschland war ja ihre Schöpfung, ihr ureigenstes Werk. Dazu konnten sie doch Vertrauen haben. Und wie haben sie dieses Deutschland mißhandelt! Wer kann sich die Geschichte dieser Jahre vollkommen ins Gedächtnis zurückrufen: das Elend des Zusammenbruchs vom Jahre 1918, die Tragik des Jahres 1919 und dann alle die Jahre des inneren wirtschaftlichen Verfalls, der Fortdauer der Versklavung, der Verelendung unseres Volkes und vor allem der vollkommenen Hoffnungslosigkeit! Es ist auch heute noch erschütternd, sich in diese Zeit zurückzuversenken, da eine große Nation allmählich das ganze Vertrauen nicht nur auf sich selbst, sondern in jede irdische Gerechtigkeit verlor. In dieser ganzen Zeit hat dieses demokratische Deutschland vergeblich gehofft, vergeblich gebettelt und vergeblich protestiert. Die internationale Finanz — sie blieb brutal und preßte unser Volk rücksichtslos aus. Die Staatsmänner der alliierten Nationen — sie blieben hartherzig. Eiskalt sagte man damals, daß wir 20 Millionen Deutsche zuviel seien.

In dieser Zeit, da alles Hoffen umsonst war, da alles Bitten vergeblich blieb und alles Protestieren zu keinem Erfolg führte, entstand die natio-

nalsozialistische Bewegung, ausgehend von der Erkenntnis, daß man auf dieser Welt nicht hoffen, nicht bitten und sich nicht zu Protesten herabwürdigen darf, sondern daß man auf dieser Welt in erster Linie sich selbst zu helfen hat. An Stelle des Hoffens trat der Glaube an unser deutsches Volk und die Mobilisierung seiner ewigen inneren Werte. Es standen uns damals wenig reale Mittel zur Verfügung. Was wir als die Bausteine des neuen Reiches ansahen, das waren außer unserem Willen erstens die Arbeitskraft unseres Volkes, zweitens seine Intelligenz und drittens das, was unser Lebensraum, der eigene Boden, uns bieten konnte.

Der Wiederaufstieg Deutschlands

So begannen wir unsere Arbeit und erlebten nun den inneren deutschen Aufstieg. Er bedrohte die Welt nicht, er war eine rein innerdeutsche Reformarbeit. Und trotzdem hat er sofort den Haß der anderen hervorgerufen. Sie witterten den Wiederaufstieg des deutschen Volkes — und deshalb, weil wir das bemerkten, haben wir parallel mit diesem Wiederaufstieg sofort die Mobilisierung der deutschen Kraft vorgenommen.

Sie kennen es ja: Noch im Jahre 1933, noch in dem Jahre, in dem wir die Macht übernahmen, sah ich mich veranlaßt, unseren Austritt aus dem Völkerbund zu erklären und die Abrüstungskonferenz zu verlassen. Wir konnten vor diesem Forum kein Recht erhalten. 1934 begann die deutsche Aufrüstung in größtem Ausmaß. 1935 führte ich die allgemeine Wehrpflicht ein, 1936 ließ ich das Rheinland besetzen, 1937 begann der Vierjahresplan anzulaufen, 1938 wurden die Ostmark und das Sudetenland dem Reiche eingegliedert, und 1939 begannen wir das Reich abzuschirmen gegen jene Feinde, die sich unterdes bereits demaskiert hatten. Zum Schutz des Reiches sind die Maßnahmen des Jahres 1939 geschehen. Alles das hätte anders kommen können, wenn die andere Welt auch nur einen Funken von Verständnis für die deutschen Lebensnotwendigkeiten aufgebracht hätte. Man sagt so oft, wir hätten das aushandeln sollen. Sie erinnern sich, meine Volksgenossen: Habe ich nicht zum Beispiel öfter als einmal die deutsche koloniale Forderung der Welt zum Aushandeln vorgelegt?! Haben wir jemals eine Antwort darauf erhalten? Außer einer brüsken Ablehnung nur neue Anfeindungen!

Im Augenblick der Wiederauferstehung des Reiches waren England und Frankreich in ihren führenden Schichten entschlossen, den Kampf erneut aufzunehmen. Sie wollten es so! England hat seit 300 Jahren das Ziel verfolgt, eine wirkliche Konsolidierung Europas zu verhindern, genau so, wie Frankreich eine Konsolidierung Deutschlands seit vielen Jahrhunderten zu unterbinden sich bemühte. Wenn heute ein Herr Chamberlain als Prediger auftritt und seine frommen Kriegsziele der Mitwelt verkündet, dann kann ich nur sagen: Ihre eigenste Geschichte widerlegt Sie, Mr. Chamberlain! Seit 300 Jahren haben Ihre Staatsmänner beim Kriegsausbruch immer so geredet, wie Sie, Herr Chamberlain, heute reden. Sie haben immer nur „für Gott" und „für die Religion" gekämpft. Sie haben „niemals ein materielles Ziel" gehabt, aber gerade weil die Engländer nie für ein materielles Ziel kämpften, hat der liebe Gott sie materiell wohl so reich belohnt!

Daß England immer nur als „Streiter der Wahrheit und der Gerechtigkeit", als der „Vorkämpfer aller Tugenden" auftrat, das hat Gott den Engländern nicht vergessen. Dafür sind sie reich gesegnet worden. Sie haben in

300 Jahren sich rund 40 Millionen Quadratkilometer Erdraum unterworfen, alles natürlich nicht etwa aus Egoismus, nicht etwa aus irgendeiner Lust an der Herrschaft oder am Reichtum und Genuß — nein, im Gegenteil, alles das nur im Auftrag Gottes und der Religion. Freilich, England wollte nicht etwa nur allein der Gottesstreiter sein, es hat immer auch andere eingeladen, an diesem Kampf teilzunehmen. Es hat sich nicht einmal bemüht, immer die Hauptlast zu tragen. Für so Gott wohlgefällige Werke kann man auch andere Leute als Mitkämpfer suchen. Das tun die Engländer auch heute. Und es hat sich das für sie reich bezahlt gemacht. 40 Millionen Quadratkilometer Eroberung: eine einzige Reihenfolge von Vergewaltigungen, von Erpressungen, von tyrannischen Mißhandlungen, von Unterdrückungen, von Ausplünderungen. Es gibt in Englands Geschichte Dinge, die wirklich in keinem anderen Staat und bei keinem anderen Volk denkbar gewesen wären.

Man hat für alles Kriege geführt. Man führte den Krieg, um seinen Handel zu erweitern; man führte Krieg, um andere zu zwingen, daß sie Opium rauchten, man führte Krieg, um Goldgruben zu gewinnen, oder um die Herrschaft über Diamantengruben. Es waren immer materielle Ziele, allerdings stets edel und ideal verbrämt! Auch der letzte Krieg wurde geführt nur „für ideale Ziele“. Daß man nebenbei noch die deutschen Kolonien eingesteckt hat, hat Gott wieder so gewollt! Daß man unsere Flotte wegnahm, daß man die deutschen Auslandsguthaben kassierte, sind so Nebenerscheinungen in dem edlen „Streit für die heilige Religion“.

Wenn Herr Chamberlain heute mit der Bibel einhergeht und seine frommen Kriegsziele predigt, dann kommt mir das so vor, als wenn sich der Teufel mit dem Gebetbuch einer armen Seele nähert. Und dabei ist das jetzt wirklich nicht mehr originell, das ist abgeschmackt, vor allem, das glaubt niemand mehr. Ich fürchte manches Mal fast, er zweifelt selber an sich. Außerdem, jedes Volk verbrennt sich nur einmal die Finger; einem Rattenfänger von Hameln sind nur einmal die Kinder nachgelaufen und einem Apostel internationaler Völkerverbrüderung auch nur einmal das deutsche Volk!

Die wahren Kriegsziele der Westmächte

Da lobe ich mir Mister Churchill. Er spricht das offen aus, was der alte Mister Chamberlain nur im stillen denkt und hofft! Er sagt es: Unser Ziel ist die Auflösung, ist die Vernichtung Deutschlands! Unser Ziel ist, wenn möglich, die Ausrottung des deutschen Volkes! Diese Offenheit, glauben Sie mir, begrüße ich. Und auch französische Generäle sprachen ganz offen aus, um was es geht. Ich glaube, daß wir uns so auch leichter verstehen. Warum denn immer mit verlogenen Phrasen kämpfen? Warum es nicht offen sagen? Es ist uns das so viel lieber! Wir wissen ganz genau, welches Ziel sie haben, ob Herr Chamberlain mit der Bibel geht oder nicht, ob er fromm tut oder nicht, ob er die Wahrheit sagt oder ob er lügt, wir wissen das Ziel: Es ist das Deutschland von 1648, das ihnen vorschwebt, das aufgelöste und zerrissene Deutschland!

Sie wissen genau, hier in diesem Mitteleuropa sitzen über 80 Millionen Deutsche. Diese Menschen haben auch einen Lebensanspruch. Ihnen gebührt auch ein Lebensanteil — und dreihundert Jahre lang sind sie darum betrogen worden. Sie konnten nur betrogen werden, weil sie infolge ihrer Zerrissenheit das Gewicht ihrer Zahl nicht zur Geltung zu bringen ver-

mochten. So leben heute 140 Menschen auf dem Quadratkilometer. Wenn diese Menschen eine Einheit bilden, dann sind sie eine Macht. Wenn sie zersplittert sind, sind sie wehrlos und ohnmächtig. In ihrer Geschlossenheit liegt aber außerdem noch ein moralisches Recht. Was bedeutet es schon, wenn 30, 50 oder 200 kleine Staaten protestieren oder Lebensrechte in Anspruch nehmen? Wer nimmt davon Notiz? Wenn 80 Millionen auftreten, dann ist das schon etwas anderes.

Daher die Abneigung gegen die staatliche Bildung Italiens, gegen die staatliche Einheit Deutschlands. Am liebsten möchten sie diese Staaten wieder in ihre früheren einzelnen Bestandteile auflösen. Vor wenigen Tagen, da schrieb so ein Engländer: „Das ist es eben, die überstürzte Gründung des Kaiserreichs von einst, das war nicht richtig." Freilich das war nicht richtig. Es war nicht richtig, daß diese 80 Millionen sich zusammenfanden, um ihre Lebensrechte gemeinsam zu vertreten. Es würde ihnen lieber sein, wenn diese Deutschen wieder unter 200 oder 300 oder 400 Fähnchen, wenn möglich unter 200 oder 300 oder 400 Dynasten kämen — hinter jedem Dynasten ein paar hunderttausend Menschen, die dann von selber mundtot gegenüber der übrigen Welt sind. Dann können wir als Volk von Dichtern und Denkern weiter leben, so gut es eben geht. Der Dichter und Denker braucht außerdem nicht soviel Nahrung wie der Schwerstarbeiter.

Die Ansprüche der jungen Völker

Das ist das Problem, das heute zur Diskussion steht! Hier sind große Nationen, die im Laufe von Jahrhunderten infolge ihrer Uneinigkeit um ihre Lebensanteile auf dieser Welt betrogen worden sind. Diese Nationen haben aber jetzt ihre Uneinigkeit überwunden. Sie sind heute als junge Völker in den Kreis der anderen eingetreten und erheben nun ihre Ansprüche. Ihnen gegenüber befinden sich die sogenannten Besitzenden. Diese Völker, die große Gebiete der Welt ohne jeden Sinn und Zweck einfach blockieren, ja vor wenigen Jahrzehnten dazu noch Deutschland ausraubten, stellen sich nun auf den Standpunkt der sogenannten besitzenden Klassen innerhalb der Völker. Es wiederholt sich im Großen in der Welt das, was wir ja auch innerhalb der Völker im Kleineren erlebten. Auch hier gab es wirtschaftliche Auffassungen und politische Meinungen, die dahin gingen, daß, wer hat, eben hat, und wer nicht hat, eben nicht hat, und daß es eine gottgefällige Ordnung sei, daß der eine habe und der andere nichts besitze, und daß es immer so bleiben müsse. Diesen gegenüber treten andere Kräfte auf.

Die eine Kraft schreit einfach: Wir wollen nun zerstören! Wenn wir nicht besitzen, dann soll alles vernichtet werden! Diese nihilistische Kraft hat in Deutschland anderthalb Jahrzehnte lang gewütet. Sie ist vom konstruktiven Nationalsozialismus überwunden worden. Er erkannte nun nicht das Bestehende an, sondern nahm eine Modifikation vor, eine Änderung in der Methode der Beseitigung dieses Zustandes, indem er sagt: Wir wollen diesen Zustand ändern, indem wir die nichtbesitzenden Klassen langsam am nationalen Reichtum teilnehmen lassen und sie zu dieser Teilnahme am Besitz erziehen. Keinesfalls aber kann einer, der nun besitzt, sich auf den Standpunkt stellen, daß er damit auch alles Recht besitzt und der andere keines. Und so ähnlich ist es in der Welt: Es geht nicht an, daß 46 Millionen Engländer 40 Millionen Quadratkilometer der Erde einfach blockieren und erklären: „Das ist uns vom lieben Gott gegeben. Wir haben vor zwanzig

Jahren von euch noch etwas dazu bekommen. Auch das ist jetzt unser Eigentum, und wir geben jetzt nichts mehr heraus."

Und Frankreich? Mit seinem wirklich nicht sehr fruchtbaren Volkstum von knapp 80 Millionen auf dem Quadratkilometer im Mutterlande hat es selber über 9 Millionen Quadratkilometer Raum erobert. Deutschland dagegen mit über 80 Millionen hat noch nicht 600000 Quadratkilometer. Das ist das Problem, das gelöst werden muß und das genau so gelöst werden wird, wie die anderen sozialen Fragen gelöst werden.

Und wir erleben heute im großen nur das Schauspiel, das wir einst im Innern im kleineren Ausmaß auch erlebten, als der Nationalsozialismus im Interesse der Herstellung einer wirklich tragbaren Ordnung und einer wirklichen Gemeinschaft der Menschen seinen Kampf für die breite Masse unseres Volkes begann. Es wurde von den damaligen liberalen und demokratischen, also besitzenden Kreisen und ihren Parteien versucht, den Nationalsozialismus zu zerschlagen. Die Partei auflösen! „Man muß sie verbieten! Das war ihr ewiger Schrei. Man sah in der Auflösung und im Verbot der Bewegung die Vernichtung der Kraft, die vielleicht eine Änderung des bestehenden Zustandes würde herbeiführen können.

Der Nationalsozialismus ist mit diesen Kräften fertig geworden, er ist geblieben, und er hat seine Neuordnung in Deutschland begonnen und weitergeführt. Heute schreit nun die besitzende andere Welt: „Man muß Deutschland auflösen!" „Man muß diese 80 Millionen atomisieren!" „Man darf sie nicht in einem staatlich geschlossenen Gebilde lassen, dann nimmt man ihnen die Kraft, ihre Forderungen durchzusetzen!" Das ist das Ziel, das sich England und Frankreich in diesem Kriege gesetzt haben! Demgegenüber ist unsere Antwort die gleiche, wie wir sie unseren inneren Gegnern einst gaben.

Sie wissen, meine alten Parteigenossen, daß uns der Sieg im Jahre 1933 nicht geschenkt worden ist. Es war ein Kampf ohnegleichen, der fast 15 Jahre lang geführt werden mußte, ein beinahe aussichtsloser Kampf. Denn Sie müssen sich erinnern, daß wir ja nicht etwa plötzlich von der Vorsehung eine große Bewegung erhalten hatten. Mit einer Handvoll Menschen ist sie gegründet worden, und diese Menschen mußten sich mühselig ihre Position erst erkämpfen und dann erweitern. Aus einer Handvoll Menschen sind hundert und dann tausend und dann zehntausend und hunderttausend geworden, und endlich die erste Million, und dann wurde eine zweite Million daraus, eine dritte und eine vierte.

Das Ziel: die Befreiung unseres Volkes

So sind wir in einem dauernden Krieg gegen tausend Widerstände und Angriffe, Vergewaltigungen und Rechtsbrüche gewachsen und sind in diesem Kampf stark geworden, innerlich stark. So ist in diesen 15 Jahren die Macht errungen worden, nicht unverdient als Geschenk des Himmels, sondern als die Belohnung eines einmaligen zähen Ringens, eines tapferen Ausharrens im Kampf um die Macht. Als ich im Jahre 1933 diese Macht erhielt und nun mit der nationalsozialistischen Bewegung die Verantwortung für die deutsche Zukunft übernahm, da war mir klar, daß die Freiheit unseres Volkes nicht länger beschränkt werden dürfe. Es war mir weiter klar, daß der Kampf nicht seinen Abschluß gefunden hatte, sondern nun in einem großen Ausmaß erst recht beginnen würde. Denn vor uns stand nicht nur

der Sieg der nationalsozialistischen Bewegung, sondern die Befreiung unseres deutschen Volkes! Das war unser Ziel!

Was ich seitdem geschaffen habe, ist ja alles nur ein Mittel zu diesem Zweck. Partei: Arbeitsfront, SA, SS, alle anderen Organisationen, die Wehrmacht: das Heer, die Luftwaffe und die Marine, sie sind ja nicht Selbstzweck, sie alle sind nur Mittel zum Zweck. Über dem allen steht die Sicherung der Freiheit unseres deutschen Volkes. Ich habe natürlich nach außen genau so wie im Innern versucht, durch Verhandeln, durch den Appell an die Vernunft die notwendigen unabdingbaren Forderungen durchzusetzen. Es ist mir auf einigen Gebieten und einige Male gelungen. Im Jahre 1938 aber mußte man erkennen, daß bei den gegnerischen Staaten die alten Hetzer des Weltkrieges wieder die Überhand gewannen. Ich habe damals schon zu warnen angefangen, denn was soll man davon denken, wenn man sich erst in München zusammensetzt und ein Abkommen abschließt, dann nach London zurückkehrt und dort sofort zu hetzen anfängt, dieses Abkommen als eine Schande bezeichnet, ja versichert, daß sich ein zweites Mal so etwas nicht mehr wiederholen darf. Mit anderen Worten, daß für die Zukunft eine freiwillige Verständigung überhaupt nicht mehr denkbar sein soll.

Damals sind in den sogenannten Demokratien die Außenseiter aufgetreten. Ich habe sofort vor ihnen gewarnt. Denn es ist ja klar: das deutsche Volk empfand keinen Haß, weder gegen das englische, noch das französische Volk. Das deutsche Volk wollte mit ihnen nur in Frieden und Freundschaft leben. Die Forderungen, die wir haben, tun diesen Völkern ja nicht weh, sie nehmen ihnen nichts. Das deutsche Volk ist daher auch nie zur Feindschaft gegen sie erzogen worden. Aber in England begannen nun gewisse Kreise mit einer impertinenten unerträglichen Hetze. Und da kam für mich der Augenblick, wo ich mir sagen mußte: Hier darf man nun nicht mehr zusehen. Denn eines Tages werden die Hetzer in London in der Regierung sein, dann werden sie ihre Pläne verwirklichen, und das deutsche Volk wird überhaupt nicht wissen, was geschehen ist. So gab ich den Befehl, nun das deutsche Volk über diese Hetze aufzuklären.

Aber ich war von diesem Augenblick an auch entschlossen, die Verteidigung des Reiches so oder so sicherzustellen. 1939 haben dann die Westmächte die Maske endgültig fallengelassen. Sie haben Deutschland trotz aller unserer Versuche und unseres Entgegenkommens ihre Kriegserklärungen geschickt. Sie geben es heute selbst ganz ungeniert zu: „Jawohl, Polen hätte wahrscheinlich eingelenkt, aber das wollten wir nicht." Sie geben heute zu, daß es möglich gewesen wäre, eine Verständigung herbeizuführen. Aber sie wollten den Krieg!

Sie werden den Kampf bekommen!

Gut denn — das haben mir einst die inneren Gegner auch gesagt. Ich habe ihnen die Hand gereicht, aber sie haben sie zurückgestoßen, sie schrien auch: Nein, nicht Versöhnung, nicht Verständigung, sondern Kampf! Gut, sie haben den Kampf bekommen! Und ich kann Frankreich und England nur sagen: auch sie werden den Kampf bekommen!

Die erste Phase dieses Kampfes war eine politische Aktion. Durch sie wurde uns zunächst der Rücken politisch frei gemacht. Jahrelang hat Deutschland mit Italien eine gemeinsame Politik betrieben. Diese Politik hat sich bis jetzt nicht geändert. Die beiden Staaten sind eng befreundet. Ihre ge-

meinsamen Interessen sind auf den gleichen Nenner zu bringen. Im vergangenen Jahr habe ich nun versucht, England die Möglichkeit zu nehmen, den beabsichtigten Krieg in einen allgemeinen Weltkrieg ausarten zu lassen. Denn der fromme, die Bibel studierende, lesende und predigende Herr *Chamberlain* hat sich damals monatelang bemüht, mit dem Atheisten *Stalin* zu einer Verständigung zu kommen und mit ihm einen Bund zu schließen. Das ist damals nicht gelungen. Ich verstehe, daß man in England wild ist darüber, daß ich nun das getan habe, was Herr Chamberlain vergeblich versucht hatte, zu tun. Und ich begreife auch, daß das, was bei Herrn Chamberlain ein Gott wohlgefälliges Werk gewesen wäre, bei mir ein Gott nicht wohlgefälliges ist. Aber immerhin — ich glaube, der Allmächtige wird zufrieden sein, daß in einem großen Gebiet ein sinnloser Kampf vermieden wurde.

Durch Jahrhunderte haben *Deutschland* und *Rußland* in Freundschaft und Frieden nebeneinander gelebt. Warum soll es in der Zukunft nicht wieder möglich sein? Ich glaube, es wird möglich sein, weil die beiden Völker das wünschen! Jeder Versuch der britischen oder französischen Plutokratie, uns in einen neuen Gegensatz zu bringen, wird scheitern aus der nüchternen Erkenntnis dieser Absichten. *So ist heute Deutschland zunächst politisch in seinem Rücken frei.*

Die zweite Aufgabe des Jahres 1939 war, uns auch *militärisch* den Rücken frei zu machen. Die Hoffnung der englischen Kriegssachverständigen, der *Kampf gegen Polen* würde unter keinen Umständen vor einem halben bis einem Jahr entschieden sein, wurde durch die Kraft unserer Wehrmacht zunichte gemacht! Der Staat, dem England die Garantie gegeben hat, ist ohne Erfüllung dieser Garantie in 18 Tagen von der Landkarte weggefegt worden.

Damit ist die *erste Phase dieses Kampfes* beendet, und die zweite beginnt. Herr Churchill brennt schon auf diese zweite Phase. Er läßt durch seine Mittelsmänner — und er tut es auch persönlich — die Hoffnung ausdrücken, daß nun endlich bald der Kampf mit den Bomben beginnen möge. Und sie schreien schon, daß dieser Kampf natürlich auch nicht vor Frauen und Kindern haltmachen wird. Wann hat denn auch jemals England vor Frauen und Kindern haltgemacht? Der ganze *Blockadekrieg* ist ja nichts anderes ebenso wie einst der Krieg gegen die Buren, als ein Krieg gegen Frauen und Kinder. Damals wurde das Konzentrationslager erfunden. In einem englischen Gehirn ist diese Idee geboren worden. Wir haben nur im Lexikon nachgelesen und haben das dann später kopiert. Nur mit einem Unterschied: England hat *Frauen und Kinder* in diese Lager gesperrt; über 20000 Burenfrauen sind damals jämmerlich zugrunde gegangen. Warum soll also England heute anders kämpfen? Das haben wir vorhergesehen und haben uns darauf vorbereitet!

Herr Churchill mag überzeugt sein: Was England in den fünf Monaten jetzt getan hat, das wissen wir, was Frankreich getan hat, auch. Aber anscheinend weiß er nicht, was Deutschland in den fünf Monaten getan hat! Die Herren sind wohl der Meinung, daß wir in den letzten fünf Monaten geschlafen haben. Seit ich aber in die politische Arena trat, habe ich noch nicht einen einzigen Tag von wesentlicher Bedeutung verschlafen, geschweige denn fünf Monate. Ich kann dem deutschen Volk nur die eine Versicherung geben: *Es ist in diesen fünf Monaten Ungeheures geleistet worden.* Gegenüber dem, was in diesen fünf Monaten geschaffen wurde, verblaßt alles, was in den sieben Jahren vorher in Deutschland entstand!

Unsere Rüstung ist jetzt zu dem planmäßigen Anlauf gekommen. Die Planung hat sich bewährt. Unsere Voraussicht beginnt jetzt Früchte zu tragen, so große Früchte, daß unsere Herren Gegner langsam zu kopieren anfangen.

Allerdings — es sind nur sehr kleine Kopisten. Natürlich — der englische Rundfunk weiß ja alles besser. Wenn es nach ihm ginge, dann könnte eigentlich in England heute die Sonne nicht mehr scheinen können, weil die britischen Flugzeuggeschwader die Atmosphäre verdunkeln. Die Welt müßte ein **einziges Waffenlager** sein, von England ausgerüstet, für England arbeitend und damit die britischen Massenheere versorgend. Deutschland umgekehrt stände vor dem totalen Zusammenbruch. Ich habe es heute soeben gehört, daß **wir noch drei U-Boote besitzen**, das ist sehr schlimm, nämlich nicht für uns, sondern für die englische Propaganda, denn wenn die drei Stück vernichtet sind — und das kann schon heute oder morgen sein —, was wird man dann noch vernichten können? Den Engländern bleibt am Ende nichts anderes übrig, als dann schon vorher die U-Boote zu versenken, die wir in der Zukunft bauen werden, und sie werden dann außerdem zu einer **U-Boot-Auferstehungstheorie** kommen müssen. Nachdem ja doch die englischen Schiffe sicherlich weiter versinken werden, wir aber keine U-Boote mehr besitzen, kann es sich also bei diesen angreifenden U-Booten nur um U-Boote handeln, die von den Engländern schon einmal vernichtet worden sind.

Ich las weiter, daß mich tiefe Betrübnis und Trauer erfasse, denn ich hätte erwartet, daß wir jeden Tag zwei U-Boote bauen, während es nur jede Woche zwei seien. Ich kann nur sagen: Es ist nicht gut, wenn man seine Kriegsberichte und besonders seine Rundfunkansprachen von Angehörigen eines Volkes halten läßt, das seit einigen tausend Jahren nicht mehr gekämpft hat. Denn der **letzte nachweisbare Kampf der Makkabäer** scheint allmählich doch seinen militärischen erzieherischen Wert verloren zu haben.

Deutschland die größte Weltmacht

Wenn ich diese ausländische Propaganda ansehe, dann wird **mein Vertrauen in unseren Sieg unermeßlich!** Denn diese Propaganda habe ich ja schon einmal erlebt; fast 15 Jahre lang war diese Propaganda gegen uns gemacht worden. Meine alten Parteigenossen! Sie erinnern sich dieser Propaganda! Es sind dieselben Worte und dieselben Phrasen, ja, wenn wir genauer hinschauen, sogar die gleichen Köpfe und derselbe Dialekt! Mit diesen Leuten bin ich fertig geworden als ein einsamer unbekannter Mann, der eine Handvoll Menschen an sich zog. 15 Jahre bin ich mit diesen Leuten fertig geworden, und heute ist **Deutschland die größte Weltmacht!**

Es ist nicht so, daß das Alter an sich weise macht. Es werden auch durch das Alter Blinde nicht sehend. Wer aber früher schon mit Blindheit geschlagen war, ist es auch jetzt. Wer aber mit Blindheit geschlagen ist, den wollen die Götter verderben. Heute tritt diesen Kräften die deutsche Wehrmacht gegenüber, die erste der Welt! Vor allem aber tritt diesen Kräften das **deutsche Volk** gegenüber, das deutsche Volk in seiner Einsicht und in seiner Disziplin, erzogen nunmehr durch 7 Jahre nationalsozialistischer Arbeit auf allen Gebieten. Daß das kein Phantom ist, das können wir heute erleben. Diese Erziehungsarbeit hat Klassen und Stände überwunden. Sie hat Parteien beseitigt, sie hat Weltanschauungen ausgetilgt und hat an ihre Stelle eine **Gemeinschaft** gesetzt. Diese Gemeinschaft ist heute von einem einzigen

Deutscher Pionierstoßtrupp in einer Ortschaft weit vor dem Westwall

Phot.: P.K. (Weltbild)



Infanteriegeschützstellung im Westen

Phot.: P.K. v. Estorff (Presse-Bild-Zentrale)

glühenden Vertrauen beseelt und einem fanatischen Willen erfüllt. Diese Gemeinschaft wird dieses Mal nicht den Fehler des Jahres 1918 machen!

Wenn heute Herr Daladier an dieser Gemeinschaft zweifelt, oder wenn er glaubt, daß in dieser Gemeinschaft Teile jammern, oder wenn er meine eigene Heimat zitiert und sie bemitleidet — oh, Monsieur Daladier, vielleicht werden Sie meine Ostmärker noch kennenlernen! Sie werden Ihnen dann die Aufklärung persönlich geben. Sie werden mit diesen Divisionen und Regimentern ja genau so Bekanntschaft machen wie mit den anderen Deutschen, und Sie werden dann von einem Wahnsinn geheilt werden, nämlich von dem Wahnsinn, zu glauben, daß Ihnen noch deutsche Stämme gegenübertreten. Herr Daladier, Ihnen tritt heute gegenüber das deutsche Volk! Und zwar das nationalsozialistische deutsche Volk. Dieses Volk, um das der Nationalsozialismus gerungen hat und das in mühevoller Arbeit seine heutige Erziehung und damit seine heutige Formung erhielt, ist geheilt von allen internationalen Anwandlungen, und es wird geheilt bleiben. Dafür bürgt die nationalsozialistische Partei. Und Ihre Hoffnung, Volk und Partei oder Partei und Staat oder Partei und Wehrmacht oder Wehrmacht, Partei und mich zu trennen, sind kindlich naiv! Das ist die Hoffnung, von der meine Gegner einst schon 15 Jahre gelebt hatten.

Ich habe als Nationalsozialist nichts anders kennengelernt als Arbeit, Kampf, Sorgen, Mühen. Ich glaube, unserer Generation hat die Vorsehung nichts anderes bestimmt. Einst, vor 25 Jahren, zog das deutsche Volk in einen Kampf, der ihm damals aufgenötigt worden war. Es war nicht gut gerüstet. Frankreich hatte seine Volkskraft ganz anders ausgewertet als das damalige Deutschland. Rußland war der gewaltigste Gegner. Eine ganze Welt konnte gegen dieses Deutschland mobilisiert werden. Da zog es in den Kampf und hat nun Wunder an Heldentaten verübt. Und die Vorsehung hielt unser Volk. Das Jahr 1914 befreite die deutsche Heimat von der Gefahr feindlicher Einbrüche. Im Jahre 1915 wurde die Stellung des Reiches verbessert. 1916, 1917, Jahr für Jahr Kampf um Kampf. Manchesmal schien alles schon zusammenzubrechen, und wie durch ein Wunder wurde das Reich immer wieder gerettet.

Deutschland hat damals staunenswerte Proben seiner Kraft gegeben. Es war ersichtlich von der Vorsehung gesegnet worden. Da wurde das deutsche Volk undankbar. Da begann es, statt im Vertrauen auf seine eigene Zukunft und damit auf seine eigene Kraft zu blicken, auf die Versprechungen anderer zu vertrauen. Und endlich hat es in seiner Undankbarkeit sich gegen das eigene Reich, gegen die eigene Führung empört. Und da wendete sich dann die Vorsehung vom deutschen Volke ab. Ich habe seitdem diese Katastrophe nicht als etwas Unverdientes angesehen. Ich habe niemals geklagt, daß die Vorsehung uns etwa Unrecht getan hätte. Ich habe im Gegenteil immer die Auffassung vertreten: Wir haben nur das von der Vorsehung gegeben bekommen, was wir letzten Endes uns selbst verdient hatten. Die deutsche Nation ist undankbar gewesen. Ihr blieb deshalb der letzte Lohn versagt! Ein zweites Mal wird sich das in unserer Geschichte nicht mehr wiederholen!

Die nationalsozialistische Bewegung hat diese Bewährung selbst schon abgelegt. In den 15 Jahren ihres Kampfes gab es keineswegs immer nur glänzende Tage, wunderbare Siege. Es waren oft sorgenvollste Zeiten. Da jubelten oft schon die Gegner über unsere Vernichtung. Aber die Bewegung hat sich bewährt, freudigen und starken Herzens immer wieder im Vertrauen

auf die Notwendigkeiten unseres Kampfes sich aufgerafft und erneut dem Gegner die Stirn geboten und ihn am Ende besiegt.

Heute nun ist das die Aufgabe der deutschen Nation. 80 Millionen treten nunmehr in die Schranken. Ihnen gegenüber stehen genau so viele Gegner. Diese unsere 80 Millionen haben heute eine hervorragende innere Organisation, die beste, die es geben kann. Sie haben einen starken Glauben, und sie haben nicht die schlechteste Führung, sondern — wie ich überzeugt bin — die beste. Führer und Volk besitzen heute die Einsicht, daß es keine Verständigung gibt ohne eine klare Durchsetzung unseres Rechtes. Wir wollen nicht, daß vielleicht in zwei oder drei oder fünf Jahren der Streit um unsere Rechte von neuem entbrennt. Hier steht das Recht von 80 Millionen zur Diskussion, nicht einer Partei oder einer Bewegung. Denn was bin ich? Ich bin nichts, deutsches Volk, als dein Sprecher, der Sprecher deines Rechtes!

Das Volk hat mir sein Vertrauen geschenkt! Ich werde mich dieses Vertrauens würdig erweisen! Ich will dabei nicht den Blick auf mich und meine Umwelt richten, sondern ihn in die Vergangenheit und auf die Zukunft wenden. Ich möchte vor der Vergangenheit und vor der Zukunft in Ehren bestehen, und mit mir soll in Ehren bestehen das deutsche Volk. Die heutige Generation — sie trägt Deutschlands Schicksal, Deutschlands Zukunft oder Deutschlands Untergang. Unsere Gegner — sie schreien es heute heraus: Deutschland soll untergehen! Aber Deutschland kann immer nur eine Antwort geben: Deutschland wird leben, und deshalb wird Deutschland siegen!

Am Beginn des achten Jahres der nationalsozialistischen Revolution wenden sich unsere Herzen unserem deutschen Volke und seiner Zukunft zu.

Ihr wollen wir dienen,
für sie wollen wir kämpfen,
wenn notwendig fallen,
niemals kapitulieren, denn Deutschland muß und wird siegen! Heil!



Großadmiral Raeder vor den Werftbelegschaften

Der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Großadmiral Dr. h. c. Raeder, besichtigte am 8. und 9. Januar die Kriegsmarinewerften in Kiel und Wilhelmshaven und ergriff bei dieser Gelegenheit vor den versammelten Belegschaften das Wort zu längeren Ausführungen, in denen er auf die Wichtigkeit der Werften für die Kriegsmarine hinwies und die Arbeit des Werftarbeiters als einen besonders wichtigen Faktor der Landesverteidigung herausstellte.

Großadmiral Raeder ging zunächst auf die Tatsache ein, daß die Kriegsmarine in dem Deutschland aufgezwungenen Kriege einzigartige Erfolge erzielen konnte. Dem Führer sei es zu verdanken, daß das deutsche Schwert rechtzeitig geschmiedet worden sei, ehe es dem Feind gelungen sei, Deutschland in seiner Ohnmacht, in der es durch das Schanddiktat von Versailles für immer niedergehalten werden sollte, zu überfallen. Das deutsche Schwert sei nun zu einer furchtbaren und tödlichen Waffe für den Feind geworden, und heute gebühre neben dem Dank an den Führer die Anerkennung den Männern, die es mit der Kraft ihres Geistes geplant und entworfen, und denen, die es mit ihrer Hände Arbeit in treuer Pflichterfüllung zusammengefügt hätten. Mit Freude könne er feststellen, daß die Kriegsmarinewerften den hohen Anforderungen, die an sie gestellt worden seien, voll entsprochen hätten. Im letzten Jahre, besonders aber seit Kriegsausbruch, sei Außerordentliches geleistet worden, und es erfülle ihn mit Genugtuung, daß die Gefolgschaftsmitglieder den Ernst und die harten Notwendigkeiten dieser Zeit verstanden hätten.

„Dieses Verständnis ist die Voraussetzung für eine fruchtbare Arbeit auch in der Folgezeit. Und ich muß es heute von jedem einzelnen bewußt fordern. Jeder ist an seiner Stelle notwendig, auch die geringfügig erscheinende Arbeit ist wichtig und muß geleistet werden, wenn das Gesamtwerk erfolgreich arbeiten soll. Der Arbeiter, der seine Arbeit gewissenhaft und gründlich ausführt, der dabei beweist, daß Herz und Verstand voll bei der Sache sind, die unser aller Sache ist, ist nicht weniger wert als irgendeiner sonst im großen Deutschen Reich. Wir wissen, daß wir trotz unseres Volksreichtums noch zu wenig Arbeitskräfte in Deutschland haben, um all das, was jetzt im Kriege auch von der Heimatfront zur Sicherung des Sieges geschafft werden muß, zu leisten. Daher muß der einzelne mehr leisten als im Frieden. Es muß erreicht werden, daß, wo immer es möglich ist, noch Leistungssteigerungen erzielt werden.

Die Werften sind die Stützpunkte unserer Schiffe und Fahrzeuge, d. h. sie sollen — wie der Name sagt — diese stützen, sie immer wieder instand setzen und den Besatzungen die Vorbedingungen schaffen, vor dem Feind Höchstes aus Schiffen und Waffen herauszuholen. So ist im Weltkrieg 1914—18 der Sieg vor dem Skagerrak nicht zuletzt auch ein Verdienst der Werft und der zugehörigen Industrie gewesen. Ihre Gefolgschaftsmitglieder tun daher im Grunde genommen soldatischen Dienst, genau so wie der Mann an der Kanone oder an den Kesseln, nur mit dem Unterschied, daß, während der eine unmittelbar am Feind steht und ihn bekämpfen darf, der andere in stiller, zäher Arbeit hinter der Seefront den Kameraden vorn die Kampfmittel schaffen und erhalten soll. Hier wird also schon ganz klar, wie

sehr der eine auf den anderen angewiesen ist, wie aus dieser gegenseitigen Abhängigkeit eine Kampfgemeinschaft wird, die sich felsenfest aufeinander verlassen muß. Wir erleben so am eigenen Beispiel, wie Front und Heimat auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden sind. Jeder Arbeiter muß dessen eingedenk sein, daß der Seemann an der Front auch für ihn und seine Familie das Leben einsetzt und daß eine auch nur geringe Nachlässigkeit in der Arbeit des Werkmannes das U-Boot, den Zerstörer, ja selbst das große Panzerschiff vor dem Feinde gefährdet.

Auf der anderen Seite muß jeder Besatzungsangehörige auf den großen Schiffen, auf Zerstörern und U-Booten oder sonstigen Fahrzeugen wissen, daß er sich auf Leben und Tod auf die Arbeit seiner Arbeitskameraden verlassen kann. Ein Beispiel für die Wichtigkeit gewissenhafter Werkstattarbeit sind die Torpedos des Kapitänleutnants Prien in Scapa Flow. Sie wurden in einer Torpedowerkstatt der Kriegsmarinewerften überholt, geregelt und schußklar an Bord gegeben; sie hätten den heldenhaften Einsatz nutzlos gemacht, wenn sie versagt hätten. Das gegenseitige Sichaufeinanderverlassenkönnen muß das Verhältnis zwischen unseren Seeleuten und Arbeitern bestimmen. Eine Flotte ist also ohne Werften nicht denkbar. Je höher die Leistungsfähigkeit, desto schärfer das Schwert. Auf jeden einzelnen kommt es an, die Gesamtzahl der einzelnen macht die Leistungsfähigkeit des Gesamtwerks aus.

Wer heute seine Pflicht nicht tut, schließt sich aus der Werks- und Volksgemeinschaft aus. Denn darüber wollen wir uns doch klar sein: Jede Pflichtversäumnis schädigt die eigene Wehrkraft und nützt damit dem Feind. Das aber will der Feind ja gerade! Er kann uns mit seinen Waffen kaum etwas anhaben, er fürchtet das scharfe deutsche Schwert. Also versucht er das Schwert abzustumpfen, indem er Mißtrauen sät, Gerüchte verbreitet, Hetzpropaganda treibt, durch Agenten Geheimnisse ausspüren läßt und Sabotage anzettelt. Er will in die Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes den Keil treiben, der allein imstande wäre, die deutsche Kraft zu brechen: die Uneinigkeit, an der wir jahrhundertelang immer wieder zerbrochen sind. Wir wollen und werden es aber nicht zulassen, daß der Feind uns im Innern wieder auseinanderbringt. Die uns vom Führer geschenkte Gemeinschaft des ganzen Volkes ist unsere stärkste Waffe, denn sie läßt erst die ungeheuren Kräfte unseres 80-Millionen-Volkes voll wirksam werden. Das ist ein ungeheurer Vorsprung, den wir vor unseren Feinden haben. Und dieser Vorsprung sichert uns den Sieg.

Wir müssen uns nur alle, und zwar jeder einzelne, stets vor Augen halten, daß wir nicht erlahmen dürfen in dem Willen, jede von außen an uns herantretende Maßnahme des Gegners auf das schärfste abzuwehren. So wie der Soldat draußen mit der Waffe den feindlichen Soldaten scharf bekämpft und abwehrt und ihm die Möglichkeit nimmt, in unser deutsches Land einzubrechen, so muß im Innern jeder Mann und jede Frau gegen die hier angesetzten geistigen Waffen des Feindes gewappnet sein und sie, wo er sie antrifft, zunichte machen. Treue Pflichterfüllung und unbedingte Siegeszuversicht, die getragen sein muß vom festen Glauben an unseren Führer, sind die wichtigsten Voraussetzungen hierfür."

Im folgenden ging der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine auf das Kriegsziel des Feindes ein, dessen Bestreben es sei, unser mächtiges Land, das in einer in der Geschichte noch niemals dagewesenen Zusammenfassung der Kräfte sein unerträgliches Joch abgeschüttelt habe, erneut zu zerschlagen. Der Feind wolle aber nicht nur den Staat als solchen treffen,

sondern besonders die Menschen. Wie es mit den Deutschen gemacht werde, die wehrlos einem fanatischen Vernichtungswillen ausgeliefert seien, hätten die Polen gezeigt, die über 5000 deutsche Menschen einfach abgeschlachtet hätten. Was das Schwert verschonte, würde der Hunger vollenden, und man brauche sich nur Clemenceaus Ausspruch von den 20 Millionen Deutschen, die zuviel auf der Welt seien, vor Augen zu halten, um zu wissen, welche Ziele der Feind verfolge, die gegen 1918 noch bei weitem verschärft seien.

Diesem Kriegsziel, von dem vor der Welt heuchlerisch behauptet würde, der Kampf des Feindes ginge um die Freiheit der Völker, stellte der Großadmiral das deutsche Kriegsziel gegenüber, indem er sagte:

„Wir kämpfen um unser Recht, für die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinder, die einmal frohe Augen haben und in einer Welt leben sollen, die jedem Volk nach seiner Leistung und seinem Können gerecht das Seine zuteilt. Wir werden diesen Kampf bestehen, wenn wir unerschütterlich zueinander stehen und uns als ein ehernes Bollwerk um unseren Führer scharen, jeder einzelne erfüllt von der Größe der ihm gestellten Aufgabe, mitwirken zu dürfen an seinem Platz bei der Erkämpfung der endgültigen Freiheit einer ganzen Nation. Unsere Generation wird vor der Geschichte zu beweisen haben, daß sie die Kraft besaß, eine gesunde Lebensgrundlage für unser Volk zu schaffen! Wir wollen uns vor unseren Kindern, denen wir die neue Zukunft bereiten, später einmal nicht schämen, daß wir diese Kraft nicht besessen haben. Dazu darf uns kein Opfer zu groß sein. Jedem von uns sind ganz bestimmte Aufgaben zugewiesen, die wir zu lösen haben, damit das Ganze nicht leide. Es muß uns eine Sache des Herzens und der Ehre sein, unsere Pflicht ganz und in der uns vorgeschriebenen Zeit zu tun. Das gilt für den Werkmann ebenso wie für den Oberwerftdirektor, den Matrosen ebenso wie für mich, den Oberbefehlshaber der Kriegsmarine und Chef der Seekriegsleitung. Das ist eben das Gemeinsame und Verbindende bei unser aller Arbeit. Wir arbeiten alle für eine große Sache, für unser im Kriege befindliches Vaterland."

Der Großadmiral gab anschließend im einzelnen Richtlinien für den Arbeitseinsatz und beschäftigte sich ausführlich mit Fragen der Gefolgschaftsmitglieder der beiden Kriegsmarinewerften. Hierbei erwähnte er auch die zahlreichen Meldungen aus der Arbeiterschaft an die Front, über die ihm berichtet worden sei. „Ich freue mich über diese Einstellung ganz besonders. Sie zeugt von gesundem und stolzem Mannesempfinden. Aber so begreiflich und anerkennenswert dieser Wunsch auch ist, kann ihm doch nicht entsprochen werden. Ein jeder von Ihnen wird einsehen, daß es sinnwidrig wäre, wenn auf der einen Seite nach dem Willen des Führers die Rüstungsarbeiter zur Auffüllung der Rüstungsbetriebe in der Heimat aus der Front herausgezogen werden und auf der anderen Seite Rüstungsbetriebe ihre Facharbeiter an die Front entlassen. Also, so sehr ich das Drängen an die Front begrüße, muß doch zunächst einmal ein jeder auf dem Platz ausharren, auf den er gestellt ist und auf dem er deshalb seinem Vaterlande am meisten nützt. Ich habe schon einmal betont, daß der Arbeiter darum nicht weniger wert ist als jeder andere. Er muß nur in sich die Überzeugung tragen, daß seine Arbeit für die Landesverteidigung von entscheidender Bedeutung ist, ganz gleichgültig, wo immer er stehen mag, und daß er aus diesem Grunde auch im kleinsten sein Bestes geben muß. Aus dieser Einstellung heraus wird der Arbeiter zum verantwortungsbewußten und getreuen Kriegskameraden."

Zum Schluß seiner Rede hob der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine hervor, daß, wie der Soldat an der Front, so auch die Heimat entschlossen

sein müsse, das Letzte für eine große, freie und friedliche Zukunft Deutschlands zu geben. Darum müsse jedes zur Arbeitsleistung bei der Kriegsmarine verpflichtete Gefolgschaftsmitglied sich genau so zum Dienst für Führer und Volk eingezogen fühlen wie der Soldat. „Wir wollen innerhalb unserer Marine, der auch die Werften mit ihren Gefolgschaften als wichtige Bestandteile angehören, zusammenstehen und zusammenhalten, um aus unserer Gemeinschaft und Kameradschaft Kraft und Zuversicht zu ziehen. Die Heimat muß in diesem Kriege zur nie versagenden Kraftquelle der Front werden. Wenn ein jeder hierzu das seine tut, dann kann der Enderfolg nicht ausbleiben, dann wird der Sieg uns zufallen, wie lange der Krieg auch immer dauern mag. Unsere Kraft und unseren Mut aber wollen wir alle finden in dem unerschütterlichen Vertrauen auf den Führer, der uns den Glauben an eine freie Zukunft wiedergegeben hat. Ihm folgen heißt siegen!"



Innenpolitik

Als die deutsche Glocke des Kölner Doms zu mitternächtlicher Stunde das Jahr 1940 einläutete und die Rundfunkwellen ihre Klänge in jedes deutsche Haus trugen, fand sie nicht wie in früheren Jahren ihr Echo in lauten Feiern und steigenden Raketen. Dem deutschen Menschen war dieser Glockenschlag kein Feierklang der Freude und des Friedens; vielmehr schien es ihm, als spräche eine stählern harte Stimme von Mut und Kampf. Von jenem Dom, dem Wahrzeichen einer großen deutschen Vergangenheit, der vom deutschen Strom aus hinüber sieht bis zu den Kampfanlagen, in denen deutsche Soldaten als unüberwindliche Hüter der Heimat Wache halten, läuteten die Neujahrsglocken weit hinein ins Land, um jedem deutschen Menschen bewußt zu machen, daß auch er in diesem Kriege in der Kampffront steht. Die Aufgaben dieser Heimatfront sind anders als die der militärischen, und doch ist ihre restlose Erfüllung die unerläßliche Voraussetzung für den siegreichen militärischen Kampf.

Auch der Kampf der Heimat bringt Opfer, bringt Verluste und wird dem einzelnen oft in seiner ganzen Härte spürbar. — — Mit dieser ernsten Gewißheit begann für alle Männer und Frauen des Großdeutschen Reiches das Jahr 1940, von dem der Führer in seinem Neujahrsaufruf an die Partei als Zielsetzung verkündete: „Möge das Jahr 1940 die Entscheidung bringen. Sie wird, was immer auch kommen mag, unser Sieg sein! Alles, was in dieser Zeit an Opfern vom einzelnen gefordert wird, steht in keinem Verhältnis zum Einsatz, den die ganze deutsche Nation vollzieht, in keinem Verhältnis zum Schicksal, das ihr drohen würde, wenn die verlogenen Verbrecher von Versailles noch einmal die Macht erhielten." Mit diesen Worten hat die Heimat ihre Marschparole erhalten. So wie der Führer in seiner Neujahrsbotschaft an die Wehrmacht, die Oberbefehlshaber der einzelnen Wehrmachtteile in ihren Tagesbefehlen an das deutsche Heer, der Reichsführer SS Himmler an die Männer der SS und Polizei, der Reichsarbeitsführer Hierl an den Reichsarbeitsdienst und der Reichsjugendführer Baldur von Schirach an die HJ die Richtung des neuen Kampfjahres anzeigten, so brachte Adolf Hitler in seinem Aufruf an die Partei das Ziel dieses Kampfes auf die einfachste Formel: „Wir kämpfen für den Aufbau eines neuen Europa."

Die Pioniere dieses Neuaufbaues sind jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau. Es ist selbstverständlich, daß sich dieses Pioniertum nicht nur in Ideologien und in der Theorie auswirken darf, sondern daß es glutvoll und lebendig das politische Leben des einzelnen auszurichten hat. Am sichtbarsten wird diese Ausrichtung vorerst im wirtschaftlichen Leben, sowohl im großen wie im kleinen, in der Wirtschaftsführung des Staates wie im Haushalt jedes Volksgenossen. Ministerpräsident Hermann Göring prägt in seinem Aufruf zur Jahreswende diese Auffassung in wenigen klaren Sätzen: „Das eherne Gesetz des Krieges bestimmt heute das Gemeinschaftsleben unseres Volkes, nach diesem Gesetz ist auch das gesamte deutsche Wirtschaftsleben ausgerichtet. — Die Heimat ist Waffenschmiede und Kraftquell für die Front geworden. In Stadt und Land haben sich die Betriebe und Werk-

stätten den Erfordernissen der Reichsverteidigung angepaßt. Jede Arbeitskraft wird dort eingesetzt, wo sie am nötigsten ist. Jede Tonne Rohstoff wird dort verwertet, wo sie der Rüstung und der kriegsnotwendigen Versorgung des Volkes am besten nützt. In allen Wirtschaftszweigen werden Höchstleistungen vollbracht. Die Ernährungsbasis des deutschen Volkes ist gesichert. Die materiellen Lasten des Krieges werden nach dem Grundsatz sozialer Gerechtigkeit verteilt."

In diesen einfachen Sätzen drückt sich die Geisteshaltung der deutschen Staatsführung und damit die des deutschen Volkes gegenüber diesem Kriege aus. Die Heimat wird genau wie der Frontsoldat in soldatischer Disziplin ihre Pflicht tun.

Die erste praktische Auswirkung dieser programmatischen Erklärung Görings war in den ersten Tagen des Januar die Zusammenfassung der deutschen Kriegswirtschaft, die damit vom Generalfeldmarschall Göring in ihrer Gesamtheit erfaßt und übernommen wurde. Diese Maßnahmen, die trotz ihrer Erstmaligkeit nicht ein Experiment, sondern eine seit langer Zeit gründlich durchdachte Kriegsorganisation bedeuten, verlangen den ausschließlichen und vorbehaltlosen Einsatz aller Kräfte. Was der Vierjahresplan begonnen hat, wird durch die Schaffung einer höchsten kriegswirtschaftlichen Instanz in Händen des Generalfeldmarschalls Göring sinngemäß fortgesetzt. Kennzeichnend für die nationalsozialistische Führungspraxis ist dabei, daß nun nicht etwa ein neuer riesenhafter Apparat unter Aufwand von Kraft und Kosten geschaffen wurde, sondern daß die bestehenden Einrichtungen als Organ für die autoritäre Lenkung der gesamten Kriegswirtschaft schlagartig eingesetzt werden konnten. Das Geheimnis der Schlagkraft der inneren Front ist ihre ständige, durch nichts aufzuhaltende Einsatzbereitschaft sowie die disziplinierte Durchführung der einmal gegebenen Zielsetzungen.

Wenn der Reichswirtschaftsminister Dr. Funk bei seiner Rede in Salzburg am 2. Januar auf die Notwendigkeit des Kriegssparens hinwies, so wird damit vorsorglich der Weg aufgezeigt, der beschritten werden muß, um auch die finanziellen Kräfte des deutschen Volkes in diesem Kampf um sein Lebensrecht vollwertig einzusetzen und damit nach siegreicher Beendigung des Krieges schon heute den Grundstein einer wirtschaftlichen Blütezeit zu legen. Daß eine solche Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges nicht, wie es in den sogenannten demokratischen Ländern der Fall war und noch ist, nur einem kleinen Teil des Volkes zugute kommen wird, sondern der Volksgesamtheit, ist im nationalsozialistischen Deutschland selbstverständlich. So wie dieser Krieg den Einsatz der gesamten männlichen und weiblichen, der alten und der jungen Bevölkerung unabweisbar erfordert, so werden auch die Früchte des Sieges gemeinsames Gut aller sein. Träger der Wehrkraft ist darum nicht nur der Soldat, sondern in gleichem Maße sind es der Bauer und der Arbeiter, wie überhaupt jeder Werktätige.

Bei einem Besuch der Kriegsmarinewerften in Kiel und Wilhelmshaven am 8. und 9. Januar hob der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Großadmiral Dr. h. c. Raeder, diesen Gedanken in seiner Rede vor den versammelten Belegschaften besonders hervor. Er betonte, daß der Waffenträger sich restlos verlassen muß auf den Waffenschmied, daß die Torpedos des Kapitänleutnant Prien in Scapa Flow ohne die gewissenhafte Werkstattarbeit keinen Erfolg gehabt hätten und daß eine Flotte ohne Werften nicht denkbar ist. Als den siegsichernden Vorsprung unseres Volkes vor dem Feinde bezeichnete er die uns vom Führer geschenkte Gemeinschaft des ganzen Volkes.

Wenn heute, anders als im Weltkriege, zwischen der militärischen Front und der Front in der Heimat eine unerschütterliche Kriegskameradschaft besteht, so ist es das Verdienst einer jahrelangen Aufklärungs- und Erziehungsarbeit, die die nationalsozialistische Bewegung am deutschen Volk geleistet hat. Die vornehmste Aufgabe der Partei, die der Menschenführung, wird auch in Kriegszeiten nicht unterbrochen. In einer Arbeitstagung der stellvertretenden Gauleiter des ganzen Reiches, die am 12. Januar in München stattfand, fanden diese aktuellen Führungsaufgaben ihren Aus-

druck in Berichten über die Lage in der Heimat, die die Siegesentschlossenheit und die sozialistische Haltung, mit der sich das ganze deutsche Volk in den Dienst des Krieges gestellt hat, kennzeichnen. Auf dieser Tagung gaben in längeren Ausführungen vom Gauleiter Greiser, Reichskommissar Walter, Generalmajor Reinecke vom Oberkommando der Wehrmacht, die Reichshauptamtsleiter Friedrichs und Sommer und Reichsamtsleiter Hoffmann vom Stab des Stellvertreters des Führers Erläuterungen zu den aktuellen Fragen des Kriegsgeschehens in der Heimat. Das Ergebnis der Aussprache innerhalb der Parteiführerschaft wird der weitere fruchtbare Einsatz der Partei- und Volksgenossen sein.

Welche Leistungen die nationalsozialistische Bewegung auf jedem Gebiete des volklichen Lebens in den sieben Jahren seit der Machtübernahme vollzogen hat, wird dem rückschauenden Betrachter besonders klar, wenn er an den 15. Januar 1933 denkt, an den Tag, an dem der Landtagswahlkampf im Lipperlande mit einem triumphalen Siege der nationalsozialistischen Bewegung endete und der den Auftakt zur Machtergreifung durch Adolf Hitler bildete. Wie in jedem Jahre, so fanden sich auch in diesem die alten Kämpfer der Führers aus allen Teilen des Lipperlandes und den angrenzenden Gauen zu einem Erinnerungstreffen in Lemgo ein. In einer Rede auf der Kundgebung dieses Treffens bezeichnete Reichsminister Dr. Frick den Wahlkampf des Januar 1933 als die Durchbruchsschlacht deutscher innerpolitischer Entscheidung. Damals haben der Führer und seine Mitkämpfer ihre gesamte Kraft eingesetzt, um den Sieg zu sichern, einen Sieg, der nicht als Endsieg an sich von Bedeutung sein sollte, sondern der zum Ausgangspunkt einer Zeit der größten und segensreichsten Wandlung und Entwicklung wurde. So werde auch diese letzte und schwerste Entscheidung außenpolitischer Art, die wir in diesem Kriege herbeiführen werden, mit ihrem Siege den Beginn einer langen Zeit eines dauerhaften und gerechten und sowohl für das deutsche Volk als auch für andere Völker segensreichen Friedens bringen. „Die Schlacht, zu der wir jetzt angetreten sind", rief Dr. Frick aus, „werden wir mit dem alten Kampfgeist kämpfen, bis zum Endsieg, genau so, wie wir es vor sieben Jahren im innerpolitischen Kampf getan haben. Nationalsozialist sein heißt Kämpfer sein. Wir sind Kampf gewohnt, und dieser Kampfgeist ist der Bürge auch für den Sieg in dem uns nun bevorstehenden Kampf." Zur gleichen Zeit sprach Reichsleiter Dr. Ley in Detmold und erklärte, daß unser Sieg eine Selbstverständlichkeit für jeden deutschen Menschen ist. Er wies darauf hin, daß das Ziel unserer Feinde ein Deutschland sei, daß so aussehe wie nach dem Westfälischen Frieden von 1648. Welch ein Beweis für die unbändige Kraft der deutschen Rasse und für jene Kraftquelle, die in der Volksgemeinschaft liegt, ist es doch, daß der 30jährige Krieg das deutsche Volk von 18 Millionen auf 6 Millionen Menschen dezimiert hat und es diesem deutschen Volk gelungen ist, jetzt wieder eine geschlossene Einheit von 84 Millionen Menschen zu bilden!

Um zu diesen 84 Millionen deutscher Menschen zu zählen, mußten viele Söhne und Töchter des heutigen Großdeutschen Reiches lange Zeiten brutaler Fremdherrschaft auf sich nehmen. Das grausamste Schicksal war wohl den deutschen Menschen beschieden, die auf altem deutschem Boden saßen, seit 1918 aber auf Grund des Schmachdiktates von Versailles in einem kraftlosen, dafür im Bewußtsein seiner Schwäche um so brutaleren polnischen Staatsgebilde leben mußten. Allein im Warthegau wurden, wie bis zum Ende des Jahres 1939 festgestellt werden konnte, 1888 deutsche Menschen ermordet und verschleppt, was nur einen Teil der Gesamtverluste darstellt, die bis 15. November 1939 5437 Opfer umfaßte. Inzwischen haben sich diese Zahlen wesentlich erhöht. Noch höher wären sie geworden, wenn die deutsche Wehrmacht in ihrem unaufhaltsamen Vormarsch in Polen nicht viele Gefangene und ganze Züge von verschleppten Volksdeutschen hätte befreien können. Die Ermordeten waren nicht nur wehrfähige Männer, sondern es befanden sich viele Frauen, wehrlose Greise und Kinder

beiden Geschlechts darunter. Die Blutschuld der ehemaligen Warschauer Machthaber, die dreijährige Kinder, 86jährige Greise und wehrlose Frauen hinschlachten ließen, hat ihre Sühne gefunden dadurch, daß diese Mordregierung bereits drei Wochen nach dem Einmarsch der deutschen Truppen keinen Quadratmeter Boden mehr zu verteidigen hatte.

Es gehört zu den menschlich schätzenswerten Eigenschaften des Deutschen, daß er dem besiegten Gegner nicht nur äußerlich, sondern auch in seiner Denkweise ritterlich entgegentritt und versucht, seinen Handlungen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Wenn es aber heute Volksgenossen geben sollte, die glauben, daß nach Abschluß des Kampfes in Polen alles Geschehene vergessen sein sollte, so mag ihnen eine Liste dieser bestialischen Morde vorgelegt werden zusammen mit den Anweisungen, die die leitenden Regierungsstellen in Polen ausgegeben hatten, nämlich

1. allen Deutschen Spionage anzudichten, um sie töten zu können,
2. alle Internierten, die auf dem Marsch aus Schwäche oder wegen Erkrankung nicht weitermarschieren könnten, unbarmherzig niederzuknallen und
3. im Falle des Anrückens deutscher Truppen „ganze Arbeit" zu leisten, d. h. alle Internierten zu erschießen.

Es handelte sich also nicht um den spontanen Ausbruch einer aus dem Verteidigungswillen heraus zeitlich bedingten Haßwelle gegen alles Deutschtum, sondern um einen in langen Jahren bewußt und systematisch hochgezüchteten Haß bis zur Vernichtung. Die von den Sondergerichten in Posen und Lodsch und anderen Städten des Generalgouvernements ausgesprochenen und vollzogenen Todesurteile gegen solche Mörder, die sich an blutigen Ausschreitungen gegen Volksdeutsche hervorragend beteiligten, sind der Beweis dafür, daß Deutschland sich zu wehren weiß.

Nachdem in den befreiten Gauen Danzig und Wartheland die letzten Schatten einer so qualvollen Epoche beseitigt sind, gilt alle Kraft dem Aufbau dieser wieder mit dem Vaterlande vereinigten Gebiete. Die deutsche Staatsführung läßt keine Zeit ungenützt verstreichen. Reichsminister Dr. Goebbels, der am 19. Januar das deutsche Posen besuchte, um gemeinsam mit dem Reichsstatthalter Gauleiter Greiser die erforderlich werdenden Maßnahmen zu besprechen und einzuleiten, erinnerte in einer Großkundgebung in Posen daran, welche großen Opfer der Feldzug in Polen, insbesondere für diese urdeutsche Provinz Posen, gekostet habe. Aus dem Blut jener gequälten Menschen werde ein neues Volksleben erblühen.

So wie in dem Warthegau und allen anderen befreiten deutschen Gebieten ein Aufblühen im wirtschaftlichen und kulturellen Leben angestrebt und vollzogen wird, so äußert sich der deutsche Kulturwille auch bereits in lebhafter Form im Gebiete des Generalgouvernements. Mitte Januar wurde in Warschau das erste deutsche Lichtspielhaus mit dem Namen „Helgoland" eröffnet, das in seinem äußeren Gewand den schönsten deutschen Lichtspieltheatern nicht nachsteht. Ebenso hat das Deutsche Theater in Warschau Verhandlungen mit reichsdeutschen Theatern und Orchestern aufgenommen, um laufend Gastspiele deutscher Künstler in Warschau ausführen zu können.

Von besonderer Wichtigkeit für die künftige kulturelle Entwicklung des Generalgouvernements ist der Neuaufbau des Schulwesens. Eine entsprechende Verfügung wurde vom Generalgouverneur erlassen, worin bestimmt wird, daß volksdeutsche Kinder nur in deutschen Schulen und polnische Kinder nur in polnischen Schulen unterrichtet werden. Es sind sofort an allen Orten, in denen mehr als zehn deutsche Kinder wohnen, deutsche Schulen zu errichten. Selbstverständlich unterrichten hier nur deutsche Lehrer. Damit ist den Deutschen, die im Generalgouvernement leben, die Gewähr gegeben, daß ihre Kinder in ihrer Muttersprache erzogen werden. Aber auch die Behandlung der Polen entspricht dem Grundsatz des deutschen Kulturwillens und der Gerechtigkeit. Kein polnisches Kind wird eine andere als eine polnische Schule besuchen müssen; die polnischen Volksschulen sind wieder in vollem Umfange eröffnet worden. Die Organisation des Schulwesens

im Gouvernement liegt in den Händen bewährter deutscher Fachleute, die in einer Abteilung für Wissenschaft und Volksbildung im Amt des Generalgouverneurs zusammengefaßt sind, unter der Leitung des Staatssekretärs Dr. Mühlmann. Am Sitz der vier Distriktchefs, denen die einzelnen Gebiete des Gouvernements unterstehen, also in Krakau, Warschau, Lublin und Radom, werden deutsche Volksschulen entstehen, um die Kinder der ansässigen und beruflich dorthin versetzten Deutschen unterrichten zu können. Der Lehrkörper für diese deutschen Schulen im Gouvernement wird sorgfältig ausgesucht, und es wird soweit wie möglich auf volksdeutsche Lehrer aus diesen Gebieten zurückgegriffen.

Auch in körperlicher Hinsicht nimmt sich die deutsche Staatsführung der Pflege der Bevölkerung in den besetzten Gebieten an. Um den gesundheitlichen Schutz der Bevölkerung von Warschau sicherzustellen, sind von deutschen Ärzten eine ganze Reihe von wichtigen sanitären Maßnahmen durchgeführt worden. Bisher wurden in Warschau 700000 Personen gegen Typhus geimpft; da für die Wirksamkeit der Impfungen zwei bis drei Injektionen notwendig sind, machte das etwa zwei Millionen Injektionen durch deutsche Ärzte erforderlich. Besondere Aufmerksamkeit wird den hygienischen Maßnahmen zugewendet. So wurde in Warschau eine große Zahl von Entlausungsanstalten eingerichtet, um auf diese Weise eine Verbreitung des Fleckfiebers, das durch die Kleiderlaus übertragen wird, zu verhindern. Durch erzieherische Maßnahmen wird die Bevölkerung dazu veranlaßt, sich vor Ansteckung zu schützen.

Aus allen diesen Maßnahmen ist klar ersichtlich, daß Deutschland auch in den Gebieten, die es zu seinem eigenen Schutze mit militärischen Machtmitteln bezwingen mußte, nicht Zerstörung und Zersetzung anstrebt, sondern daß sich auch hier, wie im gesamten großdeutschen Raume, die deutsche Kraft als aufbauendes Element bewährt. Eine weitsichtige Planung hat eingesetzt, die keine Schwierigkeiten als groß genug anerkennt, um sich von den für notwendig gehaltenen Maßnahmen abbringen zu lassen. Um die Neubesiedlung der Ostgebiete durchzuführen, hat die Reichsstelle für Raumordnung ein Kriegsprogramm aufgestellt. Die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung hat ein kriegswichtiges Forschungsprogramm entwickelt, das sich mit der wissenschaftlichen Vorbereitung der politischen Aufgaben im Ostraum befaßt. Neben der Festigung des deutschen Volkstums und der Bildung neuen deutschen Volksbodens stehen im Vordergrund dieser Planung die Verkehrs- und Wirtschaftserschließung der zurückgewonnenen Gebiete sowie besondere Projekte für Oberschlesien. Vorerst wird eine Bestandsaufnahme durchgeführt, die das in den vorhandenen Instituten und in nichtdeutschen Sammlungen vorliegende Material sichtet und ergänzt und außerdem eine Biographie der Literatur des europäischen Ostraumes schaffen soll. Das Kartenmaterial wird zentral zusammengefaßt und zu einem Planungsatlas für den deutschen Ostraum gestaltet.

Es gilt zunächst einmal festzustellen, wieviel Deutsche künftig bei besonders landwirtschaftlicher und gewerblicher Struktur in dem neuen Reichsgau im Osten existieren können. Eine wichtige Aufgabe ist auch, die agrarische Struktur bei der Besiedlung des Ostens wesentlich zu verbessern. In Zusammenarbeit mit dem Reichsnährstand ist festgestellt worden, welche Aussiedlungsmöglichkeiten aus dem Altreich für Neusiedlung im Ostraum bestehen. Schätzungsweise beträgt die Siedlungsreserve aus dem Altreich etwa 400000 Familien. So könnten zum Beispiel aus dem Land Baden, wo von 168000 landwirtschaftlichen Betrieben nur 95000 Erbhöfe sind, rund 60000 in der Landwirtschaft arbeitende Familien ausgesiedelt und im Ostgebiet angesiedelt werden. Weiter gilt die Aufmerksamkeit der Forschungsarbeit im Rahmen der Besiedlungsmaßnahmen auch der Schaffung nichtlandwirtschaftlicher Standorte. Es wird notwendig sein, Kräfte des Handwerks aus dem mitteldeutschen Industriegebiet nach dem Osten einzusiedeln. Voraussetzung für die Erschließung der Ostgebiete ist aber die Schaffung besserer Verkehrsverbindungen mit dem Altreich, was in Zusammenarbeit mit dem Generalinspektor für das

deutsche Straßenwesen durch die Schaffung von Autobahnen und Straßennetzen erreicht werden soll, sowie die Sicherstellung des Arbeiterwohnungsbedarfs mit allen damit zusammenhängenden Bedingungen. Bei der Zielsicherheit, mit der solche einmal aufgenommenen Planungen im Deutschen Reich durchgeführt werden, ist anzunehmen, daß auch diese Forschungsarbeiten in kürzester Zeit sehr positive Erfolge zeitigen werden.

So sehen sowohl die befreiten deutschen Ostgaue als auch die übrigen unter deutscher Verwaltung stehenden Gebiete einer Zeit des Aufbaues und der Ordnung entgegen. Daß diese Ordnung unter der sicheren Obhut deutscher Soldaten stehen wird, bewies die erste Rekrutenvereidigung in Posen, die am 7. Januar in Anwesenheit des Kommandierenden Generals und Befehlshabers sowie des Reichsstatthalters stattfand. Auf dem historischen Boden dieser alten deutschen Stadt Posen wird es den jungen Waffenträgern der Nation besonders deutlich bewußt geworden sein, welch ehrenvollen Dienst sie übernommen haben. Aus ihren Reihen wächst ein militärisches Führerkorps heran, das nicht nur eine ruhmvolle Tradition zu verteidigen, sondern auch in Zukunft gewaltige Aufgaben zu lösen haben wird. Von diesen Aufgaben sprach auch der Führer am 24. Januar im Berliner Sportpalast vor 7000 Offiziersanwärtern des Heeres und der Luftwaffe, die nach ihrer Beförderung zum Offiziersstande wieder zu ihrem Fronttruppenteil zurückgingen. In dem Appell, an dem auch die Junker der SS-Verfügungstruppe teilnahmen, stellte der Führer, am Gedenktage des großen Königs, Friedrich den Großen und seine Soldaten als Vorbild bester Soldatentugenden hin, die gerade im Hinblick auf Sinn und Lebensnotwendigkeit des Kampfes unseres Volkes in den Pflichten und Aufgaben des Offiziers in der nationalsozialistischen Wehrmacht ihren vollendeten Ausdruck finden.

Damit nicht nur das Schwert, sondern auch die geistigen Waffen des deutschen Volkes stets scharf und einsatzbereit sind, wurde für die deutsche Studentenschaft die studentische Dienstpflicht eingeführt. Ihr unterliegt jeder deutsche Student ohne Ausnahme, ihre Organisation wird wie bei der Erntehilfe von studentischen Kräften selbst getragen. Wie der Reichsstudentenführer Dr. Scheel in einem grundlegenden Aufsatz feststellt, stehen die Aufgaben der Dienstpflicht unter dem Leitgedanken, daß der deutsche Student dort eingesetzt werden muß, wo Gefahr droht und der Einsatz am dringendsten ist. Bei der Durchführung der Dienstpflicht werden solche Arbeiten in den Vordergrund gestellt, die dem Studenten und seinem Studiengebiet besonders entsprechen, seiner Arbeit verwandt sind. Im Notfall werden im Einsatz der Dienstpflicht von den Studenten Stoßarbeiten übernommen werden müssen, für die im betreffenden Augenblick notwendige Arbeitskräfte fehlen, wie landwirtschaftliche Arbeiten, Abladen von Kohlenzügen oder sonstigen lebenswichtigen Transporten, Schneeschaufeln und Arbeit in kriegswichtigen Betrieben. Der besondere Einsatz der Studenten aber wird in den Wirtschafts- und Ernährungsämtern, im Luftschutz, in der NSV, in kriegswichtigen Instituten der Hochschule und bei kriegswichtigen wissenschaftlichen oder staatlichen Arbeiten notwendig sein. Eine vormilitärische Ausbildung im Rahmen der studentischen Dienstpflicht ist ebenfalls vorgesehen. In erster Linie werden dazu die jüngeren Studenten herangezogen werden, im Notfalle natürlich auch die älteren Semester. Die Dienstpflicht soll nicht etwa das Studium behindern. Sie soll die geistige Waffe scharfhalten und, wo notwendig, dort zum Einsatz bringen, wo Technik und Wissenschaft besondere Bedeutung haben. Vom deutschen Studenten wird gefordert, daß er sich seiner Verantwortung vor dem Volk mehr denn je bewußt ist, und daß durch die Dienstpflicht weder das Studium vernachlässigt noch die Examensleistung vermindert wird. Träger der Dienstpflicht sind alle nationalsozialistischen Gemeinschaften an den Hochschulen, in erster Linie die Kameradschaften des NSD-Studentenbundes. Sofern keine restlose Erfassung durch diese Kameradschaften erfolgt, werden Dienstgemeinschaften der deutschen Studentenschaft gebildet.

Die deutsche Studentenschaft hat auch in ihrer eigenen Arbeit, wie nicht anders zu erwarten war, in der Zeit des Krieges ihre besonderen Aufgaben im Dienste der Volksgemeinschaft erkannt. Diese Haltung bringt der Rektor der Berliner Universität, Professor Dr. Hoppe, in einer Unterredung mit dem „Völkischen Beobachter" zum Ausdruck, wenn er sagt: „Es kann alles gemeistert werden, wenn der Wille dazu vorhanden ist. Die Universität mit allen ihren Lehrern und Studierenden gibt ihre ganze Kraft her, um im zivilen Kriegsdienst auf ihre Weise dem Vaterland zu dienen!" Die Lehrkräfte der Universität verlassen sich nicht allein auf das Wort Organisation, sondern sie verlassen sich auf die jungen Menschen, und sie konnten mit Freuden feststellen, daß jeder einzelne in diesem Kriege das leistet, was seinen Kräften irgendwie möglich ist, und daß Studenten heute intensiver denn je arbeiten. Diese Intensität erfährt eine besondere Unterstützung dadurch, daß bei Kriegsausbruch Trimester, also drei Studiengänge im Jahr, eingeführt wurden. Zu einem Studium, das bis zum Abschluß sechs Semester erfordert, sind also statt bisher drei Jahre nur noch zwei Jahre erforderlich, wodurch der junge Studierende in der Lage ist, in außerordentlicher Zeitersparnis ein Jahr oder sogar zwei Jahre früher als bisher seinen Beruf aufzunehmen. Der rückhaltlose Einsatz der Studierenden sowohl als auch der Lehrkräfte bürgt dafür, daß bei dieser zeitlichen Verkürzung der Studienzeit das Niveau des Wissens und der Kenntnisse nicht herabsinken wird. Am 8. Januar haben fast alle deutschen Hochschulen, von denen bei Beginn des Krieges ein Teil ihre Pforten geschlossen hatte, ihren Lehrbetrieb wieder aufgenommen. Diese Tatsache ist ein weiterer Beweis dafür, daß das deutsche Volk auch in Kriegszeiten alle seine Kräfte für den geistigen Aufbau der Nation einsetzt, während zur gleichen Zeit in Frankreich und noch mehr in England immer mehr Hochschulen ihre Tätigkeit einstellen. Die deutschen Hochschulen dagegen werden nicht nur im früheren Umfange ihre Lehrtätigkeit aufnehmen, sondern haben ihren Aktionsradius durch Schaffung neuer Arbeitsgebiete noch erweitert.

So eröffnete die Universität Berlin im Rahmen des ersten Trimesters 1940 am 15. Januar eine neue Fakultät, die Auslandswissenschaftliche Fakultät, und ein neues Institut, das Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut. Ihre Errichtung erfolgte auf Grund eines Erlasses des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 5. Januar. Damit wird eine jahrzehntelange Entwicklung gekrönt, die mit dem Seminar für Orientalische Sprachen und der Hochschule für Politik ihren Anfang genommen hatte. Gegenstand der Lehr- und Forschungstätigkeit der Auslandswissenschaftlichen Fakultät sind die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Auslandsbeziehungen des Reiches und des Gegenwartslebens fremder Völker und Staaten. Dazu gehören Grundfächer wie Außenpolitik und ihre Rechtsgrundlage, Außenwirtschaftskunde, Kolonialgeschichte und Kolonialpolitik, Volkstumskunde und Volksgruppenfragen, Staats- und Kulturphilosophie und die Fächer der speziellen Auslandswissenschaften, die sich mit Geschichte und Gegenwartsleben bestimmter Völker oder Volksgruppen befassen. Das Studium an der Fakultät kann als Hauptstudium oder als Ergänzungsstudium betrieben werden, und es gibt dafür eine ganze Reihe von Möglichkeiten von kurzen Spezialkursen bis zum Erwerb eines Diploms und Doktors der Auslandswissenschaften. Für das Erlernen fremder Sprachen steht auch berufstätigen Volksgenossen das angegliederte Institut für Sprachen und Dolmetscherwesen zur Verfügung. Als Dekan ist der außerordentliche Professor an der Universität Berlin, SS-Standartenführer Dr. Six, beauftragt. In dem deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut werden die reichen Bestände der bisherigen Auslandshochschule und der Hochschule für Politik an Lehrmitteln und Forschungseinrichtungen zusammengefaßt, darunter eine über 100 000 Bände umfassende Spezialbücherei und ein heute schon über 45 000 Mappen enthaltendes Archiv. Es steht den Mitarbeitern der Auslandswissenschaftlichen Fakultät für ihre Tätigkeit zur Verfügung und hat darüber hinaus eine noch weitergehende Aufgabe in der

Erfassung und der Erschließung der deutschen Auslandsbeziehungen auf dem Gebiete der Wissenschaften.

Eine außerordentliche Bedeutung im Rahmen des Einsatzes der deutschen Hochschulen und Schuljugend kommt dem Erlaß des Reichserziehungsministers zu, den er im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Luftfahrt über die Pflege der Luftfahrt in den Schulen und Hochschulen herausgab. Der Kerngedanke dieses Erlasses ist, daß in jeder deutschen Schule, in jedem Unterrichtsfach und in jedem Lebensalter der Luftfahrtgedanke im Unterricht zu pflegen ist.

Wie das wissenschaftliche Leben, so erfährt auch das deutsche Kunstleben durch den Krieg keine Unterbrechung, sondern vielmehr durch den intensiveren Einsatz Auftrieb und Anregung. So hat der Führer für das Jahr 1940 die Durchführung einer neuen großen Ausstellung deutscher zeitgenössischer Malerei, Graphik und Plastik, der „Großen Deutschen Kunstausstellung 1940" im Hause der Deutschen Kunst in München angeordnet. In einem Aufruf an die bildenden Künstler Großdeutschlands, den das „Haus der Deutschen Kunst" erläßt, heißt es: „In einmütiger Entschlossenheit und mit hartem Willen steht das deutsche Volk bereit, sein Leben zu verteidigen, und mit Stolz und Zuversicht tritt die ganze Nation den kommenden Ereignissen gegenüber, nicht allein mit der Klinge in der Faust, sondern erfüllt von jenem ursprünglichen Optimismus, der zum Leben und noch mehr zum Kampf und Siege notwendig ist. Und so soll in dieser ernsten Kriegszeit nach dem Willen des Führers auch die Kunst nicht schweigen, vielmehr es als ihre schönste und hehrste Verpflichtung ansehen, in einer Zeit größter, für das Bestehen unseres Volkes und seiner Kultur wichtigster Entscheidungen den deutschen Menschen mit ihren Schöpfungen zu erfreuen und zu beglücken." — So soll die Ausstellung, die voraussichtlich am 1. Juni 1940 eröffnet werden wird, Zeugnis ablegen von der Schaffenskraft und Größe unserer lebenden deutschen Maler, Bildhauer und Graphiker.

Was für die bildende Kunst gilt, gilt in gleichem Umfange für die Dichtung. Es ist ein besonderes Verdienst der nationalsozialistischen Führung im Kulturleben, daß sie der deutschen Dichtung den breitesten Entfaltungs- und Wirkungsrahmen zu schaffen trachtete und dafür alle Mittel, vor allem die des Rundfunks und der Presse, einsetzte. Nachdem der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda am 9. Januar die Intendanten der Reichssender empfing und zu ihnen über die propagandistischen und politischen Aufgaben des Großdeutschen Rundfunks sprach, hatte er anschließend die Führer der Kriegsberichter-Formationen und die Sachbearbeiter der drei Wehrmachtteile zu einer Arbeitstagung in seinem Ministerium geladen. Der Minister beschäftigte sich mit aktuellen propagandistischen Fragen und gab den Führern der Kriegsberichter-Formationen Anregungen für ihre weitere Arbeit. Der 22. Januar vereinigte dann im Hause des Deutschen Rundfunks in Berlin die deutschen Dichter und Schriftsteller mit den führenden Männern des deutschen Rundfunks zu einer Tagung, deren Sinn es war, den Einsatz aller Kräfte des deutschen Schrifttums für den uns aufgezwungenen Kampf auch im Rundfunk vorzubereiten. 50 namhafte deutsche Dichter und Schriftsteller nahmen an dieser Tagung teil, unter ihnen die Dichter Max Halbe, Jakob Schaffner, Reberg, Jellusich, Menzel, Eggers, Graf Bossi-Fedrigotti, Tumler und Ettighofer. Ministerialdirigent Haegert von der Abteilung Schrifttum im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß nach einem Wort von Dr. Goebbels die deutsche Kunst und gerade die deutsche Dichtkunst berufen sei, eine besondere Aufgabe zu erfüllen. Durch den Rundfunk wie auch durch den Film sei dem Dichter Gelegenheit gegeben, zu Millionen zu sprechen. Der Leiter der Abteilung Rundfunk im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Ministerialdirigent Berndt, umriß diese Aufgabe des Dichters näher. Der deutsche Rundfunk als Stimme Deutschlands, die von der ganzen Welt gehört werde, habe die Aufgabe übernommen, dem deutschen Volke alles das zu geben, was seine Seelenstärke und seine Kräfte

beflügele. Reichsminister Dr. Goebbels sprach über die geistesgeschichtliche Bedeutung des gegenwärtigen politischen Machtkampfes und betonte das Recht der Nation, den restlosen Einsatz auch der Persönlichkeit und der Kunst des schöpferischen deutschen Menschen zu fordern.

Die direkte Verbindung vom Rundfunksender zum Hörer ist dem Soldaten an der Front zum unentbehrlichen Bestandteil seiner Beziehung zur Heimat geworden. Darüber hinaus haben Wehrmacht und Parteiführung es sich besonders angelegen sein lassen, den deutschen Soldaten auch in seinem harten Dienst an der Front nicht von seinen kulturellen Bedürfnissen auszuschließen. Die NSDAP führte eine Büchersammlung für die deutsche Wehrmacht durch, als deren Erfolg Reichsleiter Rosenberg der Wehrmacht 8½ Millionen gesammelte Bücherbände und außerdem von Verlegern und Buchhändlern gespendete über 127000 Bände übergeben konnte. Der Wehrmacht sind bereits mehr als 27000 Büchereien zur Verfügung gestellt worden. Ein solcher Erfolg war möglich dank des Einsatzes von 300000 freiwilligen Helfern der NSDAP und ihrer Gliederungen in Stadt und Land. Diese Sammlung soll dem Soldaten die geistige Nahrung vermitteln, deren er neben dem materiellen und leiblichen Wohl bedarf.

So versucht auf allen, wenn auch oft unscheinbar anmutenden Gebieten die Front in der Heimat der militärischen Front zu helfen und sie in ihrer Kraft zu festigen. Immerhin wird das so harte Leben der Frontgruppe auch bei dem besten Willen von den Menschen in der Heimat nicht gemildert werden können. Um so höher ist es zu bewerten, daß es der Stolz der Soldaten ist, die Härten und Entbehrungen, die vor allem der Winter mit seiner Kälte mit sich bringt, auf sich zu nehmen und durchzustehen zum Schutze der Heimat. Von diesem Gesichtspunkt aus wird mancher, der in den Städten und auf dem Lande seine Pflicht tut, auch den stellenweise fühlbar auftretenden Kohlenmangel in diesem besonders harten Winter verständnisvoller hinnehmen. Es ist allgemein bekannt, daß die Kohlenvorräte Deutschlands ausreichend sind, um auch auf lange Zeit hinaus größten Anforderungen zu genügen. Durch die abnorm lange und intensive Kältedauer mußte jedoch einmal der Bedarf außergewöhnlich ansteigen, zum anderen ließ sie in der Zuführung der Kohlenmenge in einzelnen Gebieten Stockungen eintreten, die besonders noch unterstützt wurden durch das Einfrieren der Wasserstraßen, so daß die auf dem Wasserwege verladenen Kohlentransporte festsaßen und ihren Bestimmungsort nicht erreichen konnten. Reichskohlenkommissar Walter verhehlte in einer Arbeitstagung der Berliner Ortsgruppenleiter der NSDAP die Schwierigkeiten nicht, gab aber auch an, welche umfassenden Maßnahmen zur Vereinfachung des Kohlentransportes von der Grube zum Verteiler und zum Verbraucher und gemeinsam mit der Deutschen Reichsbahn zur Beschleunigung des Umladens der Kohlenzüge und damit zur fühlbaren Erhöhung der Zufuhren getroffen worden sind. Um den vordringlichen Transport von Kohlen und Lebensmitteln sicherzustellen, führte die Deutsche Reichsbahn am 21. Januar einen neuen Fahrplan ein, der gegenüber dem von Kriegsbeginn an im vollen Umfange aufrechterhaltenen Personenbeförderungsverkehr gewisse Einschränkungen brachte. Der Güterverkehr hat in dieser Zeit der Anspannung aller Kräfte dem normalen Reiseverkehr vorzugehen, und wenn die Deutsche Reichsbahn durch drastische Bestimmungen den Personenverkehr um rund ein Drittel eingeschränkt hat und damit den Mut zu einer vielleicht unpopulären Maßnahme aufbrachte, so hat sie damit erreicht, daß den Anforderungen des Güterverkehrs nunmehr einigermaßen ausreichend entsprochen werden kann. Die deutsche Heimatfront hat diese Verkehrspolitik trotz der Störung vieler eigener Bequemlichkeiten nicht nur verständnisvoll hingenommen, sondern sie mit Genugtuung begrüßt. Die Anfuhr von Kohle, Kartoffeln, Gemüse und anderen Bedürfnissen des täglichen Lebens ist notwendiger als die Durchführung von nicht unbedingt erforderlichen Reisen. Selbst bei aller Zusammenfassung der menschlichen und technischen Kräfte

wird natürlich während der Dauer der Frostperiode immer mit gewissen Unzulänglichkeiten zu rechnen sein. Hier aber gibt es keine Lücke in der Front!

Sehr zum Ärger der Gegner. Jeder Deutsche trägt die Unbilden der Kriegszeit, von deren Unvermeidbarkeit er überzeugt ist und überzeugt wird, mit der Entschlossenheit, die das ganze deutsche Volk an der Wehrfront, der Heimatfront und der Wirtschaftsfront vereint. In dieser Bereitschaft zum Opfer bedeutet es eine Genugtuung, die durch die gegnerische Propaganda mit einem großen Zusatz Heiterkeit ausgestattet ist, daß es unseren Gegnern weder bezüglich der Kälte, noch bezüglich der Kohlen, noch auch bezüglich der Ernährungslage besser geht als uns. Gewiß, sie haben es sich selbst und uns immer wieder vormachen wollen, daß wir Deutsche den Krieg in erster Linie auskosten müßten. Vielleicht haben sie es sogar zuerst geglaubt. Unsere Flotte und unsere Luftwaffe haben aber sehr bald dafür gesorgt, daß die Blockade, die England uns zugedacht hatte, sich mit den von uns angewandten Vergeltungswaffen nicht minder gegen England und seine Trabanten selbst auswirkt, um so schwerer auswirkt, je weniger die Herren in London und Paris an eine derartige „ausgleichende Gerechtigkeit" gedacht hatten. Bei der Kälte allerdings ist diese „ausgleichende Gerechtigkeit" ohne unser Zutun eingetreten.

Um so vorsichtiger sollten die feindlichen Sender in ihren eigenen und in ihren deutschen Sendungen sein, wenn sie sich in übertriebenen Schilderungen darüber ergehen, wie in Deutschland Kälte und Kohlennot herrsche und laste. Die Wirkung auf die Hörer im eigenen Land könnte leicht anders ausgehen, als bezweckt wird. Denn die weniger bemittelten Engländer und Franzosen empfinden es täglich nur zu sehr, wie kalt es ist und wie wenig ausreichend Heizmöglichkeiten und Kohlenvorräte sind. Während aber in Deutschland keinem gestattet wird, nur weil er es zahlen kann, sich besser zu versorgen und seine Räume besser zu erwärmen, ist in England und Frankreich die Möglichkeit, sich das Leben auch im Kriege angenehm zu gestalten, längst eine reine Preisfrage geworden.

Noch vorsichtiger aber sollte man in London und Paris oder wo es sonst sei mit der Wiedergabe solcher und anderer Torheiten in den „deutschen" Sendungen sein. Kurz nach Beginn des Krieges ist das Abhören der ausländischen Rundfunksender in Deutschland verboten worden. Diese Maßnahme hatte ihren Grund nicht etwa darin, daß man eine besondere Wirkung der gegnerischen Lügen befürchtete. Wohl aber war es richtig und war es notwendig, ein Instrument der gegnerischen Propaganda dort, wo man es konnte, von vornherein matt zu setzen, ihm jede Wirkung und jeden Widerhall zu versagen. Denn es muß in einem Krieg, bei dem die Propaganda ja keine kleine Rolle spielt, vermieden werden, daß der Gegner auch nur die Hoffnung haben kann, es sei ihm möglich, durch das eine oder andere propagandistische Mittel Stimmungserfolge zu erzielen, die dann in die Bewertung des gegnerischen Widerstandes, wenn auch zu Unrecht, eingesetzt würden. So mußte England und Frankreich klargemacht werden, daß eine Lügenpropaganda durch den Rundfunk in Deutschland von vornherein aussichtslos ist, daß also aus etwa erwarteten Wirkungen keine Rückschlüsse gezogen werden könnten, die eine, wenn auch falsche, politische Auswertung erhalten müßten. Gerade aus diesem Grunde aber muß auch verlangt werden, daß jeder Deutsche sich dem Verbot willig fügt. Wer das nicht tut, springt aus der Reihe und lockert die Front. Nicht, weil er etwa gefährliche Informationen erhalten könnte, sondern weil er eine Anweisung übertritt, die aus gutem Grund gegen den Gegner erlassen worden ist. Die Tatsache, daß nur in wenigen Fällen eine Strafe wegen des Abhörens ausländischer Rundfunksendungen gefällt werden mußte, beweist, daß das deutsche Volk dieses Verbot billigt und befolgt. In den Fällen aber, in denen einzelne dagegen verstoßen haben, ist eine harte Strafe nur gerecht.

Wenn unsere Gegner sich über uns täuschen, wenn sie glauben, daß es in Deutschland Kräfte oder Strömungen gäbe, die die innere Front beeinträchtigen oder gar sprengen, so sollen sie das ruhig tun. Um so schlimmer wird

Gebirgsjäger auf dem Wege zum Ausbau einer Befestigungslinie

Phot.: P.K. Buß (Presse-Hoffmann)

Pak-Geschütz wird von einem Zugkraftwagen in Stellung gebracht

Phot.: P.K. Rutkowski (Weltbild)

das Erwachen für sie sein. Schon die von ihnen abgeworfenen Flugblätter waren ein Beispiel dafür, daß sie die wahre Stimmung des deutschen Volkes vollkommen falsch einschätzen. Sie verkennen, daß es in Deutschland nicht um Auffassungen geht, sondern um die Entschlossenheit des ganzen Volkes, einen ihm aufgezwungenen Kampf erfolgreich zu bestehen. An dieser Entschlossenheit müssen alle Versuche des Gegners, die innere Front zu zerstören, scheitern. Sie hat im Weltkrieg gefehlt, weil dem deutschen Volke die Einsicht in den Vernichtungswillen des Gegners nicht vermittelt worden war. Inzwischen hat es diesen Vernichtungswillen aber erlebt, und es hat erlebt, wie ein einziger Mann es vermocht hat, ein ganzes Volk dahin zu bringen, daß es sein Recht in und von der Welt fordert. Reichsminister Dr. Goebbels hat, als er am 26. Januar in seiner Vaterstadt Rheydt sprach, dieser Tatsache in den Worten Ausdruck gegeben, wenn Adolf Hitler vor zwanzig Jahren ausgezogen sei, um mit sieben Mann ein Reich zu erobern, wenn er ein darniederliegendes Land aus einer lähmenden Ohnmacht erhoben und seine Nation unter die ersten Völker der Welt gestellt habe, dann sei es Pflicht des deutschen Volkes, seinem Genius zu vertrauen, wenn er seine Hand zur letzten Befreiung erhebe. Dieses unerschütterliche Vertrauen zu seinem Führer und zu sich selbst ist das Fundament der Empfindungen, des Willens und der Taten des deutschen Volkes. Wenn die Engländer das nicht begreifen wollen, dann ist es ihre Schuld. Wenn sie es nicht begreifen können, dann ist es auch ihre Schuld. Von deutscher Seite ist es ihnen immer wieder eindringlich und überzeugend zum Ausdruck gebracht worden.

Uraltes deutsches Wesen ist diese Treue zur Führung und zum Volk. Wenn sie auch in der Geschichte über weite Strecken verschüttet worden ist, so ist sie doch innerstes Eigentum des deutschen Volkes geblieben. Wer deutschen Blutes ist, wird sich auch über Generationen hinweg stets seines Deutschtums bewußt bleiben. Den gültigsten Beweis dafür erbrachten die vielen tausend Volksgenossen, deren Vorfahren in fremden Ländern ihr Deutschtum bewahrten und die nun, mitten im deutschen Freiheitskampf und in seinen Auswirkungen, zu einem starken, machtvollen Vaterland zurückkehren konnten. Die Geschichte wird einmal diese Rückkehr als eine der bedeutsamsten Völkerwanderungen kennzeichnen, die ihre besondere Eigenart darin hat, daß Teile eines Volkes nicht vom Vaterland wegströmen, um in anderen Ländern und Lebensbedingungen einen neuen Anfang zu suchen, sondern daß dieses Mal über weiteste Entfernungen Hunderttausende von deutschen Menschen in ihre Heimat zurückkehren, um ihre auch in der Ferne ungebrochenen Kräfte diesem Vaterland zur Verfügung zu stellen. Aus dem ehemaligen Ostpolen, aus Wolhynien, aus den Baltenländern und aus dem Oberetschgebiet trafen im Laufe des Januar täglich lange Züge heimkehrender Deutscher ein. Die Baltendeutschen aus Estland und Lettland sowie die Deutschen aus Ostpolen und Wolhynien werden in den befreiten deutschen Ostgebieten eingesiedelt. Aus Galizien, Wolhynien und aus der Gegend um Bialystok haben über 130000 Volksgenossen die große Wanderung in die Heimat angetreten, wo sie im Schutze des Großdeutschen Reiches ein neues Leben aufbauen werden. Dank der gründlichen deutschen Organisation verlief der Transport im Treck auf den Landstraßen reibungslos und glatt. Die Leistungen der Volksgenossen auf dem Treck waren in Anbetracht der Witterungsverhältnisse bei Schneefällen und 30 Grad Kälte bewunderungswürdig. Die deutsche Organisation hatte für Übernachtungsmöglichkeiten mit Verpflegung und Stallungen für die Pferde vorbildlich gesorgt. Auch die Aussiedlung der Baltendeutschen aus Estland und Lettland gelangte zum Abschluß. Der Berufseinsatz der baltendeutschen Umsiedler im Warthegau wurde beschleunigt durchgeführt. Das Baltendeutschtum brachte neben etwa 2000 einweisungsfähigen Handwerksbetrieben und anderen Berufen auch eine ganze Reihe tüchtiger Landwirte in die neue Heimat. — In Oberetsch ist die Durchführung der Aktion der deutschsprachigen Bevölkerung gemäß dem deutsch-italienischen Abkommen mit dem 31. Dezember 1939 abgeschlossen worden. 185000 Südtiroler optierten für Großdeutschland und traten ebenfalls den Weg in das Großdeutsche

Reich an. Am 15. Januar empfing Mussolini den Führer der deutschen Abordnung zur Durchführung der Umsiedlung der deutschstämmigen Bevölkerung aus Oberetsch zu einer herzlichen Unterredung, womit auch die Rücksiedlung dieses deutschen Volkstums als für alle Teile befriedigend abgeschlossen gilt.

Obwohl an der Kampffront der Monat Januar im allgemeinen ruhig verlief, ohne wesentliche Kampfhandlungen, kann doch nicht gesagt werden, daß dieser Kriegsmonat Januar 1940 von Deutschland aus gesehen untätig dahingegangen ist. Fast täglich wurden im Rahmen der inneren Front Maßnahmen eingeleitet und durchgeführt, die im einzelnen mehr oder weniger bedeutungsvoll erschienen, die in ihrer Gesamtheit aber den Beweis lieferten für die restlose Kampfbereitschaft, die das ganze deutsche Volk, die Führung wie die Gefolgschaft beseelt. Daß dieser höchste Einsatz aller Kräfte, diese Fruchtbarmachung aller vorhandenen Stärkequellen in diesem Ausmaße durchgeführt werden konnte und weiterhin kann, ist der unbestrittene Erfolg einer siebenjährigen nationalsozialistischen Erziehungsarbeit.

Mit dem Ende des Monats Januar jährte sich der Tag, an welchem Adolf Hitler im Jahre 1933 die Macht in Deutschland übernahm. Der Führer sprach auch in diesem Kriegsjahr von der traditionellen Kampfstätte des Berliner Sportpalastes aus am 30. Januar über alle deutschen Rundfunksender zu seinem Volk. Nachdem er die wahren Kriegsziele der Westmächte in ihrer ganzen Brutalität angeprangert hatte, proklamierte er heute wie auch im Jahre 1933, und wie er es unermüdlich seit 1918 getan hat, ein Ziel: die Befreiung unseres Volkes. So wie er unter unmenschlichen Schwierigkeiten das deutsche Volk nach jahrelangem Kampf von seinem inneren Feinde befreite, so wird er auch, das fühlt jeder deutsche Mensch, die Befreiung von dem äußeren Feinde erzwingen und für alle Zeit sicherstellen. „Heute ist Deutschland die größte Weltmacht!" In diesem stolzen Ausspruch gipfelte die Rede des Führers. Heute tritt den feindlichen Kräften die deutsche Wehrmacht als die erste der Welt entgegen. Es tritt ihnen aber vor allem entgegen das deutsche Volk in seiner Einheit und in seiner Disziplin, erzogen durch sieben Jahre nationalsozialistischer Arbeit auf allen Gebieten. So wie es der Führer an diesem 30. Januar 1940 klar aussprach, so wird das deutsche Volk in seiner Gemeinschaft für seine Zukunft dienen, für sie kämpfen und niemals kapitulieren.

L—r



Außenpolitik

Im ersten Monat des neuen Jahres hat die deutsche Außenpolitik ohne auffallende Aktionen oder rednerische Äußerungen ihren Weg fortgesetzt. Als einzige Äußerung bedeutender Art erfolgte am 30. Januar die Rede des Führers zum siebenten Jahrestage der Machtergreifung, in der der Führer die Vorgeschichte des gegenwärtigen Krieges, die Kriegspolitik unserer Gegner und Deutschlands eigene Haltung erneut formulierte. Im übrigen ist, da wir im Kriege sind, und der Krieg nach Clausewitz die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, die Kriegführung letztlich zugleich die Außenpolitik. Sie ist entsprechend der Jahreszeit zu Lande reduziert auf Abwarten, während zur See und in der Luft der Krieg gegen den Hauptgegner England in der bisherigen Weise fortgesetzt wird, soweit es die Witterungsbedingungen gestatten. Der ungeheure Wirtschaftsapparat Großdeutschlands arbeitet, wie der Führer in seiner Rede vom 30. Januar erwähnt hat, mit größter Kraft, um die zukünftigen Entscheidungen vorzubereiten. Die deutsche Außenhandelspolitik ist weiter erfolgreich bemüht, der englischen Blockade zu begegnen und den Wirtschaftsaustausch mit dem großen Teile der Welt, zu dem die englische Flotte die Zugänge nicht beherrscht, aufrechtzuerhalten und zu verstärken. Bemerkenswert ist hier besonders ein Wirtschaftsabkommen mit der Türkei, die es vorgezogen hat, trotz ihrer einseitigen politischen Stellungnahme an der Seite Englands und Frankreichs, die Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland auf eine neue vertragliche Grundlage zu stellen.

Der Hauptkriegsverantwortliche — und Kriegsgegner, **England**, hat im ersten Monat des neuen Jahres viel geredet und viel von sich reden gemacht. Die Zahl der Ministerreden war in diesem Monat besonders groß. Bekanntlich sind in England die Reden der führenden Politiker, wie kaum in einem anderen Lande, Mittel der Innen- und Außenpolitik, und man kann aus ihrer Zahl, Länge, Aufeinanderfolge ebenso wie aus ihrem Inhalt Schlüsse auf die inner- und außenpolitische Lage des Landes ziehen. An den Ministerreden des Januar kann man wie an einem Barometer die atmosphärischen Bedingungen von Englands gegenwärtiger Lage ablesen. Es ergibt sich dabei, daß diese Lage innen- und außenpolitisch wenig günstig ist.

Die führenden Politiker Englands sehen sich immer wieder genötigt, das englische Volk davor zu warnen, den Krieg nicht ernst genug zu nehmen. Sie sagen, daß es ein schwerer, langer und opferreicher Krieg sein werde, daß man sich auf viel größere Opfer in der Zukunft und auf verstärkte Entbehrungen vorbereiten müsse, daß man es mit einem außerordentlich starken und entschlossenen Gegner zu tun habe, daß die Lage viel weniger günstig sei als 1914 usw. Gleichzeitig unterstreichen sie aber Englands Kriegsziele und betonen, es müsse bis zum siegreichen Ende durchgehalten werden. Ihren zur Schau gestellten Optimismus hinsichtlich dieses Endes begründen sie in erster Linie mit Hinweisen auf die angeblich unbegrenzten Hilfsmittel des englischen Imperiums und die Rohstoffe aus anderen Ländern. Dieser Optimismus wird freilich in der englischen Presse immer wieder erheblich eingeschränkt durch Leute, die sich bemühen, das Für und Wider der Kräfte der Kriegsgegner abzuwägen. Die Maßnahmen der englischen Regierung sind außerdem vielfach eine Widerlegung des offiziellen Optimismus.

Von Reden englischer Staatsmänner sind zu erwähnen die Rede Chamberlains im Londoner Rathaus vom 9. Januar, eine Rede des Schatzkanzlers Simon in einer öffentlichen Versammlung in Glasgow am 13. Januar, eine Übersicht Chamberlains über die Kriegslage vom 16. Januar im Unterhaus, eine Rede des Außenministers Halifax in Leeds vom 20. Januar, eine Rundfunkrede Churchills vom gleichen Datum und eine weitere Churchills in Manchester am 27. Januar, ein Überblick des Blockadeministers Croß im Unterhaus über den Wirtschaftskrieg vom 17. Januar und schließlich eine Rede des früheren englischen Botschafters in Berlin, Henderson, vom 25. Januar.

Die Rede Chamberlains vom 9. Januar war ein Versuch, der englischen Öffentlichkeit den bisherigen Verlauf des Krieges, der ausdrücklich als Vorstufe bezeichnet wurde, als für England verhältnismäßig erfolgreich darzustellen. Natürlich wurde die deutsche Politik schwarz in schwarz gemalt und z. B. der deutsch-russische Freundschaftspakt als „unheiliger Pakt" bezeichnet — wenn es England gelungen wäre, das erstrebte Einkreisungsbündnis gegen Deutschland mit Rußland zustande zu bringen, wäre das sicher ein heiliger Pakt zur Rettung der Zivilisation gewesen — und die nun schon traditionell gewordene verlogene Phraseologie vom angeblichen Kampf Englands für die Rechte und die Freiheit der kleinen Völker ausgiebig wiederholt. Chamberlain bereitete gleichzeitig seine Hörer auf eine Phase des Krieges vor, die viel härter sein werde als alles, was man bisher erlebt habe, und sagte, daß man künftig sehr viel Dinge vermissen werde, weil die Kriegsbedürfnisse zur Herstellung von Gütern des zivilen Lebens keine Möglichkeit lassen würden, daß die Begrenztheit des englischen Vorrats an Gold und ausländischen Devisen eine Beschränkung der Einfuhren nötig mache, daß die enorme Erhöhung der Steuern ein schweres Opfer bedeute, daß man sparen und rationieren müsse, besonders hinsichtlich der Lebensmittel. Bemerkenswert war auch sein Hinweis darauf, daß man nicht die Löhne in Verbindung bringen dürfe mit den Kosten der Lebenshaltung, da dadurch ein starker Antrieb zu einer abwechselnden Erhöhung von Preisen und Löhnen sich ergeben würde. Chamberlain hat damit in dürren Worten gesagt, daß die englische Regierung sich nicht in der Lage sieht, die Kaufkraft des Einkommens der breiten Massen auf dem bisherigen Niveau zu erhalten. Denn wenn den steigenden Lebenshaltungskosten nicht ein entsprechendes Steigen der Löhne parallel geht, vermindert sich die Kaufkraft. Offenbar will die englische Regierung ihre durch die Erfolge der deutschen Seekriegführung und die gesteigerten Rüstungsbedürfnisse erzwungenen Rationierungsmaßnahmen durch eine Senkung des Lohnniveaus der breiten Massen ergänzen und stützen, eine echt plutokratische Methode wirtschaftlich-finanzieller Kriegführung, die denn auch sofort auf die Opposition der englischen Arbeiterpartei gestoßen ist. Dies hinderte freilich Chamberlain nicht, in gleichem Atem rischen Konflikts zu sprechen, die England erstrebe und gegen die „die Mächte von der „sozialen, humanen, gerechten und christlichen Lösung" des kriegedes Bösen" kämpften!

Hinsichtlich der Kriegsziele schlug Chamberlain eine These an, die von unseren Kriegsgegnern und einem Teil der ihnen hörigen sogenannten neutralen Presse vielfach und in mancherlei Variationen neuerdings vorgebracht wird. Er sagte nämlich, aus dem Kriegsbündnis Englands und Frankreichs werde sich vielleicht etwas Umfassenderes und Tieferes entwickeln, nämlich eine Ausdehnung der englisch-französischen Zusammenarbeit auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiete auf andere Nationen in Europa und vielleicht sogar die ganze Welt. Von anderer Seite wird dieses Kriegsziel dahin formuliert, es müsse ein föderatives Europa aufgebaut werden, eine Art europäischer Überstaat, etwas viel Weitergehendes als der Völkerbund, eine Organisation, in der jeder Staat gleiche Rechte haben würde, wo vor allem die kleinen Staaten ihre Sicherheit finden sollten. Die ganz Unvorsichtigen

gehen dann so weit, zu gestehen, Deutschland müsse, um dieses neue, schöne, glückliche und gerechte Europa zu ermöglichen, in eine Anzahl von Staaten aufgelöst werden, so etwa nach dem Muster des Westfälischen Friedens von 1648!

Die Verbreitung solcher Gedankengänge ist bezeichnend nicht nur für die Kriegsziele unserer Gegner, sondern auch für die Methodik ihrer Kriegspropaganda: Sie wiederholen die Methoden, die sie während des Weltkrieges schließlich mit Erfolg anwandten, die Phraseologie vom Kampf für die Freiheit, für die Zivilisation, für ein neues glückliches Europa auf der Basis von Gleichheit und Sicherheit für alle Völker, wobei dann freilich nur das deutsche Volk als einziges unfrei, geknechtet und als politisches und wirtschaftliches Ausbeutungsobjekt der Westmächte vegetieren soll. Es ist bezeichnend für die antiquierte Denkart, für die politische Phantasielosigkeit und für den Mangel an klarem Realitätssinn bei unseren Gegnern, daß sie sich in solchen Gedankengängen bewegen!

Am weitesten hat sich unter den englischen Rednern der letzten Wochen Winston Churchill in seiner Rundfunkrede vom 21. Januar im Sinne dieser Gedankengänge fortreißen lassen. Auch dieser vielleicht skrupelloseste der englischen Minister sprach von der Freiheit und den Idealen, für die England angeblich kämpft, und rief die neutralen Staaten zum gemeinsamen Kampf gegen Deutschland auf. Die kleinen Nationen Europas müßten sich entschlossen an die Seite Englands und Frankreichs stellen und mit diesen gemeinsam für ihre Freiheit kämpfen, aus freiwilligem Antrieb ihre Pflicht tun — kurz, für England die Kastanien aus dem Feuer holen! Am Ende müsse ein Europa stehen, in dem die europäischen Nationen gerecht, traditionsgemäß und frei ein Haus planen und bauen könnten, wo Raum genug für alle sein werde, so schloß Churchill mit einer Phraseologie, die bemerkenswert ähnlich der von Chamberlain in seiner Rede vom 9. Januar benutzten war.

Die Reaktion der also apostrophierten Neutralen war freilich ganz anders, als Churchill es sich wohl erhofft hatte. Sie war scharf ablehnend. Die Presse der neutralen Staaten betonte einhellig ihre Abneigung, sich von England in den Krieg hineinziehen zu lassen, und unterstrich den Willen der Neutralen, auf jeden Fall außerhalb des Krieges zu bleiben. In London betonte man daraufhin offiziell und offiziös eifrig, Churchill habe eine rein private Meinung geäußert, und nichts liege dem edlen England so fern, als den Krieg auf die friedlichen Neutralen auszudehnen. In einer zweiten Rede, die Churchill am 27. Januar in Manchester hielt, vermied er es denn auch, das Thema der Hereinziehung der Neutralen in den Krieg erneut zu berühren, und beschränkte sich darauf, seine eigenen Landsleute zum Eintritt in die Armee, zur Arbeit in der Rüstungsindustrie und zu jeder Art von Tätigkeit für den Krieg aufzurufen und zugleich Deutschland und den Führer als das Höchste an teuflischer Bosheit und Gefährlichkeit hinzustellen. Nachdem der Aufruf an die Neutralen eine so völlig negative Aufnahme gefunden hatte, blieb Churchill nichts weiter übrig, als an das eigene Volk zu appellieren. Die Eindringlichkeit, mit der er das tat, zeigt offenbar, daß er mit den bisherigen Leistungen nicht zufrieden ist.

Neben dem aggressiven und brutalen Churchill, dem Vertreter des traditionellen rücksichtslosen Jingoismus, vertritt der salbungsvolle Außenminister Halifax am deutlichsten den Typ des in den Mantel des Christentums und der Humanität auftretenden Repräsentanten des englischen Cant. Dafür war seine Rede vom 20. Januar ein neuer Beweis. Wie die meisten englischen Staatsmänner dies seit Monaten tun, seitdem der polnische Feldzug und andere Ereignisse sie zu einer nüchtereren Betrachtung der europäischen Lage gezwungen haben, so warnte auch Halifax vor einer Unterschätzung der Schwere des Kampfes. Er wiederholte die englische These über die Vorgeschichte des Krieges, wobei ihm das Geständnis entschlüpfte, Englands

Bündnis mit Polen sei nicht die alleinige Ursache des Krieges gewesen, sondern England habe seine „Verpflichtungen" gegenüber Polen übernommen, weil es den Krieg für notwendig gehalten habe, um Deutschland zu verhindern, nichtdeutsche Völker zu beherrschen. Wieviel nichtenglische Völker England eigentlich beherrscht, hat Halifax dabei freilich übergangen! Natürlich versagte sich Halifax nicht, zu behaupten, der deutsch-russische Freundschaftspakt sei die „zynischste" Tatsache der Weltgeschichte" und bringe die ganze europäische Gesellschaft in Gefahr. Derselbe Halifax hat in Moskau monatelang verhandeln lassen, um mit Rußland ein Kriegsbündnis gegen Deutschland abzuschließen. Daß Halifax die These, England suche nichts für sich selbst, sondern kämpfe nur für Recht und Freiheit, wiederholte, ist beinahe selbstverständlich.

Der realistische, freilich wenn es sein muß auch sehr salbungsvolle Schatzkanzler Simon richtete in seiner Rede vom 13. Januar in Glasgow einen Appell an die Engländer, opferbereit zu sein, und betonte die Notwendigkeit, eine Inflation zu vermeiden. Ohne enorme Lasten und schwere Opfer sei der Krieg nicht zu einem guten Ende zu bringen. Im übrigen müsse der Hitlerismus vernichtet werden, wenn das Leben lebenswert sein und die Gerechtigkeit obsiegen solle. England kämpfe für „die größte Sache in der Welt", die Freiheit.

Auf ähnliche Töne war die Rede Chamberlains vom 16. Januar gestimmt. Er gab auch zum erstenmal nähere Details über die finanziellen Abmachungen Englands und Frankreichs mit der Türkei, die am 8. Januar in Paris abgeschlossen wurden. Danach gewährte die englische und französische Regierung der Türkei eine Anleihe von 25 Millionen Pfund zum Ankauf von Waffen in England und Frankreich, 15 Millionen Pfund in Gold und 2 Millionen zur Abtragung der Rückstände aus dem englisch-türkischen Clearing-Abkommen sowie 1,5 Millionen zur Liquidierung der Rückstände aus dem französisch-türkischen Clearing-Abkommen. Ferner hätten England und Frankreich sich zur Abnahme türkischer Waren verpflichtet. Man sieht, England und Frankreich lassen sich den türkischen Bundesgenossen etwas kosten! Freilich ist es ein Bundesgenosse, der bisher wenigstens außerhalb des Krieges geblieben ist und bei dem die Neigung, sich am Kriege zu beteiligen, anscheinend mindestens nicht im Wachsen begriffen ist! Des weiteren feierte Chamberlain die „enge und herzliche Zusammenarbeit mit Frankreich" und gab Einzelheiten über die Tätigkeit des englisch-französischen Koordinationsausschusses, der z. B. in Amerika eine gemeinsame Kauforganisation eingerichtet habe.

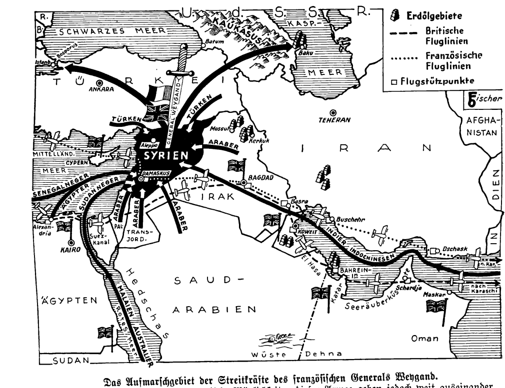
Die französisch-englische Zusammenarbeit ist überhaupt ein beliebtes Thema für Reden und Presseäußerungen in den beiden Ländern. Nachdem das Werben um Bundesgenossen so erfolglos geblieben ist, und die Hoffnung, andere Völker würden sich bereit finden, für England die Kastanien aus dem Feuer zu holen, als trügerisch erwiesen hat, bleibt England ja auch nichts anderes übrig, als Frankreich immer enger an sich zu fesseln und die Völker des Empires soweit als möglich für den Krieg zu mobilisieren. Noch ein anderes Thema schlug Chamberlain an, das in England in steigendem Maße variiert wird, das der Methoden der deutschen Seekriegführung. Er sprach von dem „Entsetzen über die kalt berechnende Brutalität der feindlichen Luftangriffe auf unbewaffnete und unbegleitete Fischkutter" und wurde ganz sentimental, als er von einem angeblichen Angriff eines deutschen Flugzeuges auf ein englisches Leuchtschiff redete. Auf dieses heuchlerische Humanitätsgetue ist inzwischen deutscherseits geantwortet worden: Da die englischen Handelsschiffe bewaffnet sind oder im Konvoi fahren, sind sie völkerrechtlich wie Kriegsschiffe zu behandeln, d. h. sie können jederzeit ohne Warnung angegriffen werden, sowohl zu Wasser wie aus der Luft. Die von Chamberlain erwähnten harmlosen Fischerboote sind nichts anderes als Patrouillenfahrzeuge der englischen Kriegsmarine, d. h. also Kriegsschiffe.

Der frühere englische Botschafter in Berlin, Henderson, der während seiner diplomatischen Mission in Deutschland klare Einsicht in die Realitäten hat vermissen lassen, will diese offenbar nachträglich unter Beweis stellen. Wenigstens sagte er am 25. Januar in einer Rede, Großbritannien sei in einem Kampf auf Leben und Tod mit einer außerordentlich mächtigen und hochorganisierten Nation von 80 Millionen verwickelt, und es würde ein schwerer Krieg werden, der lange Zeit dauern würde.

Ähnliche Auffassungen werden in der englischen Presse immer mehr vertreten. So wandte der bekannte Abgeordnete und Journalist Vernon Bartlett am 2. Januar im „News-Chronicle" sich energisch gegen die Züchtung eines unberechtigten Optimismus in England, wie sie in einer Broschüre des englischen Propagandaministeriums erfolge, besonders durch Prahlereien über Reichtum, Lebensmittel, Schiffe und Reserven Englands. Die Wahrheit sei, daß England um sein Leben kämpfe. Auch neutrale Beobachter Englands haben mehrfach berichtet, daß sich eine nüchterne Betrachtung der Lage in England allmählich durchsetze.

Dementsprechend wurde am 2. Januar vom englischen König die Einberufung zahlreicher weiterer Jahrgänge zum Kriegsdienst verfügt. Der frühere englische Dominienminister Amery äußerte sich am 24. Januar dahin, mit dem Wirtschaftskrieg allein werde man Deutschland nie auf die Knie zwingen, und man solle sich keinen Illusionen darüber hingeben, daß die Alliierten jemals Deutschland durch Hunger zwingen könnten, sich zu ergeben. Man müsse vielmehr Deutschland militärisch angreifen. Auch der englische Blockademinister Croß sagte am 17. Januar im Unterhaus, nach seiner Ansicht sei Deutschland stärker als 1914/18, und auch die Zufuhrkanäle Deutschlands hätten gegenüber 1914 enorm zugenommen. Aber Englands Ziel sei, das deutsche Wirtschaftsleben so abzuwürgen, daß es die Anstrengungen des Krieges nicht mehr aushalten könne. Croß meinte, die englische Wirtschaftskriegführung hätte doch schon große Erfolge aufzuweisen. Dieser Optimismus fand jedoch in einem Teil der englischen Presse scharfe Ablehnung, die auf die ungeheuren Leistungen der deutschen Kriegswirtschaft hinwies. Interessant ist in diesem Zusammenhang ein großangelegter Artikel des Blattes der Roten Armee in Moskau „Krasnaja Swjesda" mit der Überschrift „Der Bankerott des Kriegsplanes Großbritanniens", in dem ausgeführt wurde, wie die britische Politik nach dem März 1939 in aller Eile eine gewaltige Koalition gegen Deutschland habe zustande bringen wollen und wie diese Politik durch den deutsch-russischen Freundschaftspakt und durch die militärische Vernichtung Polens von Deutschland durchkreuzt worden sei. Nunmehr zwinge der Bankerott aller Kriegspläne die herrschenden Kreise Englands dazu, sich an den Gedanken zu gewöhnen, daß England selbst die Bürde des Krieges auf seine eigenen Schultern nehmen müsse. Gleichzeitig bemühten sich England und Frankreich, den Krieg auf andere Fronten auszudehnen.

Für die Verlogenheit des Humanitätsgeredes der englischen Politiker ist im übrigen ein Vorfall bezeichnend, der sich auf der Synode der englischen Bischöfe in Canterburry zugetragen hat. Der Bischof von Birmingham forderte nämlich, wie „Daily Expreß" am 18. Januar meldete, eine Lockerung der Lebensmittelblockade Deutschlands mit der Begründung, daß die Aushungerung insbesondere von Frauen und Kindern des Feindes ein schrecklicher Gedanke sei, man solle deshalb die Einfuhr solcher Lebensmittel, die nicht zu Kriegsmunition umgewandelt werden könnten, gestatten. Hierauf erklärte der Erzbischof von Canterburry, die höchste kirchliche Autorität Englands, er habe mit Regierungsmitgliedern über diese Frage gesprochen, die jedoch ausgeführt hätten, daß es nicht möglich sei, zwischen derartigen verschiedenen Lebensmitteln Unterschiede zu machen. Der Bischof von Birmingham zog darauf seinen Antrag zurück! Damit war die Stimme des christlichen Gewissens Englands beschwichtigt. Dafür wird um so eifriger



Das Aufmarschgebiet der Streitkräfte des französischen Generals Weygand.
Die Urteile über Stärke und strategische Möglichkeiten dieser Armee gehen jedoch weit auseinander.

über die angeblich barbarische und grausame deutsche Seekriegführung gezetert, wie etwa in einem Artikel der „Times“ vom 25. Januar.

Dies ist durchaus verständlich, wenn man sich über die Auswirkungen der deutschen Seekriegführung, d. h. unserer Gegenblockade gegen England, aus den englischen Presse- und sonstigen Nachrichten ein Bild zu machen sucht. Bezeichnend war z. B. eine Rundfunkansprache des englischen Ernährungsministers Morrison vom 6. Januar über die Einführung der Rationierung, in der er auf die Notwendigkeit hinwies, Schiffsraum und Devisen zu sparen, da die meisten Lebensmittel aus dem Auslande kämen. Auch die Anfang Januar verfügte Requisition der gesamten englischen Handelsflotte durch die englische Regierung ist ein weiterer Beweis für die Wirksamkeit der deutschen Gegenblockade, die nicht nur den englischen Schiffsraum schon erheblich dezimiert hat, sondern auch durch das England aufgezwungene Konvoi-System die Ausnützung des Schiffsraums vermindert und England durch die Sperrung oder Verminderung seiner Lebensmittelbezüge aus dem Ostseeraum und aus den nordischen Ländern und Holland zwingt, die dadurch ausfallenden Lebensmittel von Übersee unter Einsatz von viel mehr Schiffsraum herbeizuschaffen.

Dementsprechend versucht England überall in der Welt Schiffsraum zu kaufen und zu chartern, wodurch die Preise für Schiffe und Charter allenthalben heraufgetrieben werden, während schon eine ganze Anzahl von Regierungen, sogar die des mit England seit Jahrhunderten verbündeten Portugal, dazu übergegangen sind, den Verkauf und die Charterung von Schiffen durch das Ausland zu verbieten.

Man sieht sich deshalb gezwungen, möglichst an die eigene Landwirtschaft zu appellieren. Im Unterhaus fand am 25. Januar eine bemerkenswerte agrarpolitische Debatte statt, in der die Vertreter der Opposition ihre lebhafte Besorgnis über den Stand der englischen Landwirtschaft und über die ganze Ernährungslage Ausdruck gaben. Der Bestand an Geflügel sei wegen Futtermittelmangel bereits um 25 v. H. zurückgegangen, und die Produktion von Schinkenspeck, Eiern, Milch und sonstigen Produkten sei ernstlich bedroht. Lloyd George machte sehr pessimistische Angaben und teilte u. a. mit, die landwirtschaftlich nutzbare Fläche sei gegenüber 1914 um 2,25 Millionen Morgen zurückgegangen und man habe 250000 landwirtschaftliche Arbeiter weniger wie damals, man würde zwölf Jahre brauchen, um zu der Position von 1914 zurückzugelangen. Das ernsteste Element sei aber die Abnahme an Schiffsraum. Die Frachtkapazität englischer Schiffe für gewöhnliche Waren, Lebensmittel und Rohstoffe sei um 6 Millionen Tonnen zurückgegangen. Die englische Presse übernahm zum Teil diese Anklagen gegen die mangelnde Voraussicht der englischen Regierung. Die „Daily Mail“ ging sogar so weit, zu sagen, hinsichtlich der Futtermittelversorgung der englischen Landwirtschaft stehe man vor einem ernsten Zusammenbruch.

Aber die Zufuhr von Lebensmitteln bzw. deren Produktion im Lande selbst — bekanntlich bezieht England über 60 v. H. seiner Nahrungsmittel aus dem Auslande — sind nicht die einzigen kriegswirtschaftlichen Sorgen Englands. Die Fragen der Finanzierung des Lebensmittel-Imports neben dem ungeheuer gesteigerten Importbedürfnis an kriegswirtschaftlichen Rohstoffen und an Waffen und Munition bereiten der englischen Regierung große Sorgen, wozu noch die hinsichtlich der Gefahren der Inflation durch das steigende Preis- und Lohnniveau hinzukommen. Es ist bekannt, daß England heute sehr viel geringere Guthaben im Auslande besitzt als 1914. Kein Wunder, daß am 14. Januar der parlamentarische Sekretär im britischen Munitionsministerium, Llewellin, auf einer Pressekonferenz die Erklärung abgab, daß das britische Schatzamt in Kürze dazu übergehen werde, die ausländischen Effekten im Besitz britischer Staatsangehöriger gegen britische Staatspapiere umzutauschen. Es soll geplant sein, diese ausländischen Staatspapiere dann zu Käufen im Ausland zu verwenden. Nach einer

United Preß-Meldung aus London hat die englische Regierung aus Privatbesitz bereits amerikanische Wertpapiere in Höhe von 250 Millionen Pfund angekauft, d. h. also, die englische Regierung hat sich bereits genötigt gesehen, einen beträchtlichen Teil des Besitzes englischer Staatsbürger in ausländischer Währung flüssig zu machen.

Was das Preis- und Lohnniveau angeht, so sind Aufsätze in der „Times" vom 15. und vom 25. Januar hierfür recht bemerkenswert. Darin wurde festgestellt, daß während des Weltkrieges die Preise in England bis zum Ende des Jahres 1917 nur um 27 v. H. gestiegen seien, in den letzten vier Monaten des Jahres 1939 seien sie jedoch bereits um 24.5 v. H. gestiegen. Der Leitartikel der „Times" vom 25. Januar richtete ganz im Sinne der oben zitierten Rede Chamberlains vom 9. Januar einen Appell an die englische Arbeiterschaft, freiwillig auf Lohnerhöhungen zu verzichten. Sie dürften nicht erwarten, daß jeder Punkt im Lebenshaltungsindex durch höhere Löhne ausgeglichen werde, d. h. also, man möchte von der Lohnseite her, durch Verminderung der Kaufkraft der breiten Massen der Lohnempfänger eine Einschränkung des Verbrauchs an Lebensmitteln und anderen Gütern herbeiführen, deren Herbeischaffung aus dem Auslande durch die Knappheit an Devisen und Schiffsraum in Frage gestellt wird.

Die Kritik an der englischen Kriegswirtschaft geht in der englischen Presse weiter, wie z. B. ein Leitartikel Garvins im „Observer" vom 21. Januar zeigt, in dem ausgeführt wurde, England habe immer noch nahezu 1,5 Millionen Arbeitslose, etwas was in Deutschland ganz unvorstellbar sei. Die englische Wirtschaft müsse endlich mit derselben Energie wie die deutsche arbeiten. In ähnlichen Gedankengängen bewegte sich Sir Arthur Salter in der Ausgabe der Zeitschrift „Contemporary Review" vom 6. Januar. Er unterstrich die Unsicherheit der Lage Englands, da gar nicht zu übersehen sei, wie groß seine Verluste durch den deutschen Seekrieg sein würden, und wies besonders darauf hin, daß die Frage der britischen Kaufkraft auf nichtenglischen Märkten angesichts der Tatsache, daß England nicht wie im Weltkriege der Kredit der Vereinigten Staaten zur Verfügung stehe, zu einem der größten Probleme werde. In England beginnt also die Einsicht sich immer stärker zu verbreiten, daß man im Wirtschaftskrieg gegen Deutschland letzten Endes auf die Produktionskräfte des eigenen Volkes, d. h. also von 42 Millionen Engländern angewiesen ist, nachdem es nicht gelungen ist, nach dem Vorbild von 1914/18 eine Weltkoalition gegen Deutschland zusammenzubringen.

Die englische und die Weltöffentlichkeit wurden am 5. Januar durch die Mitteilung einer Umbildung des englischen Kabinetts, durch das Ausscheiden des Kriegsministers Hore-Belisha und des Informationsministers MacMillan und ihre Ersetzung durch Oliver Stanley und Sir John Reith überrascht. Die englische Presse gab zu, durch diesen Ministerschub völlig überrascht worden zu sein, den sie als das bedeutendste politische Ereignis seit Kriegsausbruch bezeichnete. Die Zeitungen gaben ihrer Überraschung und Bestürzung offen Ausdruck. Die Zahl der Vermutungen über die Gründe des Ausscheidens von Hore-Belisha war Legion. Chamberlain und Hore-Belisha selbst vermieden es, in der Unterhausdebatte vom 16. Januar die wahren Gründe anzugeben. Chamberlain weigerte sich dessen sogar ganz offen. Jedenfalls pflegen Ministerwechsel in „demokratischen" Ländern kein Beweis für ein reibungsloses Funktionieren des Regierungsapparats zu sein.

Hinsichtlich der englischen Außenpolitik wurde schon erwähnt, daß die engste Verbindung mit Frankreich ihre Hauptgrundlage ist, zugleich mit dem Bemühen, die Staaten des Empires soweit als irgend möglich für Zwecke des Krieges zu mobilisieren. Das letztere stößt freilich in Südafrika und in Indien auf Schwierigkeiten. In Südafrika haben sich die Führer der beiden die Kriegspolitik des englandhörigen Premierministers Smuts bekämpfenden Gruppen, General Hertzog und Dr. Malan, wie am 28. Januar aus Kapstadt gemeldet wurde, darüber geeinigt, eine gemeinsame Opposition

im südafrikanischen Parlament zu bilden. Dr. Malan führte im Parlament aus, es gäbe keinen anderen Weg als den, der Teilnahme Südafrikas am europäischen Krieg ein Ende zu setzen und die Verbindung mit Großbritannien überhaupt zu lösen. In ähnlicher Weise äußerte sich General Hertzog, der sagte, die Zeit sei gekommen, um den Kriegszustand mit Deutschland zu beenden und den Frieden wiederherzustellen. Daraufhin bezeichnete Smuts Hertzog als einen Landesfeind. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Hertzogs, den Kriegszustand mit Deutschland zu beendigen, mit 81 gegen 59 Stimmen abgelehnt. Die Opposition gegen Smuts Kriegspolitik ist also zahlenmäßig recht beträchtlich, weshalb denn auch eine Entsendung von Truppen aus Südafrika nach Europa nicht beabsichtigt wird.

Auch in Indien geht es nicht nach dem Wunsche der englischen Regierung. Die Forderung der indischen Nationalisten zielen auf völlige Selbständigkeit, die England keineswegs genehmigen will, weswegen sich der Widerstand gegen die Mobilisierung Indiens für englische Kriegszwecke in Indien versteift.

Außerhalb des englischen Empires ist besonders Englands und Frankreichs Verhältnis zu Finnland der Aufmerksamkeit wert. Die englische und französische Presse kann sich nicht genug tun, zu unterstreichen, daß Finnland „für die westliche Zivilisation kämpfe" und aufs energischste unterstützt werden müsse. Das Völkerbundssekretariat veröffentlichte am 3. Januar den Wortlaut der Antworttelegramme der englischen und französischen Regierung auf die telegraphische Anfrage des Sekretariats vom 18. Dezember 1939, welche materielle und humanitäre Hilfe die Mitgliedstaaten der Genfer Rumpfliga auf Grund des finnischen Appells an die Liga zu leisten beabsichtigen. Die englische und die französische Regierung haben mitgeteilt, sie beabsichtigten, der finnischen Regierung allen Beistand zu leisten, den sie in der Lage seien zu geben, und ergriffen tatsächlich schon die notwendigen Maßnahmen. Dies sagte auch Chamberlain im Unterhaus. Die Reaktion in Moskau war entsprechend. Die Stockholmer Zeitung „Aftonbladet" kritisierte am 9. Januar die französisch-englische Propaganda hinsichtlich der Hilfe für Finnland folgendermaßen: Es gehe den Westmächten nicht um die Sympathie für Finnland, sondern um ihre Interessen für den eigenen Krieg. Anstatt in aller Stille zu helfen, mache man einen großen Lärm um die Hilfe für Finnland, weil man hoffe, damit auf die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten Eindruck zu machen, die man dazu zu bringen hoffe, wirkliche Opfer zum Vorteil der Westmächte zu bringen. In Moskau sprach man den Verdacht aus, die Westmächte wollten durch ihre Hilfe für Finnland Skandinavien in den Krieg hineinziehen, vor allem um Deutschland seine Rohstoffbezüge aus diesen Ländern unmöglich zu machen. Die Zeitschrift „Nineteenth Century" vom 3. Januar forderte denn auch ganz offen eine militärische Intervention der Westmächte in den nordischen Staaten und am Balkan, um Deutschland militärisch zu umfassen. Wir werden noch sehen, wie wenig Neigung hierzu bei den nordischen und Balkanstaaten vorhanden ist.

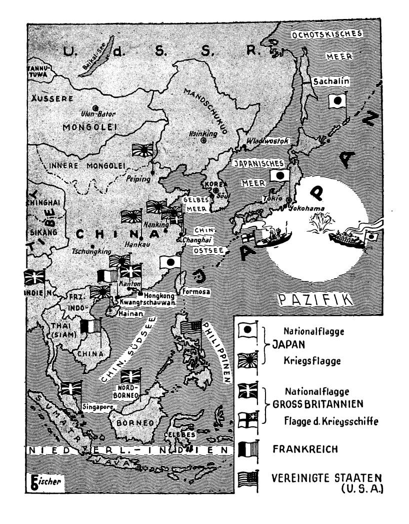
Hinsichtlich der Durchführung seiner völkerrechtswidrigen Blockade gegen Deutschland findet England bei den Neutralen weiterhin Widerstand. Mit den Vereinigten Staaten und mit Japan geriet es in scharfe diplomatische Auseinandersetzungen über die Aufbringung von Schiffen dieser Staaten und über die Wegnahme und Kontrolle der Post.

Die Vereinigten Staaten haben Anfang Januar eine mit zahlreichen Beispielen von Beschlagnahme amerikanischer Post auf neutralen Schiffen durch die Engländer belegte Protestnote nach London gerichtet und betont, sie könnten nicht das Recht der englischen Behörden anerkennen, die amerikanische Post auf amerikanischen oder anderen neutralen Schiffen auf See zu belästigen, noch könnten sie das Recht der englischen Regierung anerkennen, Post auf Schiffen zu zensieren, die unfreiwillig englische Häfen an-

liefen. Die elfte Haager Konvention stelle fest, daß der Postverkehr von Neutralen oder Kriegführenden auf hoher See unverletzlich sei. Die USA-Regierung betrachte die Praxis der englischen Behörden, Post von Schiffen zu nehmen, welche direkt zwischen Amerika und neutralen europäischen Häfen verkehrten und durch englischen Zwang veranlaßt würden, bestimmte britische Kontrollstationen anzulaufen, als rechtswidrig, protestierte scharf gegen diese Methoden und spreche die Hoffnung aus, daß die englische Regierung baldigst die Versicherung abgebe, daß diese Methoden aufhörten. Diese Note wurde am 2. Januar veröffentlicht. Am 5. Januar gab der amerikanische Staatssekretär für Auswärtiges, Hull, bekannt, daß tags zuvor das amerikanische Schiff „Moormacsum" auf dem Wege nach Bergen in Norwegen von den Engländern aufgebracht und zum Anlaufen von Kirkwall in England gezwungen worden sei. Da die amerikanischen Schiffe auf Grund des amerikanischen Neutralitätsgesetzes Häfen kriegführender Nationen nicht anlaufen dürften, habe er eine genaue Untersuchung eingeleitet. Anschließend teilte Hull mit, er habe bereits am 14. Dezember 1939 dem englischen Botschafter in Washington eine Note übersandt, worin er den englischen Standpunkt, das England amerikanische Schiffe zwingen könne, englische Kontrollhäfen anzulaufen, klar abgelehnt habe. Diese Note sei die Antwort auf eine englische Note vom 9. November 1939 gewesen, in der England den Wunsch zum Ausdruck gebracht habe, daß alle amerikanischen Dampfer freiwillig britische Kontrollstationen anlaufen sollten. In der englischen Note vom 9. November sei gesagt worden, die englische Regierung behalte sich trotz des amerikanischen Neutralitätsgesetzes das Recht vor, amerikanische Schiffe notfalls mit Gewalt zum Anlaufen englischer Kontrollhäfen zu zwingen. Hull unterstrich in seiner Antwort vom 14. Dezember, die englische Regierung mute den amerikanischen Schiffen Handlungen zu, die ihnen durch amerikanisches Gesetz verboten seien. Wenn derartige Zwischenfälle weiter eintreten würden, wäre die amerikanische Regierung gezwungen, jeden einzelnen Fall genau zu untersuchen und solche Schritte zu ergreifen, die notwendig oder zweckmäßig erschienen. Die amerikanische Regierung behalte für sich selbst und ihre Bürger sämtliche diesbezüglichen Rechte vor und werde für etwaige Schäden oder Verluste entsprechende Schadenersatzansprüche stellen.

Am 20. Januar ließ Hull den englischen Botschafter zu sich kommen und machte ihm in ernsten Worten Vorwürfe über „diskriminierende Belästigungen der amerikanischen Schiffahrt zum und vom Mittelmeer" und überreichte ihm ein Aidememoire, dessen Wortlaut am 22. Januar veröffentlicht wurde. In ihm wurde auf eine bereits am 20. November vom englischen Botschafter in London übergebene amerikanische Protestnote wegen der unzulässigen Verzögerung der amerikanischen Schiffahrt im Mittelmeer durch die englische Kontrolle Bezug genommen und dagegen protestiert, daß amerikanische Schiffe in Gibraltar zwischen neun und achtzehn Tagen angehalten, daß Frachten und Post von diesen Schiffen genommen wurden, daß die Amtspost für amerikanische Vertretungen in Europa stark verzögert wurde, daß in einigen Fällen amerikanische Schiffe unter Verletzung des amerikanischen Gesetzes gezwungen worden seien, Häfen Kriegführender, z. B. Marseille, anzulaufen, um dort ihre Ladung zu löschen sowie weiteren Aufschub zu erfahren. Ferner seien Frachten auf italienischen und anderen Schiffen besser behandelt worden, und italienische Schiffe dürften mit viel weniger Belästigung und Verzögerung die Kontrolle passieren. Die amerikanische Regierung gebe sich der Erwartung hin, daß die englische Regierung zumindest sofortige und angemessene Schritte tun werde, um eine alsbaldige Korrektur dieses Zustandes herbeizuführen.

Die amerikanische Presse veröffentlichte das Aidememoire als Sensation. In amtlichen amerikanischen Kreisen soll erwogen worden sein, wenn England sich unnachgiebig zeige, die englischen Aufträge auf Flugzeuglieferungen



Zum „Asama-Maru"-Zwischenfall

Der japanische Dampfer „Asama-Maru" wurde am 21. Januar vor der Einfahrt nach Yokohama unweit der japanischen Küste von einem englischen Kreuzer angehalten, durchsucht, und 21 Deutsche, die sich an Bord befanden, heruntergeholt. Die japanische Regierung erhob schärfsten Protest und verlangte die Auslieferung der gefangenen Deutschen.

einzuschränken. Die New-Yorker Presse sprach von einer rasch wachsenden Verärgerung des State-Departements über das anmaßende Benehmen Englands und über die Abweisung früherer amerikanischer Proteste und sprach von möglichen Vergeltungsmaßnahmen, falls England nicht nachgebe. Auch im amerikanischen Senat wurde Englands Haltung kritisiert, und der demokratische Senator Mead erklärte, das Völkerrecht kenne keinen Präzedenzfall, der englischen Behörden erlaube, Post von amerikanischen Schiffen herunterzuholen und zu zensieren.

Man darf jedoch nicht vergessen, daß die führenden Kreise in den Vereinigten Staaten innerlich mit England sympathisieren, eine englische Niederlage vermieden sehen möchten und England, soweit es unter Aufrechterhaltung der amerikanischen Neutralität, die dem Willen der großen Majorität der Amerikaner entspricht, irgendwie möglich ist, Unterstützung zukommen lassen wollen. Immerhin veröffentlichte „Daily Expreß“ am 26. Januar einen längeren Bericht aus New York darüber, wie in Amerika die Stimmung zuungunsten Englands umgeschlagen habe. Die vielgepriesene Sympathie für Englands Krieg sei weg. Man mißtraue Englands Politik, die darauf gerichtet sei, möglichst viele Staaten und schließlich auch Amerika in den Konflikt hineinzuziehen. In jenen Tagen (am 20. Januar) hielt Churchill die obenerwähnte Rede mit dem Appell an die neutralen Staaten, an der Seite Englands in den Krieg einzutreten. Sie machte in Washington einen denkbar schlechten Eindruck, und die dem Statedepartement nahestehende „Washington Post“ führte aus, Churchills Erklärung sei wahrlich nicht dazu angetan, den neutralen Staaten Mut einzuflößen. Churchill stelle eine unmögliche Forderung.

England scheint jedoch über die amerikanischen Proteste weiterhin zur Tagesordnung übergehen zu wollen, denn am 26. Januar meldete der englische Rundfunk, daß England die Errichtung einer neuen Kontrollstation in St. Johns in Neufundland oder in Kanada plane, die die Aufgabe haben werde, amerikanische Schiffe zu untersuchen, die den Verkehr mit Skandinavien aufrechterhalten. Offenbar glauben sie, die USA-Regierung werde es schließlich nicht auf wirklich ernste Differenzen oder auf Vergeltungsmaßnahmen ankommen lassen. Es liegt auf der Hand, daß die Vereinigten Staaten die nötigen Druckmittel in der Hand hätten, um England zu zwingen, ihren Forderungen nachzugeben — wenn sie dazu tatsächlich entschlossen wären.

Auch mit Japan hat die englische Blockade die Londoner Regierung in scharfe Auseinandersetzungen verwickelt. Am 21. Januar wurde der japanische Dampfer „Asama Maru“ auf dem Rückweg von Amerika nach Yokohama nicht weit von der japanischen Küste von einem englischen Kreuzer angehalten und durchsucht und einundzwanzig Deutsche, die sich an Bord des Schiffes befanden, heruntergeholt. Die britische Botschaft in Tokio gab eine Erklärung heraus, daß die britische Handlungsweise dem Völkerrecht entspreche. Am 23. Januar veröffentlichte das japanische Außenministerium eine Erklärung über den Zwischenfall, die als Protest dem englischen Botschafter überreicht wurde. In ihr wurde die britische Aktion als ein äußerst unfreundlicher Akt gegen Japan bezeichnet, dem Japan die größte Bedeutung beimesse. Japan behalte sich das Recht vor, die Auslieferung der festgenommenen Deutschen zu fordern. Vom Gesichtspunkt der künftigen Beziehungen zwischen Japan und England solle die englische Regierung der Angelegenheit die ernsteste Aufmerksamkeit widmen. Am 24. Januar beschäftigte sich Außenminister Arita im Parlament erneut mit dem Zwischenfall und betonte, nach der Londoner Seerechtsdeklaration von 1909 dürften nur die Angehörigen einer kriegführenden Macht, die gegenwärtig unter den Waffen stünden, von neutralen Schiffen heruntergeholt werden, und der Marineminister Yoshida erklärte, das Marineministerium sei voll und ganz darauf vorbereitet, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, falls dies nötig sein würde.

Ein hervorragendes Mitglied des Parlaments unterstrich, daß Nationalgefühl Japans sei durch den Zwischenfall aufs stärkste erregt worden. Am 25. Januar wurden denn auch Protestentschließungen und Demonstrationen gegen die britische Botschaft aus Tokio gemeldet. Der Sprecher des japanischen Außenamtes mißbilligte es, daß der englische Botschafter der japanischen Presse eine Erklärung übermittelt hatte, in der er die englische Handlungsweise zu rechtfertigen versucht. Auch der Sprecher des Marineministeriums, Admiral Kanazawa, erklärte am 25. Januar, die öffentliche Meinung Japans sei über den Zwischenfall sehr erregt. Die Intervention des englischen Botschafters in der Presse wurde als Eingriff in schwebende diplomatische Verhandlungen aufs schärfste zurückgewiesen, offiziös als Verstoß gegen die internationale Höflichkeit und in einer führenden Zeitung als kümmerlicher Versuch bezeichnet, um den Widerwillen des gesamten Volkes gegen britische Arroganz abzubiegen. Am 27. Januar wurde aus Tokio gemeldet, der englische Botschafter habe Außenminister Arita die Antwort Englands in Form einer Note übergeben. Über ihren Inhalt wurde mitgeteilt, England bedauere, daß Mißstimmung in Japan entstanden sei, lehne die Freilassung der Deutschen ab, sei jedoch bereit, mit Tokio über Maßnahmen zur Verhinderung ähnlicher Vorkommnisse zu verhandeln. Der Standpunkt Japans sei demgegenüber, da die Aktion gegen die „Asama Maru" völkerrechtswidrig gewesen sei, Tokio fordere die Auslieferung der Deutschen, erwäge jedoch im Rahmen seiner Nichteinmischungspolitik in den europäischen Krieg die Frage des Transportes von Wehrpflichtigen kriegführender Staaten auf japanischen Schiffen. Gleichzeitig wurde eine Weisung des japanischen Verkehrsministeriums an die japanischen Schiffahrtsgesellschaften, künftig Fahrkarten an die Angehörigen kriegführender Staaten nur auszugeben, wenn sie die eidliche Versicherung beibringen, daß sie nicht auf der Liste für aktiven militärischen Dienst stehen und sich nicht im aktiven militärischen Dienst befinden.

Ob und auf welcher Linie zwischen der japanischen und der englischen Regierung eine Einigung über den „Asama-Maru"-Zwischenfall und die ihm zugrunde liegenden Streitfragen erfolgt, wird sich noch zeigen müssen.

Unser zweiter ganz im englischen Kielwasser fahrender Kriegsgegner **Frankreich** hält mit der Sturheit, die so charakteristisch für die französische Nachkriegspolitik ist und die ein vernünftiges Zusammenkommen mit Deutschland trotz aller darauf hinzielenden deutschen Bemühungen immer wieder verhindert hat, an der Kriegspolitik fest. Aber ebenso wie in England hat die Ernüchterung und die Erkenntnis der Schwere des Krieges weiter Fortschritte gemacht. Der offiziöse „Petit Parisien" warnte am 26. Januar vor Optimismus und meinte, man müsse sich vor der Behauptung hüten, daß die Zeit für Frankreich und England arbeite. Der französische General Duval, der als Verfasser von Büchern, z. B. über die militärischen Lehren des spanischen Bürgerkrieges, und als militärischer Mitarbeiter großer Pariser Zeitungen bekannt ist, hielt am 27. Januar in Brüssel einen Vortrag über die Probleme des gegenwärtigen Krieges. Er äußerte die Überzeugung, daß die Alliierten die Hoffnung aufgegeben hätten, den gegenwärtigen Krieg durch Diplomatie oder durch Blockade zu gewinnen. Zur Herbeiführung einer Entscheidung sei eine militärische Aktion unerläßlich, und es müsse ein Schlachtfeld gesucht werden. Der frühere französische Ministerpräsident Leon Blum führte am 6. Januar im „Populaire" aus, Frankreich ziehe mit wesentlich geringeren Hilfsquellen in den Krieg, als dies 1914 der Fall gewesen sei, und habe sich vom letzten Kriege noch nicht einmal erholt.

Die Franzosen, die sich früher so gerne über die in Deutschland durchgeführten Einschränkungen hinsichtlich des Lebensmittelverbrauchs amüsierten, lernen diese Beschränkungen nun in steigendem Maße selbst kennen. Am 12. Januar wurden zwei Dekrete über starke Einschränkung des Fleischverbrauchs veröffentlicht mit der Begründung, daß die Bedürfnisse für die

Armee diese Maßnahmen notwendig machten. Am 3. Januar wurde gemeldet, der französische Arbeitsminister habe dem Präsidenten der Republik ein Dekret vorgelegt, daß die bisherigen Bestimmungen für Arbeitslosenunterstützungen im Sinne der Mobilisierung der Erwerbslosen abändert, die von jetzt an zwangsweise zur Arbeit in den Munitions- und Kriegsmaterialfabriken herangezogen werden sollen. Dies im Lande der demokratischen Freiheit, zu deren Erhaltung Frankreich angeblich in den Krieg gezogen ist!

Die Kriegszieldiskussion geht in Frankreich munter weiter. Sie bewegt sich ganz in den Linien der historischen von Richelieu herstammenden französischen Europa-Politik der Niederhaltung und Auflösung Deutschlands. Pertinax, dessen gute Beziehungen zum französischen Außenministerium bekannt sind, hat darüber am 22. Januar im Londoner „Daily Telegraph", dessen Korrespondent er seit Jahren ist, einen bemerkenswert offenherzigen Artikel geschrieben, in dem er die Ansichten der französischen Berufsdiplomaten über den künftigen Frieden auseinandersetzt. Diese Friedenspläne kommen auf eine verschärfte Neuauflage des Versailler Diktats hinaus mit zwanzigjähriger Rheinlandbesetzung, Auflösung Großdeutschlands, seiner Einkreisung durch französische Vasallenstaaten, einseitiger deutscher Abrüstung und englischer Garantie für all diese schönen Dinge. Ähnlich formuliert Wladimir d'Ormesson im „Figarro" vom 5. Januar die französischen Kriegsziele.

Die französischen Politiker bis hinauf zum Staatspräsidenten bemühen sich andererseits, dem französischen Volk und der Weltöffentlichkeit die edlen Ziele Frankreichs immer wieder klarzumachen. Am 11. Januar hielt der zum Vorsitzenden der französischen Kammer wiedergewählte Herriot eine Rede, in der er die französische These über die Entstehung des Krieges wiederholte und versicherte, Frankreich kämpfe für die Demokratie und für die Unabhängigkeit der kleinen Staaten gegen „den Block der Tyranneien". Auch Staatspräsident Lebrun stieg am 13. Januar in die Kampfarena und versicherte, jetzt gehe es darum, ob die Freiheit oder die Unterdrückung des Rechtes, ob die Kraft des Geistes oder der Materie, ob die Zivilisation oder die Barbarei den Sieg erringe. Aber da Freiheit, Recht und Zivilisation nicht untergehen dürften, werde Frankreich siegen. Lebrun hat also ganz einfach die alte so oft gespielte Walze der Entente-Propaganda während des Weltkrieges wieder aufgelegt. Freilich diese Melodie ist zu bekannt, als daß sie noch auf irgend jemand Eindruck machen könnte. Auch der Senatspräsident Jeanneney hat sie in seiner Eröffnungsrede im Senat am 12. Januar wiederholt, noch etwas verstärkt durch würzige Ausdrücke, wie Räuber und Wortbrecher, die er an die deutsche Adresse richtete.

Schließlich hat Ministerpräsident Daladier am 29. Januar eine lange Rundfunkansprache für nötig befunden, die auf die Stimmung im französischen Volk recht beachtliche Rückschlüsse zuläßt. Natürlich begann er mit einer schwülstigen Aufzählung aller angeblichen deutschen Missetaten, um Deutschland als Franzosenschreck so recht deutlich hinzustellen. Dann wandte er sich an das „Frankreich hinter der Front" und ermahnte es zu Opfersinn und Arbeit. Jeder müsse sein Äußerstes hergeben, dürfe nicht der feindlichen Propaganda unterliegen, die französische Regierung packe alle „Komplizen der Nazipropaganda", die Frankreich von England trennen und durch Flüsterpropaganda die innere Front in Frankreich schwächen wolle. Seitenlang schilderte Daladier die Gefährlichkeit und die Methoden der deutschen Propaganda und warnte eindringlich vor ihr, was immerhin ein bezeichnendes Licht auf die innere Front in Frankreich wirft. Die materielle Stärke Deutschlands bezeichnete er als geradezu schrecklich, es wäre sinnlos und sogar verbrecherisch, sich darüber hinwegtäuschen zu wollen. Frankreich müsse so stark wie möglich sein, denn es müsse die Freiheit und die Menschenwürde retten. Diese Rede Daladiers spricht in vieler Hinsicht wirklich für sich selbst!



Verlassene französische Stellungen im Schnee

Phot.: P.K. Ulm (Presse-Bild-Zentrale)



Das Ende eines französischen Aufklärers bei Pirmasens

Sie wird durch die fast täglich gemeldeten Verhaftungen und Verurteilungen von Defaitisten, Kriegsgegnern und Kommunisten und durch Debatten im französischen Parlament über die Gefährlichkeit der feindlichen Propaganda und über die Wühltätigkeit der Kommunisten, durch den Beschluß der französischen Regierung, denjenigen die französische Staatsangehörigkeit zu entziehen, die sich eines gewissen Einvernehmens mit dem Ausland schuldig gemacht haben, sowie durch den am 19. Januar auch vom Senat angenommenen Gesetzentwurf über den Ausschluß der kommunistischen Parlamentarier aus dem Parlament noch besonders illustriert: Die innere Front läßt in Frankreich eben offenbar nach wie vor viel zu wünschen übrig.

In außenpolitischer Hinsicht steht das englisch-französische Einvernehmen weiter an erster Stelle. Der frühere erste Militär Frankreichs, General Weygand, der die französischen Truppen in Syrien kommandiert, macht viel von sich reden und reist zwischen Ankara und Kairo hin und her. Der trotz seines beträchtlichen Alters immer noch recht betriebsame Herr möchte offenbar der Retter Frankreichs durch Anzettelung eines Krieges im Orient und auf dem Balkan werden. Er scheint bisher aber der Verwirklichung dieses edlen Planes noch nicht sehr viel nähergekommen zu sein.

Frankreichs Haltung im finnisch-russischen Konflikt wurde schon erwähnt. Ihr entspricht eine in der französischen Presse geführte Kampagne für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Rußland, zu der allerdings von seiten der französischen Regierung noch keine Stellungnahme vorliegt. Auch gibt es Stimmen, die gegen diesen Abbruch sind.

Das mit Deutschland verbündete Italien setzt seine Politik der Nichtbeteiligung am Kriege, der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Wachsamkeit und Vorbereitung mit der Ruhe und Sicherheit, die die Politik Mussolinis kennzeichnet, weiter fort. Am 20. Januar hat der Ministerrat unter Vorsitz des Duce den Voranschlag für den Staatshaushalt 1940/41 verabschiedet, der für die Wehrmachtsministerien eine Ausgabenerhöhung von über 2,5 Milliarden vorsieht. Darin kommt die Verstärkung der Rüstungen Italiens zum Ausdruck. Am 29. Januar empfing Mussolini hohe Offiziere zu einem Bericht über die fortschreitenden Arbeiten zur Verteidigung der Landesgrenzen und zur Verstärkung der Luftabwehr, wobei der Duce Anweisungen für verstärkte Rüstungen erteilte. Am 18. Januar trat unter dem Vorsitz Mussolinis der Ende April vorigen Jahres ins Leben gerufene Generalrat des Beratenden Korporativausschusses für Italienisch-Ostafrika zusammen, der die wirtschaftliche Tätigkeit in Äthiopien zu kontrollieren hat. Dabei wurde mitgeteilt, daß 4007 Industriefirmen mit einem Kapital von insgesamt 2700 Millionen Lire und 4785 Handelsfirmen mit einem Gesamtkapital von über 1100 Millionen Lire in Italienisch-Ostafrika tätig sind, und daß dort bereits im ganzen italienisches Privatkapital von rund 5 Milliarden Lire tätig ist. Als Hauptziel wurde die Autarkie des italienischen Imperiums bezeichnet. Hierzu betonte Mussolini noch, um Imperien sicher zu behalten, müsse man sie bevölkern. Die faschistische Siedlungspolitik in Lybien und Äthiopien ist Ausdruck dieser Überzeugung.

Erste und wichtigste Grundlage der italienischen Autarkie-Politik ist seit vielen Jahren die sogenannte Getreideschlacht. Wie alljährlich hat Mussolini am 21. Januar die Sieger der Getreideschlacht, d. h. jene Landwirte, die die stärkste Steigerung der Getreideerzeugung auf ihrem Boden erzielt haben, persönlich ausgezeichnet. Er hat dabei unterstrichen, daß die italienische Getreideerzeugung von einem Durchschnitt von 19 Millionen Doppelzentnern der Jahre 1912 bis 1914 auf einen solchen von 80 Millionen Doppelzentnern der Jahre 1937 bis 1939 gestiegen sei. Fünf Milliarden Lire wolle Italien in den nächsten drei Jahren für die Erschließung und Meliorisierung seines Bodens ausgeben. Der Duce bezeichnete eine Ernte von 90 Millionen Doppelzentnern als das zu erreichende Ziel. Der Faschismus werde die Autarkieschlacht mit der ihm eigenen Hartnäckigkeit weiter durchführen, um dem

Vaterland zusammen mit Brot gute Waffen zu sichern. Am 24. Januar beschloß der interministerielle Autarkieausschuß unter dem Vorsitz Mussolinis den Ausbau der Braunkohlen- und Schwefelindustrie in Italien und traf die nötigen organisatorischen Maßnahmen. Italien, das bisher rund zwölf Millionen Tonnen Kohle für eine Milliarde Lire jährlich einführen mußte, hat von 1932 bis 1939 die Förderung der Steinkohle bereits von 207000 auf 868000 Tonnen erhöht und die der Braunkohle von 307000 auf über eine Million Tonnen. Im Jahre 1940 soll eine Braunkohlenproduktion von 2,5 Millionen Tonnen erreicht und dadurch das Bedürfnis an Hausbrand aus der nationalen Produktion befriedigt werden. Der seit langem betriebene Ausbau der Wasserkräfte und die Elektrifizierung der Eisenbahnen wird mit ähnlichen Absichten seit langem vorwärtsgetrieben.

Das halbamtliche „Giornale d'Italia" griff am 2. Januar im Anschluß an französische Presseäußerungen über die künftige Gestaltung Europas, in die die Autarkiebestrebungen der totalitären Staaten nicht passen werde, auf und schrieb, Italien werde auf jeden Fall das System seiner autarkischen Wirtschaft verteidigen und nicht gestatten, daß man diese innere Ordnung antaste, die nunmehr einen wesentlichen Teil seines nationalen Lebens ausmache.

Am 5. und 6. Januar weilte der ungarische Außenminister Graf Csaky zu Besprechungen mit dem italienischen Außenminister Grafen Ciano in Venedig. Die nach Abschluß der Besprechungen am 7. Januar herausgegebene amtliche Verlautbarung unterstrich, daß die Grundlagen, auf welcher sich die Freundschaft und die enge Zusammenarbeit der beiden Staaten gründe, fest und sicher seien, und daß in allen Problemen eine völlige Gleichheit der Ansichten zwischen den beiden Regierungen bestehe. Das halbamtliche „Giornale d'Italia" hob erneut hervor, daß Italien den von England und Frankreich gewünschten Balkanblock unter italienischer Führung ablehne, daß Italien vielmehr volle Handlungsfreiheit behalten wolle, und daß außerdem auf dem Balkan noch zuviel offene Probleme vorhanden seien, als daß über eine formale Zusammenarbeit hinaus ein enger Zusammenschluß in Frage kommen könne. Italien begrüße jedoch die Annäherung zwischen den verschiedenen Donau- und Balkanstaaten auf der Grundlage gemeinsamer Interessen. Hieraus ergibt sich erneut, daß Italien nicht daran denkt, den ungarischen Revisionismus grundsätzlich aufzugeben, daß es andererseits im gegenwärtigen Konflikt den Frieden auf dem Balkan zu erhalten bestrebt ist.

Am 10. Januar wurde aus Rom mitgeteilt, daß die Optionsarbeiten in den deutschstämmigen Gebieten des Etschtales beendigt seien und daß die deutschstämmige Bevölkerung in großer Majorität sich zur Rücksiedlung ins Reich entschlossen hat.

Der andere autoritäre Staat am Mittelmeer, das aus dem Bürgerkrieg hervorgegangene neue Spanien Francos, der neue spanische Staat, wie er sich offiziell nennt, trägt diese Bezeichnung mit Recht. Denn aus dem spanischen Bürgerkrieg ist ein autoritärer und totalitärer Staat nach faschistischem und nationalsozialistischem Muster, jedoch von durchaus spanischer Prägung und in Anlehnung an die großen Traditionen der spanischen Geschichte, hervorgegangen. Sein staatsrechtlicher Aufbau mit dem Caudillo an der Spitze, der Einheitspartei der Falange als politischem und der Armee als militärischem Rückgrat, mit der Zusammenfassung der Macht in der Person Francos, der gleichzeitig Staatschef, Führer der Falange und oberster Befehlshaber der Wehrmacht ist und damit das Prestige des siegreichen Feldherrn im Bürgerkrieg vereinigt, steht klar und geschlossen vor uns. Nach der ungeheuren Kraftanstrengung des Bürgerkrieges, der dem Lande über eine Million Tote, d. h. beinahe 5 v. H. seiner Bevölkerung gekostet hat, hat der von England vom Zaun gebrochene Krieg das Land überrascht, als es kaum die ersten Schritte für seine wirtschaftliche, militärische und soziale Wiedererhebung hatte tun können.

Daß das Land aber entschlossen ist, seine im Programm der Falange, das das Programm des neuen Staates ist, festgelegten Ziele des starken, sozialgerichteten Staates von imperialer Aspiration trotz des europäischen Konfliktes weiterzuverfolgen, zeigt die um die Jahreswende von Franco gehaltene Rundfunkansprache an alle Spanier. Franco formulierte die wirtschaftlichen, sozialen, innerpolitischen und außenpolitischen Zielsetzungen und Probleme des neuen Staates. Die Entwicklung der großen landwirtschaftlichen Reichtümer und Bodenschätze Spaniens und seiner Industrien, die gerechte Verteilung von Lasten und Opfern, beides unter dem Leitmotiv, daß Gemeinnutz vor Eigennutz zu gehen habe, sei nötig. Die Lösung solcher Aufgaben sei aber nur möglich dank einer tiefgreifenden inneren Revolution, die mit den ewigen Feinden Spaniens, dem Liberalismus, der Freimaurerei, dem französischen Geist der Aufklärung und dem jüdischen Händlergeist aufräume. Scharf verteidigte Franco das neue autoritäre Regime, besonders auch hinsichtlich Autarkie und Basierung der nationalen Wirtschaft nicht auf dem Gold, sondern auf der nationalen Arbeit und auf der Solidarität der Klassen. Er wandte sich gegen alle Versuche, den Krieg weiter auszudehnen. Als unmittelbarste Ziele des spanischen Aufbaus bezeichnete er Arbeit, Bekämpfung der Tuberkulose und Kindersterblichkeit, geeignete Erziehung der Jugend sowie Hebung des Beamtenstandes und Ausbau der Wehrmacht.

Der spanische Luftfahrtminister, General Yague, einer der bekanntesten Heerführer des spanischen Bürgerkrieges, erklärte am 10. Januar die Notwendigkeit des schnellen Aufbaus einer spanischen Flugzeugindustrie, die noch im Jahre 1940 geschaffen werden solle. Außerdem sollten zweitausend Piloten jährlich ausgebildet werden. Die Schaffung einer starken Luftmacht sei gleichbedeutend mit dem ersten Schritt für eine neue Geltung Spaniens unter den Völkern.

Vom 10. bis 12. Januar fand der vierte Nationalkongreß der weiblichen Falange in Madrid statt, auf dem über 600000 Mitglieder der Frauen-Falange vertreten waren. Als 1933 der Gründer der Falange, José Antonio Primo de Rivera, seine Schwester Pilar an die Spitze der weiblichen Falange berief, hatte diese nur sieben Mitglieder, 1935 waren es 800, 1936 2500 und jetzt über 600000. In diesen Ziffern zeigt sich das gewaltige Anschwellen der Falangebewegung während des spanischen Bürgerkrieges, in dem die weibliche Falange durch den Aufbau des unserer Volkswohlfahrt entsprechenden sozialen Hilfswerkes wahrhaft Großes im Sinne der sozialen Ideen des Falangeprogramms geleistet hat.

Dem Gründer der Falange, den von den Roten am 19. November 1936 in Alicante nach einem Scheinprozeß erschossenen José Antonio Primo de Rivera, bereitete das neue Spanien im November 1939 eine höchst eindrucksvolle Totenehrung. Von Alicante wurde der Sarg mit seinen Resten in zehntägigem ununterbrochenem Fußmarsch über die 500 Kilometer weite Strecke nach Madrid und dem Eskorial von Mitgliedern der Falange aus allen Teilen Spaniens an die Stelle gebracht, wo neben Karl V. und Philipp II. alle Könige Spaniens ruhen. Vor dem Hochaltar der Basilika des Eskorial, jener größten Synthese von spanischer Weltmachtsidee und spanischem Geist, wurde José Antonio dann in eindrucksvoller Zeremonie und in Anwesenheit aller führenden Persönlichkeiten des heutigen Spaniens zur letzten Ruhe bestattet. Das neue Spanien wollte mit dieser Totenehrung das Gelöbnis erneuern, daß der neue Staat die Ideen des Gründers der Falange in die Wirklichkeit des nationalen Lebens übertragen werde, und zugleich die Verbindung des neuen Spaniens mit den Traditionen der großen imperialen Vergangenheit Spaniens dartun.

Im gegenwärtigen Kriege ist Spanien formell neutral. Die Haltung seiner Presse ist entsprechend der Einstellung seiner führenden Männer, ähnlich wie in Italien, mit ihren Sympathien auf der Seite Deutschlands, in der Überzeugung, daß die historischen Feinde Spaniens, die Spanien von der

Höhe seiner Weltmachtsstellung heruntergestürzt haben, die heutigen Kriegsgegner Deutschlands, auch die Feinde des neuen Spaniens sind. Den Beweis dafür hat das nationale Spanien während des Bürgerkrieges hundertfältig durch die direkte und indirekte Unterstützung erhalten, die England und Frankreich Rotspanien geliehen haben, wodurch der spanische Bürgerkrieg erst so verlängert wurde, daß er beinahe drei Jahre gedauert hat.

Die zwischen den Kriegführenden liegenden kleinen neutralen Staaten, die Schweiz, Belgien und Holland, ebenso wie die in ähnlicher Lage befindlichen nordischen Staaten Dänemark, Schweden und Norwegen stellen nach wir vor das Interesse, außerhalb des kriegerischen Konflikts zu bleiben, allem anderen voran.

In der Schweiz hat sich um die Mitte des Monats Januar die Diskussion in der Presse über das Problem der Neutralität wieder einmal verstärkt. Bei aller Einstimmigkeit hinsichtlich der selbstverständlichen Aufrechterhaltung der Neutralität im völkerrechtlichen und militärischen Sinne geht es dem individualistischen Schweizer Freiheitsbegriff schwer ein, daß die wahre Neutralität mit schrankenloser Pressefreiheit bzw. einseitiger Stellungnahme der Presse für oder gegen eine der kriegführenden Parteien sich nicht verträgt und daß die deutschen Beschwerden über die unneutrale Haltung eines großen Teiles der Schweizer Presse durchaus berechtigt sind. Die Spannung zwischen der formellen staatlichen Neutralität und der unneutralen Einstellung und Äußerung der Schweizer Presse ist jedenfalls eine Frage, an der Deutschland auch in Zukunft nicht achtlos wird vorübergehen können. Diese Frage stellt sich übrigens für Holland, Belgien und die nordischen Staaten in ähnlicher Weise. Deutschland kann sich nicht mit einer formalen Neutralität zufrieden geben, die täglich durch eine unneutrale Haltung der Presse durchbrochen wird oder die durch einseitiges Nachgeben gegenüber den englisch-französischen Blockademaßnahmen oder durch Beteiligung an der Tätigkeit der Genfer Liga, die längst ein politisches Instrument unser Kriegsgegner ist, tatsächlich aufgehoben wird.

Der Schweiz ist am 22. Januar der konsequenteste und bedeutendste Vertreter der Neutralitätspolitik, Bundesrat Motta, durch den Tod entrissen worden. Mit ihm hat die Schweiz ihren führenden Außenpolitiker und einen Mann von staatsmännischem Format verloren, der seit 1920 die Außenpolitik des Landes geleitet hat und dessen geschmeidiger Realismus sich auch in vielen Fragen der großen Politik geltend gemacht hat.

In Belgien ist am 5. Januar das Kabinett zurückgetreten und am 6. Januar unter dem bisherigen Ministerpräsidenten Pierlot erneut gebildet worden, ohne daß dabei wesentliche Veränderungen vor sich gegangen wären.

In Belgien und in Holland hat es kurz vor Mitte Januar wieder einmal eine große Unruhe wegen angeblicher deutscher Einmarschpläne mit verstärkten Mobilisierungsmaßnahmen und aufgeregten Presseartikeln gegeben. Als der von der Propaganda unserer Kriegsgegner, wie schon öfter, auf Tag und Stunde vorausgesagte deutsche Einmarsch am 15. Januar nicht erfolgte, hat man sich wieder beruhigt. Kurz darauf bot die obenerwähnte Rundfunkrede Winston Churchills vom 20. Januar einen viel begründeteren Anlaß zu Unruhe und Besorgnis, und die belgische Presse erteilte dem Ersten Seelord seiner Großbritannischen Majestät eine kräftige Abfuhr. Ähnlich erging es Chamberlain, als er am 25. Januar auf eine Anfrage im Unterhaus sich Spekulationen darüber hingab, was England tun würde, wenn die belgische Neutralität verletzt würde.

In Holland hat der Außenminister in einer Denkschrift an die erste Kammer zum Haushalt seines Ministeriums sich über die holländische Außenpolitik geäußert und den Willen zur Neutralität unterstrichen. In einer außenpolitischen Rede in der Kammer hat Außenminister Kleffens am

25. Januar die militärische Wachsamkeit Hollands betont und die Neutralitätspolitik erneut hervorgehoben. Sehr richtig hat er betont, die Neutralitätspolitik zwinge das Land, irgendwelche besonderen Sympathiebezeugungen gegenüber einer der kriegführenden Parteien zurückzustellen. Am 25. Januar wurde die Veröffentlichung eines zweiten holländischen Gelbbuches, das die amtlichen außenpolitischen Dokumente seit November 1939, dem Datum der Veröffentlichung des ersten Gelbbuches, enthalten soll.

Die am 20. Januar veröffentlichten Richtzahlen der Großhandelspreise des niederländischen Zentralbüros für Statistik zeigen eine Steigerung der Großhandelsrichtzahl von 99,8 im August 1939 auf 121,9 Mitte Januar 1940 und für Nahrungsmittel von 97,3 auf 116,6. Die Teuerung seit Kriegsausbruch beträgt in Holland also über 20 v. H. Der Bürgermeister von Rotterdam stellte am 11. Januar fest, die Tonnage der monatlich anlaufenden Schiffe sei von 2 Millionen auf 600000, d. h. um 70 v. H., und der Transithandel nach Übersee sogar um 76 v. H. gefallen, eine der vielen Wirkungen von Englands so altruistischem Kampf für die Freiheit der kleinen Völker!

Auch aus den nordischen Staaten Dänemark, Schweden und Norwegen liegen eine Anzahl neuerlicher Bekräftigungen des Neutralitätswillens vor, so vom dänischen Außenminister Dr. Munch in der Neujahrsnummer der Zeitung „Politiken", Reden im Folketing vom 19. Januar, zahlreiche Artikel in der Presse gegen die herausfordernde Rede Churchills vom 20. Januar, eine Rede des schwedischen Ministerpräsidenten Hansson vom 18. Januar in der Ersten Kammer des schwedischen Reichstags über Schwedens unveränderte Außenpolitik der Selbständigkeit und Neutralität, die von Außenminister von Günther seinerseits bestätigt wurde, ferner die Rede König Haakons zur Eröffnung des norwegischen Parlaments am 12. Januar, in der er es als die Aufgabe des norwegischen Staates bezeichnete, in Zusammenarbeit mit anderen neutralen Ländern, in erster Linie Dänemark und Schweden, auch weiterhin den Frieden für das eigene Land zu bewahren, eine politische Linie, die am 20. Januar vom norwegischen Außenminister und vom Ministerpräsidenten erneut unterstrichen wurde.

Auch die nordischen Staaten bekommen die Auswirkungen der völkerrechtswidrigen englischen Blockade immer stärker zu spüren. Das dänische Statistische Amt berechnete am 7. Januar den Großhandelsindex für Dezember 1939 auf 143 gegen 110 im Dezember 1938, während die Ziffer der Arbeitslosen von Ende November 1939 bis Ende Dezember von 118000 auf über 173000 stieg, so daß jeder dritte dänische Arbeiter ohne Beschäftigung ist. Das statistische Zentralbüro Norwegens hat ermittelt, daß der Lebenshaltungsindex bis 15. Dezember 1939 auf 183 Punkte gestiegen ist gegen 137 vor zwei Jahren. Die Verluste der norwegischen Handelsflotte infolge des Krieges wurden am 29. Januar mit 35 Schiffen von insgesamt 79269 Brutto-Register-Tonnen angegeben.

Die vorstehenden Ziffern sind weitere Beiträge dafür, wie wirkungsvoll Englands Krieg für die kleinen Völker ist!

Der finnisch-russische Krieg steht natürlich weiter im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der nordischen Staaten. Sie vertreten gleicherweise den Standpunkt der offiziellen Neutralität gegenüber diesem Konflikt, jedoch der privaten und indivduellen Unterstützung Finnlands und des Rechtes, Waffen und Freiwillige nicht nur aus dem eigenen Gebiet nach Finnland gehen zu lassen, sondern auch deren Durchzug durch ihr Gebiet aus anderen Ländern nach Finnland zu gestatten. Den in England und Frankreich eifrig diskutierten Gedanken, durch die Hineinziehung Skandinaviens in den russisch-finnischen Krieg eine Ausdehnung des Krieges der Westmächte gegen Deutschland auf den Norden einzuleiten, wurde in der Presse der nordischen Staaten abgelehnt.

Der kriegerische Konflikt zwischen Finnland und Rußland ist trotz heftiger Kämpfe stationär geblieben. Es ist den Russen bisher nirgends gelungen, wesentliche Erfolge zu erzielen.

Der russisch-finnische Konflikt hat für **Rußland** auch weiterhin politische und diplomatische Auswirkungen. Rußlands Verhältnis zu England und Frankreich hat sich weiter verschärft, nachdem der Wille der Westmächte zur Unterstützung Finnlands betont laut immer wieder von offizieller Seite und durch die Presse zum Ausdruck gebracht worden ist. Die Unterstützung, die Finnland aus Schweden und Norwegen erhält, hat, wie am 15. Januar in Moskau mitgeteilt wurde, zu diplomatischen Schritten der Sowjetregierung bei den Regierungen Schwedens und Norwegens geführt. Dabei wurde gegen die Unterstützung Finnlands Beschwerde geführt und diese Unterstützung als im Widerspruch zu der offiziellen Neutralitätspolitik der beiden nordischen Regierungen befindlich bezeichnet. Diese haben den russischen Protest zurückgewiesen und als auf ungenügenden Informationen beruhend bezeichnet, im übrigen ausgeführt, daß die Durchfuhr von Kriegsmaterial und die private Rekrutierung von Freiwilligen nicht der Neutralität widerspreche. Die offiziöse russische Telegraphenagentur bezeichnete die Antworten der Regierungen Schwedens und Norwegens als nicht voll befriedigend und meinte, diese Regierungen widersetzten sich nicht mit der nötigen Energie der Aktion der Mächte, die sich bemühen, Schweden und Norwegen in einen Krieg gegen die Sowjetunion zu ziehen.

Was das englisch-russische Verhältnis betrifft, so hat Molotow nach einer Meldung vom 3. Januar dem britischen Botschafter Vorwürfe gemacht, daß England eine weitverbreitete Antisowjet-Aktion betreibe, und gefordert, daß dieser Einhalt getan werde. Dabei habe Molotow besonders auf die englische Hilfe an Finnland hingewiesen. In England und Frankreich diskutierte die Presse vielfach die Frage, ob man nicht die politischen Beziehungen zu Rußland abbrechen solle, da man allmählich eingesehen habe, daß Rußland auf Deutschlands Seite stehe.

Das deutsch-russische Verhältnis hat sich weiter normal im Sinne des deutsch-russischen Freundschaftspaktes entwickelt. Am 22. Januar traf das erste deutsche Verkehrsflugzeug, das den regulären Flugdienst auf der Strecke Berlin—Moskau eröffnete, auf dem Moskauer Flughafen ein. Seitdem befliegen deutsche und sowjetrussische Flugzeuge die Strecke täglich.

Auf dem Balkan hat Rußland seine Beziehungen zu **Bulgarien** neuerdings sehr entwickelt, was auch bulgarischen Wünschen entsprach. Am 5. Januar wurde in Moskau ein auf drei Jahre gültiger Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen den beiden Ländern und zugleich ein Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr für das Jahr 1940 unterzeichnet. Der Handelsvertrag ist auf dem Grundsatz der Meistbegünstigung aufgebaut. Das Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr sieht eine beträchtliche Erweiterung des Warenaustauschs zwischen den beiden Ländern vor. Er soll sich zu Schiff über die Donau und das Schwarze Meer vollziehen. Eine bulgarische Delegation von Vertretern aus Industrie und Handel ist inzwischen zu weiteren Verhandlungen über Bestellungen und Lieferungen nach Moskau gereist.

Hinsichtlich **Ungarns**, das durch den Zusammenbruch Polens Nachbar Rußlands geworden ist, hat die Presse der Westmächte die Besprechungen Csakys mit Ciano in Venedig dazu benutzt, um von angeblichen Plänen Italiens und Ungarns gegen Sowjetrußland zu reden, um Mißtrauen zu säen. Daraufhin hat der ungarische Gesandte in Moskau dem stellvertretenden Volkskommissar des Äußeren, Potemkin, diese tendenziösen Berichte dementiert und mitgeteilt, die ungarische Regierung weise diese Behauptungen kategorisch zurück und füge hinzu, daß die Frage der Organisation irgendeines Staatenblocks in Venedig nicht geprüft worden sei. Dies hatte die westliche Presse nämlich behauptet, die seit langem versucht, Italien die

Bildung eines Balkanblocks, der natürlich letztlich gegen Deutschland und Rußland gerichtet sein soll, zuzuschieben. Die wiederholten offiziellen und offiziösen italienischen Zurückweisungen dieser Absichten wurden schon erwähnt.

Hinsichtlich der **Donau- und Balkanstaaten** ist festzustellen, daß sie an ihrer Neutralitätspolitik weiter festhalten. Für Bulgarien hat Ministerpräsident Kiosseiwanow die feste Entschlossenheit des bulgarischen Volkes und seiner Regierung zur Neutralität in einer Rundfunkansprache am 1. Januar erneut festgestellt. Das gleiche hat der jugoslawische Außenminister Cincar-Markowitsch in einer in der „Politika" am 6. Januar veröffentlichten Erklärung über die Stellung Jugoslawiens zur internationalen Lage für sein Land getan, das gar keinen anderen Wunsch haben könne als den, in diesem Kriege neutral zu bleiben. Dies entspreche dem Willen des ganzen Volkes. Als Antwort auf Churchills Rundfunkrede vom 20. Januar bezeichnete die Belgrader „Vreme" die Neutralität als das oberste Gesetz des Balkans. Für Rumänien haben König Carol und Ministerpräsident Tatarescu am 2. Januar in Konstanza den Willen zur Neutralität und zugleich zur Verteidigung der Unantastbarkeit der Grenzen des Landes und seiner Unabhängigkeit zum Ausdruck gebracht. Am 6. Januar hat König Carol in Bessarabien in einer Rede ausgesprochen, Bessarabien sei rumänisches Land und werde es ewig bleiben.

Der Neutralitätspolitik der Balkanstaaten entspricht die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung ihrer Wirtschaftsbeziehungen zu Großdeutschland. Nach der am 28. Januar veröffentlichten Übersicht über den jugoslawischen Außenhandel im Dezember 1939 steht Deutschland in der Ein- und Ausfuhr bei weitem an der Spitze. Es ist mit dem Protektorat Böhmen und Mähren zusammen an der jugoslawischen Ausfuhr mit 53,31 v. H. und an der Einfuhr mit 54,58 v. H. beteiligt, während Englands Beteiligung 8,83 v. H. bzw. 4,56 v. H. und die Frankreichs 1,59 v. H. bzw. 0,37 v. H. beträgt. Diese Ziffern sind recht aufschlußreich für die Lagerung der wirtschaftlichen Interessen Jugoslawiens im gegenwärtigen Kriege.

In Rumänien ist Mitte Januar ein Generalkommissariat für Petroleum mit weitgehenden Vollmachten hinsichtlich der Kontrolle der Petroleumindustrie geschaffen worden. Gegen diese neue Einrichtung, durch die der rumänische Staat seinen Einfluß auf die außenwirtschaftlich wichtigsten Produktionsstätten des Landes, die sich bekanntlich großenteils in den Händen französischen und englischen Kapitals befinden, verstärken will, wurde in der englischen und französischen Presse viel Lärm gemacht, dem auch diplomatische Schritte entsprochen haben dürften. Dieser Druck hat eine scharfe Reaktion ausgelöst, die z. B. am 29. Januar in der Zeitung „Curentul" zum Ausdruck kam. Die Zeitung unterstrich, daß die Handels- und Wirtschaftsfreiheit ein Hoheitsrecht des unabhängigen rumänischen Staates sei. Natürlich geht um die Öllieferungen Rumäniens an Deutschland, die London und Paris mit Hilfe ihres Kapitaleinflusses in der rumänischen Petroleumindustrie verhindern möchten, wodurch sie bewußt die Wirtschaftspolitik Rumäniens, das sich vertraglich zu großen Öllieferungen an Deutschland verpflichtet hat, sabotieren wollen. Die rumänische Regierung ist offenbar nicht gewillt, sich dies gefallen zu lassen. Offiziös wurde am 26. Januar in Bukarest verlautbart, die Errichtung des Erdölkommissariats sei eine rein innere Angelegenheit zur Kontrolle des wichtigsten rumänischen Bodenschatzes; die Feststellung der Ausfuhrquoten für Petroleum sei Sache der Regierung, die dabei die Verpflichtungen berücksichtige, die Rumänien aus seiner Neutralität, seinen Wirtschaftsverträgen und aus den wirtschaftlichen Interessen des Landes erwüchsen.

In innerpolitischer Hinsicht ist aus Rumänien zu erwähnen die am 24. Januar gemeldete Tatsache, daß die nach Einführung des autoritären Regimes im Jahre 1938 geschaffene staatliche Einheitspartei „Front der

nationalen Wiedergeburt" durch ein neues Gesetz ihre Satzungen erhielt. Sie ist danach die einzige in Rumänien zugelassene Parteiorganisation, die sich in Gaue, Kreise, Bezirke und Ortsgruppen teilt. Alle öffentlichen Beamten und Angestellten müssen der Front angehören. Die Mitglieder müssen den Treueid auf König und Verfassung ablegen. Innerhalb der Front besteht als Wehrformation die Nationalgarde. Ministerpräsident Tatarescu erklärte hierzu, die Front werde die größte politische Schule der Nation werden und diese über die früheren Parteistreitigkeiten hinweg einigen. Rumänien ist also ein autoritärer Staat geworden. Die Freiheit und Demokratie, wie sie in London und Paris verstanden werden, haben somit auch in Rumänien ihr Ende gefunden.

Im Fernen Osten hat Japan zum Jahreswechsel durch den Mund seiner Staatsmänner erneut betont, daß die Beendigung des chinesischen Konfliktes das wichtigste und dringlichste nationale Ziel sei (Neujahrsbotschaften des Außenministers Nomura, des Premierministers Abe und des Kriegsministers Hata). Als Endziel der militärischen Aktion in China wurde eine Regelung der chinesischen Frage auf der Basis der Konoye-Erklärung vom 22. Dezember 1938 erklärt. Um diesem Ziele näherzukommen, wird die Bildung einer chinesischen Zentralregierung unter dem alten Kuomintangführer Wangschingwei seit langem betrieben. Die Vorbereitungen zur Bildung dieser Regierung sind in ein akuteres Stadium getreten. Am 8. Januar wurde in Tokio mitgeteilt, daß das japanische Kabinett die Richtlinien betreffend Einrichtung einer neuen Regierung in China formell gebilligt habe, und daß die japanische Regierung einer unter Wangschingwei im Aufbau begriffenen Regierung positive Unterstützung geben werden. In den obenerwähnten Neujahrsbotschaften wurde freilich auch unterstrichen, daß die vollständige Regelung der chinesischen Angelegenheiten militärisch noch eine schwere Aufgabe sein und noch größere Opfer fordern werde.

Am 14. Januar ist das Kabinett Abe in Tokio zurückgetreten, und am 16. Januar wurde eine neue Regierung mit Admiral Yonai als Premierminister, General Hata als Kriegsminister und Arita als Außenminister gebildet. Die häufigen Kabinettswechsel in Japan zeigen die inneren Spannungen an, die zum Teil durch den nun schon im vierten Jahre dauernden Krieg in China im japanischen Volkskörper hervorgerufen worden sind. An den grundlegenden Richtlinien der japanischen Politik, besonders hinsichtlich Chinas, ändern sie bislang nichts. Der neue Premierminister Yonai hat denn auch am 16. Januar der Presse gegenüber geäußert, die Durchführung des Chinakonflikts sei die Hauptaufgabe der Regierung, und in der Außenpolitik werde die Politik des vorherigen Kabinetts unverändert weitergeführt werden. Dies gelte besonders auch hinsichtlich der Rußlandpolitik. Ähnliche Erklärungen hat der Außenminister Arita abgegeben, der besonders auch unterstrich, daß es in den freundschaftlichen Beziehungen zwischen Japan, Deutschland und Italien keine Veränderung geben werde. Die Auffassung, daß eine Annäherung zwischen Japan und den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion die freundschaftlichen Beziehungen Japans mit Italien und Deutschland benachteiligen können, sei falsch.

Am 26. Januar ist der von den Vereinigten Staaten gekündigte Handelsvertrag zwischen USA und Japan aus dem Jahre 1911 abgelaufen. Das japanische Außenamt erklärte hierzu, nach Ablauf des Vertrages würden die Handelsbeziehungen beider Länder keine materiellen Änderungen erfahren. Die vertragslose Lage rufe jedoch im Handelsverkehr zwischen beiden Ländern Unsicherheit hervor, weswegen hoffentlich bald wieder die Handelsbeziehungen auf Vertragsbasis gestellt würden. Tatsächlich hat die Regierung der Vereinigten Staaten die in der Presse vielfach angekündigten „Sanktionsmaßnahmen" gegen den japanischen Handel nicht ergriffen. Die Drohung mit solchen wird jedoch von seiten der Vereinigten Staaten weiter aufrecht-

erhalten und hat in Tokio bereits gewisse Auswirkungen hinsichtlich der Weiterentwicklung der japanisch-russischen Beziehungen gehabt.

Diese erfuhren durch ein am 1. Januar veröffentlichtes tagszuvor unterzeichnetes russisch-japanisches Abkommen über die Zahlung der letzten Rate für die ostchinesische Bahn und über die Verlängerung eines Fischereiabkommens bis 1940 eine weitere Verbesserung. Eine offiziöse russische Verlautbarung bezeichnete diese Abmachungen als „positiven Schritt auf dem Wege der Bereinigung der zwischen Japan und der Sowjetunion schwebenden strittigen Fragen und darüber hinaus aus den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern."

Dafür zeigt das Verhältnis Japans zu den Vereinigten Staaten keinerlei Anzeichen der Besserung. In Washington beharrt man auf dem Standpunkt, daß nur eine Änderung der japanischen Politik gegenüber China im Sinne des Grundsatzes der offenen Tür und des Neunmächte-Vertrages eine solche Besserung herbeiführen könne. Dies hat Staatssekretär Hull am 15. Januar in der Pressekonferenz im Weißen Hause mit dürren Worten erklärt. Dr. S.



Amtliche deutsche Veröffentlichungen zum französischen Gelbbuch

Im Laufe des Monats Januar wurden von amtlicher deutscher Seite folgende vier Veröffentlichungen zum französischen Gelbbuch verlautbart:

1. Französischer Wortbruch unter englischer Einwirkung

Das französische Gelbbuch versucht durch tendenziöse Auswahl der veröffentlichten Dokumente den Leser über die wahren Zusammenhänge der Vorkriegsgeschichte zu täuschen. Besonders bezeichnend ist die Art, wie in dieser französischen Propagandaschrift die deutsch-französischen Beziehungen seit Oktober 1938 dargestellt werden. Es wird nämlich der Eindruck zu erwecken gesucht, als habe Frankreich auch nach der Münchener Zusammenkunft niemals die leiseste Andeutung darüber gemacht, daß es sich in Zukunft an den Deutschland besonders berührenden Fragen des osteuropäischen Raumes desinteressieren werde. Vielmehr habe Frankreich der Verständigung mit Deutschland und der deutsch-französischen Erklärung vom 6. Dezember nur unter Voraussetzung der Aufrechterhaltung des französischen Bündnissystems in Osteuropa zugestimmt.

Diese französische Darstellung entspricht in keiner Weise den Tatsachen, wie aus bindenden Erklärungen der verantwortlichen französischen Politiker dokumentarisch nachgewiesen werden kann. In Wahrheit hat Frankreich nach der Vier-Mächte-zusammenkunft von München auch öffentlich eine Neuorientierung seiner Außenpolitik angekündigt. Diese Neuorientierung, für die das Schlagwort „repli impérial" geprägt wurde, sollte bei weitgehender Lockerung des antideutschen Bündnissystems Frankreichs eine Anerkennung der berechtigten deutschen Interessen und Ansprüche in Mittel- und Osteuropa in sich schließen und damit eine wirkliche Verständigung mit dem deutschen Nachbarn ermöglichen. Die französische Politik sollte nicht mehr zwecklosen Kombinationen zur Einschnürung des deutschen Lebensraumes, sondern der Erhaltung und Erschließung des weltumspannenden französischen Kolonialreiches dienstbar gemacht werden.

1. Das neue außenpolitische Programm Frankreichs wurde eindeutig Ende Oktober 1938 auf dem Parteikongreß der Radikalsozialisten, der führenden Regierungspartei, in Marseille festgelegt. Seine Grundzüge waren vor allem in dem vom Parteikongreß gebilligten außenpolitischen Bericht des Senators Berthod niedergelegt, in welchem dieser sich eingehend mit den Folgerungen befaßt, die sich aus der tschecho-slowakischen Krise und der Art ihrer Beilegung für die französische Außenpolitik ergeben. Hierbei bezeichnete Senator Berthod das bisherige Paktsystem als kompliziertes Gewebe von Verträgen und Abmachungen, die man zwar mit Geduld aneinandergefügt habe, ohne sie aber ausreichend aufeinander abzustimmen und ohne aus ihnen ein zusammenhängendes Ganzes zu machen. Er zog daraus die Folgerung, jede einzelne französische Verpflichtung dahin zu überprüfen, ob sie lebenswichtigen Interessen Frankreichs entspreche, und mit welchen Mitteln sie gegebenenfalls erfüllt werden könne.

Das Ergebnis der von ihm angeregten Überprüfung der französischen Bündnisverpflichtungen nahm Senator Berthod vorweg, indem er empfahl, gemäß der englischen Tradition präzise und imperative Verpflichtungen auf diejenigen Punkte zu beschränken, bei denen lebenswichtige Interessen des Landes auf dem Spiele stehen. Er erklärte hierzu insbesondere — und dies ist der bedeutungsvollste Passus seines Berichts —, daß keine Rede von einer Abdankung Frankreichs sein könnte, wenn dem französischen Volk in seiner Eigenschaft als westlicher, seefahrender, afrikanischer und kolonialer Nation die Valorisierung seines herrlichen Imperiums für seine Zukunft wichtiger erschiene als die undankbare Rolle des Gendarmen oder des Bankiers, zu der es sich in seinem Siegesrausch überall dort berufen geglaubt hätte, wohin seine Armeen es geführt hätten. Der französische Ministerpräsident Daladier hat sich in seiner Rede vor dem Parteikongreß am 27. Oktober das von Senator Berthod entwickelte Programm der Selbstbeschränkung im wesentlichen zu eigen gemacht.

2. Es ist von französischer amtlicher Seite öffentlich zugegeben worden, daß die neue Politik die Bündnisverpflichtungen Frankreichs in Osteuropa praktisch aufhob. So erklärte das Regierungsblatt „Le Temps" am 28. November 1938 in einem offiziösen Artikel zur ukrainischen Frage im Hinblick auf die französisch-polnischen Beziehungen wörtlich:

„Es ist sicher nicht unnütz, zu erwähnen, daß dieser besondere Aspekt der faktischen Lage in Osteuropa in keiner Weise die Sicherheit Westeuropas berühren kann, und daß der Zusammenbruch, der sich in Mitteleuropa ereignet hat — ein Zusammenbruch, an dem die Irrtümer der polnischen Politik einen Teil der Verantwortlichkeit tragen —, natürlich zur Folge hat, strikter als bisher das aktive Interesse zu beschränken, das die Westmächte den Krisen entgegenbringen, die sich in jenem Teile Europas etwa ereignen sollten."

3. Auf der Basis dieser neuen Politik Frankreichs ist die deutsch-französische Erklärung zustande gekommen. Der im französischen Gelbbuch hierzu abgedruckte Runderlaß des französischen Außenministers, in dem die Ostfragen nur im Vorbeigehen gestreift werden, ist irreführend. Dies wird erkenntlich aus dem nachstehend zum erstenmal veröffentlichten Auszug aus der Aufzeichnung über die deutsch-französischen Besprechungen in Paris, die von dem Begleiter des Reichsaußenministers, Gesandten Schmidt, niedergelegt worden ist.

Auszug aus der Aufzeichnung über die Unterredungen zwischen dem Reichsminister des Äußeren von Ribbentrop und dem französischen Außenminister Bonnet am 6. 12. 1938 in Anwesenheit des Botschafters Grafen Welczek und des Generalsekretärs am Quai d'Orsay Léger sowie des Gesandten Schmidt.

Der Reichsaußenminister schilderte, von welcher Wichtigkeit und Dynamik sich der Volkstumsgedanke im Falle der Tschecho-Slowakei gezeigt habe. Deutschland betrachte im übrigen diesen Teil Europas als sein ausgesprochenes Interessengebiet. Der Herr Reichsminister führte dann im einzelnen aus, wie gut es für die zukünftige Überbrückung der Gegensätze zwischen den autoritären Staaten und den Demokratien und insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich und England sei, wenn man diese Interessensphäre Deutschlands grundsätzlich respektiere. Deutschland mische sich auch nicht in die Interessensphäre z. B. Englands hinein.

Was Frankreich anbeträfe, so seien, wie er, der Reichsaußenminister, dem französischen Botschafter François-Poncet des öfteren in diesem Jahre gesagt habe, die Militärallianzen des Ostens noch ausgesprochene Überbleibsel (Atavismen) des Versailler Vertrages bzw. der Versailler Mentalität. Niemals würde ein starkes Deutschland solche Militärallianzen geduldet haben, nur ein schwaches Deutschland mußte sie hinnehmen.

Aber im Augenblick der Wiedererstarkung war es klar, daß diese Art der Einkreisungspolitik als ein unerträglicher Zustand früher oder später, sei es auf dem Verhandlungsweg, sei es anderswie, abgeschüttelt werden mußte. Wenn man in Frankreich diese deutsche Interessensphäre ein für allemal respektiere, dann glaube er, der Reichsaußenminister, durchaus an die Möglichkeit eines grundsätzlichen und endgültigen Ausgleichs zwischen Deutschland und Frankreich.

Bonnet erwiderte, daß sich die Verhältnisse seit München ja in dieser Hinsicht grundlegend geändert hätten.

Weiterhin kam das Gespräch auf die der Tschecho-Slowakei für ihre neuen Grenzen zugesagte Vier-Mächte-Garantie. Auf eine Frage Bonnets, wie wir uns grundsätzlich zu dieser Frage stellten, erwiderte der Reichsaußenminister, daß man deutscherseits zunächst einmal die Entwicklung abzuwarten gedenke, da eine eventuelle deutsche Garantie seinerzeit von der Bedingung abhängig gemacht worden sei, daß die anderen Minderheitenprobleme gelöst wären. Ferner hinge alles davon ab, ob das deutsch-tschechische Verhältnis auf eine völlig neue Basis gestellt werde.

Eins aber wolle er schon jetzt betonen: Deutschland werde auf keinen Fall dulden, daß die Tschecho-Slowakei wieder in die Fußtapfen des Herrn Benesch zurückfalle. Eine Vier-Mächte-Garantie bedeute seiner Ansicht nach eine gewisse Versuchung für dieses Land, sich doch wieder in den früheren Rahmen der Benesch-Politik zu bewegen. Die beste und wirksamste Garantie für die Tschecho-Slowakei sähe er einzig und allein in der Herstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses dieses Landes zu Deutschland.

Während Léger in kürzeren Ausführungen über seine „Neutralisierung" der Tschecho-Slowakei auf Grund einer internationalen Garantie stärkeres Gewicht

auf die Vier-Mächte-Garantie zu legen schien, beschränkte sich Bonnet darauf, zu erklären, daß Frankreich eigentlich mehr durch den Zwang der Verhältnisse dazu gekommen sei, seinerseits die Übernahme der Garantie in Aussicht zu nehmen. Es habe sich am 19. Dezember in London darum gehandelt, die damalige Tschecho-Slowakei dazu zu bewegen, die sudetendeutschen Gebiete an das Reich abzutreten. Frankreich habe sich im Hinblick auf die außerordentlich engen Verpflichtungen, die es der Tschecho-Slowakei gegenüber hatte, die tschecho-slowakische Zustimmung zu der Gebietsabtretung durch Inaussichtstellung einer neuen Garantie erkaufen müssen.

Bonnet vertiefte diesen Punkt nicht weiter.

Später am Abend wies der Reichsaußenminister Bonnet nochmals darauf hin, daß Deutschland eine französische Garantie der Tschecho-Slowakei gegenüber als eine Art Einmischung in unsere Interessensphäre ansehen müsse, und er ließ ihm keinen Zweifel darüber, daß der Gedanke einer solchen Garantie dem Verständigungsweg, den wir soeben beschritten hätten, nicht förderlich sein würde.

Diese Aufzeichnung beweist, daß Reichsaußenminister von Ribbentrop Herrn Bonnet deutlich zu verstehen gegeben hat, daß Deutschland die französischen Militärallianzen mit der Tschecho-Slowakei und Polen als ausgesprochenes Überbleibsel des Versailler Vertrages ansah, die ein wiedererstarktes Reich nicht länger hinnehmen konnte. Bonnet hat dies ausdrücklich zur Kenntnis genommen und durch seine Erwiderung, „daß sich die Verhältnisse seit München ja in dieser Hinsicht grundlegend geändert hätten", für Frankreich akzeptiert.

Auch der Feststellung des Reichsaußenministers, daß Deutschland den tschecho-slowakischen Raum als sein ausgesprochenes Interessengebiet ansähe, hat Bonnet nicht widersprochen, vielmehr zu erkennen gegeben, daß Frankreich die der Tschecho-Slowakei unter gewissen Voraussetzungen zu gewährende Vier-Mächte-Garantie als ein lästiges Überbleibsel des verfallenen französisch—tschecho-slowakischen Bündnisses betrachte, dem eine besondere Bedeutung nicht zukomme. Jedenfalls hat sich Bonnet durch die Erklärung des Reichsaußenministers, „daß Deutschland eine französische Garantie der Tschecho-Slowakei gegenüber als eine Art Einmischung in seine Interessensphäre ansehen müsse", nicht daran hindern lassen, an der deutsch-französischen Verständigungspolitik festzuhalten, und damit anerkannt, daß der Raum an der Ostgrenze Deutschlands deutsche Interessensphäre geworden war.

4. Die **neue französische Außenpolitik** mußte von vornherein mit **innerpolitischen Widerständen** rechnen. Französische Marxisten und rechtsstehende Chauvinisten begannen bereits wenige Tage nach München, gegen die Ansätze zu einer Friedens- und Verständigungspolitik Sturm zu laufen. Vor allem aber war Bonnet nicht Herr im eigenen Hause. Schon am 4. Oktober 1938 hatte der deutsche Geschäftsträger in Paris berichtet, daß „die hohe Beamtenschaft des Quai d'Orsay offenbar das Empfinden hat, daß mit dem Münchener Abkommen ihre bisherige Außenpolitik, hauptsächlich, soweit Ost- und Südosteuropa in Betracht kommen, völlig zusammengebrochen ist".

Das neue **französische Gelbbuch** enthüllt im einzelnen, wie die französische Berufsdiplomatie, allen voran der im November 1938 nach Berlin entsandte neue französische Botschafter Coulondre — auf dessen Tätigkeit in Berlin noch bei anderer Gelegenheit zurückzukommen sein wird — der Politik eines europäischen Ausgleichs entgegengearbeitet hat, wie sie in einem Verzicht auf die seit Richelieu die französische Diplomatie beherrschende antideutsche Einkreisungstradition eine Abdankung Frankreichs sieht, der mit allen Mitteln, nötigenfalls auch auf das Risiko eines großen europäischen Krieges hin, entgegengetreten werden müsse.

Diese innerfranzösische Opposition war so stark, daß Bonnet ihr in einer Rede vor der französischen Kammer am 26. Januar 1939 erhebliche Zugeständnisse machen zu müssen glaubte, indem er das Fortbestehen der französischen Interessen in Osteuropa und die volle Gültigkeit des französisch-polnischen Bündnisses stark unterstrich. Tatsächlich hielt sich Bonnet indessen auch weiter für gebunden an die Zusagen, die dem Reichsaußenminister am 6. Dezember 1938 hinsichtlich eines Desinteressements Frankreichs in Osteuropa gegeben worden waren.

Wie die folgenden Berichte des deutschen Botschafters in Paris zeigen, gab der französische Außenminister vor und nach der erwähnten Rede dem Grafen Welczeck die ausdrückliche Versicherung ab, daß seine Kammererklärung nur für den inneren Gebrauch bestimmt sei und keine Bedeutung für die wirkliche Politik Frankreichs habe, die bei den Pariser Besprechungen des Reichsaußenministers festgelegt worden war.

Der Deutsche Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt

Telegramm (Auszug)

Paris, den 24. Januar 1939.

„Habe gestrige Pause außenpolitischer Parlamentsdebatte benutzt, um Außenminister Bonnet aufzusuchen. Bonnet versicherte, Förderung Beziehungen zu Deutschland liege ihm sehr am Herzen, denn er betrachte Dezember-Abkommen keineswegs als nichtssagenden einmaligen diplomatischen Akt, sondern als Ausgangspunkt für weitere Besprechungen im freundschaftlichen Geiste zur dauernden Besserung der deutsch-französischen Beziehungen.

Er hoffe auch, in absehbarer, uns genehmer Zeit Gegenbesuch in Berlin machen zu dürfen. Botschafter Noël in Warschau sei von ihm auch beauftragt worden, Reichsaußenminister Aufwartung zu machen.

Schließlich las mir Bonnet mehrere Stellen aus seiner am Donnerstag zu haltenden Parlamentsrede vor und betonte, daß manche für den inneren Gebrauch abgefaßt seien. Hierbei erwähnte er das absolute Festhalten an der französischen Politik im östlichen Europa.

Welczek."

Der Deutsche Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt

Paris, den 18. Februar 1939.

„Bei Gelegenheit der Rücksprachen, die ich in der vergangenen Woche mit dem Außenminister Bonnet über Ausweisungen und Inhaftierungen von Deutschen hatte, entledigte ich mich auch des mir seitens des Herrn Reichsministers des Auswärtigen erteilten Auftrages, Bonnet unser Befremden darüber zum Ausdruck zu bringen, daß er in der außenpolitischen Kammerdebatte von der Pflege und womöglich Erweiterung der französischen Freundschaften in Ost- und Mitteleuropa gesprochen und dadurch beispielsweise bei den Tschechen und Polen den Eindruck einer Wiederaufnahme der gegen Deutschland gerichteten Einkreisungspolitik hervorgerufen habe. Dieser Rückfall in die sogenannte Benesch-Politik sei für uns unerträglich.

Bonnet widersprach sehr lebhaft und erinnerte an die mir vor seiner Rede in der Deputiertenkammer gegebenen Erklärungen (vgl. Drahtbericht vom 24. Januar). Man könne doch, meinte er, alte Freundschaften pflegen und diese wirtschaftlich und kulturell aufbauen, ohne dem schon durch seine geopolitische Lage bevorzugten Deutschen Reich im Osten und Südosten in die Quere zu kommen. Dieses gleiche gute Recht werde Deutschland sicherlich in Spanien für sich in Anspruch nehmen, sobald dort Ruhe und Ordnung wiederhergestellt seien.

Er bitte mich, dem Herrn Reichsminister des Auswärtigen die betreffende Stelle aus seiner Senatsrede über die französische Außenpolitik zu übermitteln, an der man schwerlich etwas aussetzen könne. In außenpolitischen Kammerdebatten würden oft Dinge gesagt, die offensichtlich für das interne Forum bestimmt seien und keine darüber hinausgehende Bedeutung hätten.

Wenn ein französischer Außenminister gegen Sturm und Wogenbrand unseren seines Erachtens gerechten Ansprüchen auf die sudetendeutschen Gebiete Geltung verschafft und dann innerlich die Konsequenzen aus der Veränderung der Lage in Zentraleuropa gezogen habe, könne man nicht gut von ihm verlangen, daß er auch vor der Kammer auf der ganzen Linie abdiziere. Wenn er dies tun würde, so würden nur die Kriegshetzer Oberhand erhalten, die ihm Schlappheit und Protzerei mit dem deutsch-französischen Abkommen vorwürfen und behaupteten, er messe diesem größere Bedeutung bei, als dies in Deutschland geschehe, wo das Abkommen in der Führerrede vom 30. Januar mit keinem Wort erwähnt worden sei.

Ich antwortete Bonnet, daß wir nur nach dem Effekt, den seine außenpolitische Rede im Ausland gehabt habe, urteilen könnten, und dieser sei unseren Interessen im Osten und Südosten abträglich gewesen.

Welczek."

5. Schließlich hat auch der Französische Botschafter in Berlin bei seiner Unterredung mit dem Reichsaußenminister am 6. Februar 1939 dessen Feststellung, „daß Bonnet in Paris sich an den östlichen Fragen desinteressiert habe", nicht widersprochen und seinerseits ausdrücklich erklärt, „Frankreich werde selbstverständlich keinerlei Politik im Osten betreiben, die Deutschland störe".

Aufzeichnung über die Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Französischen Botschafter

Berlin, den 6. Februar 1939.

„Der Herr Reichsaußenminister wies Coulondre auf die Rede hin, die Bonnet während des deutschen Besuches in Warschau gehalten und in der er von einer französischen „présence im Osten" gesprochen habe. Er, der Reichsaußenminister, habe bereits Botschafter Noël, der ihn in Warschau besuchte, gegenüber erklärt, daß diese Art von Reden leicht zu Mißverständnissen führen könne und ihn merkwürdig berühre. Der Herr Reichsaußenminister unterstrich, daß Deutschland, welches die französische Interessensphäre respektiere, eine Rückkehr zu irgendwelcher ‚Benesch-Politik' für das deutsch-französische Verhältnis als völlig unerträglich ansehe. Abschließend wies der Reichsaußenminister scharf darauf hin, daß Bonnet in Paris sich an den östlichen Fragen desinteressiert habe und daß daher eine Abweichung von dieser Linie nicht ratsam sein dürfte.

Coulondre erwiderte, daß es für Frankreich schwer sei, im Osten Verzicht zu leisten und gleichzeitig im Mittelmeer Konzessionen zu machen. Frankreich werde aber selbstverständlich keinerlei Politik im Osten betreiben, die Deutschland störe.

Schmidt, Gesandter."

Aus den oben abgedruckten Dokumenten ergibt sich mit unwiderlegbarer Deutlichkeit, daß Frankreich sowohl im Dezember 1938 wie noch im Februar 1939 von maßgebendster deutscher Seite über Deutschlands Ansprüche auf Anerkennung seines Lebensraumes in Osteuropa unterrichtet worden ist, und daß der verantwortliche Leiter der französischen Außenpolitik, Herr Bonnet, dem Reichsaußenminister von Ribbentrop bindend zugesagt hat, daß Frankreich diesen Ansprüchen nicht in den Weg treten werde.

Unter englischer Einwirkung hat Frankreich diese Politik im Frühjahr 1939 aufgegeben, durch Einmischung in osteuropäische Fragen, die die französischen Lebensinteressen in keiner Weise berührten, der deutsch-französischen Verständigung die Grundlage entzogen und England bei der Entfesselung des Krieges Beistand geleistet.

2. Ribbentrop-Brief beweist Frankreichs Kriegsschuld

Wie durch die Veröffentlichung von Urkundenmaterial über den Besuch des Reichsaußenministers von Ribbentrop in Paris im Dezember 1938 nachgewiesen worden ist, schien im Winter 1938/39 seit langen Jahren zum erstenmal die Voraussetzung für eine wirklich dauernde deutsch-französische Entspannung gegeben zu sein. Deutschland hatte durch den schriftlich bekräftigten endgültigen Verzicht auf eine Revision seiner Westgrenze jedes Übergreifen seiner Politik auf das Gebiet französischer Lebensinteressen ausgeschlossen; Frankreich hatte durch seinen verantwortlichen Außenminister erklärt, daß sich in der Einstellung Frankreichs zu den osteuropäischen Fragen seit München ein grundsätzlicher Wandel vollzogen habe, und damit zu verstehen gegeben, daß die französische Regierung in Zukunft den Lebensinteressen Deutschlands in Mittel- und Osteuropa nicht mehr störend in den Weg treten werde.

Trotz innerpolitischer Widerstände mannigfacher Art ist die französische Regierung bis in den März 1939 von dieser neuen realistischen Politik nicht offen abgewichen. Erst die seit dem 17. März 1939 zum politischen Programm erhobene englische Einkreisungspolitik hat die hoffnungsvollen Ansätze zu einer deutsch-französischen Verständigung mit einem Schlage zerstört. Es zeigte sich sofort, daß die französische Außenpolitik jede Selbständigkeit verloren hatte.

Bedingungslos folgte Frankreich der britischen Politik. Der englische Blankoscheck für Warschau erhielt auch die französische Unterschrift, die einseitigen englischen Garantien für Rumänien und Griechenland wurden von Frankreich gegengezeichnet, der Türkei im Interesse Englands das Gebiet von Alexandrette überantwortet, und bei den Bemühungen, Sowjetrußland für das Einkreisungsnetz zu gewinnen, spielte Frankreich eine besonders aktive Rolle.

Somit hatte Frankreich bereits im Frühjahr 1939 durch seine aktive Teilnahme an der antideutschen Einkreisungspolitik der deutsch-französischen Erklärung die Grundlage entzogen. Trotzdem ist der französische Außenminister Mitte Juli 1939 nochmals von maßgebendster deutscher Seite auf seinen politischen Kurswechsel festgenagelt und auf die verhängnisvollen Folgen der Polen gegebenen Blankovollmacht hingewiesen worden.

Am 1. Juli war dem deutschen Botschafter vom französischen Außenminister eine schriftliche Notiz zur Weiterleitung an Reichsaußenminister von Ribbentrop übergeben worden. Hierin hatte Bonnet behauptet, daß im deutsch-französischen Abkommen ein Vorbehalt hinsichtlich der fortdauernden Geltung des französisch-polnischen Bündnisses enthalten sei, und gleichzeitig erklärt, daß Frankreich fest entschlossen wäre, die Polen gegebenen Versprechungen unter allen Umständen einzulösen.

Der Reichsaußenminister beantwortete diese französische Drohung mit dem folgenden Schreiben an den französischen Außenminister:

Reichsaußenminister von Ribbentrop
an den französischen Außenminister Georges Bonnet

„Persönlich! Fuschl, den 13. Juli 1939

Sehr geehrter Herr Bonnet!

Sie haben Graf Welczeck am 1. Juli eine für mich bestimmte persönliche Notiz übergeben, deren Inhalt es nunmehr auch mir zur Pflicht macht, Euerer Exzellenz klar und unmißverständlich die Einstellung der Deutschen Regierung zu den deutsch-französischen Beziehungen im allgemeinen und zu der Danziger Frage im besonderen bekanntzugeben.

Die Deutsche und Französische Regierung haben am 6. Dezember 1938 eine Erklärung unterzeichnet, wonach sie feierlich die zwischen Deutschland und Frankreich bestehenden Grenzen als endgültig anerkennen, und wonach sie alle ihre Kräfte einsetzen wollen, um friedliche und gutnachbarliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern sicherzustellen. Diese Erklärung war auf seiten der Reichsregierung die logische Folge der von ihr seit der Machtübernahme konsequent verfolgten Politik der Verständigung mit Frankreich, einer Politik, an der sie grundsätzlich auch heute noch festhalten möchte.

Was Ihre Bemerkung über den in dem Artikel 3 der deutsch-französischen Erklärung aufgenommenen Vorbehalt bezüglich der besonderen Beziehungen Deutschlands und Frankreichs zu dritten Mächten anlangt, so trifft es keineswegs zu, daß dieser Vorbehalt eine Anerkennung besonderer Beziehungen Frankreichs zu Polen in sich schlösse. In den Besprechungen, die in Berlin und Paris bei den Vorverhandlungen über die Erklärung und bei Gelegenheit ihrer Unterzeichnung stattgefunden haben, bestand vielmehr volle Klarheit darüber, daß sich der Vorbehalt auf das besondere Freundschaftsverhältnis Frankreichs zu England und Deutschland zu Italien bezöge.

Insbesondere haben wir bei unseren Besprechungen am 6. Dezember 1938 in Paris übereinstimmend die Respektierung der beiderseitigen vitalen Interessen als Voraussetzung und als Grundsatz der künftigen Entwicklung guter deutsch-französischer Beziehungen festgestellt.

Dabei habe ich ausdrücklich auf Osteuropa als deutsche Interessensphäre hingewiesen, und Sie haben — ganz im Gegensatz zu der Behauptung in Ihrer Notiz — damals Ihrerseits betont, daß sich in der Einstellung Frankreichs zu den osteuropäischen Fragen seit der Konferenz von München ein grundsätzlicher Wandel vollzogen habe.

Mit diesem von uns Anfang Dezember festgestellten Standpunkt steht es in direktem Gegensatz, daß Frankreich den großzügigen Vorschlag des Führers an Polen zur Regelung der Danziger Frage und die etwas eigenartige polnische Reaktion zum Anlaß genommen hat, mit Polen neue, verstärkte Bindungen gegen Deutschland einzugehen. Am Schluß Ihrer Notiz werden diese Bindungen dahin charakterisiert, daß jedes militärische Eingreifen Polens bei einer Veränderung des Status quo in Danzig Frankreich veranlassen würde, Polen sofort militärisch beizustehen.

Zu dieser Politik der Französischen Regierung habe ich folgendes zu bemerken:

1. Deutschland muß, ebenso wie es sich niemals in vitale französische Interessensphären eingemischt hat, eine Einmischung Frankreichs in seine vitalen Interessensphären mit aller Entschiedenheit ein für allemal ablehnen. Die Gestaltung des Verhältnisses Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarn berührt keinerlei französische Interessen, sondern ist ureigenste Angelegenheit der deutschen Politik.

Die Reichsregierung sieht sich daher nicht in der Lage, Fragen der deutsch-polnischen Beziehungen mit der Französischen Regierung zu erörtern oder dieser gar das Recht zu einer Einflußnahme auf Fragen zuzugestehen, die mit der zukünftigen Gestaltung des Schicksals der deutschen Stadt Danzig zusammenhängen.

2. Zu Ihrer persönlichen Orientierung über den deutschen Standpunkt in der polnischen Frage will ich aber folgendes sagen: Die Polnische Regierung hat das historische einmalige Angebot des Führers zur Regelung der Danziger Frage und zur endgültigen Konsolidierung der deutsch-polnischen Beziehungen mit Kriegsdrohung beantwortet, die man nur als seltsam bezeichnen kann.

Es ist im Augenblick nicht zu erkennen, ob die Polnische Regierung diese eigenartige Einstellung revidieren und zur Vernunft zurückkehren wird. Solange sie aber bei dieser unvernünftigen Haltung bleibt, kann daher nur gesagt werden, daß jede Verletzung Danziger Bodens durch Polen oder eine mit dem Ansehen des Deutschen Reiches mit zu vereinbarende Provokation seitens Polens mit dem sofortigen deutschen Vormarsch und der Vernichtung der polnischen Armee beantwortet werden würde.

3. Die bereits erwähnte, im Schlußsatz Ihrer Notiz enthaltene Feststellung würde nach ihrem Wortlaut bedeuten, daß Frankreich Polen das Recht zugesteht, sich jeder beliebigen Änderung des Status quo in Danzig militärisch zu widersetzen, und daß, wenn Deutschland eine solche Vergewaltigung deutscher Interessen nicht duldet, Frankreich Deutschland angreifen will.

Sollte dies tatsächlich der Sinn der französischen Politik sein, so müßte ich Sie bitten, zur Kenntnis zu nehmen, daß solche Drohungen den Führer in seinem Entschluß, die deutschen Interessen mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln wahrzunehmen, nur noch bestärken würden. Der Führer hat immer die deutsch-französische Verständigung gewünscht und einen nochmaligen Krieg zwischen den beiden Ländern, die durch keinerlei vitale Interessengegensätze mehr getrennt werden, als Wahnsinn bezeichnet.

Liegen die Dinge aber so, daß die Französische Regierung den Krieg will, so wird sie Deutschland jederzeit bereit finden. Die Verantwortung für einen solchen Krieg würde dann ausschließlich die Französische Regierung vor ihrem Volk und vor der Welt zu tragen haben.

Angesichts der angenehmen persönlichen Beziehungen, die ich mit Euerer Exzellenz gelegentlich der Unterzeichnung der Erklärung vom 6. Dezember 1938 aufnehmen konnte, bedauere ich, daß Ihre Notiz mich zu dieser Erwiderung gezwungen hat. Ich möchte die Hoffnung nicht aufgeben, daß letzten Endes doch noch die Vernunft obsiegen und das französische Volk erkennen wird, wo seine wahren Interessen liegen. Nachdem ich mich seit über 20 Jahren für die deutsch-französische Verständigung eingesetzt habe, würde das auch für mich persönlich die Erfüllung eines aufrichtig empfundenen Wunsches sein.

Mit den besten Empfehlungen
Ihr sehr ergebener
Joachim von Ribbentrop."

Frankreich ist also im Juli, noch ehe die polnischen Provokationen ihren Höhepunkt erreicht hatten, eindringlichst vor den Folgen der von England gewollten aggressiven Haltung Polens gewarnt worden. Es wurde nicht der geringste Zweifel darüber gelassen, daß der dringende Wunsch Deutschlands nach Verständigung mit dem westlichen Nachbar seine natürliche Grenze in der Notwendigkeit der Wahrung der deutschen Lebensinteressen und des Schutzes des deutschen Volkstums finden mußte. Sollte Frankreich die Einmischung in ureigenste Angelegenheiten der deutschen Politik bis zum Angriffskriege treiben, so würde es Deutschland bereit finden, diesen ihm aufgezwungenen Krieg aufzunehmen.

Alle diese Warnungen sind in den Wind geschlagen worden. Die französische Regierung ist England bis zuletzt gefolgt. Somit wird sie vor ihrem Volk und vor der Geschichte die Verantwortung dafür zu tragen haben, daß am Ende aller deutschen Bemühungen um den Frieden am Rhein wiederum der Krieg steht.

3. Frankreichs Marineminister als Kriegstreiber

Das französische Gelbbuch versucht erneut, den von England entfesselten Krieg als Verteidigungskampf hinzustellen und die Welt an dem anhaltenden Friedenswillen Frankreichs glauben zu machen.

Demgegenüber werden nachstehend zwei Berichte des deutschen Geschäftsträgers in Paris aus dem April 1939 veröffentlicht, die in völliger Deutlichkeit Wünsche, Absichten und Ziele der in der französischen Regierung maßgebend gewordenen Gruppe der Kriegsanhänger enthüllen.

Im Schutz des Laufgrabens nach vorn

Phot.: P.K. Kropf (Presse-Hoffmann)



Pionierarbeiten im reißenden Wasser eines Gebirgsbaches

Phot.: Atlantic

Die in den Berichten wiedergegebenen Äußerungen des französischen Marineministers Campinchi sind um so bedeutsamer, als dieser eine besondere Schlüsselstellung im französischen Kabinett innehatte. Der korsische Abgeordnete Campinchi ist einer der maßgebendsten Persönlichkeiten der Radikalsozialisten, der führenden französischen Regierungspartei, in deren Kammerfraktion er eine wichtige Rolle spielte, ehe er von Daladier zum Marineminister ernannt wurde.

Als Chef des Marineministeriums hat Campinchi sofort nahe und vertrauensvolle Beziehungen zu den obersten Armee- und Marinekreisen aufgenommen, deren Ansichten er mit Erfolg im französischen Kabinett vertrat. Seine Ausführungen sind daher als authentischer Ausdruck der Ansichten der französischen Regierung zu werten.

Der Deutsche Geschäftsträger in Paris an das Auswärtige Amt

Bericht

Paris, den 10. April 1939

„Der französische Marineminister Campinchi hat sich einem mir als zuverlässig bekannten Vertrauensmann gegenüber dieser Tage mit großer Offenheit über seine Auffassungen zur politischen Lage ausgesprochen. Hierüber teilte mir der Vertrauensmann folgendes mit:

‚Die Behandlung der Tschecho-Slowakei durch Deutschland beweise — so habe Campinchi ausgeführt —, daß sich der Führer einer Politik verschrieben habe, von der er nicht mehr ablassen könne.

Aber selbst wenn man dem Führer die Absicht zubillige, sich mit dem gegenwärtigen Zustand zufrieden zu geben, wäre dies kein Argument, das für die Aufrechterhaltung des Friedens sprechen würde. Europa sei durch die Politik Deutschlands, vor allem durch die Beseitigung der Tschecho-Slowakei, so stark aus dem Gleichgewicht geraten, daß die Hegemonie Deutschlands in bedrohliche Nähe gerückt sei. Für Europa gäbe es nur mehr die Alternative, entweder eine solche Hegemonie Deutschlands willenlos hinzunehmen oder sich ihr zu widersetzen. England und Frankreich seien bereit und entschlossen, letzteres zu tun. Dies seien die Gründe, weswegen er, Campinchi, seit einigen Wochen den Krieg für unvermeidlich halte.

Es sei ihm bekannt, daß Deutschland sich vor einem Krieg nicht fürchte, und zwar namentlich deshalb, weil es glaube, ihn in kürzester Zeit durch seine überragende Luftwaffe siegreich beenden zu können. Diese Ansicht sei eine gefährliche Illusion. Deutschland stehe heute schwächer da als am Vorabend des Weltkrieges, und es werde nicht allein die europäischen Länder, sondern mit alleiniger Ausnahme von Italien und Japan die ganze Welt zum Gegner haben.

Das Ergebnis des Krieges werde also zweifellos die Niederlage Deutschlands sein. In diesem Falle werde ihm aber ein Friede auferlegt werden, gegen den der Friede von Versailles nichts gewesen sei. Der Friedensvertrag, der den nächsten Krieg beenden werde, müsse nach dem Muster des Westfälischen Friedens ausfallen, d. h. das Reich völlig zerstückeln und in seine Bestandteile zerlegen. Nur dann könne man hoffen, während eines verhältnismäßigen langen Zeitraumes Ruhe zu haben.

Man stelle sich häufig vor, daß die führenden militärischen Kreise Frankreichs vor einem Kriege zurückschreckten. Diese Auffassung sei falsch. Er, Campinchi, habe während der Septemberkrise in dauernder Fühlung mit General Gamelin gestanden, und er könne versichern, daß dieser sich aufs schärfste gegen die Preisgabe der Tschecho-Slowakei ausgesprochen habe. Erst kürzlich habe wieder eine Besprechung zwischen den Ministern für die Landesverteidigung und den Vertretern des Generalstabes stattgefunden, wobei General Gamelin wiederum aus seiner Auffassung kein Hehl gemacht habe. General Gamelin sei der Ansicht, daß die strategische und militärische Stellung Frankreichs, möge sie in letzter Zeit auch noch so viele Einbußen erlitten haben, keinen Zweifel über einen erfolgreichen Kriegsausgang erlaube.‘

Die Ausführungen Campinchis sind bezeichnend dafür, daß die Stimmung hier weitgehend durch den Gedanken an den als unvermeidlich angesehenen Krieg beherrscht wird. Das Regierungsprogramm, wie es auch in den Notverordnungen zum Ausdruck gelangt, ordnet alles dem Ziel der Landesverteidigung und der Rüstungsvermehrung unter, und auch im Parlament sowie in der Bevölkerung regt sich seit den Märzereignissen in der Tschechei kein Widerspruch dagegen, wie es nach der Septemberkrise der Fall war. Bräuer."

Der Deutsche Geschäftsträger in Paris an das Auswärtige Amt
Bericht

Paris, den 22. April 1939

Im Anschluß an den Bericht vom 10. April 1939.

„Der in dem vorbezeichneten Bericht erwähnte Vertrauensmann hat dieser Tage eine weitere Unterredung mit dem französischen Marineminister Campinchi gehabt, über die er in der Anlage beigefügte Aufzeichnung angefertigt hat. In dieser Unterredung hat Herr Campinchi wiederum die Ansicht vertreten, daß ein Krieg zwischen Deutschland und den Westmächten unvermeidlich geworden sei, und diese Auffassung namentlich von den Chefs des Generalstabs und des Admiralstabs geteilt werde.

Bräuer."

Anlage

Unterredung mit dem Kriegsmarineminister César Campinchi am 20. April 1939

Der Minister vertrat auch in dieser Aussprache, und zwar mit den gleichen Argumenten wie in der vorigen, den Standpunkt, daß der Krieg unvermeidlich geworden sei. Er betonte, daß er diesen Standpunkt jederzeit vertrete und die Mehrzahl der Kabinettsmitglieder seine Auffassung teile. Dem deutschen Dynamismus müsse jetzt mit allen Mitteln entgegengewirkt werden.

Die beherrschende Stellung des Deutschen Reichs im östlichen und südöstlichen Raum Europas könne weder von Frankreich noch von England geduldet werden; deshalb sehe der Minister bereits in dem wahrscheinlich nahe bevorstehenden Vorgehen gegen Polen einen Kriegsgrund.

Es sei offensichtlich, daß Deutschland sich die Lösung des Korridor-Problems für zuletzt aufgespart habe, weil die Unlogik des Korridors und der Abtrennung Danzigs vom Reich von der ganzen Welt empfunden werde und es deshalb geglaubt habe, daß das Aufwerfen dieser Frage keine Schwierigkeiten machen werde. Die Fehlspekulation liege aber darin, daß die westlichen Demokratien rein psychologisch zu einem Zustand gelangt seien, der unter allen Umständen jede Gewaltlösung verbiete.

Es bestehe kein Zweifel mehr darüber, daß Frankreich fest entschlossen sei, für Polen in den Krieg zu ziehen. Dabei liege dieser Bereitschaft nicht etwa eine besondere Sympathie für das bedrohte östliche Volk zugrunde, sondern lediglich der Wille, dem deutschen Vorwärtsdrängen einen Riegel vorzuschieben.

Es sei durchaus nicht ausgeschlossen, daß zwischen Oberst Beck und der Wilhelmstraße bereits eine grundsätzliche Einigung über die Fragen, die zwischen Berlin und Warschau schwebten, erzielt worden sei. Aber es sei nicht recht vorstellbar, daß Beck gegen den eindeutigen Willen der Mehrheit der polnischen öffentlichen Meinung handeln könne. Herr Beck könne sehr schnell demissionieren, und dann sei es sehr wahrscheinlich, daß die Aufrechterhaltung des Status quo in Danzig, Posen usw. von den Polen als vitale Frage für Warschau betrachtet würde, was automatisch Frankreich und England zu marschieren zwinge.

Was die Lage auf dem Balkan anlange, so müsse die Integrität Rumäniens, Griechenlands und Jugoslawiens diesen Ländern nötigenfalls von Frankreich aufgezwungen werden. Die Unabhängigkeit dieser Völker müsse ihnen garantiert werden, sogar dann, wenn sie selbst zur Entgegennahme einer solchen Garantie nicht bereit seien.

Es gebe keinen Zweifel darüber, daß die Entente-Flotte im Mittelmeer gegenüber der Achsenflotte eine erdrückende Übermacht aufweise. Ferner dürfe man nicht vergessen, daß die Engländer und Franzosen über die besten Stützpunkte im Mittelmeer verfügten, die es ihnen erlaubten, seine Zugänge jederzeit zu versperren. Außerdem habe England „gute Arbeit im italienischen Imperium, insbesondere in Abessinien" geleistet.

Der Minister könne versichern, daß England heute nur auf den Knopf zu drücken brauche — dieses Wort stamme von einem bedeutenden Engländer —, um den Zusammenbruch des ganzen italienischen Imperiums herbeizuführen. In den italienischen Kolonien, und insbesondere in Abessinien, warteten die Eingeborenen nur darauf, daß man ihnen Gewehre in die Hand gebe.

Campinchi sieht dem kommenden Krieg, den er, wie erwähnt, für unvermeidlich hält, hinsichtlich seines Ausgangs nach wie vor mit größtem Optimismus entgegen. Mein Einwand, daß das Reich niemanden angreifen, also keinen Kriegszustand schaffen würde, fand die Erwiderung, daß die unmittelbare Kriegsgefahr nicht so sehr in einem möglichen Angriff Deutschlands liege als vielmehr in der Tatsache, daß die deutsche Politik Verhältnisse schaffen könne, die Frankreich seinerseits zwingen könnten, den Deutschen Krieg zu machen.

Endlich bemerkte Campinchi, daß er die Ansicht vertrete, daß es unzweckmäßig sei, die kriegerische Entscheidung mit künstlichen Mitteln immer wieder hinauszuschieben.

Herr Chautemps beispielsweise empfehle immer Zeitgewinn. Warum? Die Zeit habe schon gegen die französischen Interessen gearbeitet, und sie werde auch in Zukunft gegen sie arbeiten. Übrigens seien die entscheidenden Militärs der gleichen Ansicht. Campinchi zitierte noch einmal General Gamelin, den Admiral Darlan und fügte noch ‚als besonderen Scharfmacher' den Chef des militärischen Kabinetts Daladiers, General Decamp, hinzu."

Aus den oben abgedruckten Berichten ergibt sich folgendes:

1. Im April 1939 waren die leitenden Männer Frankreichs zum Krieg gegen Deutschland entschlossen. Campinchi erklärt ausdrücklich, „daß die Mehrzahl der Kabinettsmitglieder seine Auffassung teile". Es sei falsch zu glauben, „daß die führenden militärischen Kreise Frankreichs vor einem Kriege zurückschreckten". Der französische Oberbefehlshaber General Gamelin hätte sich bereits im September 1938 aufs schärfste gegen die Friedenspolitik ausgesprochen.

2. Campinchi hält es für unzweckmäßig, die geplante kriegerische Entscheidung hinauszuschieben. Die maßgebenden Militärs, neben Gamelin und dem Flottenchef Darlan bezeichnenderweise auch der Chef des Militärkabinetts Daladiers, der General Decamp, sind gleichfalls der Ansicht, daß die Zeit gegen Frankreich arbeite.

3. Zwingender Kriegsgrund für Frankreich ist angeblich die Furcht vor einer „Hegemonie" Deutschlands in Europa. Mit anderen Worten, es muß mit Waffengewalt verhindert werden, daß Deutschland die Stellung verläßt, die ihm der Machtwille der Westmächte in Versailles zugewiesen hatte.

4. Die polnische Frage ist auch für Campinchi ein willkommener Vorwand für die Auslösung des Krieges gegen das Reich, obwohl er zugibt, daß „die Unlogik des Korridors und der Abtrennung Danzigs vom Reich von der ganzen Welt empfunden werde".

Denn Campinchi befürchtet geradezu, „daß zwischen Oberst Beck und der Wilhelmstraße bereits eine grundsätzliche Einigung über die Fragen, die zwischen Berlin und Warschau schwebten, erzielt worden sei". Sollte wirklich eine Verständigung zwischen der deutschen und der polnischen Regierung zustande kommen, so bleibt die Hoffnung, daß Beck gestürzt und eine polnische Regierung gebildet werden könnte, die „die Aufrechterhaltung des Status quo in Danzig, Posen usw. als vitale Fragen für Warschau betrachten würde.

5. Der geplante Krieg gegen Deutschland ist als Koalitionskrieg zu führen. Campinchi hofft, Deutschland „werde nicht allein die europäischen Länder, sondern mit alleiniger Ausnahme von Italien und Japan die ganze Welt zum Gegner haben".

Kleinere neutrale Staaten müssen zur Teilnahme am Einkreisungsfeldzug gezwungen werden, wenn sie sich nicht friedlich dem Druck der Westmächte fügen. „Die Integrität Rumäniens, Griechenlands und Jugoslawiens müsse diesen Ländern nötigenfalls von Frankreich aufgezwungen werden. Die Unabhängigkeit dieser Völker müsse ihnen garantiert werden, sogar dann, wenn sie selbst zur Entgegennahme einer solchen Garantie nicht bereit seien."

6. Der Einkreisungsplan ist auch gegen das mit dem Reich verbündete Italien gerichtet. England und Frankreich könnten jederzeit die Zugänge zum Mittelmeer sperren und Italien von der freien See ausschließen. Ein führender Engländer erklärte großsprecherisch, daß bereits alle Vorbereitungen zur Unterminierung des italienischen Kolonialreiches getroffen seien.

7. Ziel des Kampfes ist nicht etwa die Verhinderung einer angeblich befürchteten Hegemonie Deutschlands in Europa. Ziel ist ein Friedensdiktat, „gegen das der Frieden von Versailles nichts gewesen sei". Dieses Diktat, „das den nächsten Krieg beenden werde, müsse nach dem Muster des Westfälischen Friedens ausfallen, d. h. das Reich völlig zerstückeln und in seine Bestandteile zerlegen".

Die Westmächte haben somit den Krieg zu dem von ihnen gewählten Zeitpunkt unter Benutzung des willkommenen polnischen Vorwands vom Zaun gebrochen; sie wollten diesen Krieg unter Mitwirkung der zur Teilnahme zu zwingenden Neutralen führen; ihr Kriegsziel ist die Vernichtung und Zerschlagung des Reiches.

4. Kriegshetzer Coulondre

Mitte November 1938 entsandte die französische Regierung Herrn Coulondre als Botschafter nach Berlin. Der neue Vertreter Frankreichs, der im Gegensatz zu seinem Vorgänger François-Poncet Berufsdiplomat war, kam zu besonders günstiger Stunde nach Deutschland. In Verfolg der Konferenz von München schien

Aussicht zu bestehen, daß der vom Führer seit Jahren gewünschte endgültige Ausgleich mit Frankreich nun wirklich angebahnt werden könnte.

Schon vor der Abreise von François-Poncet war das grundsätzliche Einverständnis der beiden Regierungen über das dann am 6. Dezember in Paris unterzeichnete deutsch-französische Abkommen erzielt worden, durch das die deutsch-französische Grenze als endgültig anerkannt wurde.

Der neue französische Botschafter legte in Berlin offensichtlich Wert darauf, sich nach außen hin als Anhänger der deutsch-französischen Verständigung auszugeben. Als solcher führte er sich bei allen deutschen Stellen ein und betonte bei jeder sich bietenden Gelegenheit immer wieder, daß er kein anderes Ziel habe, als der Sache der deutsch-französischen Verständigung und des europäischen Friedens zu dienen.

Die jetzt im französischen Gelbbuch veröffentlichten Dokumente beweisen jedoch, daß Coulondre vom Anfang bis zum Ende seiner Berliner Tätigkeit genau das Gegenteil getan hat.

Daß er als typischer Vertreter der Diplomatie des Quai d'Orsay auch in Berlin in die Gedankengänge der herkömmlichen, unfruchtbaren französischen Politik verstrickt blieb, und daß er nicht das Format besaß, für schöpferische Gedanken einer neuen europäischen Politik Verständnis aufzubringen, wird zwar für niemand, der ihn persönlich gekannt hat, eine besondere Überraschung sein.

Man weiß, daß die zünftigen Beamten des Quai d'Orsay seit langen Jahren niemals etwas anderes gekannt haben als die These der Einkreisung und Niederhaltung Deutschlands, die sie auch gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland des Jahres 1939 noch mit den Methoden Richelieus und Poincarés verwirklichen zu können glaubten.

Die Berichte Coulondres verdienen aber insofern eine besondere Beleuchtung, als sie in ganz ungewöhnlichem Maße den Mangel an eigener politischer Einsicht durch Häufung unwahrer Behauptungen und vor allem durch eine verantwortungslose, systematische Hetze gegen Deutschland zu ersetzen suchen. Es ist direkt erstaunlich, daß die französische Regierung diese Berichte, die im Grunde nur gegen ihre Politik zeugen, zu einem Hauptbestandteil ihres Gelbbuches gemacht hat.

Vielleicht erklärt sich das dadurch, daß Coulondre selbst der Hauptredakteur des Gelbbuchs war und in seiner Eitelkeit, seine schriftstellerischen Leistungen in solchem Umfange gedruckt zu sehen, keinen Blick mehr für die seinem Lande abträglichen Folgen der Veröffentlichung hatte.

Diesem französischen Botschafter war von Anfang an jedes Mittel recht, um die deutsche Politik zu verdächtigen und zu entstellen. Er sucht in seiner Berichterstattung in jeder Weise Mißtrauen gegen das Reich zu wecken und seine Regierung von einer Politik des Ausgleichs mit Deutschland abzubringen.

Sensationelle Erzählungen, die ihm von obskuren Mittelsmännern zugetragen werden oder die er selbst erfunden hat, ja jeder Klatsch und jedes Hintertreppengerücht werden von ihm als bare Münze nach Paris gegeben.

Um diese Seite seiner Berichterstattung zu kennzeichnen, mögen folgende Beispiele genügen:

Schon am 15. Dezember 1938, also wenige Wochen nach Antritt seines Postens in Berlin, weiß Coulondre dem Reich ohne jede Unterlage, rein aus der Luft gegriffen, phantastische Eroberungspläne anzudichten, die u. a. die Unterwerfung Ungarns und die Schaffung einer Großukraine zum Ziel haben sollen.

Am 17. März 1939 schreibt Coulondre über die Reise des Präsidenten Hacha nach Berlin folgendes:

„Am Nachmittag des 14. März ließ die Deutsche Gesandtschaft in Prag das Palais Czernin (das tschechische Außenministerium) wissen, daß es in Anbetracht der Verschärfung der Lage nützlich sein könne, wenn der Präsident der Republik und der Minister des Auswärtigen sich nach Berlin begeben würden."

Aus dieser Darstellung soll natürlich gefolgert werden, daß die tschechischen Staatsmänner durch deutschen Druck gezwungen worden seien, die Reise nach Berlin anzutreten.

In Wahrheit war es bekanntlich Präsident Hacha selbst, der angesichts der Loslösung der Slowakei und der chaotischen Zustände in Böhmen und Mähren von sich aus darum bat, zusammen mit seinem Außenminister vom Führer empfangen zu werden. Diese Bitte wurde vom Außenminister Chvalkovsky dem deutschen Geschäftsträger in Prag zunächst am Abend des 13. März telephonisch und dann am frühen Morgen des 14. März durch ein persönliches Handschreiben wiederholt, worin der tschechische Minister anfragte, „ob Seine Exzellenz der Herr Reichskanzler

dem Herrn Präsidenten Dr. Emil Hacha Gelegenheit zu einer persönlichen Unterredung gewähren würde".

Hierauf kam bekanntlich Präsident Hacha nach Berlin und legte in einer freien Vereinbarung das Schicksal seines Landes in die Hand des Führers.

Ebenso unwahr wie die Behauptung Coulondres über dieses Thema ist auch seine Darstellung des Verlaufs der Berliner Besprechungen mit den Herren Hacha und Chvalkovsky. Obwohl der französische Botschafter von den damaligen internen Vorgängen überhaupt keine Kenntnis haben konnte, schildert er sie ausführlich in einer Weise, die nur als Sensationsmacherei schlechtester Sorte bezeichnet werden kann.

Am 7. Mai 1939 gibt Coulondre die Aufzeichnung über ein Gespräch mit einem angeblichen „Vertrauten des Führers" nach Paris, obgleich ihn schon die Person des Verfassers der Aufzeichnung zur größten Vorsicht hätte zwingen müssen.

Es steht nämlich fest, daß diese Aufzeichnung von dem französischen Botschaftssekretär Conty stammt, der in den politischen Kreisen Berlins als übler antideutscher Hetzer bekannt war. Er hatte sich sogar gegenüber Deutschen zu derartig unglaublichen Angriffen auf die Reichspolitik hinreißen lassen, daß das Auswärtige Amt bereits im Dezember 1938 die Französische Botschaft hatte bitten müssen, seine baldige Versetzung zu veranlassen.

Der französische Botschafter mußte sich also im Mai 1939, nachdem der Fall Conty von deutscher Seite auch mit ihm selbst besprochen worden war, klar darüber sein, daß dieser Untergebene in seiner notorischen Deutschfeindlichkeit ihm völlig unzuverlässige und entstellte Berichte liefern würde.

Trotzdem beeilt sich Coulondre, aus der Contyschen Aufzeichnung die weitgehendsten politischen Schlüsse zu ziehen und die Französische Regierung in scharfmacherischer Weise zur Verstärkung der französischen Aufrüstung und zur Einkreisungspolitik anzutreiben.

Diese Scharfmacherei ist neben der an den vorstehenden Beispielen aufgezeigten Unzuverlässigkeit überhaupt das eigentliche Charakteristikum, das die Berichterstattung des Botschafters und damit ihn selbst kennzeichnet.

Schon am 16. März 1939 liefert er das Stichwort für die antideutsche Propaganda des Einkreisungskrieges, indem er behauptet, das „Deutschland Adolf Hitlers sei zur Eroberung Europas aufgebrochen".

Am 19. März fordert er seinen Minister auf, nun endgültig zur traditionellen Einkreisungspolitik zurückzukehren. Man müsse im Osten eine Barriere errichten, die den deutschen Druck wenigstens in gewissen Grenzen aufhalten könne. Dabei müsse man sich die Unruhe der Hauptstädte Mitteleuropas und vor allem Warschaus zunutze machen. Gleichzeitig solle Frankreich mit allen Mitteln und mit größter Schnelligkeit seine Rüstung auf das äußerste vermehren.

Am Tage nach der persönlichen Rede des Führers vom 28. April schreibt er, man werde Deutschland im Zaume halten können, wenn man nur weiter aufrüste und das antideutsche Bündnissystem erstärke. Jedes Eingehen Polens auf das großzügige deutsche Angebot sieht er als verhängnisvoll für Frankreich an, denn es hätte nach seiner Ansicht Polen der Achse nähern und dem englisch-französischen Block abspenstig machen können.

Ohne jedes Verständnis für das Interesse Deutschlands am Schicksal d
schen Stadt Danzig und den deutschen Volksgenossen in Polen sucht e
Regierung in immer neuen Wendungen zu suggerieren, daß Deutschland de
ziger Problem nur als Vorwand benutze, um Polen „zu einem Vasallen de
zu machen".

Auch während der Zuspitzung der deutsch-polnischen Krise bleibt für Co
nur ein Gedanke maßgebend: Polen darf dem französischen Bündn
nicht verlorengehen; deshalb darf keine deutsch-polnische Verst
gung zustande kommen.

So wendet er sich am 11. Juli ausdrücklich gegen den Gedanken, Polen zu
einem Einlenken zu bewegen: „Jeder Druck auf Warschau, um es dahin zu
den deutschen Forderungen nachzugeben, könnte nur zu den schlimmsten Kata
führen."

Am 27. August beschwört er nochmals seine Regierung, unter keinen Umstän
Eindruck aufkommen zu lassen, „als lauerten die Westmächte auf irgendeine
lichen Vergleich", und in der Nacht vom 29. zum 30. August telephoniert er
Minister, er stimme dem englischen Botschafter darin zu, daß Polen einen
händler ernennen solle, um „in den Augen der Welt seinem guten Wil
zeigen, erklärt aber sofort, eine Reise Becks nach Berlin würde ernste

mit sich bringen, da sie als ein moralischer Erfolg Deutschlands und als Zeichen des polnischen Nachgebens ausgelegt werden könnte.

Hier erbringt Coulondre einen besonders deutlichen Beweis dafür, daß die Westmächte niemals ernsthafte Verhandlungen über die berechtigten deutschen Forderungen gewünscht haben, sondern daß ihr Vorschlag einer direkten deutsch-polnischen Fühlungnahme ihnen nur in letzter Stunde ein Alibi vor ihren Völkern und der Welt verschaffen sollte.

So hat Botschafter Coulondre, der in Berlin jedem Deutschen versicherte, alles tun zu wollen, um die deutsch-französischen Beziehungen so gut wie möglich zu gestalten, sich in Wahrheit als einer der Totengräber der deutsch-französischen Verständigung erwiesen.

Man würde ihm allerdings zuviel Ehre antun, wenn man ihm die Rolle einer führenden politischen Persönlichkeit zuweisen wollte. Er war nur ein beflissener Handlanger kriegstreibender Kräfte in Paris, deren Tendenzen er kannte und durch seine Berichterstattung fördern wollte. Er hat aber mit dazu geholfen, daß es seinen maßgebenden Gesinnungsgenossen in Paris gelang, die im Schlepptau Englands fahrende Französische Regierung zur Erklärung des Angriffskrieges gegen Deutschland zu bestimmen.

Heute ist dieser Diplomat anscheinend einer der außenpolitischen Berater des französischen Ministerpräsidenten und hat gewiß sein Teil dazu beigetragen, daß das Friedensangebot des Führers vom 6. Oktober 1939 zynisch abgelehnt wurde. Wir beneiden das französische Volk nicht um diesen Mann.



Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Die Bemühungen Deutschlands um eine Verständigung mit Polen in den Jahren 1933 bis 1939 sind der Inhalt der Dokumente 26 bis 216 des zweiten deutschen Weißbuches, dessen wichtigste Dokumente wir nachstehend in Fortsetzung veröffentlichen.

I. Verhandlungen über ein Deutsch-Polnisches Verständigungsabkommen (Mai 1933 bis Januar 1934)

Nr. 26. Aufzeichnung des Reichsministers des Auswärtigen über eine Unterredung des Führers mit dem Polnischen Gesandten

Berlin, den 2. Mai 1933

Der Herr Reichskanzler empfing heute morgen in meiner Gegenwart den Polnischen Gesandten, der im Auftrage seiner Regierung darauf hinwies, daß in Polen seit der Übernahme der Regierung durch die Nationalsozialistische Partei in Deutschland eine wachsende Unruhe Platz gegriffen hätte, die teilweise einen panikartigen Umfang angenommen habe. Der Gesandte betonte das Interesse Polens an einem freien Ausgang zum Meer, das von keiner Polnischen Regierung mehr aufgegeben werden könne. Aus diesem Grunde müsse Polen sein Recht auf Danzig aufrechterhalten, und er sei beauftragt, vom Herrn Reichskanzler eine Zusicherung zu erhalten, daß man deutscherseits nicht beabsichtige, irgendwo etwas an dem jetzigen Zustand in Danzig zu ändern.

Der Kanzler erwiderte Herrn Wysocki, daß er zunächst ein besonderes Recht Polens auf Danzig zurückweisen müsse. Wenn in Polen eine Beunruhigung bestehe, so könne er nur sagen, daß man deutscherseits wesentlich mehr Anlaß zu einer solchen Beunruhigung habe und sich durch die Vorgänge in Oberschlesien, durch Zusammenziehung von Militär an der Grenze, durch die Besetzung der Westerplatte in Danzig dauernd bedroht fühle. Die Grenze zwischen Polen und Deutschland sei durch die Kurzsichtigkeit der Staatsmänner, durch Unverstand und durch Übelwollen in einer Weise gezogen, daß ein ruhiges Nebeneinanderleben der zwei Nationen, solange diese Grenzziehung bestehe, so gut wie undenkbar sei. Er achte jede Nationalität und er betrachte Polen als eine Realität, die er als solche berücksichtige. Allerdings verlange er, daß auch polnischerseits Deutschland als Realität behandelt würde. Wenn zur Zeit des Abschlusses des Vertrages von Versailles die Gemüter nicht völlig verwirrt gewesen wären, so hätte polnischerseits der Errichtung eines Korridors durch das deutsche Gebiet niemals zugestimmt werden dürfen, denn es sei klar, daß dadurch eine dauernde Spannung zwischen Deutschland und Polen entstehen mußte. Es wäre wesentlich klüger gewesen, den Zugang zum Meer, von dem der Gesandte als von einem unveräußerlichen Recht der Polen gesprochen habe, auf der anderen Seite von Ostpreußen zu suchen. In diesem Falle würde wohl schon längst ein gutes Verhältnis zwischen Deutschland und Polen bestehen und auch die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Verständigung gegeben gewesen sein. Er, der Kanzler, möchte nur wünschen, daß die zwischen Deutschland und Polen schwebenden politischen Fragen einmal von den beiderseitigen Staatsmännern leidenschaftslos geprüft und behandelt würden. Er sei überzeugt, daß sich dann auch ein Ausweg aus der jetzigen unhaltbaren Lage ergeben könnte. Deutschland wolle den Frieden. Eine gewaltsame Enteignung polnischen Gebiets liege ihm ferne. Es behalte sich aber vor, diejenigen Rechte, die ihm vertragsgemäß zustünden, jederzeit und nach Gutdünken in Anspruch zu nehmen.

Auf Bitten des Polnischen Gesandten erklärte sich der Reichskanzler bereit, über den Empfang des Gesandten und die Unterredung ein Communiqué herauszugeben, das im Wortlaut beigeheftet ist.

Frhr. von Neurath

Nr. 27. Amtliches Deutsches Communiqué, 3. Mai 1933

Der Polnische Gesandte, Herr Wysocki, stattete heute dem Deutschen Reichskanzler einen Besuch ab. Die Unterredung, bei welcher der Außenminister Freiherr von Neurath zugegen war, beschäftigte sich mit den schwebenden politischen Fragen, die

das Verhältnis Deutschlands zu Polen berühren. Der Reichskanzler betonte die feste Absicht der Deutschen Regierung, ihre Einstellung und ihr Vorgehen strengstens im Rahmen der bestehenden Verträge zu halten. Der Reichskanzler sprach den Wunsch aus, daß die beiden Länder ihre gemeinsamen Interessen beiderseits leidenschaftslos überprüfen und behandeln möchten.

Nr. 28. Amtliches Polnisches Communiqué, 4. Mai 1933

Die Unterredung, die am 2. d. M. der Herr Reichskanzler in Anwesenheit des Herrn Außenministers Freiherr von Neurath dem Polnischen Gesandten Herrn Dr. Wysocki gewährte und die vom Wolffschen Bureau veröffentlicht wurde, hat einen beruhigenden Einfluß auf die deutsch-polnischen Beziehungen zur Folge gehabt.

Im Zusammenhang mit dieser Unterredung hat der Außenminister von Polen Herr Beck den Deutschen Gesandten in Warschau Herrn von Moltke empfangen und hervorgehoben, daß die Polnische Regierung ihrerseits die feste Absicht hat, ihre Einstellung und ihr Vorgehen strengstens im Rahmen der bestehenden Verträge zu halten. Der Polnische Außenminister sprach weiter den Wunsch aus, daß die beiden Länder ihre gemeinsamen Interessen beiderseits leidenschaftslos überprüfen und behandeln möchten.

Nr. 30. Der Deutsche Gesandte in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 30. August 1933

Prüft man, was hinsichtlich einer Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen geschehen könnte, so wäre ein Abbau der Kampfmaßnahmen des nunmehr 8 Jahre dauernden Zollkriegs von besonderer politischer Tragweite. Daß die Aufhebung der im Laufe dieser Zeitspanne beiderseits ergriffenen Kampfmaßnahmen nicht nur auf die weitere Ausgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen günstig einwirken würde, sondern auch im Sinne der deutsch-polnischen Entspannung einen starken Eindruck auf die Öffentlichkeit hervorrufen würde, steht außer Zweifel.

So groß das Mißtrauen in die Absichten und Methoden des Gegners bei uns sein mag — wozu Polen besonders auch wieder in letzter Zeit zahlreiche Anlässe gegeben hat —, halte ich doch die Überwindung der praktischen und psychologischen Schwierigkeiten für möglich und erforderlich. Der deutsch-polnische Handelskrieg, der noch im vorigen Herbst mit Recht als ein Stellungskrieg bezeichnet werden konnte, hat in letzter Zeit wieder stärker den Charakter eines Offensivkrieges angenommen. Diese Verschärfung zu beseitigen und darüber hinaus wieder zu normaleren und besseren Beziehungen auf dem Gebiete des Handels zu gelangen, würde — mehr als vieles andere — zur Entspannung der deutsch-polnischen politischen Beziehungen, wie sie in den Verlautbarungen des Herrn Reichskanzlers programmatisch verkündigt worden ist und auch aus der Danziger Initiative zu einer Vereinigung der Streitfragen mit Polen erkennbar wird, in allerstärkstem Maße beitragen.

v. Moltke

Nr. 31. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Deutschen Gesandten in Warschau

Erlaß

Berlin, den 25. September 1933

Die Auffassung, daß im Zuge der auf eine Entspannung der deutsch-polnischen Beziehungen hinzielenden Politik jetzt auch wirtschaftspolitische Besprechungen mit Polen wieder angebahnt werden sollten, wird hier geteilt.

Was den materiellen Inhalt der Verhandlungen mit Polen angeht, so müßten zunächst einmal die beiderseitigen Kampfmaßnahmen abgebaut werden. Die Deutsche Regierung ist unter der Voraussetzung einer entsprechenden Haltung der Polnischen Regierung hierzu bereit. Wieweit darüber hinaus durch gegenseitige Zugeständnisse, die auf polnischer Seite bei dem dort bestehenden System der Einfuhrverbote und vielfach prohibitiven Zölle praktisch in Einfuhr- und Zollkontingenten bestehen müßten, eine Erweiterung des außerordentlich stark geschrumpften beiderseitigen Handelsvolumens möglich ist, müßten die Verhandlungen ergeben.

Ich bitte ergebenst, die Frage einer Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Besprechungen mit der Polnischen Regierung zu erörtern und über das Ergebnis zu berichten.

von Bülow

Nr. 32. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Deutschen Gesandten in Warschau

Telegramm

Berlin, den 15. November 1933

Die Unterredung des Herrn Reichskanzlers mit Herrn Lipski hat heute vormittag in Gegenwart von Herrn von Neurath stattgefunden und ungefähr eine Stunde gedauert. Das amtliche Communiqué wird durch WTB verbreitet. Dieses Communiqué ist mit Herrn Lipski vereinbart worden, der auch die Genehmigung der Warschauer Regierung eingeholt hat.

Herr Lipski begann die Unterredung, indem er Grüße von Marschall Pilsudski bestellte und dem Wunsch des Marschalls Ausdruck verlieh, die deutsch-polnischen Beziehungen durch unmittelbare Aussprache freundschaftlicher zu gestalten. Er hob dabei hervor, daß es immer der Wunsch des Marschalls gewesen sei, mit Deutschland freundschaftliche Beziehungen zu pflegen. Auf die längere Rede von Herrn Lipski erwiderte der Herr Reichskanzler eingehend, indem er zunächst ausführte, daß sein Standpunkt als Nationalsozialist bekannt sei; er rechne mit Realitäten und betrachte den Bestand des polnischen Staates als etwas Gegebenes. Ähnlich wie in seiner Reichstagsrede vom Mai d. J. hat der Herr Reichskanzler ausgeführt, daß er ein Gegner jeder gewaltsamen Nationalisierung fremder Gebietsteile sei. Polen und Deutschland seien nun einmal Nachbarvölker, dieser Tatsache müsse Rechnung getragen werden, und es sei ein Unsinn, etwa wegen kleiner Grenzberichtigungen einen Krieg zu führen. Allerdings müsse er betonen, daß durch den Friedensvertrag von Versailles ein Zustand geschaffen worden sei, der für Deutschland unerträglich sei und jeden Deutschen immer schmerzen müsse. Er glaube, daß es ebensogut möglich gewesen wäre, dem Wunsche Polens auf freien Zugang zum Meere auf einem anderen Wege zu entsprechen. Er sei Soldat gewesen, er kenne den Krieg und wisse auch, daß ein siegreicher Krieg keinem Teil dauernd nur Vorteil bringen würde, und, gemessen an den Opfern, in keinem Verhältnis stehen würde zu dem Gewinn. Er glaube aber, daß bei gutem Willen und bei Schaffung einer geeigneten Atmosphäre auch schwierige Fragen einer friedlichen Lösung entgegengeführt werden könnten. In diesem Sinne begrüße er die Anregung Marschall Pilsudskis, und er sei seinerseits zu einer Erklärung durchaus bereit, daß die Deutsche Regierung die Absicht habe, auf eine gewaltsame Lösung der zwischen Deutschland und Polen schwebenden Fragen zu verzichten.

Bülow

Nr. 33. Der Reichsminister des Auswärtigen an den Deutschen Gesandten in Warschau

Telegramm

Berlin, den 24. November 1933

Der Herr Reichskanzler ist mit dem Ihnen hier bereits persönlich übergebenen Entwurf einer deutsch-polnischen Erklärung einverstanden. Der Herr Reichskanzler ist ferner damit einverstanden, daß Sie diesen Entwurf in einer Audienz dem Marschall Pilsudski im Namen des Herrn Reichskanzlers übergeben. Ich bitte Sie, sofort diese Audienz in geeigneter Form nachzusuchen und auf schnelle Anberaumung des Termins zu drängen.

Ich bitte bei der Audienz etwa folgendes auszuführen: Der Herr Reichskanzler erwidere mit bestem Dank die Grüße des Marschalls. Er habe mit Genugtuung die Stellungnahme des Marschalls begrüßt, dessen Ideen von ihm durchaus geteilt würden, wie sich aus dem vereinbarten Pressecommuniqué ergebe. Der Reichskanzler sei der Ansicht, daß es zweckmäßig sei, es nicht bei diesem Communiqué zu belassen, sondern eine Form zu finden, welche die Gedanken und die Willensrichtung der beiden Regierungen klarer präzisiere und einen nachhaltigeren politischen Effekt habe. Sie seien deshalb beauftragt, den Entwurf einer Erklärung zu überreichen, wie sie von beiden Regierungen abgegeben werden könnte, um zu dem gewünschten Ziele zu gelangen. Zur Begründung dieses Entwurfs wäre weiter auszuführen, daß es dem Herrn Reichskanzler gut erscheine, nicht mit den hergebrachten alten Begriffen und schon etwas abgegriffenen Formulierungen zu operieren, sondern anstatt dessen eine Form zu wählen, die den politischen Entschluß der beiden Regierungen unzweideutig in Erscheinung treten lasse und auf die Öffentlichkeit einen stärkeren Eindruck machen würde als die nicht mehr in besonderem Ansehen stehende übliche Paktform. Dabei wäre aber zu betonen, daß die in dem Entwurf gewählte Form nichts an dem bindenden Charakter der Abmachungen ändere, wie sich schon aus der am Schluß vorgesehenen Ratifizierung ergäbe.

Zu Ihrer Information möchte ich noch darauf hinweisen, daß die Fassung der von uns vorgeschlagenen Erklärung in keiner Weise die Anerkennung der heutigen deutschen Ostgrenzen in sich schließt, sondern im Gegenteil zum Ausdruck bringt, daß mit dieser Erklärung eine Grundlage für die Lösung aller Probleme, also auch der territorialen Probleme, geschaffen werden soll.

Neurath

Nr. 34. Der Deutsche Gesandte in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 28. November 1933

Empfang bei Marschall Pilsudski hat heute nachmittag stattgefunden. Die Unterredung, bei der Außenminister Beck zugegen war und die etwa 1¼ Stunde dauerte, trug einen betont freundlichen Charakter, wie überhaupt die für hiesige Verhältnisse ungewöhnlich schnelle Anberaumung des Empfangs als besondere Aufmerksamkeit zu werten ist.

Der Marschall, der in Unterhaltung gern vom sachlichen Thema abschweift, um persönliche Erinnerungen, meistens militärischer Art, einzuflechten, macht einen geistig frischen, körperlich aber über seine Jahre hinaus gealterten und fast gebrechlichen Eindruck. Seine Grundeinstellung zu dem erörterten Fragenkomplex war gekennzeichnet durch eine immer wieder zum Ausdruck kommende sympathische Anerkennung der Persönlichkeit des Reichskanzlers, dessen aufrichtigen Friedenswillen er im Laufe der Unterhaltung wiederholt unterstrich.

Ich begann die Unterredung mit Übermittlung der Grüße des Reichskanzlers, die Pilsudski mit sichtlicher Befriedigung entgegennahm. Nach der weisungsgemäß erfolgten Darlegung über die von uns gewählte Form der „Erklärung" habe ich diese dem Wunsch des Marschalls entsprechend auf deutsch vorgelesen und durch Erläuterungen in der ihm geläufigeren französischen Sprache ergänzt.

Pilsudski äußerte sich zustimmend zu Grundgedanken des deutschen Vorschlags. Er billigte insbesondere, und zwar in der ihm eigenen drastischen Ausdrucksweise, die Wahl einer neuartigen Formulierung und den ihm besonders sympathischen Verzicht auf die verhaßten Paragraphen, ließ aber vorsichtshalber durchblicken, daß manchmal auch altergebrachte Formen und Paragraphen ihren Wert hätten. Er erklärte, daß er naturgemäß nicht in der Lage sei, zu Einzelheiten des Entwurfs Stellung zu nehmen, daß er aber ein besonderes Bedenken schon jetzt hervorheben wolle, und zwar die Bezugnahme auf den Schiedsvertrag von Locarno, der in Polen einen schlechten Klang habe. Hinsichtlich des weiteren Prozedere setzte der Marschall des längeren auseinander, wem alles der Entwurf zur Prüfung und Begutachtung vorgelegt werden müsse, und wies wiederholt darauf hin, daß dieses Verfahren geraume Zeit in Anspruch nehmen würde. Im weiteren Verlauf der Unterredung unterstrich Pilsudski den Wunsch, die deutsch-polnischen Beziehungen auch seinerseits auf eine freundnachbarliche Basis zu bringen, betonte aber mit einer Deutlichkeit, wie ich sie bisher von polnischen Politikern kaum gehört habe, daß sich aus der 1000 Jahre alten Deutschfeindlichkeit des polnischen Volkes große Schwierigkeiten bei der Durchführung dieser Politik ergeben würden. Diese Politik dürfe infolgedessen nicht auf Gefühlsmomente, sondern nur auf Erwägungen der Vernunft aufgebaut werden. Seiner Behauptung, daß die Verhältnisse in Deutschland ähnlich lägen, widersprach ich und betonte unter Hinweis auf Vorfälle der letzten Zeit die Notwendigkeit, eine planmäßige Verständigungspolitik einzuleiten, wie das bereits von seiten Deutschlands z. B. auf dem Gebiet der Presse in wirksamer Weise geschehen sei. Meine Darlegungen beantwortete Pilsudski, indem er seiner grenzenlosen Verachtung für die Presse Ausdruck verlieh, mit der er nichts zu tun haben wolle, gab aber zu, daß es nützlich sei, auf die politischen Organisationen einzuwirken.

Abschließend erwähnte ich den Wunsch des Reichskanzlers, auch auf wirtschaftlichem Gebiet zu normalen Beziehungen zu gelangen. Pilsudski erwiderte, daß seinerzeit nur ein einziger Minister im polnischen Ministerium dem Zollkrieg widersprochen habe, während heute sich wohl kaum ein Minister finden würde, der die Fortführung dieses unseligen Krieges gutheiße. Allerdings sei Polen, das sich ohne jegliche Reserve durch die Wirtschaftskrise durchgekämpft habe, darauf angewiesen, einen wirtschaftlich tragbaren Ausgleich zu suchen.

Moltke

Nr. 35. Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Gesandten

Aufzeichnung

Berlin, den 9. Januar 1934

Der Polnische Gesandte hat mich heute aufgesucht und hat mir einen abgeänderten Entwurf für eine Erklärung über die Regelung der deutsch-polnischen Beziehungen übergeben. Der Gesandte hat dabei darauf hingewiesen, daß die Polnische Regierung sich bemüht habe, unserem Entwurf so nahe als möglich zu kommen. Er habe die Vollmacht zur Zeichnung und sei jederzeit dazu bereit.

Ich erklärte Herrn Lipski, ich müßte natürlich den polnischen Entwurf zunächst durchsehen, ehe ich zu ihm Stellung nehmen könnte, würde ihm aber so bald wie möglich Mitteilung darüber zukommen lassen, ob und welche Wünsche wir etwa noch zu äußern hätten.

Mir scheint besonders bedenklich der Vorschlag, daß unter die Erklärung nicht solche Fragen fallen sollen, „welche nach internationalem Recht zur ausschließlichen Zuständigkeit der Staaten gehören". Damit wird offensichtlich bezweckt, die Frage der Behandlung der deutschen Minderheit in Polen von einer direkten Aussprache zwischen der Deutschen und der Polnischen Regierung auszuschließen.

Frhr. von Neurath

Nr. 36. Aufzeichnung des Direktors der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 22. Januar 1934

Der Polnische Gesandte sagte sich am Sonnabend, den 20. d. M., bei mir zu einer Fortsetzung unserer Besprechungen an. Er erzählte, daß er inzwischen in Warschau die von mir gestellten Fragen in seinem Ministerium und vor allem mit Marschall Pilsudski besprochen habe.

Bei der Erörterung des polnischen Vorschlags, wonach die Erklärung sich nicht auf die zur ausschließlichen Zuständigkeit der Staaten gehörenden Fragen erstrecken sollte, beantwortete Herr Lipski meine frühere Frage dahin, daß man damit nur die Einmischung in innere Angelegenheiten des Landes ausschließen wolle. In Polen hätten sich, wie er behauptete, z. B. im letzten Jahr hier und da Bestrebungen geltend gemacht, der Behandlung der Juden in Deutschland entgegenzutreten. Das habe die Regierung selbstverständlich abgelehnt. Es sei gut, in der Erklärung derartige Möglichkeiten ausdrücklich auszuschließen. Ich nahm Herrn Lipski beim Wort und sagte ihm, wenn die Polnische Regierung nichts anderes bezwecke, dann solle sie doch ihren Vorschlag auch dementsprechend formulieren, damit die Öffentlichkeit sehe, was gemeint sei. Er erklärte daraufhin, man werde sich in Warschau mit folgender Fassung zufriedengeben:

„Die beiden Regierungen stellen fest, daß diese Erklärung sich nicht auf solche Fragen erstreckt, die nach internationalem Recht ausschließlich als innere Angelegenheiten eines der beiden Staaten anzusehen sind."

Diese Formel hat gegenüber der alten Formel den Vorteil, daß sie die Minderheitenfrage nicht mehr von einer eventuellen diplomatischen Besprechung zwischen Deutschland und Polen ausschließt. Denn die Minderheitenfragen sind zweifellos keine Fragen, die nach internationalem Recht ausschließlich als innere Angelegenheiten eines Landes angesehen werden könnten.

Gaus

Nr. 37. Erklärung der Deutschen und der Polnischen Regierung, 26. Januar 1934

Die Deutsche Regierung und die Polnische Regierung halten den Zeitpunkt für gekommen, um durch eine unmittelbare Verständigung von Staat zu Staat eine neue Phase in den politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen einzuleiten. Sie haben sich deshalb entschlossen, durch die gegenwärtige Erklärung die Grundlage für die künftige Gestaltung dieser Beziehungen festzulegen.

Beide Regierungen gehen von der Tatsache aus, daß die Aufrechterhaltung und Sicherung eines dauernden Friedens zwischen ihren Ländern eine wesentliche Voraussetzung für den allgemeinen Frieden in Europa ist. Sie sind deshalb entschlossen, ihre gegenseitigen Beziehungen auf die im Pakt von Paris vom 27. August 1928 enthaltenen Grundsätze zu stützen, und wollen, insoweit das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen in Betracht kommt, die Anwendung dieser Grundsätze genauer bestimmen.

Dabei stellt jede der beiden Regierungen fest, daß die von ihr bisher schon nach anderer Seite hin übernommenen internationalen Verpflichtungen die friedliche Entwicklung ihrer gegenseitigen Beziehungen nicht hindern, der jetzigen Erklärung nicht widersprechen und durch diese Erklärung nicht berührt werden. Sie stellen ferner fest, daß diese Erklärung sich nicht auf solche Fragen erstreckt, die nach internationalem Recht ausschließlich als innere Angelegenheiten eines der beiden Staaten anzusehen sind.

Beide Regierungen erklären ihre Absicht, sich in den ihre gegenseitigen Beziehungen betreffenden Fragen, welcher Art sie auch sein mögen, unmittelbar zu verständigen. Sollten etwa Streitfragen zwischen ihnen entstehen und sollte sich deren Bereinigung durch unmittelbare Verhandlungen nicht erreichen lassen, so werden sie in jedem besonderen Falle auf Grund gegenseitigen Einvernehmens eine Lösung durch andere friedliche Mittel suchen, unbeschadet der Möglichkeit, nötigenfalls diejenigen Verfahrensarten zur Anwendung zu bringen, die in den zwischen ihnen in Kraft befindlichen anderweitigen Abkommen für solchen Fall vorgesehen sind. Unter keinen Umständen werden sie jedoch zum Zweck der Austragung solcher Streitfragen zur Anwendung von Gewalt schreiten.

Die durch diese Grundsätze geschaffene Friedensgarantie wird den beiden Regierungen die große Aufgabe erleichtern, für Probleme politischer, wirtschaftlicher und kultureller Art Lösungen zu finden, die auf einem gerechten und billigen Ausgleich der beiderseitigen Interessen beruhen.

Beide Regierungen sind der Überzeugung, daß sich auf diese Weise die Beziehungen zwischen ihren Ländern fruchtbar entwickeln und zur Begründung eines gutnachbarlichen Verhältnisses führen werden, das nicht nur ihren beiden Ländern, sondern auch den übrigen Völkern Europas zum Segen gereicht.

Die gegenwärtige Erklärung soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen so bald als möglich in Warschau ausgetauscht werden. Die Erklärung gilt für einen Zeitraum von 10 Jahren, gerechnet vom Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden an. Falls sie nicht von einer der beiden Regierungen 6 Monate vor Ablauf dieses Zeitraums gekündigt wird, bleibt sie auch weiterhin in Kraft, kann jedoch alsdann von jeder Regierung jederzeit mit einer Frist von 6 Monaten gekündigt werden.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und polnischer Sprache.

Berlin, den 26. Januar 1934

Für die Deutsche Regierung:	Für die Polnische Regierung:
C. Freiherr von Neurath	Józef Lipski

Nr. 38. Der Deutsche Gesandte in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 27. Januar 1934

Außenminister Beck, der mich heute zu sich bat, äußerte sich dankbar und mit lebhafter Befriedigung über Zustandekommen deutsch-polnischer Vereinbarung. Die Bedeutung dieses Ereignisses, das man wohl als historisch bezeichnen könne, sei für ihn und ganz besonders für den Marschall Pilsudski noch erhöht worden durch die Worte, die der Herr Reichskanzler an den Polnischen Gesandten gerichtet habe. Der Eindruck in polnischer Öffentlichkeit sei außerordentlich und stärker, als er erwartet habe. So habe zum Beispiel Bekanntgabe in größtem Konzertsaal Warschaus lebhaften Applaus Publikums hervorgerufen, und selbst in der Provinz habe Zeitungsauflage verdreifacht werden müssen. Es zeige sich, daß nach Fehlschlag von internationalen Konferenzen und Pakten eine mutige und von Führerwillen zeugende Politik starke Wirkung ausübe, insbesondere wenn sie allgemein vorhandenem Friedensbedürfnis Rechnung trage. Hierin liege Ansporn für Weiterverfolgung dieser Linie.

Die Oppositionsparteien hätten sich noch nicht geäußert. Er fürchte sie auch nicht und werde in der nächsten Woche Gelegenheit nehmen, seine Politik vor dem Sejm zu vertreten.

Die Aufnahme in der Weltöffentlichkeit sei, soweit ihm bisher Nachrichten vorlägen, durchweg günstig. Insbesondere begrüße er das diesbezügliche Havas-Communiqué, das ihm Anlaß gegeben habe, den Polnischen Botschafter in Paris zu beauftragen, der Französischen Regierung Dank auszusprechen.

Moltke

II. Keine Besserung der Lage der Deutschen Volksgruppe durch die Deutsch-Polnische Verständigungspolitik
(November 1933 bis August 1934)

Nr. 39. Der Deutsche Konsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Telegramm

Thorn, den 25. November 1933

Deutsche Wahlversammlung Graudenz, Montag, 20. 11., wurde gestört durch angeblich bezahlte Elemente, als Generalsekretär deutscher Volksgruppe über deutsch-polnische Verständigung sprach. Dieselben Elemente sind Urheber blutigen Zwischenfalls am Donnerstag.

Donnerstag stattfand in Loge Sitzung Vertrauensmänner für deutsche Liste bei Stadtverordnetenwahlen. Gegen 21 Uhr erschienen erwähnte Elemente, die Anwesende mit Bierkrügen bewarfen und verletzten. Gegen 23 Uhr forderte die Polizei Anwesende zum Heimgehen auf. Älteste Versammlungsteilnehmer konnten unbehelligt heimkehren. Jüngere verließen Loge gegen 24 Uhr geschlossen, begleitet von etwa sechs Polizisten. Diese leiteten Versammlungsteilnehmer in dunkle Seitengasse, wo Angriff besagter Elemente erfolgte.

Mehr als zwölf Verletzte, wovon einer auf Transport gestorben, ein anderer in Lebensgefahr.

Laut Angabe Gewährsleute besteht begründeter Verdacht, daß Angreifer Schützen-Verband angehören und von Regierungspartei gebungen sind.

In Vertretung

Hoops

Nr. 40. Der Deutsche Gesandte in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 29. November 1933

Ich habe in einer Unterredung, die ich aus anderem Anlaß mit dem Außenminister hatte, Gelegenheit genommen, diesen auf die Graudenzer Ausschreitungen anzusprechen. Ich verwies ihn insbesondere auf die starke Erregung, die hierüber in der deutschen Öffentlichkeit entstanden sei, wodurch die erfreuliche Besserung der Atmosphäre wieder gefährdet würde.

Herr Beck erwiderte, daß er diese Vorfälle ebenfalls bedauere. Im übrigen versuchte er, die Ausschreitungen mit der bei Wahlen in allen Ländern zu konstatierenden Aufpeitschung der politischen Leidenschaften zu entschuldigen. Erst mein Hinweis auf die antideutsche Propagandawoche des Westmarkenvereins und den Kontrast, der zwischen solchen unzeitgemäßen Kundgebungen und den beiderseitigen Regierungserklärungen besteht, veranlaßte den Außenminister zu der Erklärung, daß energische Maßnahmen gegen die Täter ergriffen werden würden und daß er sich mit dem Minister des Innern in Verbindung setzen wolle, um der Verhetzung entgegenzuwirken.

Ich darf bitten, die Tatsache meiner Intervention in dieser Angelegenheit nicht in der Presse zu verwerten, da es ohnehin schon große Schwierigkeiten bereitet, Minderheitsfragen hier offiziell zur Sprache zu bringen und eine Veröffentlichung noch weiter erschwerend wirken würde.

von Moltke

Nr. 41. Der Deutsche Gesandte in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 28. Dezember 1933

Der Präsident der Gemischten Kommission in Kattowitz, Präsident Calonder, hat sich kurz vor Weihnachten zwei Tage lang in Warschau aufgehalten, um nach verhältnismäßig langer Zeit wieder einmal den Kontakt mit der Polnischen Regierung aufzunehmen. Bei einem größeren Diner, das von dem Unterstaatssekretär Graf Szembek am Abend veranstaltet wurde, bin ich als einziger auswärtiger Vertreter zugezogen gewesen, eine Aufmerksamkeit, die immerhin im Rahmen der gegenwärtigen Verständigungspolitik eine gewisse Beachtung verdient. Ich hatte nach dem Essen Gelegenheit zu einer längeren Unterhaltung mit Präsident Calonder. Er erklärte, von seiner Unterredung mit Außenminister Beck sehr befriedigt zu sein, wenn er auch den Eindruck nicht los werden könne, daß diesem bei seinem starken Selbständigkeitsdrang jede internationale Kontrolle äußerst zuwider sei. Immerhin würden die Dinge in Oberschlesien wesentlich besser liegen, wenn auch dort die Beckschen Auffassungen über die Behandlung der Minderheit geteilt würden.

Leider sei dies aber keineswegs der Fall, und zu seinem großen Bedauern müsse er feststellen, daß auch die erfreulicherweise von Deutschland und Polen verfolgte Politik der Verständigung in dieser Hinsicht noch keinerlei Besserung gebracht habe. Er habe sogar den Eindruck, daß die Provinzialbehörden sich gegen diesen Verständigungsgedanken innerlich auflehnten und daß sie versuchten, durch scharfes Vorgehen gegen die Minderheit ein Gegengewicht gegen die Warschauer Politik zu schaffen oder aber faits accomplis herzustellen, für den Fall, daß die Verständigungspolitik wirklich Fortschritte mache.

Auf meine Frage, ob er mit der Entwicklung, die die Dinge in Deutsch-Oberschlesien genommen hätten, zufrieden sei, antwortete Präsident Calonder, daß er im Frühjahr große Sorge gehabt habe, daß aber inzwischen eine ganz wesentliche Besserung eingetreten sei, so daß er in dem deutschen Teil seines Bezirkes, abgesehen von einigen kleineren Fragen, kaum Anlaß zu irgendeiner Beanstandung habe. Im übrigen freue er sich ganz besonders darauf, Anfang Januar dem Herrn Reichskanzler, für dessen geniale Politik er aufrichtige Bewunderung habe, seinen Besuch machen zu können.

von Moltke

Nr. 42. Der Deutsche Konsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 31. März 1934

Die nach Abschluß des Zehnjahrespaktes veröffentlichte neue Namensliste zur Agrarreform 1934 ist ein deutlicher Beweis dafür, daß seit dem Abschluß des Verständigungsabkommens, abgesehen von einigen äußeren Zeichen einer Besserung der Atmosphäre, alles beim alten geblieben ist. In dieser Liste sind 11 Güter, davon 10 deutsche, aufgeführt. In Hektar ausgedrückt, entfallen von den beanspruchten 1,475 ha rund 1,032 auf deutschstämmigen Besitz. 8 von diesen 10 Gütern haben bereits auf früheren Namenslisten gestanden, 5 davon haben keine Zuschläge erhalten und sind infolgedessen so reduziert, daß sie nicht mehr lebensfähig erscheinen. Alle 10 Güter standen und stehen wirtschaftlich sehr gut, was von den danebenliegenden polnischen Gütern nicht gesagt werden kann. Trotzdem erhalten letztere noch Zuschläge. Das rigorose polnische Vorgehen verstößt nicht nur offen gegen den Geist des Zehnjahrespaktes, sondern entspricht auch nicht dem Wunsche des Völkerbundes, der seinerzeit in Genf die Wiedergutmachung der seitherigen polnischen Agrarmaßnahmen forderte.

von Küchler

Nr. 43. Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt

Bericht

Kattowitz, den 15. April 1934

Am 13. April 1934 fand in Antonienhütte — Ostoberschlesien — ein Protestumzug des Aufständischen-, des Schützen- und des Reservistenverbandes unter Beteiligung von etwa 500 Personen gegen die deutsche Minderheit und die deutschen Verbände statt. Zwei Polizeibeamte begleiteten den Umzug. Während des Umzuges, der sich durch sämtliche Straßen in Antonienhütte bewegte, spielte die Reservistenkapelle. Es wurden polnische Lieder gesungen. In den Straßen, in denen deutsche Minderheitsangehörige wohnen, wurden von mehreren Umzugsteilnehmern, die mit Pistolen bewaffnet waren, etwa 25 bis 30 Schüsse abgegeben. Von den Sprechchören wurde folgendes ausgerufen: „Nieder mit den deutschen Minderheitsschulen und Verbänden! Es lebe die polnische Schule, nieder mit dem Verständigungspakt!" Gegen 21 Uhr löste sich der Umzug vor dem Rathaus auf. Nach dem Umzug wurden mehrere deutsche Minderheitsangehörige von den Aufständischen auf der Straße belästigt und bedroht.

In Vertretung

Quiring

Nr. 46. Der Deutsche Konsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 28. Juni 1934

Ich hatte wiederholt Gelegenheit, zu berichten, daß der Zehnjahrespakt zwischen Deutschland und Polen zwar nach außen hin eine gewisse Entspannung gebracht habe, daß aber im übrigen im Verhältnis Polens zu Deutschland, insbesondere was die Behandlung der Minderheit anlangt, in diesem Gebiet keine Änderung zu verspüren sei.

Dies zeigt sich auch auf dem Gebiet der Schule. So wurde kürzlich der in Thorn an dem einzigen staatlichen Gymnasium mit deutscher Unterrichtssprache tätige Oberlehrer Paul Brien in den Ruhestand versetzt. Wie ich festgestellt habe, waren keine pädagogischen Gründe für die Entlassung maßgebend. Sie liegt vielmehr im Zuge der polnischen Bestrebungen, dieses alte deutsche Gymnasium allmählich in ein polnisches umzuwandeln. Ein deutscher Lehrer nach dem anderen ist hier durch einen polnischen ersetzt worden. Aber man hatte gehofft, daß dieser zielbewußte Umwandlungsprozeß nach dem Zehnjahrespakt eingestellt werden würde. Mit der Abberufung des Oberlehrers Brien wird das Kollegium nunmehr aus neun polnischen und drei deutschen Lehrern bestehen. Unter diesen Umständen kann das Gymnasium nicht mehr als eine deutsche Lehranstalt angesehen werden.

von Küchler

III. Polen entzieht sich der Minderheitenkontrolle des Völkerbundes
(September bis November 1934)

Nr. 48. Der Deutsche Konsul in Genf an das Auswärtige Amt

Telegramm

Genf, den 7. September 1934

Aus der gestrigen Unterredung mit einem hohen Beamten Völkerbundssekretariats über polnischen Minderheiten-Antrag ist folgendes bemerkenswert:

1. Nach Auffassung Sekretariats besteht keine Aussicht, daß Polens Antrag Verallgemeinerung des Minderheitenschutzes durchdringt, weil sowohl Großmächte wie andere Staaten dagegen sind.

2. Auch Aussichten dafür, daß Polen daraufhin nach Ablehnung Generalisierung des Minderheitenschutzes mit Erfolg Forderung nach Befreiung der ihm auferlegten Minderheitenschutz-Bestimmungen stellen könnte, sind nach Auffassung Sekretariats gering. An sich könnte Polen unter Hinweis auf einseitige Belastung mit Minderheitenschutz-Bestimmungen und insbesondere darauf, daß, wie zu erwarten, Rußland bei Eintritt in den Völkerbund keine Auflagen in dieser Beziehung gemacht werden, nach Artikel 12 des polnischen Minderheiten-Vertrages Abänderung der Minderheiten-Vorschriften verlangen, die unter Umständen gänzlicher Abschaffung gleichkame, wozu nach Bestimmungen Artikels einfache Ratsmehrheit genügt. Diesem Versuch wurde jedoch von Großmächten entgegengehalten werden können, daß Minderheitenschutz Voraussetzung für Zuteilung großer Gebiete an Polen und Kleine Entente gewesen sei und daß durch Aufhebung Minderheitenschutz-Verträge Gesamtrevisionsfrage angeschnitten würde. Nach Auffassung Sekretariats sind sowohl Kleine Entente als Griechenland polnischer Initiative durchaus abgeneigt, da sie sich in ähnlicher Lage bezüglich Verbindung von Minderheiten- und Territorial-Fragen befinden.

Krauel

Nr. 49. Aufzeichnung eines Beamten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 13. September 1934

Konsul Krauel telephoniert soeben aus Genf:

Beck habe soeben in der Bundesversammlung eine Rede gehalten, die nahezu ausschließlich der Minderheitenfrage gewidmet war und in der er ausführte, Polen müßte auf Generalisierung der Minderheitenverpflichtungen bestehen; er hätte jedoch gehört, daß verschiedene Staaten sich ablehnend verhalten würden. Er sehe sich deshalb gezwungen, mitzuteilen, daß Polen in Zukunft jede Zusammenarbeit mit den internationalen Organen bei der Kontrolle der Durchführung des Minderheitenschutzsystems durch Polen verweigern würde.

von Kamphoevener

Nr. 50. Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts

Berlin, den 13. September 1934

Der Polnische Gesandte sagte sich heute nachmittag dringend bei mir an und war um ¾7 Uhr bei mir. Er hat ein Telegramm des Außenministers Beck erhalten, mit dem Auftrag, uns eine Erklärung über die in Genf durch Herrn Beck erfolgte

Aufkündigung des Minderheitenvertrages abzugeben. Der Gesandte sei beauftragt, uns mitzuteilen, daß dieser Schritt, von dem wir wohl durch die Presse bereits unterrichtet seien, die Beziehungen der Polnischen Regierung zu den deutschen Minderheiten in keiner Weise ändere, und daß die polnischen Gesetze in bezug auf die Minderheiten und deren Gleichberechtigung im polnischen Staat aufrechterhalten blieben.

Ich sagte dem Polnischen Gesandten, ich nähme von seinen Erklärungen Kenntnis, müsse aber gleich bemerken, daß der zweite Teil der Erklärung uns nicht befriedigen könne, denn zahllose Beschwerden der deutschen Minderheiten in Polen und eine endlose Reihe von Prozessen hätten bewiesen, daß die polnischen Gesetze in bezug auf die Minderheiten praktisch nicht ausreichen. Infolgedessen müßte ich die Stellungnahme der Reichsregierung vorbehalten. Der Gesandte erwiderte, die Erklärung des Ministers Beck sei eine Fortführung der vor zwei Jahren eingeleiteten Politik, die auf eine Verallgemeinerung der Minderheitenverpflichtungen hinziele. Polen könne sich eine Deklassierung nicht länger gefallen lassen.

Ich sagte dem Gesandten, die Erklärung Herrn Becks sei für uns eine Überraschung. Aus der Presse entnähme ich, daß der Polnische Außenminister die Stellungnahme der Mächte zu seinem vor kurzem eingebrachten neuen Antrage bezüglich eines allgemeinen Minderheitenabkommens nicht abgewartet habe. Was uns anlange, so habe die Deutsche Regierung im vorigen Jahr erklärt, daß sie si omnes grundsätzlich bereit sei, ein allgemeines Minderheitenabkommen zu schließen. Hinsichtlich der Deklassierung könne ich seinen Gedankengängen nicht folgen, denn die besondere Auflage, die Polen und den anderen Staaten in bezug auf die Minderheiten auferlegt wurden, sei das Gegenstück zu der für die unterlegenen Mächte besonders ungünstigen Grenzziehung der Pariser Friedenskonferenz. Ich erinnerte ihn an die Note, die Clemenceau am 24. Juni 1919 an den damaligen Polnischen Ministerpräsidenten Paderewski gerichtet hat. Der Polnische Gesandte hatte hierauf nichts mehr zu erwidern.

von Bülow

Nr. 51. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Deutschen Gesandten in Warschau

Telegramm

Berlin, den 15. September 1934

Polnischer Schritt in Minderheitenfrage wird hier wie folgt beurteilt:

Obwohl Herr Beck formell nicht den Minderheitenvertrag als solchen gekündigt, sondern nur die weitere Zusammenarbeit mit den internationalen Organen abgelehnt hat, läuft sein Schritt praktisch auf Lahmlegung Minderheitenschutzsystems hinaus. Minderheitenschutzbestimmungen sind in Verträgen von 1919 zum Ergänzungsstück damaliger territorialer Regelungen gemacht worden. Dies gilt insbesondere für deutsch-polnische Grenze, wie sich aus Artikel 93 Versailler Vertrages, Präambel Minderheitenschutzvertrages und bekanntem Brief Clemenceaus an Paderewski vom 24. Juni 1919 ergibt. Verpflichtung zu Minderheitenschutz war Gegenleistung neuer Staaten für den Erwerb neuer Gebiete, so daß mit Annullierung dieser Gegenleistung im Grunde die gesamten Territorialfragen neu aufgeworfen werden.

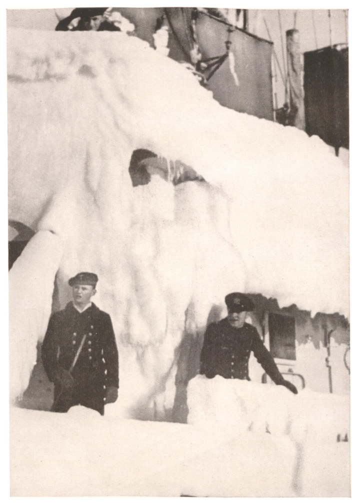
Wir haben die Garantie des Völkerbundes für den Minderheitenschutz praktisch schon längst als für uns wertlos erkannt und haben auf Ausnutzung dieser Garantie durch unseren Austritt aus dem Völkerbund verzichtet. Das ändert aber nichts an der prinzipiellen Bedeutung des polnischen Schrittes und an seinem Zusammenhang mit den territorialen Fragen.

Den Hauptton werden wir unter diesen Umständen auf die Tatsache zu legen haben, daß der Völkerbund, der schon in der Abrüstungsfrage vollkommen versagt hat, nun auch in der wichtigen Minderheitenfrage den Boden unter den Füßen verliert. Wir werden mit größter Aufmerksamkeit verfolgen, wie sich der Völkerbund und wie sich vor allem die früheren Alliierten Hauptmächte als Signatare der Minderheitenschutzverträge zu dem Problem stellen und ihrer Verantwortlichkeit gerecht werden. Die in Genf von Simon und Barthou abgegebenen Erklärungen klingen zwar sehr energisch, schließen aber doch nicht aus, daß es sich hierbei nur um einen Theaterdonner handelt, und daß der Völkerbund nach den bekannten Genfer Gepflogenheiten sich schließlich doch in irgendeiner Form mit dem von Polen geschaffenen fait accompli abfindet. Gegenüber solchen Möglichkeiten müssen wir fortdauernd versuchen, die Verantwortung des Völkerbundes und der Signatarmächte für die Zukunft festzunageln.



Phot.: Presse-Bild-Zentrale

Panzerschiff „Deutschland“ wurde nach erfolgreicher Rückkehr in „Lützow“ umbenannt



Minensuchboot nach einer Wintersturmfahrt

Phot.: Atlantic

Ausschließlich zur persönlichen Information bemerke ich noch:

Am 13. d. M. hat mir der Polnische Gesandte im Auftrage seines Ministers erklärt, daß die Beziehungen der Polnischen Regierung zu den deutschen Minderheiten durch den Genfer Schritt in keiner Weise eine Änderung erfahren, und daß die polnischen Gesetze bezüglich der Minderheiten und deren Gleichberechtigung im polnischen Staat aufrechterhalten blieben. Ich erwiderte, daß diese Erklärung uns nicht genügen könne, da nach unseren praktischen Erfahrungen in der Schutzfrage deutscher Minderheiten in Polen die polnischen Gesetze sich in dieser Hinsicht als unzureichend erwiesen hätten.

Ich habe die Erklärungen des Gesandten unter ausdrücklichem Vorbehalt einer Stellungnahme der Reichsregierung entgegengenommen, dabei aber schon in der oben angedeuteten Weise auf den Zusammenhang des Minderheitenschutzes mit der Territorialfrage und auf die ernste Bedeutung des polnischen Schrittes hingewiesen.

Bülow

Nr. 52. Der Reichsminister des Auswärtigen an den Deutschen Botschafter in Warschau

Erlaß

Berlin, den 14. November 1934

Der Vorstoß der Polnischen Regierung in Genf, wonach sie bis zum Inkrafttreten des von ihr beantragten allgemeinen internationalen Minderheitenschutzsystems jede Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen ablehnt, läuft praktisch auf die Außerkraftsetzung des Minderheitenschutzvertrages hinaus. Es besteht deshalb die Gefahr, daß die Servitut, mit der im Jahre 1919 die Abtretung deutscher Gebietsteile belastet worden ist, beseitigt wird, und daß sich damit der ganze Stand der östlichen Grenzfragen zuungunsten Deutschlands wesentlich verschlechtert. Die einseitige Abänderung des bisher bestehenden Zustandes durch Polen kann daher von uns nicht einfach stillschweigend hingenommen werden. Ein solches Stillschweigen könnte nur als eine Anerkennung des durch den polnischen Vorstoß geschaffenen Zustands ausgelegt werden. Überdies erfordert auch die bedrängte Lage der deutschen Minderheit in Polen einen positiven Schritt der Reichsregierung gegenüber der Polnischen Regierung.

Unter Bezugnahme auf die mündliche Besprechung der Angelegenheit während Ihres letzten Besuches in Berlin bitte ich Sie daher, die Frage bei dem Außenminister Herrn Beck baldmöglichst im Sinne der nachstehenden Ausführungen zur Sprache zu bringen.

1. Die Deutsche Regierung sei der Ansicht, daß es angebracht sei, mit der Polnischen Regierung offen und vertrauensvoll eine Frage zu besprechen, die, wenn sie unerörtert und im unklaren bliebe, leicht einmal zu Mißverständnissen und zu einer Störung der so aussichtsreich begonnenen Neugestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen führen könne. Das sei die Lage, die in der Minderheitenfrage durch den Vorstoß der Polnischen Regierung in Genf geschaffen worden sei.

2. Die Polnische Regierung habe es ja dankenswerterweise auch ihrerseits für richtig gehalten, sich wegen dieses Vorstoßes mit der Deutschen Regierung in Verbindung zu setzen, indem sie alsbald nach der Genfer Tagung durch Herrn Lipski dem Staatssekretär von Bülow habe mitteilen lassen, daß die deutsche Minderheit in Polen auch weiterhin grundsätzlich die Gleichberechtigung genießen werde. Durch diese Mitteilung werde aber die Situation noch nicht ausreichend geklärt. Herr von Bülow habe deshalb bei der Unterredung die Stellungnahme der Deutschen Regierung vorbehalten.

3. Sie seien beauftragt, vorweg festzustellen, daß es nicht etwa unsere Absicht sei, den von Polen gegen die Mitwirkung des Völkerbundes in Minderheitenfragen gemachten Vorstoß als solchen zum Gegenstand der Erörterung zu machen und die Behandlung dieser Fragen wieder auf das internationale Gleis zu schieben. Wir könnten uns an der Mitwirkung des Völkerbundes desinteressieren, weil wir sie längst als wertlos erkannt hätten. Außerdem sei es ja aber einer der wichtigsten Zwecke der deutsch-polnischen Vereinbarung vom Januar d. J., deutsch-polnische Fragen nicht vor internationalen Instanzen, sondern im unmittelbaren Gedankenaustausch zu erörtern. Wir hätten auch Verständnis dafür, daß sich Polen durch ein internationales Kontrollverfahren beeinträchtigt fühle.

4. Das ändere aber nichts an dem Faktum, daß in den vom Reich an Polen abgetretenen Gebieten eine große Zahl von Menschen deutschen Stammes lebe und daß die diesen Menschen zugesicherten Minderheitsrechte ein integrierender Bestand-

teil der Gesamtregelung von 1919 seien. An dem Schicksal dieser Bevölkerungsteile könne sich Deutschland unmöglich desinteressieren. Ein solches Desinteressement würde im deutschen Volk keinerlei Verständnis finden. Die deutsche Presse habe zwar auf Wunsch der Reichsregierung im Interesse der deutsch-polnischen Beziehungen in der letzten Zeit die Lage der deutschen Minderheit in Polen nur wenig erörtert; das dürfe aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß uns das Schicksal der deutschen Volksgenossen und ihre Behandlung durch Staat und Volk in Polen nicht gleichgültig sein könne.

5. Dies prinzipiell zum Ausdruck zu bringen, sei der Zweck Ihres Schrittes. Um jeder etwaigen Mißdeutung dieses Schrittes vorzubeugen, seien Sie ermächtigt zu erklären, daß die Deutsche Regierung nicht daran denke, ihr Eintreten für die deutsche Minderheit in Polen in der einen oder anderen Weise zum Hebel für eine Aufrollung von Grenzfragen zu machen. Wir hofften, daß die Polnische Regierung diese Erklärung gebührend würdige. Durch sie und durch unser Desinteressement an der Frage einer Völkerbundskontrolle würden von uns Voraussetzungen geschaffen, die es ermöglichten, daß Fragen der deutschen Minderheiten zwischen Deutschland und Polen ebenso unbefangen und sachlich erörtert würden, wie das z. B. zwischen Deutschland und Ungarn geschehe. Der Erörterung sei auf diese Weise von vornherein jede denkbare Schärfe genommen. Andererseits aber werde so verhütet, daß das zwischen den beiden Staaten nun einmal bestehende Problem sich eines Tages zu einem Störungsfaktor in der Entwicklung ihrer Beziehungen auswachse.

6. Wenn es Ihnen auch bei der ersten Unterredung hauptsächlich auf die grundsätzliche Seite der Sache ankomme, möchten Sie die Gelegenheit doch nicht vorübergehen lassen, ohne darauf hinzuweisen, daß gerade in letzter Zeit sehr viele Beschwerden der deutschen Minderheit in Polen bekanntgeworden seien, die doch bewiesen, daß die polnischen Gesetze nicht ausreichten und daß die Praxis der polnischen Behörden den von der Polnischen Regierung uns mitgeteilten Absichten nicht entspreche.

Sollte Herr Beck in der Weise auszuweichen suchen, daß er zwar, ähnlich wie Herr Lipski, gute Behandlung der Minderheit zusichert, dabei aber betont, daß das ganze Problem ausschließlich Sache der polnischen Autonomie sei, so bitte ich ihm zu sagen, daß es uns nicht so sehr darauf ankomme, auf Grund welcher Art von Bestimmungen — d. h. ob auf Grund internationaler Vertragsbestimmungen oder auf Grund autonomer polnischer Gesetzesvorschriften — die Minderheit gut behandelt würde, sondern darauf, daß sie gut behandelt würde.

Sollte Herr Beck im Laufe des Gesprächs die Rede auf das Problem der polnischen Minderheit im Reich bringen, so bitte ich darauf hinzuweisen, daß diese Frage doch auf einer anderen Ebene liege. Eine Vergleichsmöglichkeit sei schon deshalb nicht gegeben, weil die Lage der polnischen Minderheit im Reich sich durch das freiwillige Entgegenkommen deutscherseits auf einer ansteigenden Linie entwickelt habe, während im Laufe der Jahre bei der deutschen Minderheit in Polen leider eine zunehmende Verschlechterung habe festgestellt werden müssen. Getreu der wiederholten Erklärung des Führers und Reichskanzlers, wonach beim deutschen Volk die Achtung vor fremdem Volkstum der Liebe zum eigenen Volk zur Seite stehe, habe gerade der nationalsozialistische Staat diese seine Anschauung gegenüber den im Reich lebenden Angehörigen polnischen Volkstums in die Praxis umgesetzt.

Einem Bericht über die Ausführung dieses Erlasses und die Aufnahme Ihres Schrittes sehe ich mit besonderem Interesse entgegen.

Frhr. von Neurath

Nr. 53. Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 19. November 1934

Ich habe heute den Vorstoß der Polnischen Regierung in der Frage der Minderheit weisungsgemäß bei dem Außenminister Herrn Beck zur Sprache gebracht. Dabei habe ich unseren Wunsch nach einer Vertiefung der deutsch-polnischen Beziehungen unterstrichen und hervorgehoben, daß auch die gegenwärtige Demarche letzten Endes diesem Ziele diene. In diesem Zusammenhang habe ich u. a. auch zu erkennen gegeben, daß der Führer und Reichskanzler für die Frage ein besonderes Interesse bekundet hat. Als Petitum habe ich im Anschluß an den Hinweis auf die ungünstige Lage der deutschen Minderheit die Bitte ausgesprochen, durch nachdrückliche Weisung an die untergeordneten Organe dafür zu sorgen, daß die praktische Behandlung der Minderheit mit dem Geiste in Einklang gebracht würde, der unserer Verständigungspolitik entspricht.

Herr Beck, der bei keinem Punkte meiner Darlegungen ein besonderes Erstaunen oder Unruhe zu erkennen gab, erwiderte etwa folgendes:

Er lege Wert darauf, zunächst zum Ausdruck zu bringen, eine wie große Achtung man hier in Polen dem Herrn Reichskanzler gegenüber empfinde und wie sehr man die mutige und loyale Gesinnung wertschätze, mit der er dem deutsch-polnischen Problem gegenübergetreten sei. Die Hochachtung vor dem Herrn Reichskanzler sei hier eine allgemeine, und was er mir hierüber gesagt habe, entspreche nicht nur seiner eigenen Auffassung, sondern auch — wie er erst dieser Tage wieder habe feststellen können — der des Marschall Pilsudski und des Herrn Ministerpräsidenten. Ich könne deshalb überzeugt sein, daß jede Anregung, die von dem Herrn Reichskanzler oder seiner Regierung ausgehe, hier von vornherein einer gründlichen, vorurteilslosen und wohlwollenden Prüfung sicher sei. Was nun die in Genf abgegebene polnische Erklärung über die Minderheitenfrage anbelange, so lege er Wert darauf, auch seinerseits noch einmal nachdrücklich festzustellen, daß dieser Schritt in keiner Weise gegen die deutsche Minderheit gerichtet gewesen sei. Der Schritt sei vielmehr hervorgerufen worden durch die unglaubliche Behandlung, die der Völkerbund in letzter Zeit gegenüber Polen für gut befunden habe. Im Völkerbund säßen Leute, die nichts könnten, als sich und anderen Ärger zu bereiten und die den Realitäten kein Verständnis entgegenbrächten. Schon seit einem Jahre habe er versucht, durch Worte und Handlungen dem Völkerbund zu verstehen zu geben, daß Polen sich eine solche Behandlung nicht mehr gefallen ließe und daß es so nicht weitergehen könne. Da man in Genf keine Einsicht gehabt habe, sei Polen schließlich zu seiner Erklärung gezwungen worden, und er freue sich, aus meinen Darlegungen zu entnehmen, daß wir für die polnische Auffassung Verständnis hätten. Aber all das habe nichts mit der deutschen Minderheit zu tun. Er könne versichern, daß die Minderheitenrechte auch weiterhin auf Grund der polnischen Verfassung geschützt werden würden. Diese Rechte, die zweifellos aus der alten Verfassung demnächst auch in die neue übernommen werden würden, beruhten nicht auf irgendwelchen theoretischen Erwägungen, sondern entsprächen der Auffassung, die Polen von dem Begriff des Staates und des Zusammenlebens der Bevölkerungsschichten hätte. Er glaube auch nicht, daß diese Grundsätze nur ein toter Buchstabe seien. Gewiß herrsche zur Zeit eine schwere wirtschaftliche Krisis, und hierdurch würden vielleicht häufig gewisse Schärfen in die Beziehungen zwischen Staatsvolk und Minderheit hineingetragen. Aber er sei überzeugt, daß auch das sich allmählich bessern werde. Wenn bei den unteren Verwaltungsorganen noch nicht alles so sei, wie es sein müßte, so sei er gern bereit, mit seinen Kollegen zu sprechen und ihnen nahezulegen, daß sie noch einmal ihre Auffassungen, die im übrigen den von ihm dargelegten Grundsätzen entsprächen, den nachgeordneten Stellen mitteilen, und er hoffe, daß das eine gute Wirkung haben werde. Viel läge natürlich auch an der Presse, und es sei nur zu natürlich, daß eine Presse, in der das jüdische Element in so starkem Maße vertreten sei wie hier, Deutschland gegenüber gewisse Ressentiments zeige. Aber er würde sich bemühen, eine Besserung herbeizuführen, und er hoffe, daß es auch in der Minderheitenfrage gelingen werde, allmählich zu einer vernünftigen Einstellung der öffentlichen Meinung zu gelangen.

Der Minister schloß die Ausführungen über seine „theoretische" Einstellung zu diesem Problem mit der Frage, ob ich ihm hinsichtlich der praktischen Behandlung der Minderheit einige konkrete Angaben machen könne über Dinge, die uns Grund zur Beanstandung zu bieten schienen. Ich erwiderte, daß ich heute zunächst nur Weisung hätte, die theoretische Seite des Problems mit ihm zu besprechen, und daß meine Instruktionen keine Angaben darüber enthielten, welche Einzelfälle meine Regierung bei dem Hinweis auf die unbefriedigenden gegenwärtigen Zustände im Auge gehabt habe. Ich wolle gern hierüber weitere Instruktionen einholen, sei aber auch bereit, ihm zunächst von mir persönlich auf Grund der Informationen, die ich hier gelegentlich erhalten hätte, einiges zu diesem Problem mitzuteilen. Ich habe dann zunächst die Schulfragen behandelt und hierbei auf die Schwierigkeiten verwiesen, die den Schulorganisationen hinsichtlich der Fortführung ihrer Anstalten gemacht würden, ferner auf die unverständliche Versetzung verdienter Schuldirektoren in die östlichen Provinzen und ihren Ersatz durch ungeeignete Kräfte, schließlich auch auf die Einschränkungen des deutschen Unterrichts, die, so verständlich auch das Verlangen gründlicher polnischer Sprachkenntnisse der Minderheitsangehörigen sei, mir doch starke Übertreibungen aufzuweisen schienen und die dazu führten, daß die Schulen der deutschen Minderheit kaum noch als deutsche Lehranstalten angesehen werden könnten. Ich bin dann auf die Verhältnisse in Oberschlesien näher eingegangen und habe insbesondere die zahlreichen Entlassungen von Arbeitern und Angestellten erwähnt, die größtenteils auf das freimütige Bekenntnis der Betroffenen zur Minderheit zurückzuführen seien. Überhaupt müsse man leider feststellen,

daß derjenige, der sich zur Minderheit bekenne, häufig schwersten Nachteilen ausgesetzt sei und von den unteren Organen als illoyaler Staatsbürger angesehen würde, eine Auffassung, die ich wohl kaum als dem Willen der Zentralinstanz entsprechend ansehen könne. Insbesondere müsse ich ferner auf die Tätigkeit des Bundes der Aufständischen hinweisen, der in den Resolutionen, die auf seinen periodischen Versammlungen gefaßt würden, immer wieder die Forderung aufstelle, die Minderheitenschulen zu beseitigen und alle diejenigen zu verfolgen, die noch wagten, ihre Kinder in eine deutsche Schule zu schicken. Ich hätte nach allem den Eindruck, daß nicht nur in zahlreichen Organen der unteren Verwaltung, sondern auch in gewissen Kreisen der Bevölkerung von dem neuen Geist der Verständigung noch nicht viel zu spüren sei, und könne nur meinen Dank aussprechen, wenn der Minister die Absicht habe, die doch zweifellos ganz anders eingestellte Warschauer Auffassung zur Anerkennung zu bringen.

Ich schloß die Unterhaltung mit meinem Dank für die verständnisvolle Aufnahme meiner Ausführungen und gab unter erneuter Unterstreichung des Wertes einer offenen Aussprache zu verstehen, daß ich mich auch bei weiteren, diese Frage betreffenden Anlässen vertrauensvoll an ihn wenden würde, was er durch ein Kopfnicken quittierte.

Im übrigen scheint mir auch diese Unterredung zu bestätigen, daß, wie ich bereits ausgeführt habe, die Polen volles Verständnis dafür haben, wenn wir unser Interesse an der Minderheit bekunden, und daß die zur Zeit geübte weitgehende Unterdrückung der die Minderheitsorgen betreffenden Nachrichten in der reichsdeutschen Presse aus Gründen der Förderung der deutsch-polnischen Beziehungen nicht notwendig ist, sondern eher Mißtrauen erweckt. Ich habe auch in der heutigen Unterredung mit Herrn Beck bei dem weisungsgemäß erfolgten Hinweis auf unsere Pressepolitik zum Ausdruck gebracht, daß es immer schwerer werde, die bisherige Zurückhaltung zu bewahren, da sie mit dem Volksempfinden zu wenig im Einklang stünde.

von Moltke

IV. Weitere Verschlechterung in der Lage der Deutschen Volksgruppe
(November 1934 bis Oktober 1937)

Nr. 54. Der Deutsche Konsul in Krakau an das Auswärtige Amt

Bericht

Krakau, den 3. November 1934

In der Zeit vom 31. Oktober bis zum 2. November 1934 hat hier eine pommerellenkundliche Tagung stattgefunden, die vom Baltischen Institut in Thorn veranstaltet wurde. Die Besucherzahl schwankte zwischen 150 und 170 Personen und überstieg damit die Erwartungen der Veranstalter. Insbesondere waren auf der Tagung vertreten: Delegierte des Außenministeriums, des Kultusministeriums, des Ministeriums für Landwirtschaft und Agrarreform, der Minderheitenabteilung des Innenministeriums, des Generalkommissariats der Republik Polen in Danzig, der Woiwodschaftsämter Posen, Pommerellen, Schlesien und Bialystok, der pommereller Landstarosteien, der Städte Thorn und Gdingen, aller polnischer Universitäten, der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Krakau, der Gesellschaft der Freunde von Kunst und Wissenschaft in Danzig, mehrerer wissenschaftlicher Institute, Archive und Bibliotheken aus Gdingen, Posen und Thorn sowie einiger Institute aus Warschau. Besonders stark waren vertreten die pommereller Landwirtschaftskammer, der Revisionsverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Pommerellen, die Industrie- und Handelskammer Warschau und die staatliche Agrarbank. Weiterhin hatten die See- und Kolonialliga, die Vereinigung der Lehrer der mittleren und höheren Schulen und fast alle größeren Ortsgruppen des Westmarkenvereins Vertreter entsandt. Außerdem nahmen 3 Obersten in Uniform an der Tagung teil.

Über den Verlauf der Tagung ist mir von einem Tagungsteilnehmer der anliegende Bericht zugegangen.

Schillinger

Anlage

Auszug

... Zu Beginn des zweiten Tages bedauerte Prof. Pawlowski einleitend, daß man bisher noch nicht auf das so wichtige Problem der Siedlung in Pommerellen nach politischen Gesichtspunkten gekommen sei, denn der Zweck der Tagung sei, den Prak-

tikern des Kampfes um den polnischen Boden und den polnischen Charakter des Landes den Weg zu weisen.

In der Diskussion ergriff der Leiter der Landwirtschafts- und Agrarreformabteilung der Woiwodschaft Pommerellen, Ceceniowski, das Wort und führte aus, daß im Jahre 1933 3500 ha und 1934 4000 ha parzelliert worden seien, 1935 würden aber 9000 ha parzelliert werden; davon entstammten lediglich 3000 ha polnischem Privat- und Staatsbesitz.

Herr Smolenski, Krakau, wies darauf hin, daß in Pommerellen noch heute 7/9 des gesamten Großgrundbesitzes in deutschen Händen sei. Es gäbe noch immer Gegenden, wo das Hinzukommen einer ganz geringen Anzahl Deutscher ausreichen würde, um die polnische Mehrheit in eine Minderheit zu verwandeln. Mit Genugtuung höre er deshalb, daß man diese entscheidenden Argumente erkannt habe und 1935 6000 ha aus deutschem Besitz parzellieren werde.

Pawłowski wies insbesondere auf das starke Übergewicht deutschen Grundbesitzes in den Kreisen Dirschau, Stargard, Graudenz, Culm, Zempelburg und im Seekreis hin. Der augenblickliche Zustand sei keineswegs zufriedenstellend und es müsse so schnell wie möglich eine Änderung der Lage durchgeführt werden. Das Deutschtum in diesen Gegenden werde durch Ausnutzung des Danziger Marktes wirtschaftlich gestärkt. Hier sei nunmehr aber durch das Kompensationsabkommen zwischen Danzig und Polen ein Riegel vorgeschoben worden, da die Verteilung der Kontingente in Zukunft von polnischen Stellen vorgenommen würde.

In der Diskussion kam sodann die Sprache darauf, daß die Mittel zur Siedlung fehlten, während der deutsche Grundbesitz durch Kredite gestärkt werde. Hierauf ergriff ein Oberst in Uniform das Wort und erklärte, das Geld dürfe keine Rolle spielen. Man solle sich doch durch den Pakt mit Deutschland nicht falschen Hoffnungen hingeben. Im Gegenteil! Dieser Pakt habe nur insoweit Geltung, als nach diesen 10 Jahren nichts mehr davon vorhanden sein dürfe, was man heute als gefährlich für dieses Gebiet ansehe. Solche Verhältnisse wie im Dirschauer, Stargarder und Zempelburger Kreis seien unhaltbar. Hier dürfe es kein Pardon oder Hemmungen irgendwelcher Art geben. Gerade die jetzige Stille müsse ausgenutzt werden, um in den Grenzkreisen in stärkstem Maße zu siedeln, damit hier ein lebendiger Verteidigungswall polnischer Bauern entstehe.

Der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer Thorn, Dykier, unterstrich diese Ausführungen und fügte hinzu, man habe im Kampf gegen das im Lande ansässige Deutschtum zwei Instrumente, nämlich 1. die Parzellierung und 2. den Landaufkauf. Beide seien bisher noch nicht voll ausgenutzt worden ...

Nr. 55. Der Deutsche Generalkonsul in Posen an das Auswärtige Amt

Bericht

Posen, den 18. Februar 1935

Die Agrarreform ist wiederum in erster Linie gegen das Deutschtum zur Anwendung gebracht. Von der für die Zwangsparzellierung für 1935 vorgesehenen Fläche von 11 250 ha ist der deutsche Besitz mit 6797 ha enteignet worden, also in einer fast 60prozentigen Höhe des Gesamtareals, trotzdem der Anteil des deutschen Landbesitzes an der gesamten Fläche in den abgetretenen Gebieten kaum noch mehr als 30 v. H. beträgt.

Lütgens

Nr. 56. Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Botschafter

Aufzeichnung

Berlin, den 21. Februar 1935

Anläßlich eines Besuches, den der Polnische Botschafter mir heute aus anderem Anlaß abstattete, habe ich die Polonisierungspolitik des oberschlesischen Woiwoden ihm gegenüber zur Sprache gebracht. Ich habe ihm dargelegt, welche Gefahr für das deutsch-polnische Verhältnis die Fortsetzung dieser Politik bedeute, und ihn gebeten, seine Regierung in eindringlicher Weise darauf hinzuweisen, daß eine Fortsetzung der Entlassungen großen Stils, wie sie zur Zeit speziell in den Pleßschen und Henckel-Donnersmarckschen Betrieben durchgeführt würden, naturgemäß Rückwirkungen auf das Verhalten der deutschen Behörden gegenüber polnischen Arbeitern und Angestellten in Deutschland haben müßte. Ich habe dem Botschafter dargestellt, daß die glückliche Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen, wie sie sich nach dem Abkommen vom vorigen Jahre herausgebildet habe, durch eine Beibehaltung der Polonisierungspolitik in Ostoberschlesien geradezu in Frage gestellt werde.

Der Botschafter versprach, umgehend Herrn Beck von meinen Mitteilungen Kenntnis zu geben und ihn zu bitten, die Polnische Regierung auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen. Er sei überzeugt, daß Herr Beck alles aufbieten werde, um einer Trübung des deutsch-polnischen Verhältnisses, die durch den Übereifer lokaler Behörden entstehen könnte, vorzubeugen.

Frhr. von Neurath

Nr. 57. Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Botschafter

Aufzeichnung

Berlin, den 12. März 1935

Der Polnische Botschafter hat mir heute morgen mit der Bitte um streng vertrauliche Behandlung im Auftrage des Ministers Beck mitgeteilt, daß dieser auf Grund der von mir erhobenen Beschwerde über die Polonisierungsbestrebungen in Ostoberschlesien, speziell über die Entlassung zahlreicher deutscher Angestellter und Arbeiter, energische Schritte bei den inneren polnischen Behörden unternommen habe. Herr Beck hoffe, daß diese die Einstellung dieser zahlreichen Entlassungen zur Folge haben werde.

Frhr. von Neurath

Nr. 58. Der Deutsche Konsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Telegramm

Thorn, den 16. April 1935

Sonnabend, 13. d. M., stattfand Neustadt polnische Versammlung, wobei Bürgermeister zum Zusammenschluß aufforderte. Versammlung ausartete dann in schwere Hetze gegen deutsche Minderheiten, wobei verschiedene Redner provokatorisch auftraten.

Die durch Hetze aufgebrachte und nicht mehr zurückzuhaltende Menge durchzog dann die Stadt und einschlug 23 große Schaufenster und Unmenge sonstiger Fensterscheiben Deutscher.

Ähnliche Versammlungen auch an anderen Orten Seekreises. In Kleinkatz kam es am Sonnabend bei einer solchen Demonstration zu schweren Schlägereien, in deren Verlauf mehrere Deutschstämmige gefährlich verletzt wurden. Einer davon namens Groen starb Montag Zoppoter Krankenhaus.

Küchler

Nr. 61. Aufzeichnung eines Beamten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 11. Juli 1935

Ich habe den Botschaftsrat der Polnischen Botschaft Prinz Lubomirski zu mir gebeten und ihm weisungsgemäß folgendes mitgeteilt:

Die Frage der Arbeiterentlassungen in Oberschlesien sei eine Frage, die seit mehreren Jahren den Gegenstand eingehender Kontroversen zwischen der Deutschen und der Polnischen Regierung bilde. In den letzten Jahren seien sowohl durch Herrn Botschafter von Moltke in Warschau wie hier eine Reihe von Demarchen erfolgt, um den nach unserer Ansicht vertragswidrigen und das deutsch-polnische Verhältnis belastenden Entlassungen Einhalt zu gebieten. Im Februar d. J. habe der Herr Reichsminister den Polnischen Botschafter erneut zu sich gebeten und ihn darauf hingewiesen, daß die vertragswidrigen Entlassungen in Polnisch-Oberschlesien abgestellt werden müßten. Herr Botschafter Lipski habe einige Wochen später im Auftrage des Herrn Ministers Beck erklärt, daß energische Schritte bei den inneren polnischen Behörden zur Abstellung der Entlassungen unternommen worden seien. Nichtsdestoweniger seien die Entlassungen weitergegangen. Dem Polnischen Botschaftsrat gegenüber sei am 11. April d. J. erneut darüber Beschwerde geführt worden, und zwar unter abermaligem Hinweis auf die Unvereinbarkeit der Entlassungen mit den Erklärungen, die Herr Lipski im Auftrage von Herrn Beck gegeben habe. Prinz Lubomirski habe damals nach Rückfrage in Warschau erklärt, daß die Erklärungen des Herrn Beck nur für die Zukunft, nicht aber für die Vergangenheit Geltung haben sollten. Es sei ihm daraufhin mitgeteilt worden, daß Herr von Neurath diesen Standpunkt nicht anerkennen könne und sich vorbehalte, auf diese Sache zurückzukommen. Die Entlassungen seien im übrigen auch nach dem 1. April weitergegangen; sogar nach dem 1. Juli seien eine Reihe von Entlassungen zum 30. September erfolgt.

Prinz Lubomirski nahm diese Mitteilungen entgegen und machte lediglich geltend, daß nach seinen Informationen alle Entlassungen auf wirtschaftliche Motive zurückzuführen seien. Er versprach im übrigen, seiner Regierung über die hiesige Auffassung sofort zu berichten und sich auch selbst über den Umfang und die Gründe der Entlassungen in Oberschlesien eingehend zu informieren.

von Lieres

Nr. 62. Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 16. Oktober 1935

Mir scheint es mit Rücksicht auf die Verständigungspolitik in Polen unbedenklich und andererseits im Interesse der Minderheit notwendig zu sein, daß sich die deutsche Öffentlichkeit, mehr als das in letzter Zeit der Fall war, mit dem Schicksal der deutschen Minderheit in Polen befaßt. Früher ist von polnischer Seite oft betont worden, daß die Behandlung der deutschen Minderheit sich dann grundlegend ändern würde, wenn die Minderheit keine irredentistischen Bestrebungen verfolgt und wenn Deutschland keine Revisionspolitik mehr betreibt. Leider hat sich aber die polnische Haltung gegenüber der Minderheit seit Anbahnung der Verständigungspolitik nicht geändert. Der Kampf geht vielmehr auf der ganzen Linie weiter, wenn auch in der Form gelegentlich ein versöhnlicherer Ton angeschlagen wird. Das Ziel, wie es kürzlich in einer Unterredung des Posener Burgstarosten mit einem Vertrauensmann offen und völlig zutreffend charakterisiert wird, nämlich die völlige Polonisierung innerhalb von spätestens zwei Generationen, wird auch heute noch mit aller Konsequenz verfolgt. Das Verständigungsabkommen hat das Tempo sogar vielleicht noch beschleunigt, weil man polnischerseits bis zum Ablauf der 10 Jahre ein fait accompli schaffen will.

Trotzdem halte ich es nicht für angezeigt, daß wir etwa unsere bisherige Politik gegenüber der polnischen Minderheit in Deutschland ändern. Ich glaube vielmehr, daß ein schärferes Vorgehen gegen die Polen in Deutschland sich für die deutsche Minderheit in Polen nur nachteilig auswirken würde, da für die polnische Minderheitenpolitik dann auch die letzten Hemmungen wegfallen würden. Auch wären bei dem Interesse, das man hier neuerdings für die polnische Minderheit in Deutschland hat, unerwünschte Rückwirkungen auf die deutsch-polnischen Beziehungen zu befürchten. Die Politik der Reichsregierung gegenüber der polnischen Minderheit in Deutschland sollte daher nach wie vor großzügig sein, allerdings unter schärfster Abwehr aller irredentistischen Bestrebungen.

Um aber die mit dem Ziel der Vernichtung betriebene Bedrückung der deutschen Minderheit in Polen aufzuhalten, wird es notwendig sein, die Grenze der Verständigungsbereitschaft in diesem Punkte Polen gegenüber abzustecken. Heute hat die deutsche Minderheit in Polen das Gefühl, vom Deutschen Reich im Stich gelassen zu werden; aber auch die Polen glauben sich in ihrem Vorgehen gegen die deutsche Minderheit kaum noch Beschränkungen mehr auferlegen zu brauchen, da sie mangels jeglicher Reaktion in der deutschen Presse den Eindruck erhalten müssen, daß alle Übergriffe von der deutschen öffentlichen Meinung widerspruchslos hingenommen werden. Die Polen, die ihrerseits durch Schaffung eines Weltpolenbundes gezeigt haben, welches ihre Auffassung über die Zusammengehörigkeit der Volksgruppen ist, würden sich meines Erachtens ohne weiteres damit abfinden, daß, ebenso wie ihnen, auch uns das Los der Volksgenossen im Ausland nicht gleichgültig sein kann. Es ist durchaus nicht anzunehmen, daß die deutsch-polnische Verständigungspolitik beeinträchtigt wird, wenn die deutsche Presse in sachlicher und gemäßigter Form die Übergriffe gegen die deutsche Minderheit in Polen zur Sprache bringt. Nur dann, wenn man hier fühlt, daß die Grenzen dessen, was man in Deutschland hinzunehmen geneigt ist, erreicht sind, besteht die Möglichkeit, daß man sich hier zu einer mit der Verständigungspolitik in Einklang stehenden Minderheitenpolitik entschließen wird. Unser Wunsch, zu einer Verbesserung auch der politischen Beziehungen zu gelangen, würde hierdurch wesentlich gefördert werden.

von Moltke

Nr. 63. Der Deutsche Staatsvertreter bei der Gemischten Kommission für Oberschlesien an das Auswärtige Amt

Bericht

Beuthen, den 3. Januar 1936

Es ist eine weitere Stellungnahme des Präsidenten Calonder in Entlassungsfragen ergangen (Beschwerdesache Joh. Groner).

Der Präsident stellt in diesem Falle noch schärfer als in den früheren Stellungnahmen fest, daß von polnischer Seite bei den Arbeitsentlassungen willkürlich und unterschiedlich je nach der Zugehörigkeit zur Mehrheit oder Minderheit verfahren worden ist. Er erklärt ausdrücklich, daß sich aus zahlreichen Beschwerdeverfahren ergibt, daß manche polnischen Unternehmungen eine minderheitsfeindliche Entlassungspolitik betreiben und daß diese allgemeinen Verhältnisse auch dem polnischen Demobilmachungskommissar durchaus bekannt sind (Seite 7). Durch eine genaue Übersicht über die Angestelltenbewegung bei der Mazgrube für die Zeit vom 1. Januar 1933 bis 31. Dezember 1934 wird einwandfrei nachgewiesen, daß im vorliegenden Falle die Willkür und Diskriminierung auf eine gegen die deutsche Minderheit gerichtete Einstellung des Unternehmens und des Demobilmachungskommissars zurückzuführen sind (Seite 7 und 8). Der Präsident weist ferner darauf hin, daß der Demobilmachungskommissar die Zustimmung zu weit mehr Entlassungen gegeben hat, als dies die Wirtschaftslage erforderte, und daher nach den gesetzlichen Bestimmungen zulässig war. Als Beweis hierfür führt er die unbestrittene Tatsache an, daß ein großer Teil der Entlassenen der Mazgrube durch neue Angestellte mit dem Ergebnis ersetzt wurden, daß fast alle minderheitsangehörigen Angestellten, nämlich 66 von 71, ausgeschaltet und zu einem hohen Prozentsatz durch Mehrheitsangehörige ersetzt wurden (Seite 11 und 11a). Das systematische Bestreben des Unternehmens, die Angestellten, die sich offen zur Minderheit bekannt haben, durch Mehrheitsangehörige zu ersetzen, liege also auf der Hand. Der Demobilmachungskommissar sei dieser Tendenz nicht entgegengetreten, vielmehr dränge sich die Überzeugung auf, daß er sich dieser Tendenz des Unternehmens angeschlossen habe (Seite 12).

Nöldeke

Nr. 64. Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 18. Februar 1936

Gestern ist die offizielle Namensliste 1936 für die Agrarreform erschienen.

Die jetzt zur Zwangsparzellierung aufgerufenen Güter umfassen in Pommerellen 4784 ha deutscher Güter und 2900 ha aus polnischem Besitz. Allein hierin liegt wieder ein deutlicher Beweis der ungleichen Heranziehung des deutschen Besitzes zum polnischen.

Unter diesen Umständen hat sich der deutschen Minderheit eine Stimmung tiefster Niedergeschlagenheit bemächtigt, denn nur allzu deutlich erkennt sie, wie Polen die deutsch-polnische Verständigungsaktion auslegt und durchführt. Es soll eben bis zum Ablauf des 10jährigen Verständigungsabkommens so viel wie nur möglich deutscher Grundbesitz zerschlagen werden. Das bedeutet dann aber, daß die so zerschlagenen Güter nicht mehr in der Lage sind, deutsche Volksgenossen zu beschäftigen, und daß diese wiederum, dem Elend preisgegeben, abzuwandern versuchen. Die Aussichten für die Erhaltung des Deutschtums hier sind also die denkbar schlechtesten, und es fragt sich, ob es nicht möglich wäre, die ungeheure Belastung, die das polnisch-deutsche Verhältnis durch die fortgesetzten Schikanen und Maßnahmen gegen das Deutschtum hier im abgetretenen Gebiet erfährt, zuständigen Orts zur Sprache zu bringen. Aus den letzten Veröffentlichungen, über die ich zu berichten Gelegenheit hatte, geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß der deutsche Grundbesitz vernichtet werden soll. Diesem Zerstörungswillen müßte Einhalt geboten werden, wenn das Deutschtum hier nicht seiner völligen Auflösung in kurzer Zeit entgegengehen soll.

von Küchler

Nr. 65. Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt

Bericht

Kattowitz, den 4. April 1936

Die zahlreichen deutschfeindlichen Kundgebungen, die hier in letzter Zeit von verschiedenen polnischen Verbänden und Parteien, insbesondere vom Westverband, veranstaltet worden sind, haben den Präsidenten Calonder veranlaßt, das polnische Mitglied der Gemischten Kommission Steblowski zu sich zu bitten und ihn sehr nachdrücklich auf die Möglichkeit gefährlicher Auswirkungen dieser Veranstaltungen hinzuweisen. Präsident Calonder hat darauf aufmerksam gemacht, daß die durch die zahlreichen Protestkundgebungen gesteigerte Erregung der Bevölkerung erfahrungsgemäß leicht zu Gewaltakten unverantwortlicher Elemente führt. Er hat daher Herrn Steblowski ersucht, den Woiwoden Dr. Grażyński von seinen Befürchtungen zu verständigen und um entsprechende Einwirkung zu ersuchen.

In zwei Fällen hat die in der Bevölkerung hervorgerufene Erregung bereits zu Zwischenfällen geführt, bei denen auch Deutsche körperlich mißhandelt und verletzt worden sind. Am Sonntag, dem 15. März, ist im Hotel Graf Reden in Königshütte eine Versammlung des dortigen deutschen Bauvereins von einer mit Stöcken und Knüppeln bewaffneten Menge gesprengt worden, wobei auch einige völlig unbeteiligte, mit der Vorbereitung einer Theatervorstellung beschäftigte deutsche Angestellte des Oberschlesischen Landestheaters angegriffen und mißhandelt worden sind. Am 29. März ist eine Gruppe von Deutschen in der Nähe der Stadt Rybnik von uniformierten Jungaufständischen überfallen und mit Gummiknüppeln und Stöcken mißhandelt worden. Nöldeke

Nr. 67. Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Botschafter

Aufzeichnung

Berlin, den 13. November 1936

Ich habe heute den Polnischen Botschafter bei seinem Besuche auf die unerfreulichen Vorgänge in Gdingen hingewiesen, wo durch militärische Vereine und Beamtenverbände deutschfeindliche Kundgebungen größten Stils organisiert worden sind. Herr Lipski sprach sein lebhaftes Bedauern über diese Vorkommnisse aus, insbesondere über die Versammlung in Gdingen, auf die ich ihn besonders hingewiesen hatte. Ich sagte dem Botschafter ferner, daß ich gezwungen sei, in Warschau entschiedene Beschwerde gegenüber diesen Ausschreitungen zu erheben. Bei der Versammlung in Gdingen falle besonders erschwerend ins Gewicht, daß dabei Beamte und sogar Offiziere in Uniform beteiligt gewesen seien und daß, abgesehen von den Angriffen gegen Deutschland und Danzig, auch die Person des Führers in der unerhörtesten Weise beschimpft worden sei. Frhr. von Neurath

Nr. 68. Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 18. November 1936

In meiner heutigen Unterredung mit Minister Beck habe ich in ernster Form auf die Verschlechterung der Atmosphäre hingewiesen, die hier in den Beziehungen zu Deutschland während der letzten Monate klar in Erscheinung getreten ist. Ich habe hierbei u. a. die hetzerische Polemik der polnischen Presse, die Verschärfung in der Behandlung der Minderheit (Gymnasium in Graudenz und Bromberg) sowie den Gdingener Zwischenfall zur Sprache gebracht und habe aus diesem Zusammenhang heraus das Gespräch auf die Danziger Frage gelenkt. Unter Hinweis auf die immer deutlicher zutage tretende Tendenz Polens, sich in Danzig neue Rechte zu verschaffen, habe ich entsprechend dem mir vom Führer und Reichskanzler erteilten Auftrag zum Ausdruck gebracht, daß bei einem solchen Vorgehen scharfe Reaktionen und damit empfindliche Störungen deutsch-polnischer Beziehungen unvermeidlich seien. Der Führer und Reichskanzler sehe im deutsch-polnischen Verständigungsabkommen wichtiges Friedenswerk, dessen weitere Verlängerung er wünsche. Dieses Abkommen sei eine der Grundlagen deutscher Außenpolitik. Herr Beck erwiderte, daß er diese äußerst wertvolle Erklärung mit Dank begrüße.

Herr Beck erklärte des weiteren, daß auch er die Haltung, die die Presse in letzter Zeit angenommen habe, für schädlich halte und daß er seinerseits bereit sei, alles zu tun, um die unbefriedigende Atmosphäre wieder zu bessern. Er hoffe, daß auf deutscher Seite in gleicher Richtung gewirkt werden würde. Was die bedauerlichen Vorfälle in Gdingen anbetreffe, so sei er nicht in der Lage, ohne vorherige Prüfung zu antworten, da ihm die von mir mitgeteilten Einzelheiten nicht bekannt seien. Er wisse nur, daß der Woiwode sofort eingeschritten sei und u. a. die Berichterstattung über diese Vorfälle in der Presse verhindert habe. Moltke

Nr. 69. Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 26. November 1936

Marschall Rydz-Smigly empfing mich gestern im Beisein des Außenministers. Ich übermittelte die Grüße des Führers und Reichskanzlers und machte anschließend die gleichen Ausführungen wie in der Unterredung mit Herrn Beck am 18. November.

Der Marschall brachte zum Ausdruck, mit welchem Interesse er die Entwicklung Deutschlands verfolge, das das Glück habe, einen großen Führer zu besitzen. Hinsichtlich der deutsch-polnischen Beziehungen teile er die Auffassung des Führers und Reichskanzlers über den großen Wert, den das Abkommen von 1934 für die Verständigung zwischen den beiden Nachbarvölkern und darüber hinaus für den Frieden Europas habe. Auch er bedauere, daß die günstige Auswirkung, die die Verständigungspolitik auf die Meinungsbildung in beiden Ländern gehabt habe, während der letzten Monate einen gewissen Rückschlag erfahren hätte. Er sei aber überzeugt, daß es sich nur um eine vorübergehende Erscheinung handele. Die Einflußnahme auf die Presse sei leider beschränkt. Man werde aber tun, was möglich sei, und im übrigen könne er versichern, daß die Regierung sich in keiner Weise durch die oppositionelle Presse beeinflussen lassen werde. Hinsichtlich Danzigs wolle Polen nichts anderes, als daß seine dortigen Interessen nicht beeinträchtigt werden. Bei dieser Grundeinstellung würde es seines Erachtens nicht schwer sein, in den Einzelfragen zu einer Danzig und Polen befriedigenden Regelung zu gelangen. Abschließend bat er mich, dem Führer und Reichskanzler die Versicherung zu übermitteln, daß er an der von Marschall Pilsudski festgelegten Linie festhalte und entschlossen sei, die Verständigungspolitik auch weiterhin fortzusetzen. Moltke

Nr. 72. Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt

Bericht

Kattowitz, den 22. Dezember 1936

Auf der Jahresversammlung des polnischen Westverbandes, der bekanntlich im rücksichtslosen Kampf gegen das Deutschtum mit an erster Stelle steht, hielt sein Ehrenmitglied, der Woiwode Dr. Grazynski, eine Ansprache, in der er auf die erfolgreiche Polonisierung der Schwerindustrie hinwies und verlangte, daß nunmehr auch Handel und Gewerbe in Ostoberschlesien in gleicher Weise polonisiert werden müßten. Ferner müsse der polnische Bauer als ausschließlicher Herr des Bodens in den polnischen Westgebieten eingesetzt werden. Als Vertreter der Militärbehörde nahm Oberst Powierza an der Versammlung teil, der dem Westverband im Namen des Divisionskommandeurs volle militärische Unterstützung bei der Verwirklichung seiner Aufgaben zusagte. Zum Verbandsvorsitzenden für die Kreisgruppe Teschen/Schlesien wurde ein Oberst der Bielitzer Garnison gewählt.

Im Verlaufe der Tagung wurde eine Anzahl höchst bedenklicher Entschließungen gefaßt. In Kreisen des hiesigen Deutschtums haben diese Entschließungen, namentlich im Hinblick auf die persönliche Stellungnahme des Woiwoden, lebhafte Besorgnis hervorgerufen. Sie werden mit Recht als Einleitung zu einem vom Woiwoden inszenierten neuen großangelegten Angriff gegen die Kreise des deutschen Grundbesitzes und des deutschen Mittelstandes aufgefaßt. Bezeichnenderweise schloß die Tagung mit der Anerkennung der großen Verdienste des Woiwoden, dem vom Westverband für das bewiesene Wohlwollen gedankt und der für die Zukunft um weitere Unterstützung und Hilfe gebeten wurde. Nöldeke

Nr. 73. Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Außenminister Beck

Aufzeichnung

Berlin, den 20. Januar 1937

Der Polnische Außenminister Herr Beck suchte mich heute vormittag bei seiner Durchreise nach Genf auf. Bei dieser Gelegenheit besprachen wir u. a. die Haltung der polnischen Presse.

Ich machte Herrn Beck darauf aufmerksam, daß auch ein großer Teil der polnischen Presse, die der Regierung nahestehe, in den letzten Monaten eine sehr unfreundliche Sprache gegenüber Deutschland geführt hat. Von unserer Seite sei der deutschen Presse äußerste Zurückhaltung diesem unfreundlichen Konzert gegenüber auferlegt worden. Ich möchte ihn aber bitten, darauf hinzuwirken, daß die Tonart der polnischen Regierungspresse eine andere werde. Herrn Beck war diese Frage offensichtlich peinlich. Er versuchte, die gerügten Verhältnisse unter Hinweis auf die polnischen innerpolitischen Schwierigkeiten zu entschuldigen.

Frhr. von Neurath

Nr. 74. Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 4. März 1937

Die polnischen Behörden gehen, wie bereits berichtet, erneut mit den verschiedensten Mitteln gegen das Deutschtum vor. Der Wille, zu einer Verständigung zu gelangen, ist auf polnischer Seite, wie die Maßnahmen klar erkennen lassen, nicht in entsprechender Weise wie auf der deutschen Seite vorhanden. Die deutsche Minderheit bemerkt angesichts der sich immer mehr verschärfenden Stimmung gegen das Deutschtum zu ihrem Bedauern, daß das Verständigungsabkommen für sie keine Ergebnisse gezeitigt hat. Ich zähle folgende in letzter Zeit besonders scharf hervortretende Maßnahmen gegen das Deutschtum auf:

1. Der stärkste Schlag gegen das Deutschtum war, wie alljährlich, die Agrarreform, die aber in diesem Jahre weitaus schärfer und unverhüllter sich gegen das Deutschtum richtete. 75,5 v. H. der Gesamtfläche, die enteignet wird, wird von dem deutschen Großgrundbesitz gestellt, trotzdem der gesamte deutsche Grundbesitz wohl höchstens noch 30 v. H. beträgt.

2. Auch dem deutschen Genossenschaftswesen wird der Kampf in verstärktem Maße angesagt. Dahinter dürfte wiederum der polnische Westverband stehen, der wiederholt mit besonderem Nachdruck gegen die deutschen Genossenschaften agitiert hat. Hinzu kommt, daß die Genossenschaften der Minderheit trotz aller Bedrückung im großen und ganzen noch verhältnismäßig gut dastehen und dadurch aktiv zu arbeiten vermögen, während das polnische Genossenschaftswesen hier ganz im argen liegt. Es ist klar, daß diese Tatsachen die Polen ärgern.

3. Neuen Schikanen ist auch die deutsche Elternschaft ausgesetzt. Aus der deutschen Privatschule in Neustadt sind z. B. durch Verfügung des Kreisschulinspektors 26 Kinder ausgeschult und der polnischen Schule überwiesen worden, obwohl die Eltern dagegen protestierten. Auch aus anderen Gegenden meines Amtsbezirks kommen in letzter Zeit häufige Klagen über ähnliche Vorkommnisse. die in den meisten Fällen auf Schikane zurückzuführen sind, um die deutschen Eltern zu zermürben.

Ich halte es für meine Pflicht, auf die durch die neuen deutschfeindlichen Maßnahmen der Behörden geschaffene Lage mit allem Ernst hinzuweisen.

von Küchler

Nr. 77. Das Auswärtige Amt an den Deutschen Botschafter in Warschau

Telegramm

Warschau, den 7. April 1937

Reichsminister bittet unverzüglich bei dortiger Regierung gegen bekannte Kundgebung Westverbandes in Graudenz im Rahmen Pommerellenwoche, soweit dabei in Reden und Resolutionen sowie durch Verwendung von Transparenten und Landkarten polnische Ansprüche auf deutsche Gebiete geltend gemacht worden sind, mit allem Nachdruck Einspruch zu erheben. Bitte Einspruch nicht nur auf deutsch-polnisches Presseprotokoll zu stützen, sondern darüber hinaus zu betonen, daß derartige Kundgebungen unter Teilnahme hoher polnischer Beamter deutsch-polnische Beziehungen stark belasten müßten. Reichsregierung müsse verlangen, daß Polnische Regierung alles tue, um Wiederholung solcher Vorfälle zu verhindern. Gaus

Nr. 79. Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 7. April 1937

Im Soldauer Kreis wird wiederum in verstärktem Maße gegen das Deutschtum gehetzt. Dabei wird zum Boykott der Deutschen und gleichermaßen der Juden aufgefordert. Ende vorigen Monats sind in Soldau nachts Plakate angebracht worden, die folgenden Inhalt hatten:

„Kauf nicht beim Deutschen und Juden!
Wenn du unsere Aufforderung nicht befolgst,
wird dich diese Faust treffen!"

Auf den Plakaten ist eine Faust mit einem Dolch in der Hand abgebildet.

Ich habe die Woiwodschaft auf diesen Tatbestand hingewiesen.

von Küchler

Nr. 80. Der Deutsche Generalkonsul in Thorn an das Auswärtige Amt

Bericht

Thorn, den 14. Oktober 1937

Aus zahlreichen Berichten des Generalkonsulates geht zur Genüge hervor, wie die Freiheit der hiesigen deutschen Minderheit aussieht. Nicht nur Enteignungen, Konzessionsentziehungen, Verweigerung der Aufenthaltsgenehmigungen, Schließung von Schulen und das bekannte Grenzzonengesetz, sondern auch andere Maßnahmen, wie rigorose Steuereinziehungen usw. usw., lassen mit aller Deutlichkeit erkennen, daß der Pole alle Mittel anwendet, um das Deutschtum hier zum Erliegen zu bringen bzw. die Deutschen zur Abwanderung zu zwingen. Die Verhetzung der Massen wird hier in letzter Zeit — da diese höheren Orts ganz offensichtlich gebilligt wird — planmäßig durchgeführt.

Ganz besonders scharfe Resolutionen wurden bei den Veranstaltungen des deutschfeindlichen Westverbandes gefaßt. Es wird dabei gegen die „unwürdige teutonische Arbeit" Protest erhoben und folgende Forderungen aufgestellt:

1. Die Ausweisung von etwa 6000 hier lebender Optanten,
2. die Aufhebung der Volksschulen und die Beschränkung ihrer Zahl auf diejenige der polnischen Volksschulen in Deutschland,
3. Verbot der Verwendung der deutschen Sprache bei den Gottesdiensten,
4. Boykott der deutschen Genossenschaften und Auflösung der deutschen Organisationen aller Art,
5. rücksichtslose Durchführung der Agrarreform bei deutschen Gütern und die Übergabe des parzellierten Landes an die polnische Bevölkerung,
6. Entziehung der den Deutschen erteilten Konzessionen,
7. Beschlagnahme und Schließung sämtlicher deutscher Zeitungen.

Aus dem Vorgesagten ergibt sich, wie sich die Verhältnisse hier von Tag zu Tag zuspitzen.

Die deutsche Minderheit ist von dieser Entwicklung der Dinge stark beeindruckt und befürchtet weitere Ausschreitungen, falls nicht seitens der Behörde diesem unverantwortlichen Treiben ein Riegel vorgesetzt wird. Alles in allem ist das gegenseitige Verhältnis der Deutschen zu den Polen jetzt fast schlimmer, als es vor dem Abschluß des Verständigungsabkommens war. von Küchler

V. Verhandlungen über eine Deutsch-Polnische Minderheitenerklärung (Januar bis November 1937)

Nr. 81. Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Außenminister Beck

Aufzeichnung

Berlin, den 20. Januar 1937

Ich machte Herrn Beck auf den Ablauf des Genfer Abkommens über Oberschlesien aufmerksam und betonte dabei die Notwendigkeit, für eine Reihe von wirtschaftlich-technischen Fragen rechtzeitige Verabredungen zu treffen. Herr Beck erklärte, die Absicht, baldmöglichst darüber zu verhandeln, bestehe auch auf polnischer Seite, und Herr Lipski sei bereits beauftragt, zunächst über die Eisenbahnfragen hier zu sprechen. Auch über die anderen neu zu regelnden Fragen sollen die Sachverständigen baldmöglichst zusammentreten.

Die politische Frage des Minderheitenschutzes wurde nur kurz gestreift. Herr Beck war der Auffassung, daß man zunächst einmal an die praktischen Fragen herangehen sollte. Ich habe mich damit einverstanden erklärt. Frhr. von Neurath

Nr. 82. Der Reichsminister des Auswärtigen an den Deutschen Botschafter in Warschau

Erlaß

Berlin, den 22. Februar 1937

Die Besprechungen mit der Polnischen Regierung über den bevorstehenden Ablauf des Genfer Abkommens haben sich auf die wirtschaftlich-technischen Bestimmungen des Genfer Abkommens beschränkt.

Nicht berührt wurde jedoch bisher der bekannte Hauptpunkt, nämlich die Frage des Minderheitenschutzes, die den Kern des Genfer Abkommens darstellt und der politisch weittragende Bedeutung zukommt.

Sinn und Zweck des Genfer Abkommens war nach seiner Präambel neben der Sicherstellung des Wirtschaftslebens zugleich der Schutz der Minderheiten in Oberschlesien, und für diesen Schutz hat die Deutsche Regierung sich in jahrelangem Kampf mit stärkstem Nachdruck eingesetzt.

Diese Bestimmungen treten mit Ablauf des 14. Juli 1937 außer Kraft, und es ist nicht ersichtlich, wie die deutsche Volksgruppe in Ostoberschlesien, deren schwierige Lage die Deutsche Regierung nach wie vor mit Sorge erfüllt, künftig geschützt werden kann. In der polnischen Verfassung werden zwar allen Staatsbürgern gleiche Rechte ausdrücklich zugesichert. Wenn dessenungeachtet die Minderheit schon nach der bisherigen Praxis namentlich des Woiwoden Grazynski in Kattowitz unterschiedlich behandelt worden ist, so wird sie in Zukunft ohne besondere Schutzbestimmungen der Willkür der polnischen Behörden völlig preisgegeben sein.

Polen bleibt auch nach dem 14. Juli 1937 an die in Artikel 64 bis 72 des Genfer Abkommens enthaltenen allgemeinen Minderheiten-Schutzbestimmungen, die dem Vertrage zwischen den Alliierten und Assoziierten Hauptmächten und Polen vom 28. Juni 1919 entnommen sind, gebunden, da der Beschluß der Botschafterkonferenz vom 20. Oktober 1921 und der Artikel 64 des Genfer Abkommens eine Befristung nur für das Reich, nicht aber für Polen vorsehen.

Wie Ihnen bekannt ist, haben wir erwogen, der Polnischen Regierung den Abschluß eines deutsch-polnischen Volksgruppenvertrags vorzuschlagen. Entwurf und Denkschrift eines solchen Vertrags, die lediglich die anzustrebenden Verhandlungsziele aufzeigen und den deutschen Unterhändlern gegebenenfalls als Richtlinien dienen sollen, sind jetzt fertiggestellt.

Ich bitte daher, bei nächster sich bietender Gelegenheit der Polnischen Regierung die Frage vorzulegen, wie sie sich den Schutz der beiderseitigen Minderheiten in Oberschlesien nach Ablauf des Genfer Abkommens vorstellt und ob sie gegebenenfalls bereit wäre, mit der Deutschen Regierung in Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Abkommens zum Schutz dieser Minderheiten einzutreten.

Über das Ergebnis bitte ich gefälligst unverzüglich berichten zu wollen.

Frhr. von Neurath

Nr. 83. Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 16. März 1937

Da Außenminister Beck erst nach Ostern hierher zurückkehren wird, habe ich in einer mehr als einstündigen Unterredung, die ich heute mit Graf Szembek über die verschiedenen Fragen des Genfer Abkommens hatte, auch das Problem der Minderheiten angeschnitten und ihm dabei die Frage vorgelegt, wie sich die Polnische Regierung den Schutz der beiderseitigen Minderheiten in Oberschlesien nach Ablauf des Genfer Abkommens vorstelle und ob sie gegebenenfalls bereit wäre, mit der Deutschen Regierung in Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Abkommens zum Schutz der Minderheiten einzutreten.

Graf Szembek erwiderte, daß, soweit er orientiert sei, die Polnische Regierung der Frage eines zweiseitigen Minderheitenschutzvertrages ablehnend gegenüberstehe. Für die deutsche Minderheit in Polnisch-Oberschlesien sei eine vertragliche Sicherung der Minderheitenrechte nicht notwendig, weil die polnische Verfassung bereits weitgehenden Schutz garantiere. Für die polnische Minderheit in Deutsch-Oberschlesien andererseits verspreche man sich hier von einem Abkommen keine besonderen Vorteile, weil sie, ganz im Gegensatz zu der deutschen Minderheit in Polen, viel zu schlecht organisiert sei, um aus einem zweiseitigen Minderheitenvertrage Nutzen ziehen zu können.

Ich habe Graf Szembek erklärt, daß nach den bisherigen Erfahrungen der durch die Verfassung gewährte Schutz leider nicht als ausreichend angesehen werden könne und habe an Hand von Beispielen nachgewiesen, daß und weshalb die Skepsis in dieser Hinsicht berechtigt sei. Ich habe ferner hervorgehoben, wie sehr gerade die Minderheitenfragen zu einer Belastung der politischen Beziehungen führten und mit daran schuld seien, wenn die Stimmung in Deutschland gegenüber Polen sich in letzter Zeit nicht unwesentlich verschlechtert habe. Weit mehr als aus der Presse ersichtlich sei, sei die öffentliche Meinung in Deutschland in wachsendem Maße beunruhigt, da sie immer wieder feststellen müsse, daß sich in den Unterdrückungsmethoden durch die deutsch-polnische Verständigungspolitik nicht das geringste geändert habe und daß die polnischen Behörden darauf ausgingen, das Deutschtum in Polen rücksichtslos zu dezimieren. Wir seien unter diesen Umständen der Auffassung, daß der Abschluß eines neuen Minderheitenabkommens sowohl im Interesse der Minderheit liege, als auch in politischer Beziehung gute Dienste leisten könne.

Graf Szembek gab gegenüber den von mir vorgebrachten Unterlagen zu, daß hinsichtlich der Behandlung der Minderheit in der Tat bei den Verwaltungsbehörden nicht alles in Ordnung sei, und erklärte sich schließlich bereit, die Angelegenheit in einer ihrer Bedeutung entsprechenden Form zum Gegenstand eines Vortrages im Ministerrat zu machen und dessen Entscheidung herbeizuführen.

Ich habe klargestellt, daß unser Vorschlag sich nur auf Oberschlesien bezieht, habe aber gleichzeitig von mir aus gebeten, auch die Auffassung des Ministerrates zu dem Gedanken eines allgemeinen Minderheitenabkommens festzustellen.

von Moltke

Nr. 84. Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 19. April 1937

Ich habe heute eingehend mit Außenminister Beck über die Frage des Ablaufs des Genfer Abkommens gesprochen. Hierbei habe ich zunächst darauf hingewiesen, daß nach Auffassung der Deutschen Regierung beide Staaten daran interessiert seien, gemeinsam zu prüfen, ob durch den Fristablauf nicht lebenswichtige Rechts- und Wirtschaftsformen in Zukunft wegfielen, deren Erhaltung notwendig oder zweckmäßig erscheine. Nach Darlegung der bei dieser Prüfung zu behandelnden Fragen habe ich unter Bezugnahme auf die wiederholten Unterredungen mit Graf Szembek zum Ausdruck gebracht, daß die Deutsche Regierung hoffe, auch in der Frage des Minderheitenschutzes mit der Polnischen Regierung zu einer Verständigung zu gelangen, die dem Geiste des Nichtangriffspaktes entspreche und von dem Wunsch der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern getragen sei.

Herr Beck erwiderte, daß sowohl nach seiner Auffassung als auch nach der Auffassung des Kabinetts hinsichtlich der technischen und wirtschaftlichen Fragen geprüft werden müsse, ob irgendwelche Materien des Genfer Abkommens einer Sonderregelung über den Termin des 15. Juli hinaus bedürfen. Diese Prüfung müsse beschleunigt durchgeführt werden, damit am 15. Juli nicht eine Lücke entstände, die zu Mißstimmung und Unzufriedenheit Anlaß geben könnte. Was die Minderheitenfrage anbetreffe, so sei er aber leider nicht in der Lage, unseren Wunsch zu erfüllen. Das Kabinett stände auf dem Standpunkt, daß eine Bindung internationalen Charakters in Minderheitenfragen eine Beeinträchtigung der Souveränität sei und nur allzu leicht zur Einmischung in innere Angelegenheiten führen könne. Man sei in Polen außerordentlich empfindlich in allen Fragen, die die souveränen Rechte des Staates angingen. Gerade was die Minderheitenregelung anbetreffe, so habe Polen lange genug unter der einseitigen Belastung sowie unter der politischen Ingerenz des Völkerbundes gelitten, um irgend etwas akzeptieren zu können, was nach einer Fortsetzung dieses Zustandes aussehen würde. Die im September 1934 erfolgte Aufkündigung der Minderheitenverpflichtung sei ein ernster Schritt gewesen, den Polen gründlich vorher bedacht habe. Aber wenn es damals zu Schwierigkeiten gekommen wäre, wäre Polen lieber aus dem Völkerbund ausgetreten, als den bisherigen Zustand weiter hinzunehmen; so stark sei hier die Abneigung gegen Beeinträchtigungen der Souveränität und gegen Einmischung in innere Angelegenheiten. Er glaube auch nicht, daß ein zweiseitiges Minderheitenabkommen die Beziehungen zwischen den Staaten und die Stimmung der öffentlichen Meinung günstig beeinflussen könne. Die öffentliche Meinung würde bei jeder Gelegenheit eine Intervention verlangen und politisch würde dadurch eher ein Schaden als ein Nutzen entstehen. Für die Polnische Regierung sei jedenfalls ein solches Abkommen untragbar.

Ich antwortete, daß wir ebenfalls sehr empfindlich in allen die Souveränität angehenden Fragen seien und daß wir in dieser Hinsicht auf unerfreuliche Erfahrungen zurückblicken könnten. Wir könnten aber in einer zweiseitigen Bindung über Minderheitenfragen keine untragbare Schmälerung unserer Souveränität erblicken. Gewisse Beeinträchtigungen der Handlungsfreiheit brächten mehr oder weniger schließlich alle internationalen Verträge mit sich. Überdies sei aber doch ein großer Unterschied zwischen einer einseitigen Servitut mit internationaler Kontrolle und der freien Entschließung zweier Regierungen, sich über eine Frage zu verständigen, die die politischen Beziehungen störe. Daß eine solche Belastung vorliege, sei doch wohl kaum zu bestreiten. Die gegenwärtige Lage sei nicht gut, habe sich in den letzten Monaten ständig verschlechtert, und die Einstellung des schlesischen Woiwoden lasse für die Zukunft nichts Besseres erwarten. Die deutsche Öffentlichkeit reagiere mit Empfindlichkeit auf Nachrichten über die Lage ihrer Minderheit, und daß das gleiche auch auf polnischer Seite der Fall sei, bewiesen die fast täglich über dieses

Thema erscheinenden Nachrichten und Artikel, die im übrigen, wie ich immer wieder Gelegenheit hätte festzustellen, in den meisten Fällen unrichtig oder übertrieben seien. Wenn in Zukunft jegliche Bindung entfiele, würde das Mißtrauen beiderseits sich noch steigern und die die Atmosphäre vergiftende Pressehetze nur noch größer werden. Es sei deshalb dringend erwünscht, für die Zukunft gewisse Richtlinien über die beiderseitige Behandlung der Minderheit festzulegen. Der von Herrn Beck gefürchtete Druck auf die Regierung zwecks Vornahme von Interventionen würde sowieso entstehen, ob Bindungen vorhanden seien oder nicht. Eine Regelung des Minderheitenschutzes sei aber ein wertvoller Beitrag für die Verständigung unserer beiden Völker.

Herr Beck gab zu, daß die gegenwärtige Lage unbefriedigend sei, und erklärte, daß er das Problem, das zu unseren Vorschlägen geführt hätte, in seiner Bedeutung durchaus würdige. Auch er mache sich Sorge darüber, daß die Minderheitenfrage die deutsch-polnischen Beziehungen beeinträchtigen könnte, und es sei richtig, daß sie von großer Bedeutung für die öffentliche Meinungsbildung und für die Förderung guter Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern sei. Es handele sich aber um eine sehr heikle Materie. Er habe keine Befürchtungen hinsichtlich der großen Linie der deutsch-polnischen Beziehungen, aber die kleineren Fragen seien in der Tat nicht ungefährlich. Wenn er auch mit mir darin übereinstimme, daß man praktische Lösungen suchen müsse, so halte er doch den von uns vorgeschlagenen Weg nicht für gut. Polen habe auf dem Gebiet der Minderheitenfragen große Erfahrungen, und so könne er darauf hinweisen, daß in der Tschecho-Slowakei trotz des zweiseitigen Minderheitenvertrages die Situation der polnischen Minderheit ganz außerordentlich schlecht sei, während auf der anderen Seite das Beispiel Lettlands zeige, daß, wo kein Vertrag vorhanden sei, sondern die Minderheitenfragen auf Grund souveräner Entscheidung gehandhabt würden, die Lage der Minderheit eine durchaus befriedigende sei. Auch die unteren Verwaltungsbehörden würden in allen die Minderheit betreffenden Entscheidungen freier sein, wenn das Gefühl, unter dem Drucke eines internationalen Abkommens zu stehen, beseitigt würde. Die ablehnende Haltung der Polnischen Regierung gegenüber einer Bindung in Fragen des Minderheitenschutzes schließe aber keineswegs aus, daß die tatsächliche Lage — er wiederholte des öfteren mit Betonung: „situation de fait" — einer gemeinsamen Prüfung unterzogen würde. Die ganze Materie sei allerdings zu delikater Natur, um der Prüfung durch eine Delegation von Sachverständigen überlassen zu werden. Es käme vielmehr hierfür ausschließlich der diplomatische Weg in Frage. Entweder könnte Herr Lipski in Berlin oder ich mit ihm über diese Angelegenheiten sprechen, vielleicht könnte er auch gelegentlich einer Durchreise durch Berlin persönlich mit Herrn von Neurath verhandeln. Als ich darauf hinwies, daß die zur Erörterung stehenden Fragen meines Erachtens viel zu komplex seien, um auf diesem Wege behandelt zu werden, meinte Herr Beck, es sei nicht ausgeschlossen, daß man für die eine oder andere Frage auch einmal einen Experten hinzuziehen könne. Grundsätzlich dürften nach Auffassung der Polnischen Regierung diese heiklen Dinge aber nur im rein diplomatischen Verkehr behandelt werden. Auf diesem Wege würde man nach Auffassung der Polnischen Regierung zu besseren Resultaten gelangen, als eine irgendwie geartete Vereinbarung sie bieten könnte. Freundschaftliche Verständigung in Einzelfragen sei besser als eine Intervention auf Grund von Verträgen.

Ich habe unter Anführung verschiedener Beispiele aus der Praxis mich noch weiter bemüht darzulegen, daß ohne Vereinbarung gemeinsamer Richtlinien nützliche Arbeit nicht geleistet werden könne. Herr Beck blieb aber auf seinem Standpunkt unter Berufung auf eine Kabinettsentscheidung, mit der er sich persönlich in vollem Umfange identifizierte.

Ich habe nicht den Eindruck, daß polnischerseits die Absicht besteht, die „Prüfung der Lage" sehr zu vertiefen, möchte vielmehr glauben, daß dieser Ausweg nur gewählt worden ist, um die Ablehnung unseres Vorschlages nicht zu schroff erscheinen zu lassen. Wenn ich mir daher auch nicht allzuviel von einem Eingehen auf die Becksche Anregung versprechen kann, so scheint es mir doch nicht ratsam zu sein, den Gedanken a limine abzulehnen. von Moltke

Nr. 86. Die Deutsche Delegation in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 28. Mai 1937

Sämtliche zur Zeit in Warschau geführten Verhandlungen über die mit dem Ablauf des Genfer Abkommens zusammenhängenden Fragen lassen erkennen, daß die Ressortministerien stark vom oberschlesischen Woiwoden unter Druck gesetzt sind und

daß deshalb politische Rücksichten in erheblichem Maße bei der Fassung sachlicher Entscheidungen mitsprechen. Das ließ sich sowohl bei den Verhandlungen über die Eisenbahnfrage wie auch besonders bei der Besprechung mit Herrn Kunicki erkennen. Herr Kunicki ist offenbar ein Sachbearbeiter, der die Regelung der oberschlesischen Fragen mit Objektivität und dem Wunsch, zu einer möglichst freundschaftlichen Regelung zu kommen, behandelt. Er ließ mich jedoch unzweideutig erkennen, daß das Außenministerium in manchen der Fragen nicht so entscheiden könne, wie es seiner Meinung nach vielleicht zweckmäßig sei. Besonders in seinem Verlangen auf Durchführung der Abwanderung der Optanten entspricht wohl das Außenministerium den Wünschen der oberschlesischen Aufständischen, die offenbar ein Opfer verlangen. Mackeben

Nr. 88. Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 1. Juni 1937

Ich habe heute bei Herrn Beck die mir aufgetragene Demarche ausgeführt unter Überreichung des anliegenden Memorandums, das ich eingehend mündlich erläuterte. Herr Beck hörte sehr aufmerksam zu, gab aber während meiner Ausführungen weder Zeichen der Zustimmung noch der Ablehnung zu erkennen. Als ich abschließend darauf hinwies, daß der mir von Herrn von Neurath erteilte Auftrag vom Führer und Reichskanzler angeordnet worden sei, zeigte Herr Beck sich sichtlich beeindruckt und erwiderte, daß Wünsche des Führers hier immer einer besonders ernsten Beachtung sicher seien. Er werde selbstverständlich die von mir vorgetragene Angelegenheit unverzüglich dem Ministerpräsidenten bzw. dem Kabinett unterbreiten und behielte sich vor, demnächst die Stellungnahme der Polnischen Regierung mitzuteilen.

Im übrigen beschränkte sich Herr Beck auf einige kurze Bemerkungen, in denen er zunächst zum Ausdruck brachte, daß in der Tat unsere verständnisvolle Haltung gelegentlich des Vorstoßes der Polnischen Regierung in Genf vom Herbst 1934 hier seinerzeit große Befriedigung ausgelöst habe. Herr Beck fand dann einige Worte der Verteidigung gegenüber meinen Darlegungen bezüglich der tatsächlichen Lage der deutschen Minderheit in Polen, ohne aber hierbei in das Detail zu gehen, und brachte zum Ausdruck, daß bei eigenmächtigem Vorgehen der untergeordneten Behörden der Ministerpräsident sicherlich bereit sein würde, mit der ihm eigenen Energie einzuschreiten. Herr Beck versuchte, die Schwierigkeiten des gesamten deutsch-polnischen Minderheitenproblems mit der Verschiedenheit der inneren Konstruktion der beiden Staaten zu erklären, wie denn überhaupt nach seiner Ansicht das ganze Minderheitenproblem außerordentlich komplex sei. Herr Beck wiederholte nicht seine früheren Argumente gegen unseren Vorschlag, kam aber auch mit keinem Wort auf die heute von mir weisungsgemäß vorgebrachten prinzipiellen Gesichtspunkte zu sprechen. von Moltke

Anlage

Memorandum

Warschau, den 1. Juni 1937

1. Die Stellungnahme der Polnischen Regierung zu dem deutschen Vorschlag eines zweiseitigen Vertrages über die Minderheiten hat in Berlin bei den maßgebenden Stellen sehr überrascht und nicht nur Enttäuschung, sondern auch ernste Besorgnisse hervorgerufen. Die Reichsregierung hat, politisch gesehen, volles Verständnis für die Abneigung der Polnischen Regierung gegen einseitige Bindungen in der Frage der Minderheiten. Das hat sie seinerzeit schon durch die Haltung bewiesen, die sie anläßlich des polnischen Vorstoßes im Völkerbunde im September 1934 eingenommen hat. Der deutsche Standpunkt zu dieser Frage ist dem Polnischen Herrn Außenminister am 19. November 1934 ausführlich dargelegt worden. In dem gleichen Sinne hat die Reichsregierung jetzt geglaubt, mit ihrem Vorschlag eines völlig paritätischen zweiseitigen Vertrages über die Minderheiten ein bedeutsames Entgegenkommen zu beweisen und der Polnischen Regierung eine Möglichkeit zu eröffnen, das Problem in einer Weise zu lösen, die dem polnischen Widerstreben gegen einseitige Bindungen Rechnung tragen und zugleich beide Teile der Notwendigkeit entheben würde, sich über die aus der Vergangenheit herrührenden prinzipiellen Fragen auseinanderzusetzen.

2. Wenn polnischerseits der Standpunkt vertreten wird, daß nach den bisher gemachten Erfahrungen den Minderheiten mit einer völlig freien souveränen Behandlung ihrer Angelegenheiten durch die Landesbehörden mehr gedient sei als mit internationalen Abmachungen und daß eine freundschaftliche Verständigung in Einzelfragen besser sei als eine Intervention auf Grund von Verträgen, so ist das

Seeaufklärer – immer startbereit

Phot.: P.K. Herster (Atlantic)

Flugzeug in Fliegerdeckung

Phot.: Weltbild

eine nach deutscher Ansicht nicht zutreffende Beurteilung des Problems. Die deutscherseits gewünschte Klärung der Rechtsgrundlagen bedeutet selbstverständlich nicht, daß wir einer Politik der Interventionen oder überhaupt einer Politik formaler Prozeduren zuneigen. Auch deutscherseits wird es für die einzig fruchtbare und überdies der großen Linie der deutsch-polnischen Beziehungen entsprechende Methode gehalten, sich über die jeweils auftauchenden Einzelfragen freundschaftlich zu verständigen. Eine solche Verständigung wird aber durch den Abschluß einer nach den Grundsätzen voller Gegenseitigkeit aufgebauten Vereinbarung nicht nur nicht erschwert, sondern im Gegenteil wesentlich erleichtert werden. Falls man, entsprechend dem polnischen Vorschlage, über Minderheitenfragen zwischen Deutschland und Polen stets nur als über eine situation de fait spricht, liegt die Gefahr, daß die Vorstellungen und Wünsche der einen Seite von der anderen Seite als unberechtigte Einmischung in innere Angelegenheiten empfunden werden würden, viel näher, als wenn es sich um die freundschaftliche Aussprache über die Durchführung vertraglicher Abmachungen handelt. Darüber hinaus würde aber das Fehlen einer Klärung der Rechtsgrundlagen einen Unsicherheitsfaktor in die ganzen deutsch-polnischen Beziehungen hineintragen, der sich auf die Dauer als bedenkliche Störung bemerkbar machen müßte.

3. Davon abgesehen, dürfte auch die Polnische Regierung Verständnis dafür haben, daß die Deutsche Regierung nicht einfach stillschweigend die Position preisgeben kann, die sich für sie aus der bekannten Entstehung des deutsch-polnischen Minderheitenproblems ergibt. Die Deutsche Regierung hat im Herbst 1934 davon absehen können, den polnischen Vorstoß gegen die Mitwirkung des Völkerbundes in Minderheitenfragen zu beanstanden, weil sie diese Mitwirkung längst als wertlos erkannt und weil sie es als einen der wichtigsten Zwecke der deutsch-polnischen Vereinbarung vom Januar 1934 angesehen hat, deutsch-polnische Angelegenheiten nicht vor internationalen Instanzen, sondern im unmittelbaren Gedankenaustausch zu erörtern. Hierbei wurde aber selbstverständlich davon ausgegangen — wie es auch in der obenerwähnten Unterredung vom 19. November 1934 zum Ausdruck gekommen ist —, daß sich die polnische Aktion lediglich gegen die Kontrolltätigkeit des Völkerbundes richten, dagegen die materiellen Verpflichtungen Polens unberührt lassen sollte. Auch der bevorstehende Ablauf der Genfer Konvention ändert ja zweifellos nichts daran, daß die allgemeinen Minderheitenverpflichtungen Polens in Kraft bleiben, und zwar sowohl in Ostoberschlesien als auch in den übrigen Teilen Polens. Da aber die speziellen Schutzbestimmungen für Ostoberschlesien jetzt in Fortfall kommen, ergibt sich von neuem ein dringender Anlaß zur Erörterung der Frage, ob es nicht im beiderseitigen Interesse geboten wäre, über die künftige Handhabung jener allgemeinen Schutzbestimmungen zu einer Verständigung zu gelangen, und zwar wiederum nicht nur für Ostoberschlesien, sondern für ganz Polen.

4. Die Deutsche Regierung, die sich an dem Schicksal der auf polnischem Gebiet lebenden Menschen deutschen Stammes unmöglich desinteressieren kann, hat den Wunsch gehabt und hat ihn noch, sich bei der Betätigung ihres Interesses für diese Bevölkerungsteile nicht letzten Endes auf das Faktum stützen zu müssen, daß Polen als integrierenden Bestandteil der Gesamtregelung von 1919 einseitige Minderheitenverpflichtungen übernommen hat. Gerade um jeder Mißdeutung deutscher politischer Absichten vorzubeugen und um künftigen Erörterungen über die Minderheitenfragen von vornherein jede politische Schärfe zu nehmen, sind deutscherseits zweiseitige Abmachungen vorgeschlagen worden, die Deutschland in gleicher Weise wie Polen verpflichten. Wenn die Polnische Regierung diesen Vorschlag trotz des darin liegenden deutschen Entgegenkommens wirklich endgültig ablehnen sollte, so gibt es für eine grundsätzliche Verständigung über die Behandlung des Minderheitenproblems wohl nur noch einen Weg: Man könnte daran denken, daß die beiden Regierungen, jede für sich, aber gleichzeitig und sachlich übereinstimmend, eine öffentliche Erklärung über den Schutz der auf ihrem Gebiet lebenden deutschen bzw. polnischen Minderheiten abgeben. Obwohl dieser Weg im Vergleich mit der Methode vertraglicher Vereinbarungen manchen Nachteil hat, würde sich die Deutsche Regierung damit schließlich doch abfinden, weil dadurch die Situation wenigstens einigermaßen geklärt würde.

5. Neben den vorstehend angedeuteten prinzipiellen Gesichtspunkten und noch stärker als diese drängt aber die Entwicklung der tatsächlichen Lage der deutschen Minderheit in Polen darauf hin, daß es zu einer Verständigung zwischen den beiden Regierungen über das ganze Minderheitenproblem kommt. Zu ihrem eigenen Bedauern sieht die Deutsche Regierung gerade in dieser tatsächlichen Lage der deutschen Minderheit ein unabweisbares Argument gegen die polnische These, daß die Minderheit am besten führe, wenn ihre Behandlung dem ungebundenen Ermessen der

Landesbehörden überlassen bliebe. In der Tat lassen seit längerer Zeit, insbesondere aber im letzten Jahre, die Beobachtungen leider keinen Zweifel, daß mit Unterstützung amtlicher Stellen und behördlich geförderter privater Organisationen planmäßig daran gearbeitet wird, das wirtschaftliche Fundament der deutschen Minderheit in Polen zu erschüttern und alle diejenigen, die sich zum Deutschtum bekennen, zu einer Änderung in ihrer Einstellung zum Deutschtum zu veranlassen.

6. Es ist nicht beabsichtigt, schon jetzt in die Erörterung von Einzelheiten einzutreten. Um aber die deutsche Beschwerde nicht als vage und unsubstanziiert erscheinen zu lassen, sei kurz auf folgende Punkte hingewiesen:

a) auf die übermäßige Heranziehung des deutschen Grundbesitzes zur Bodenabgabe auf Grund der Agrarreform, wie sie vor allem im letzten Jahr erfolgt ist;
b) auf die fortschreitende Polonisierung des seit Generationen in deutscher Hand befindlichen Grundbesitzes durch Ausübung des Wiederkaufs- und des Vorkaufsrechtes;
c) auf die praktisch in erster Linie gleichfalls gegen das Deutschtum gerichtete Auslegung der Grenzzonengesetzgebung;
d) auf die Tatsache, daß seit einiger Zeit Angehörige der deutschen Minderheit nur noch in Ausnahmefällen die behördliche Genehmigung zur Eröffnung von Läden, Geschäften und wirtschaftlichen Betrieben erhalten und daß deutschstämmigen Ärzten, Apothekern und Rechtsanwälten von den Behörden größte Schwierigkeiten bei der Eröffnung ihrer Praxis gemacht werden;
e) auf die ebenso offenkundige Tatsache, daß deutsche Angestellte und Arbeiter unter dem Druck polnischer Organisationen entlassen werden und keine Anstellung finden, solange sie noch deutschen Vereinigungen angehören oder ihre Kinder in deutsche Schulen schicken;
f) auf die traurige Situation der jungen Leute, die die vom polnischen Staat zugelassenen deutschen Schulen absolviert haben, dann aber bei der Vorbereitung für einen Beruf so großen Schwierigkeiten ausgesetzt sind, daß ein unverhältnismäßig hoher Prozentsatz der deutschstämmigen Jugend bisher noch nicht in das Berufsleben hat eingestellt werden können;
g) auf den neuerdings sogar öffentlich verkündeten Boykott aller deutschen Geschäfte in den abgetrennten Gebieten.

Selbstverständlich ist in Deutschland die Tatsache, daß die Angehörigen der deutschen Minderheit in immer größerem Umfange ihre Existenzbasis verlieren, bei den vielen persönlichen und verwandtschaftlichen Beziehungen der Grenzbevölkerung nicht unbemerkt geblieben. Mit wachsender Erregung wird an die Reichsregierung die Forderung gestellt, Gleiches mit Gleichem zu vergelten und den Angehörigen der polnischen Minderheit in Deutschland, die bislang völlig unbehindert ihren Beruf ausüben, den Lebensraum einzuengen. Die Reichsregierung hat selbstverständlich den Wunsch, gegenüber Polen nicht den Weg von Repressalien beschreiten zu müssen, kann aber andererseits nicht die Augen davor verschließen, daß der auf dem Deutschtum in Polen lastende, ständig zunehmende Druck Befremden und Unwillen im Reich hervorruft und daß die Volkstümlichkeit einer großzügigen Verständigungspolitik mit Polen unter diesen Maßnahmen nachgeordneter polnischer Stellen schweren Schaden erleidet.

7. Die Reichsregierung bittet daher mit allem Nachdruck, die Minderheitenfrage unter Berücksichtigung der vorstehenden Gesichtspunkte noch einmal zu prüfen. Sie hofft, daß die Polnische Regierung sich doch noch zu Besprechungen über die eine oder die andere Form einer grundsätzlichen Regelung entschließt, und daß sie außerdem möglichst bald Maßnahmen ergreift, um den in den polnischen Westprovinzen vorhandenen Chauvinismus zu zügeln, der die ernste Gefahr in sich schließt, die so glücklich eingeleitete Zusammenarbeit zwischen der Deutschen und der Polnischen Regierung an einer fruchtbaren Weiterentwicklung zu hindern.

Nr. 89. Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 6. Juni 1937

Außenminister Beck, der heute mit Staatspräsidenten nach Bukarest fährt, bat mich gestern abend zu sich und erklärte folgendes:

Er wolle Warschau nicht verlassen, ohne eine Antwort auf unsere Demarche in Minderheitenfrage zu geben. Seine Regierung, der er eingehend über unsere Auffassung berichtet habe, sei bereit, mit uns die Frage einer Erklärung über den Schutz der Minderheiten zu prüfen. Regierung habe sich hierzu entschlossen, weil sie Wert darauf lege, gegenüber einer vom Reichskanzler persönlich angeordneten

Demarche Entgegenkommen zu zeigen und keinen Zweifel an der Aufrichtigkeit ihrer Politik aufkommen zu lassen. Sachlich seien die seinerzeit dargelegten Bedenken auch heute noch vorhanden.

Er werde alsbald nach seiner Rückkehr aus Bukarest auf die Angelegenheit zurückkommen und würde sich freuen, wenn es gelänge, eine den beiderseitigen Interessen rechnungtragende Formulierung zu finden. Für heute habe ihm nur daran gelegen, uns unverzüglich über grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft zu verständigen.

Auf meine Frage erklärte Herr Beck, daß zweiseitiger Vertrag nach wie vor abgelehnt werde und daß nur eine Erklärung gemäß unserem neuen Vorschlag in Frage komme. Aus seiner erneuten, wenn auch weniger kategorischen Ablehnung von Sachverständigenverhandlungen schließe ich, daß zunächst nicht an eine Erklärung mit wesentlich materiellem Inhalt gedacht ist. Es wird daher zweckmäßig sein, gleich in der ersten Besprechung eine unseren Wünschen entsprechende Formulierung vorzulegen.

Moltke

Nr. 90. Der Reichsminister des Auswärtigen an den Deutschen Botschafter in Warschau

Telegramm

Berlin, den 18. Juni 1937

Bitte Sie, Polnischen Außenminister mit Bezugnahme auf Gespräch vom 5. 6. umgehend Minderheitenerklärung des mit heutigem Luftkurier übersandten Wortlauts als deutschen Vorschlag zu übergeben und im Verlaufe Besprechungen über Erklärung ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß künftig Anwendung Agrarreformgesetzes und Grenzzonenverordnung zu Entdeutschungszwecken nach Ansicht Deutscher Regierung mit Erklärung nicht vereinbar sei.

Bitte ferner regelmäßig wiederkehrende Aussprachen zwischen Vertretern beider Staaten über Minderheitenfragen anzuregen.

Neurath

Nr. 91. Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 24. Juni 1937

Da Herr Beck mehrere Tage verreist war, habe ich ihm unseren Wortlaut der Minderheitenerklärung erst heute übergeben können. Vorbehaltlich näherer Prüfung äußerte er sich zustimmend zu der Einleitung. Hinsichtlich des materiellen Inhalts verwies er auf die Schwierigkeiten, die hier wegen jüdischer Minderheiten entstehen könnten, enthielt sich im übrigen aber jeder Stellungnahme. Er erklärte, daß er die zuständigen Ressorts zu beschleunigter Prüfung veranlassen und jede unnötige Verzögerung vermeiden wolle.

Moltke

Nr. 92. Aufzeichnung eines Beamten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 24. Juni 1937

Der Herr Reichsminister hat heute den Polnischen Botschafter zu sich gebeten, um mit ihm über den Stand der Regierungsverhandlungen wegen des Genfer Abkommens zu sprechen, deren Verlauf uns nicht befriedigt. Er hat Herrn Lipski vorgehalten, daß wir vor allem nicht mit den engherzigen polnischen Vorschlägen über die künftige Regelung des Grenzverkehrs einverstanden seien und daß wir insbesondere eine Befristung dieser Regelung lediglich bis zum 31. Dezember 1937 als völlig unzureichend ablehnen müßten. Wir müßten vielmehr verlangen, daß die neue Regelung auf einen längeren Zeitraum erstreckt werde, und wir könnten die von polnischer Seite hierfür angegebenen Hinderungsgründe keineswegs anerkennen.

Der Herr Reichsminister hat den Polnischen Botschafter auch darauf hingewiesen, daß wir den rigorosen polnischen Standpunkt hinsichtlich der Ausweisung der Optanten nicht akzeptieren könnten. Diese Aktion, durch die erneut Tausende von Deutschen aus ihrer Heimat vertrieben würden, sei für die deutsch-polnischen Beziehungen durchaus abträglich.

von Lieres

Nr. 93. Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 16. Juli 1937

Halbamtlich wird bekanntgegeben, daß folgende vier Gesetzentwürfe der außerordentlichen Parlamentstagung zur Beschlußfassung vorgelegt werden sollen:

1. ein Gesetzentwurf über die Erweiterung der Bestimmungen über die Amtssprache der Richter, Staatsanwälte und Notare auf das Gebiet des Bezirksgerichts Kattowitz,

2. ein Gesetzentwurf über die Aufhebung der Fideikommisse des Fürsten Pleß, also um ein Gesetz, das die Unveräußerbarkeit und Unteilbarkeit des fürstlichen Stammgutes aufhebt,

3. ein Gesetzentwurf über die Erweiterung der Vorschriften über die Durchführung der Agrarreform auf den oberschlesischen Teil der Woiwodschaft Schlesien,

4. ein Gesetzentwurf über die Erweiterung der Verordnung des Staatspräsidenten über die Entgegennahme von Grundstücken als Entgelt für bestimmte geldliche Verpflichtungen auf Ostoberschlesien.

Wie der der Regierung nahestehende „Expreß Poranny" bemerkt, wird die Annahme der Gesetze die Parzellierung des deutschen Grundbesitzes in Polnisch-Oberschlesien zur Folge haben. Daß die Gesetze in erster Linie den Zweck verfolgen, den ausgedehnten Waldbesitz des Fürsten Pleß zu enteignen, dürfte außer Zweifel stehen. Das wird bedauerlicherweise zur Folge haben, daß wiederum eine große Anzahl deutscher Volksangehöriger um ihre Existenz gebracht werden wird. Es eröffnet keine günstigen Aussichten für die Zukunft, wenn einen Tag nach dem 15. Juli — dem Ablauf des Genfer Abkommens — und obwohl wir noch mitten in Verhandlungen mit der Polnischen Regierung über die Minderheitenerklärung sowie über die für die Agrarreform wichtige Frage der „wohlerworbenen Rechte" stehen, derartige gesetzliche Maßnahmen ergriffen werden, von denen die zu 2 bis 4 genannten die Interessen der deutschen Minderheit aufs schwerste verletzen.

von Moltke

Nr. 94. Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 30. Juli 1937

Außenminister Beck bat mich heute zu sich, um die Besprechungen über die Minderheitenerklärung weiter fortzuführen. Er drückte zunächst sein Bedauern darüber aus, daß die Angelegenheit sich so stark verzögert hätte. Der Besuch des Königs von Rumänien sowie die schwierigen Verhandlungen über den Wawel-Konflikt hätten ihm keine Zeit gelassen, sich mit der Frage der Minderheitenerklärung zu befassen. Schließlich hätten in den letzten Tagen auch die Sejmsitzungen über die mit dem Ablauf der Genfer Konvention zusammenhängenden Gesetze seine Zeit voll in Anspruch genommen. Herr Beck unterließ nicht, bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß er große Mühe gehabt habe, die in Rede stehenden Gesetze, insbesondere das Gesetz über die Agrarreform und die Gerichtssprache, gegen den starken Widerstand von chauvinistischer Seite durchzubringen. Er freue sich, daß es gelungen sei, die Zulassung der deutschen Sprache vor Gericht für die Minderheit durchzusetzen und die Agrarreform so zu gestalten, daß ihre Durchführung nicht in einem schnelleren Tempo erfolgen werde als in den anderen Provinzen.

Herr Beck übergab mir darauf den von ihm abgeänderten Entwurf für die Minderheitenerklärung. Wir sind in eine nähere Prüfung des Textes nicht eingetreten, sondern haben eine weitere Besprechung für die nächste Woche verabredet.

Ich habe dann die Gelegenheit benutzt, um in Erwiderung auf die optimistischen Ausführungen des Ministers über die neuen polnischen Gesetze darzulegen, daß diese Gesetze sowie überhaupt alles, was sich hier im Zusammenhang mit dem 15. Juli abgespielt hat, uns keineswegs befriedigt, sondern vielmehr sehr enttäuscht hätten. Insbesondere gelte das für das Gesetz über die Agrarreform, dessen übereilte Einführung den Eindruck hervorrufen müsse, als sei beabsichtigt, in einer Frage, die zwischen uns noch offen sei und in der wir u. a. auch bereits die Möglichkeit einer schiedsgerichtlichen Entscheidung in Anregung gebracht hätten, ein fait accompli zu schaffen. Auch das Gesetz über die Liquidierung der Pleßangelegenheit sei keine Lösung in unserem Sinne, denn wenn es auch vielleicht jetzt einen Ausweg aus der verfahrenen Situation biete, so sei doch aus der sehr langen Vorgeschichte, wie insbesondere auch aus der seinerzeit von uns angestrebten und später nur aus Rücksicht auf die Verständigungspolitik zurückgezogenen Klage vor der Haager Cour bekannt, welches unsere Auffassung über diese Angelegenheit sei. Was das Sprachengesetz anbetreffe, so wolle ich zwar die guten Absichten des Ministers nicht in Zweifel ziehen, müsse aber darauf hinweisen, daß die Zulassung der deutschen Sprache im Gerichtsverkehr doch nur einen sehr bescheidenen Vorteil darstelle, nachdem im ganzen sonstigen Verkehr mit den Behörden die deutsche Sprache ausdrücklich untersagt worden sei. Als ein besonders schwerer Schlag gegen das Deutschtum in Ost-Oberschlesien werde aber das vom schlesischen Sejm an-

genommene Gesetz über die Organisation der evangelischen Kirche von uns empfunden, zumal auch der Erlaß dieses Gesetzes ein fait accompli schaffe in einer Frage, die wir gemäß Ziffer 4 unseres Erklärungsentwurfes zu einem Programmpunkte unserer Aussprache gemacht hätten. Die überschnelle Verabschiedung dieses Gesetzes unmittelbar nach Ablauf der Genfer Konvention und ohne vorherige Fühlungnahme mit den betroffenen kirchlichen Kreisen habe uns um so mehr befremdet, als nach verschiedenen Äußerungen maßgebender Persönlichkeiten hätte angenommen werden können, daß der Ablauf der Konvention nicht eine Intensivierung des Volkstumskampfes und eine tatsächliche Schlechterstellung der deutschen Volksgruppe in Ost-Oberschlesien zur Folge haben werde. Er, Herr Beck, selbst habe im Laufe der letzten Verhandlungen mir gegenüber darauf hingewiesen, daß die verhaßte, als Beeinträchtigung der Souveränität empfundene Genfer Konvention in erster Linie schuld daran sei, wenn die untergeordneten Behörden in Oberschlesien sich nicht in die von der Zentrale gewünschte Minderheitenpolitik hineinfinden könnten, und daß alles besser werden würde, wenn erst die völlig autonome Handhabung dieser Fragen auf Grund der polnischen Verfassung hergestellt sein werde. Wir hätten aber schon aus den anläßlich des 15. Juli erschienenen Artikeln der Regierungspresse, die unisono einen Triumphgesang über die trotz Genfer Konvention und trotz internationaler Behörden erzielten Erfolge der Entdeutschungspolitik angestimmt hätten, sehr enttäuschende Eindrücke erhalten, und das Bukett minderheitenfeindlicher Gesetze, das uns unmittelbar nach dem 15. Juli serviert worden sei, habe das Gefühl ernster Sorge hinsichtlich der weiteren Gestaltung der polnischen Minderheitenpolitik nur noch verstärkt.

Ich habe im weiteren Verlauf der Unterredung ausführlich darauf hingewiesen, daß im Gegensatz zu den Verhältnissen in Deutschland die wirtschaftliche Lage der Minderheit sich immer katastrophaler gestaltet habe dadurch, daß der Minderheit auf allen Gebieten, sei es in der Landwirtschaft oder Industrie, sei es im Handwerk oder in den freien Berufen, planmäßig jede Existenzbasis entzogen würde, wofür die erschreckende Statistik über die Arbeitslosigkeit innerhalb der Minderheit ein deutlicher Beweis sei. Ich habe Herrn Beck, der diese Tatsachen zu bestreiten versuchte, dringend nahegelegt, sich einmal über diese Verhältnisse orientieren zu lassen und dafür zu sorgen, daß der mit der Erklärung vom 26. Januar 1934 nicht zu vereinbarende minderheitenfeindliche Geist, wie er aus dem Konitzer Prozeß und besonders deutlich auch aus den letzten Sejmdebatten zu erkennen sei, endlich einmal beseitigt werde. Ich wolle nur hoffen, daß die den Gegenstand unserer Erörterungen bildende Minderheitenerklärung eine Wendung der Politik herbeiführen werde, und müsse weisungsgemäß darauf hinweisen, daß z. B. künftig die Anwendung der Agrarreformgesetze und der Grenzzonenverordnung zu Entdeutschungszwecken nach Ansicht der Deutschen Regierung mit der Minderheitenerklärung nicht mehr vereinbar sei.

Herr Beck kam dann auf die verschiedenen, von uns als diskriminierend angesehenen oberschlesischen Gesetze zu sprechen. Er bemerkte, diese Gesetze hätten früher oder später doch erlassen werden müssen, und er hätte es für besser gehalten, ihre Verabschiedung nicht hinauszuzögern, weil es nur so möglich gewesen sei, den sehr viel weitergehenden Forderungen der Chauvinisten entgegenzutreten. Wenn jetzt erst einmal Ruhe eingetreten sein werde, so würde es leichter sein, hinsichtlich einer vernünftigen Gestaltung der Minderheitenpolitik einen Druck auszuüben. Er hoffe im übrigen auch seinerseits, daß die beabsichtigte Minderheitenerklärung eine gute Wirkung ausüben würde. Er sehe in dieser Erklärung einen bedeutsamen Akt, der eine gute Basis für eine vernünftige Minderheitenpolitik abgeben könne. Voraussetzung sei allerdings, daß beide Regierungen sich bemühten, den in den Erklärungen bekundeten guten Willen auch in die Tat umzusetzen. Er werde seinerseits dafür sorgen, daß das hier geschehe, und das gleiche gelte auch von dem Ministerpräsidenten und den übrigen in Frage kommenden Ressortministern, mit denen er die Erklärung eingehend besprochen habe. von Moltke

Nr. 95. Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 26. August 1937

In heutiger Unterredung über Minderheitencommuniqué hat Außenminister unsere Formulierung angenommen.

Herr Beck unterstrich erneut die politische und praktische Bedeutung der Vereinbarung, von der zu hoffen sei, daß sie eine Entspannung auf dem Gebiet der Minderheitenfrage herbeiführen werde. Die Polnische Regierung sei gewillt, „de faire un effort sérieux". Er lege deshalb auch großen Wert darauf, daß die Ver-

öffentlichung erst erfolge, wenn der Ministerpräsident, der gleichzeitig Innenminister ist, wieder im Lande sei, wodurch die Kundgebung für polnische Öffentlichkeit ein größeres Gewicht erhalten würde. Im übrigen habe er den Ministerpräsidenten, der voraussichtlich übermorgen zurückkommen werde, bereits orientiert und sein generelles Einverständnis erhalten, so daß irgendwelche Abänderungswünsche von seiner Seite nicht mehr zu erwarten seien.

Ich habe Herrn Beck gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß seine Auffassung über die Bedeutung des Communiqués von uns geteilt werde. Im Laufe der weiteren Unterhaltung habe ich erneut darauf hingewiesen, daß künftige Anwendung Grenzzonenverordnung oder der Agrarreform zu Entdeutschungszwecken mit Communiqué nicht vereinbar sei.

Bezüglich des Zeitpunkts der Veröffentlichung ist einstweilen der Mittwoch nächster Woche in Aussicht genommen. Moltke

Nr. 98. Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 7. September 1937

Ich habe heute eine eingehende Unterredung mit dem Außenminister gehabt, in der ich nachdrücklichst darauf hinwies, daß oberschlesisches Schulgesetz in völligem Widerspruch zu Wortlaut und Sinn der von uns vorbereiteten Minderheitenerklärung steht. Unsere Wünsche habe ich gemäß dortiger Weisung formuliert.

Er erklärte, daß er nur in der Lage sei, die grundsätzliche Einstellung der Polnischen Regierung zu gesamtem, durch das Schulgesetz aufgeworfenem Problem darzulegen. Das Gesetz solle selbstverständlich nicht bisherige Situation der Minderheit verschlechtern; die Tatsache, daß trotz des neuen Gesetzes das Schuljahr am 1. September begonnen habe, ohne in der Praxis irgendeine Einschränkung zu bringen, könne als Beweis für diese Tendenz angesehen werden. Auf Grund alarmierender Meldungen der deutschen Presse habe er sofort die Aufmerksamkeit des Ministerpräsidenten auf die Angelegenheit gelenkt, und dieser habe unverzüglich an die lokalen Behörden die Weisungen ergehen lassen, die notwendig waren, um die Durchführung des Gesetzes mit dem Sinne der Minderheitenerklärung in Einklang zu bringen. Auch der Ministerpräsident wünsche, ebenso wie er selbst, daß die unsere Beziehungen belastende Minderheitenfrage endlich einmal bereinigt werde.

Bei dieser Sachlage habe ich es im Hinblick auf die morgen bevorstehende Abreise Außenministers nach Genf für richtig gehalten, mit Rücksicht auf die für die Zukunft doch immerhin recht wertvollen Zusicherungen des Ministers der Veröffentlichung der Minderheitenerklärung nunmehr zustimmen zu sollen. Da Beck Wert darauf legte, im Zeitpunkt der Veröffentlichung in Warschau anwesend zu sein, mußte aber Festsetzung genaueren Datums zunächst offenbleiben. Moltke

Nr. 100. Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Telegramm

Warschau, den 6. Oktober 1937

Herr Beck, der mich heute in Sachen der Minderheitserklärung empfing, betonte zunächst erneut den ernsthaften Willen der Polnischen Regierung, das Communiqué zum Ausgangspunkt einer Aktion zu machen, die nicht nur atmosphärisch, sondern auch sachlich eine Besserung der Lage herbeiführt. Diesem Zwecke solle auch ein Empfang der Minderheitsführer durch den Staatspräsidenten dienen, wobei erwartet werde, daß entsprechende Geste auch in Berlin erfolge. Moltke

Nr. 101. Übereinstimmende Erklärung der Deutschen und der Polnischen Regierung über den Schutz der beiderseitigen Minderheiten, veröffentlicht am 5. November 1937

Die Deutsche Regierung und die Polnische Regierung haben Anlaß genommen, die Lage der deutschen Minderheit in Polen und der polnischen Minderheit in Deutschland zum Gegenstand einer freundschaftlichen Aussprache zu machen. Sie sind übereinstimmend der Überzeugung, daß die Behandlung dieser Minderheiten für die weitere Entwicklung der freundnachbarlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen von großer Bedeutung ist und daß in jedem der beiden Länder das Wohlergehen der Minderheit um so sicherer gewährleistet werden kann, wenn die Gewißheit besteht, daß in dem anderen Land nach den gleichen Grundsätzen verfahren wird. Zu ihrer Genugtuung haben die beiden Regierungen deshalb feststellen können, daß jeder der beiden Staaten im Rahmen seiner Souveränität für die Behandlung der genannten Minderheiten nachstehende Grundsätze als maßgebend ansieht:

1. Die gegenseitige Achtung deutschen und polnischen Volkstums verbietet von selbst jeden Versuch, die Minderheit zwangsweise zu assimilieren, die Zugehörigkeit zur Minderheit in Frage zu stellen oder das Bekenntnis der Zugehörigkeit zur Minderheit zu behindern. Insbesondere wird auf die jugendlichen Angehörigen der Minderheit keinerlei Druck ausgeübt werden, um sie ihrer Zugehörigkeit zur Minderheit zu entfremden.

2. Die Angehörigen der Minderheit haben das Recht auf freien Gebrauch ihrer Sprache in Wort und Schrift sowohl in ihren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen wie in der Presse und in öffentlichen Versammlungen.

Den Angehörigen der Minderheit werden aus der Pflege ihrer Muttersprache und der Bräuche ihres Volkstums sowohl im öffentlichen wie im privaten Leben keine Nachteile erwachsen.

3. Das Recht der Angehörigen der Minderheit, sich zu Vereinigungen, auch zu solchen kultureller und wirtschaftlicher Art, zusammenzuschließen, wird gewährleistet.

4. Die Minderheit darf Schulen in ihrer Muttersprache erhalten und errichten.

Auf kirchlichem Gebiet wird den Angehörigen der Minderheit die Pflege ihres religiösen Lebens in ihrer Muttersprache und die kirchliche Organisierung gewährt. In die bestehenden Beziehungen auf dem Gebiet des Bekenntnisses und der caritativen Betätigung wird nicht eingegriffen werden.

5. Die Angehörigen der Minderheit dürfen wegen ihrer Zugehörigkeit zur Minderheit in der Wahl oder bei der Ausübung eines Berufes oder einer wirtschaftlichen Tätigkeit nicht behindert oder benachteiligt werden. Sie genießen auf wirtschaftlichem Gebiet die gleichen Rechte wie die Angehörigen des Staatsvolkes, insbesondere hinsichtlich des Besitzes oder Erwerbs von Grundstücken.

Die vorstehenden Grundsätze sollen in keiner Weise die Pflicht der Angehörigen der Minderheit zur uneingeschränkten Loyalität gegenüber dem Staat, dem sie angehören, berühren. Sie sind in dem Bestreben festgesetzt worden, der Minderheit gerechte Daseinsverhältnisse und ein harmonisches Zusammenleben mit dem Staatsvolk zu gewährleisten, was zur fortschreitenden Festigung des freundnachbarlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und Polen beitragen wird.

Nr. 102. Erklärung des Führers beim Empfang der Polnischen Volksgruppenvertreter, 5. November 1937

Die übereinstimmende deutsch-polnische Erklärung über den Schutz der beiderseitigen fremden Volksgruppen, die heute von beiden Ländern veröffentlicht wird, soll die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern verbessern und festigen. Die praktische Ausführung der in dieser Erklärung enthaltenen Richtlinien kann wesentlich zur Erreichung dieses Zieles beitragen.

Das Bestreben der Reichsregierung geht dahin, das Zusammenleben der polnischen Volksgruppe mit dem deutschen Staatsvolke harmonisch und innerlich friedlich zu gestalten.

Ich stelle fest, daß der Wille der Reichsregierung, jedem Reichsbürger Brot und Arbeit zu verschaffen, auch gegenüber den Angehörigen der polnischen Volksgruppe besteht und durchgeführt ist. In der Zeit großer Arbeitslosigkeit und großer Entbehrungen, denen Angehörige der deutschen Volksgruppen in Europa noch vielfach ausgesetzt sind, nimmt die polnische Volksgruppe an dem wirtschaftlichen Aufstieg des Reiches in vollem Umfange teil. Gleiche Fortschritte sind in der kulturellen Betätigung der polnischen Volksgruppe gemacht worden, wie ihre vielseitigen organisatorischen Einrichtungen und neuerdings die Errichtung einer weiteren höheren polnischen Schule in Deutschland beweisen. Die Polen in Deutschland müssen aber stets dessen eingedenk sein, daß der Gewährung von Schutzrechten die loyale Erfüllung der dem Staate zu leistenden Pflichten und der Gehorsam gegen die Gesetze gleichwertig gegenübertreten.

Der Schutz der deutschen Volksgruppe in Polen, vor allem in ihrem Recht auf Arbeit und Verbleib auf ihrer angestammten Scholle, wird auch zur Sicherung der polnischen Volksgruppe in Deutschland beitragen.

Das hohe Ziel des Paktes, den ich seinerzeit mit dem großen Polnischen Staatschef Marschall Josef Pilsudski geschlossen habe, wird durch diese gemeinsame deutsch-polnische Erklärung zur Minderheitenfrage seiner Verwirklichung nähergerückt.

Nr. 103. Erklärung des Polnischen Staatspräsidenten beim Empfang der Deutschen Volksgruppenvertreter, 5. November 1937

(Übersetzung)

Aus Anlaß der heute veröffentlichten Erklärung der Polnischen Regierung über die Behandlung der deutschen Minderheit in Polen empfing der Polnische Staats-

präsident als Vertreter der deutschen Minderheit die Senatoren Hasbach und Wiesner und Herrn Kohnert.

Der Staatspräsident hat seine Befriedigung über die in beiden Ländern veröffentlichten Erklärungen, die im Sinne der deutsch-polnischen Verständigung vom 26. Januar 1934 abgefaßt sind, ausgedrückt und hat versichert, daß die deutsche Minderheit in Polen bei einer loyalen Einstellung zum polnischen Staat und dessen Verfassung auch weiterhin auf eine freundliche Betrachtung ihrer Interessen seitens der Polnischen Regierung rechnen könne.

Nr. 104. Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Botschafter

Aufzeichnung

Berlin, den 5. November 1937

Ich habe heute dem Polnischen Botschafter ein Aide-Mémoire übergeben, in dem eine Reihe von Erwartungen über die zukünftige Behandlung der deutschen Minderheiten in Polen ausgesprochen sind, die wir bei den gegenseitigen Erklärungen besonders im Auge hätten. Der Botschafter nahm diese Zusammenstellung an, ohne Bemerkungen dazu zu machen, und wird sie seiner Regierung zustellen.

Frhr. von Neurath

Anlage

Aide-Mémoire

Berlin, den 5. November 1937

Die Deutsche Regierung spricht anläßlich der Veröffentlichung der deutsch-polnischen Minderheitenerklärung die Erwartung aus, daß alsbald Maßnahmen getroffen werden, um die deutsche Volksgruppe in Polen vor jeder unterschiedlichen Behandlung gegenüber dem Staatsvolk zu sichern, insbesondere bei der Anwendung des Agrarreformgesetzes und der Grenzzonenverordnung sowie auf wirtschaftlichem und beruflichem Gebiet, vor allem bei der Einstellung und Entlassung deutschstämmiger Arbeiter.

Im Hinblick auf die Maßnahmen, die in der Woiwodschaft Schlesien während der Verhandlungen über die Minderheitenerklärung getroffen worden sind, legt die Deutsche Regierung besonderen Wert darauf, daß die Lage der deutschen Minderheit auf dem Gebiete des Schul- und Kirchenwesens keine Verschlechterung erfährt.

Die Deutsche Regierung hält es weiterhin zur Erreichung der mit der Minderheitenerklärung verfolgten Ziele für unerläßlich, daß auf die Faktoren der öffentlichen Meinungsbildung, insbesondere auf die Presse und den Westverband, entsprechend eingewirkt wird.

Ferner wird angeregt, regelmäßig wiederkehrende Aussprachen zwischen Vertretern beider Staaten über die in der Minderheitenerklärung behandelten Fragen stattfinden zu lassen.

Die Deutsche Regierung bittet schließlich zu erwägen, die in den letzten Jahren gegen Angehörige der deutschen Volksgruppe in Polen durchgeführten Strafverfahren politischen Charakters in großzügiger Weise durch die Gewährung von Begnadigungen oder Strafaussetzungen zu liquidieren.

VI. Nichtbeachtung der Deutsch-Polnischen Minderheitenerklärung durch Polen (November 1937 bis November 1938)

Nr. 105. Der Deutsche Generalkonsul in Kattowitz an das Auswärtige Amt

Bericht

Kattowitz, den 22. November 1937

Entgegen den anläßlich des Ablaufs der Genfer Konvention abgegebenen Zusicherungen des Woiwoden Grazynski, daß keinerlei Absichten bestünden, die kulturelle Entwicklung des deutschen Elements in Ostoberschlesien einzuschränken, setzt sich die Bedrückungs- und Entlassungswelle gegen deutschstämmige Angestellte und Arbeiter der Industrie fort. Die Not der Deutschen wächst mit jedem Monat und verschärft sich fortgesetzt durch neue Kündigungen und Entlassungen. Nach 10jähriger Amtstätigkeit des Woiwoden Grazynski sind 75 v. H. **der Deutschen** in Ostoberschlesien mit ihren Familien **um die Existenz gebracht worden.**

Ferner sind **allein innerhalb der letzten drei Jahre (1934 bis 1937)**, d. h. also seit **dem** deutsch-**polnischen Verständigungspakt, in der Schwerindustrie** 840 deutsche höhere Angestellte entlassen und größtenteils durch polnische Kräfte ersetzt worden.

Die Entlassungen werden selbst nach Veröffentlichung der deutsch-polnischen Minderheitenerklärung vom 5. November fortgesetzt, obwohl in Punkt 5 dieser Erklärung der Schutz des Arbeitsplatzes des deutschen Arbeiters ausdrücklich gesichert wird und obwohl die Auftragslage der Werke, wie es das Anblasen eines neuen Hochofens zeigt, als durchaus günstig anzusprechen ist.

Nöldeke

Nr. 107. Aufzeichnung des Dirigenten der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts

Berlin, den 25. November 1937

Ich habe heute den Polnischen Geschäftsträger Prinz Lubomirski empfangen und habe ihn darauf hingewiesen, daß mit Bezug auf die deutsche Minderheit in Polen uns die Arbeitslosigkeit in Oberschlesien im Augenblick die ernsteste Sorge bereite. Auch nach Abgabe der Minderheitenerklärung hätten die Entlassungen deutscher Arbeiter in Oberschlesien nicht aufgehört, während wir im Gegenteil gehofft hätten, daß Neueinstellungen vorgenommen würden. Wir hielten es daher für erforderlich, daß, um einen Beweis des guten Willens der Polnischen Regierung abzugeben, polnischerseits alles getan würde, um dem Zustand der fortgesetzten Entlassungen deutscher Arbeiter ein Ende zu bereiten und statt dessen Neueinstellungen vorzunehmen. Prinz Lubomirski verwies darauf, daß in Polen im Augenblick die Arbeitslosigkeit saisonmäßig im Industriegebiet Ostoberschlesiens zugenommen habe, versprach aber, diese Frage seiner Regierung in dem von mir ausgeführten Sinne vorschlagen zu wollen.

Fürst von Bismarck

Nr. 109. Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 11. Dezember 1937

Im Anschluß an eine Unterredung, die ich heute über politische Fragen mit Herrn Beck hatte, habe ich die Lage der Minderheiten entsprechend den Weisungen des Herrn Reichsministers zur Sprache gebracht. Ich verwies eingangs auf die Bemühungen des Auswärtigen Amts, die praktische Durchführung des Minderheiten-Communiqués durch Einwirkung auf die Verwaltungsbehörden sicherzustellen, und erklärte, daß wir leider auf polnischer Seite eine entsprechende Einstellung vermißten, so daß schon das Gefühl einer gewissen Enttäuschung vorhanden sei. Verschiedene Vorkommnisse der letzten Zeit schienen uns sogar in direktem Widerspruch zu den Formulierungen des Minderheiten-Communiqués zu stehen.

Ich berührte dann zunächst die Frage der von der Halbinsel Hela ausgewiesenen deutschen Fischer. Herr Beck unterbrach mich sofort und erklärte, es handele sich hier um eine rein militärische Angelegenheit, die nichts mit dem Minderheitenproblem zu tun hätte. Ich erwiderte, daß wir für die militärischen Belange durchaus Verständnis hätten, aber daß wir doch die Frage aufwerfen müßten, ob es wohl notwendig sei, die Ausweisungen mitten im Winter vorzunehmen und obendrein in einer Weise, die erkennen lasse, daß für die weitere Unterbringung und für irgendeine Fürsorge in keiner Weise gesorgt sei. Ich bat Herrn Beck, sich dieses Falles persönlich anzunehmen.

Des weiteren verwies ich auf die bis in die letzten Tage fortgesetzte Aktion des Westmarkenverbandes, die gegen den deutschen Handel und deutsche Kaufleute gerichtet sei. Herrn Beck schien diese Angelegenheit nicht bekannt zu sein. Er bemerkte, daß es natürlich nicht möglich sei, die Anwendung der Richtlinien des Minderheiten-Communiqués bei allen in Frage kommenden Stellen sofort sicherzustellen; es bedürfe hierzu einer gewissen Zeit. Der Ministerpräsident sei aber entschlossen, in dieser Richtung zu wirken und die in Frage kommenden Stellen mit entsprechenden Weisungen zu versehen. Wie er, Herr Beck, noch gerade heute in einer Unterredung mit dem Ministerpräsidenten festgestellt habe, befasse sich dieser zur Zeit gerade mit diesem Problem. Auch die Frage, ob gegebenenfalls durch gewisse Amnestierungen eine dem Geiste des Minderheitenabkommens entsprechende Geste gemacht werden könne, werde geprüft — aber man müsse noch ein wenig Geduld haben.

Mit besonderem Nachdruck wies ich darauf hin, daß sich in Oberschlesien nicht das geringste geändert habe und daß hier Absetzungen und Ausweisungen von Pfarrern sowie Entlassungen von Arbeitern in einer Weise fortgesetzt würden, die mit dem Geiste des Minderheiten-Communiqués schwer vereinbar sei. Herr Beck erwiderte, daß er hinsichtlich der Arbeiterfrage eher optimistisch sei, obwohl der Einfluß des Staates auf diese Angelegenheiten jetzt geringer sei als früher, daß er aber hinsichtlich der kirchlichen Fragen zur Zeit gar keine Möglichkeit einer befriedigenden

Lösung sähe. Die Lage sei leider durch die widersetzliche Haltung der evangelischen Geistlichen außerordentlich erschwert worden. Er habe seinen Kabinettschef Grafen Lubienski nach Oberschlesien geschickt, um die Frage an Ort und Stelle zu prüfen und gegebenenfalls auf den Woiwoden einzuwirken. Bei einigermaßen gutem Willen von seiten der evangelischen Geistlichkeit würde es wohl möglich sein, zu einer friedlichen Regelung zu gelangen. Das Gesetz sei elastisch genug gefaßt, um Möglichkeiten hierzu zu bieten. Aber es habe sich bei der von ihm angeordneten Untersuchung herausgestellt, daß die unkluge Haltung der Geistlichen jede Intervention unmöglich mache. Wenn die Geistlichen erklärten, daß sie ein rite zustande gekommenes Gesetz nicht anerkennten, so könne der Staat sich eine solche Haltung nicht gefallen lassen.

Ich entgegnete Herrn Beck, daß dieses unglückliche Gesetz die Geistlichen vor Entscheidungen stelle, die sie vor ihrem Gewissen nicht verantworten könnten. Da dieses Gesetz nur provisorischen Charakter habe und, wie er mir selbst früher gesagt habe, ein grundlegendes, allgemeines Gesetz in Vorbereitung sei, so sollte es doch wohl möglich sein, die Durchführung des vorläufigen Gesetzes, das schon infolge der Unterstellung unter einen katholischen Kirchenoberen eine unmögliche Konstruktion sei, bis zum Erlaß des endgültigen Gesetzes zurückzustellen und in der Zwischenzeit Verhandlungen mit der Kirche zu führen. Herr Beck erwiderte, daß eine solche Regelung nicht möglich sei, weil bis zum Erlaß des endgültigen Gesetzes, das durch den Sejm verabschiedet werden müsse, noch zu lange Zeit vergehen würde. Im übrigen sei schon wiederholt vergeblich der Versuch gemacht worden, mit den Geistlichen zu verhandeln, was ich in Abrede stellte. Herr Beck verwies ferner auch heute wieder auf die Lage in Deutschland, wo die Widersetzlichkeit der evangelischen Geistlichen sogar zu Verhaftungen führe, während man hier das an sich durchaus mögliche Eingreifen des Staatsanwaltes bisher vermieden habe. Ich lehnte jeden Vergleich mit deutschen Verhältnissen als völlig abwegig ab. Es sei ein bedauerlicher Irrtum, die oberschlesischen Geistlichen als Revolutionäre und Staatsfeinde anzusehen. Sie wünschten nichts sehnlicher, als weiter in Ruhe ihres Amtes walten zu können und friedliche Seelsorger der ihnen anvertrauten Gemeinde zu sein. Man dürfe von ihnen nur nichts Unmögliches verlangen.

Da ein sachliches Ergebnis im Rahmen dieser Unterhaltung nicht zu erreichen war, habe ich mich darauf beschränkt, Herrn Beck abschließend zu erklären, wir seien überzeugt, daß er in der Lage sei, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, und wir hätten das feste Vertrauen, daß er entsprechend handeln würde. von Moltke

Nr. 113. Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 11. März 1938

Senator Wiesner behandelte in der Senatssitzung vom letzten Dienstag die Frage der Arbeitslosigkeit unter den Deutschen in Polen, wobei er darauf hinwies, daß während der 15 Jahre, in denen Schlesien unter dem Schutz der Genfer Konvention gestanden hat, die deutschen Arbeiter und Angestellten systematisch entlassen worden seien und daß dieser Vorgang auch nach dem Ablauf der Konvention andauere. An diesem Zustande habe auch die Minderheitenerklärung vom 5. November nichts geändert. Im allgemeinen sei der Stand der beschäftigten Bergarbeiter in Oberschlesien im Jahre 1937 von 44 500 auf 53 600 und in der Eisen- und Hüttenindustrie von 23 400 auf 26 600 gestiegen, gleichzeitig seien aber Hunderte von deutschen Arbeitern entlassen worden. Senator Wiesner konnte an Beispielen nachweisen, daß die Entlassungen auch nach der Minderheitenerklärung andauerten, obwohl in dieser ausdrücklich festgelegt worden sei, daß jeder das Recht auf seinen Arbeitsplatz besitze und niemandem aus seinem Bekenntnis zum Deutschtum ein Schaden erwachsen dürfe.

Es seien nicht nur bewährte Facharbeiter, sondern auch Familienväter, die bis zu 10 Kinder hätten, entlassen worden. Einzelne von ihnen seien aufgefordert worden, ihre Kinder aus der deutschen Schule zu nehmen, anderenfalls würden sie ihre Arbeit verlieren. Daraus gehe hervor, daß einzig und allein das Bekenntnis der Arbeiter zum Deutschtum die Ursache für die Entlassungen gewesen sei.

Bei den deutschen Arbeitern sei eine Arbeitslosigkeit von 60 bis 80 v. H. festzustellen.

Bei den deutschen Angestellten sei die Lage ebenso ungünstig. Nicht weniger als 1248 Mitglieder der Gewerkschaft deutscher Angestellter seien in den Jahren 1934 bis 1937 entlassen worden.

Schließlich wies Senator Wiesner darauf hin, daß die Zahl der schulentlassenen deutschen Jugend ganz besonders trostlos sei, da sie keine Lehrstellen bekommen

können, und zwar nur aus dem Grunde, weil sie deutsche Schulen besucht haben. Ungefähr 14 000 bis 16 000 deutsche Jungen und Mädchen im Alter von 15 bis 18 Jahren hätten seit dem Austritt aus der Schule keine systematische Arbeitsschulung erfahren.

Wir müssen leider wieder die Feststellung machen, daß die Minderheitenerklärung sich auch auf dem wichtigen Gebiet des Arbeitsmarktes nicht in der Weise ausgewirkt hat, wie das den Zusicherungen der Polnischen Regierung entsprochen hätte.

von Moltke

Nr. 114. Das Auswärtige Amt an den Deutschen Botschafter in Warschau

Erlaß

Berlin, den 27. Mai 1938

Leider hat die Minderheitenerklärung vom 5. November v. J. auch auf dem Schulgebiet keine Erleichterung gebracht.

1. Seit der Minderheitenerklärung haben die Polen 7 zum Teil sehr große deutsche Schulen geschlossen, und zwar in Westpolen Karmin, Dominowo und Stralkowo, und in Wolhynien, Luck, Józefin, Cezaryn und Dabrowa.

2. Bei den Verhandlungen über die Minderheitenerklärung waren wir auf Wunsch der Polen auf ein Junctim für die Eröffnung des Gymnasiums in Marienwerder eingegangen. Die polnische Gegenleistung bestand praktisch nur in der Zurückziehung mehrerer von Polen ad hoc getroffener Beschränkungen, nämlich:

a) Wiedererteilung des entzogenen Öffentlichkeitsrechts für die Gymnasien in Graudenz und Posen.

b) Erlaubnis zum Weiterbau des Gymnasiums in Bromberg.

Obwohl die Polnische Botschaft bereits im Dezember v. J. die restlose Durchführung behauptete, ist dies bisher nicht erfolgt. Nach vielfachen Vorstellungen in Warschau und Berlin ist das Öffentlichkeitsrecht für Graudenz gewährt worden, während es für Posen auch jetzt noch nicht voll erteilt ist. Für den Neubau in Bromberg wurde nicht einmal die Beendigung des Daches vor dem Winter genehmigt, so daß Witterungsschäden entstanden. Nachdem seitens der Botschaft kürzlich die Weiterbauerlaubnis durchgesetzt worden ist, haben sofort baupolizeiliche Schikanen eingesetzt, so daß der Bau praktisch weiter stilliegt. Wir warten nunmehr schon fast ein ganzes Jahr auf Erfüllung der polnischen Zusage, während wir unsererseits unsere Zusage sofort erfüllt haben.

3. Aus früherer Zeit besteht noch ein Junctim zwischen dem Neubau des Kindergartens in Posenbrück und dem Neubau der deutschen Privatschule in Neutomischel, das gleichfalls nur auf deutscher Seite erfüllt worden ist. Der deutsche Neubau steht seit 1930 unbenutzt. Trotz der Minderheitenerklärung nehmen die Polen die im Schulstreik befindlichen deutschen Eltern in Neutomischel in schwere Strafen.

Abschließend kann gesagt werden, daß die endliche Erfüllung der beiden genannten Junctim (Ziffer 2 und 3) weitere Verhandlungen erleichtern würde. Die Einrichtung einer Gemischten Kommission könnte auch auf diesem Gebiet gute Erfolge haben.

Im Auftrag: von Twardowski

Nr. 117. Der Deutsche Botschafter in Warschau an das Auswärtige Amt

Bericht

Warschau, den 2. September 1938

Die Haltung der polnischen Presse und anderer Faktoren der polnischen Öffentlichkeit Deutschland gegenüber ist in der letzten Zeit unverkennbar schlechter geworden. Sie war niemals befriedigend und blieb stets hinter den Erwartungen zurück, die deutscherseits vielfach an das politische Abkommen und an die Presseabrede von 1934 geknüpft worden waren. Die dem Polnischen Außenministerium nahestehenden Zeitungen und sonstigen meinungspolitischen Faktoren zeigten zwar meist ein korrektes Verhalten und in manchen, besonders außenpolitischen Fragen öfters auch eine positiv zu beurteilende Einstellung, aber nicht einmal das sogenannte Lager der Nationalen Einigung, d. h. die zwecks Gewinnung der „Massen" für das herrschende System geschaffene regierungsparteiliche Organisation, verzichtet darauf, im Wettbewerb mit den übrigen politischen Gruppen antideutsche Schlagworte auszuspielen, um dadurch an Popularität zu gewinnen.

Die Polnische Regierung verhält sich diesen Vorgängen gegenüber reichlich reserviert; jedenfalls sind Anzeichen für eine energischere Gegenwirkung nicht vorhanden. Es mag zugegeben werden, daß die polnischen Behörden in ihren Einflußmöglichkeiten auf die Presse beschränkt sind, aber eine so weitgehende Passivität kann doch wohl nur dadurch erklärt werden, daß die Regierung sich scheut, ihre

Machtmittel zum Schutz der unpopulären deutschen Belange einzusetzen, während sie für ihre eigenen Interessen eine weit größere Energie aufbringt. Und daß man z. B. nicht in der Lage sein sollte, die wiederholten aufreizenden Demonstrationen in den Städten der Westgebiete, die von dem der Regierung nahestehenden Westmarkenverband in Szene gesetzt werden, zu verhindern, scheint wenig glaubwürdig.

Es kann der Regierung nicht verborgen sein, daß diese passive Haltung allmählich eine Atmosphäre entstehen läßt, die mit der deutsch-polnischen Verständigungspolitik immer schwerer in Einklang zu bringen ist. Freilich hat man hier Deutschland gegenüber niemals sehr herzliche Töne angeschlagen, und namentlich in kritischen Momenten wurde von jeher Wert darauf gelegt, die Beziehungen nicht zu eng erscheinen zu lassen. Aber daß jetzt z. B. vor einem deutschen Generalkonsulat ungehindert der Haßgesang des „Rota"-Liedes ertönen konnte, ist doch immerhin ein Vorgang, der seit 1934 nicht mehr zu beobachten war. Es ist offensichtlich, daß die Becksche Politik heute noch weniger populär ist als früher und daß der Außenminister selbst sich Zurückhaltung auferlegen muß. Wir haben ja in dem bekannten Fall des deutschen Gymnasiums in Bromberg, wo ganz offenbar das mit Beck abgeschlossene Gentlemen-Agreement von seiten der inneren Verwaltung sabotiert worden ist, ein deutliches Anzeichen für die inneren Spannungen gehabt, die hier vorhanden sind. Und in der Tat scheint in der Regierung gerade hinsichtlich der Deutschlandpolitik Becks eine nicht ganz einheitliche Beurteilung vorzuliegen. Jedenfalls ist mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß sowohl der Kriegsminister wie Marschall Smigly-Rydz die Becksche Politik nicht mit ganzem Herzen mitmachen. In diesem Zusammenhang ist auch interessant, daß selbst ein alter Vorkämpfer der Verständigung mit Deutschland, wie der Chefredakteur des Wilnaer „Slowo" Mackiewicz, unlängst in einem fast sensationell wirkenden Artikel Becks Politik angegriffen hat, mit dem Vorwurf, daß er über der Freundschaft mit Deutschland die Beziehungen zu Frankreich und England vernachlässige und aus dem Zusammengehen mit Deutschland keine entsprechenden Vorteile für Polen gewonnen habe.

Ich habe die ungünstige Entwicklung der hiesigen öffentlichen Meinung und die besonders deutschfeindlichen Kundgebungen der letzten Zeit, nachdem ich bereits vor einigen Tagen das gleiche Thema bei dem Stellvertretenden Vizeminister Arciszewski angeschnitten hatte, gestern auch noch Herrn Beck gegenüber in ernster Form zur Sprache gebracht. Herr Beck bestritt nicht, daß die Lage unbefriedigend sei; er habe gleich nach seiner Rückkehr vom Urlaub von sich aus den Ministerpräsidenten darauf aufmerksam gemacht und bei diesem volles Verständnis gefunden. Auf meine Bemerkung, daß wir nicht verstehen könnten, warum nicht wenigstens den wiederholten Demonstrationen des Westverbandes ein Riegel vorgeschoben werde, erwiderte Herr Beck, es sei nicht zweckmäßig, lediglich mit Verboten vorzugehen, sondern manchmal besser, ein Ventil zu öffnen. Man hätte sich deshalb darauf beschränkt, die sehr viel weitergehenden Absichten der Demonstranten auf ein geringeres Maß zurückzuschrauben. Im übrigen versuchte Herr Beck die gegen Deutschland gerichteten Angriffe in ihrer Bedeutung abzuschwächen, und versicherte, daß die Regierung sich in keiner Weise durch die Nervosität der öffentlichen Meinung beeinflussen lasse, sondern an der alten politischen Linie festhalte.

Wenn Herr Beck diese Äußerung auch in sehr bestimmter Form machte, so wird man sich doch nicht darüber täuschen dürfen, daß hier bereits eine für uns unfreundliche Stimmung vorhanden ist, die die Entschlußfreiheit der Regierung in entscheidenden Fragen immerhin beeinflussen könnte. von Moltke



Die Verwaltung

Die Errichtung des Protektorats, die Rückgliederung des Memellandes und der Ostgebiete sowie die Besetzung Polens und vor allem die Umstellung aller Verhältnisse auf den Krieg stellten im Jahre 1939 an die Träger der Verwaltungsaufgaben: an die Beamten, Angestellten und Arbeiter der allgemeinen und inneren Verwaltung des Reichs und der Länder sowie der Kommunalverwaltungen, erhöhte Anforderungen, die nur durch eine vorbildliche Einsatzbereitschaft bewältigt werden konnten. Wenn diese Aufgaben reibungslos durchgeführt wurden, so ist dies wohl der beste Beweis für den hohen Stand des Könnens und der Ausbildung aller Beteiligten. Reichsinnenminister Dr. Frick konnte daher mit Recht der Gefolgschaft seines Geschäftsbereiches zum Jahreswechsel Dank und Anerkennung aussprechen. Der Minister würdigte in einem Aufruf besonders die Schwierigkeiten, die für die Beamten und die sonst im öffentlichen Dienst Beschäftigten darin liegen, daß sie die zahlreichen, durch den Krieg bedingten neuen Vorschriften einerseits in sich verarbeiten und andererseits den Volksgenossen gegenüber vertreten und durchsetzen müssen. Nur äußerste Pflichttreue und überragendes Können vermögen diese Widerstände zu überwinden. Damit wurde ein wertvoller Beitrag zum Ausbau und zur festen Verankerung der inneren Front unseres Volkes und zur Stählung seiner seelischen Widerstandskraft geleistet.

Die Festigung der inneren Front ist in erster Linie eine wesentliche Aufgabe der unteren Verwaltungsbehörden, die sie in engster Arbeitsgemeinschaft mit der Partei und ihren Gliederungen zu bewältigen haben. Einer Abgrenzung dieser Aufgaben, die gleichzeitig ihre Schlagkraft sichert, diente einer Anordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung über die Verwaltungsführung in den Landkreisen (RGBl. I, S. 45), die am 28. Dezember 1939 erlassen und am 13. Januar 1940 veröffentlicht wurde. Die Menschenführung ist danach allein Aufgabe der Partei und wird in der Kreisstufe durch den Kreisleiter wahrgenommen, der den übergeordneten Parteidienststellen für die Stimmung und Haltung der Bevölkerung im Landkreise verantwortlich ist. Aufgabe des Kreisleiters ist es besonders auch, bei den Volksgenossen Verständnis für die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der im Abwehrkampf zu treffenden und getroffenen Verwaltungsmaßnahmen zu erwecken. Er ist deshalb berechtigt, dem Landrat Anregungen zu behördlichen Vorhaben und Maßgaben zu geben und ihn vom Standpunkt der Menschenführung aus auf maßgebliche Gesichtspunkte aufmerksam zu machen. Die Verantwortung für die ordnungsmäßige Erfüllung aller Aufgaben der staatlichen Verwaltung trägt im Rahmen seiner gesetzlichen Zuständigkeit ausschließlich der Landrat, der in allen Fragen die zusammenfassende maßgebende Stelle ist. Der Landrat hat für stete und engste Zusammenarbeit aller staatlichen Dienststellen und der Dienststellen der Körperschaften und Anstalten der Selbstverwaltungen in seinem Kreise Sorge zu tragen. Er unterrichtet den Kreisleiter über alle wichtigen Vorhaben und

Maßnahmen, die geeignet sind, die Stimmung der Bevölkerung im Kreise zu beeinflussen, möglichst frühzeitig. Der Kreisleiter hat sich jeglichen Eingriffs in die laufende Verwaltungsführung zu enthalten; der Landrat ist nicht befugt, sich in die Aufgaben des Kreisleiters einzumischen. Diese Bestimmungen gelten sinngemäß auch zwischen Kreisleiter und Oberbürgermeister.

Die Verordnung gegen Gewaltverbrecher vom 5. Dezember 1939 wurde am 28. Dezember durch eine Durchführungsverordnung (RGBl. I, S. 17) ergänzt, die am 5. Januar 1940 bekanntgegeben wurde. Der Reichsjustizminister bestimmt darin, daß von der rückwirkenden Anwendung der Verordnung gegen Gewaltverbrecher abgesehen werden kann, wenn die Straftat vor dem 1. September 1939 begangen ist; die rückwirkende Anwendung bedarf in diesen Fällen der Zustimmung des Staatsanwalts. Die Entscheidung über die Rückwirkung trifft das Revisionsgericht.

Von weiteren auf dem Gebiet der Rechtspflege erlassenen Verordnungen ist besonders die einheitliche Regelung der Vollstreckung von Titeln in den verschiedenen Rechtsgebieten des Großdeutschen Reichs durch eine Verordnung vom 16. Januar 1940 (RGBl. I, S. 176) zu nennen. Die im Gesamtgebiet des Großdeutschen Reiches entstandenen und künftig entstehenden Schuldtitel werden damit einander rechtlich gleichgestellt. Die Verordnung findet auf Schuldtitel jeder Art — mit Ausnahme der Beitreibung von Steuern — Anwendung, wenn ihre Vollstreckung sich nach den Vorschriften der Reichszivilprozeßordnung oder einer der im Großdeutschen Reiche geltenden Exekutionsordnungen richtet. Die Verordnung, die einen Monat nach ihrer Verkündung in Kraft tritt, gilt für das Gesamtgebiet des Großdeutschen Reiches mit Einschluß des Protektorats Böhmen und Mähren; ihre Einführung in den eingegliederten Ostgebieten mit Ausnahme des Gebiets der bisherigen Freien Stadt Danzig bleibt jedoch zunächst vorbehalten.

Eine Verordnung zur Änderung und Ergänzung von Vorschriften auf dem Gebiet des Handelsrechts vom 24. Januar 1940 (RGBl. I, S. 225) brachte eine eindeutige Klärung der Frage, ob durch die Einberufung zu einer Dienstleistung im Wehrdienst ein bestehendes Vertragsverhältnis zwischen dem Geschäftsherrn und dem Handlungsagenten gelöst wird. Das Vertragsverhältnis wird danach durch die Einberufung nicht berührt. Die Vertragsparteien werden aufgefordert, sich über die weitere Fortsetzung der Geschäftstätigkeit zu einigen. Falls nichts anderes vereinbart ist, geht dem Handlungsagenten während der Dauer der Einberufung gegen den Geschäftsherrn weder ein Anspruch auf Provision noch auf Vergütungen für Geschäftsunkosten zu. Das Recht des Handlungsagenten auf Kündigung des Vertragsverhältnisses bleibt im Falle der Einberufung zu einer Dienstleistung im Wehrdienst unberührt. Der Geschäftsherr kann das Vertragsverhältnis nur kündigen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Die Einberufung zum Wehrdienst ist jedoch als solcher nicht anzusehen.

Eine umfassende gesetzliche Regelung der deutschen Maßnahmen, die hinsichtlich des im Gebiet des Großdeutschen Reiches einschließlich der eingegliederten Ostgebiete befindlichen feindlichen Vermögens getroffen werden, enthält eine Verordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung vom 15. Januar 1940 (RGBl. I, S. 191). Die Verordnung sieht eine Anmeldung feindlichen Vermögens vor und bestimmt, daß über das im **Inland** befindliche feindliche Vermögen nicht verfügt werden darf. Weiterhin gibt die neue Verordnung die Möglichkeit, in juristische Personen des

Privatrechts, Personenvereinigungen, Anstalten und sonstige Zweckvermögen (Unternehmen), die im Ausland ihren Sitz oder eine Niederlassung haben, zur Sicherstellung und Erhaltung des Vermögens einen Verwalter einzusetzen, wenn das Unternehmen unmittelbar oder mittelbar unter maßgebendem feindlichen Einfluß steht. Die einheitliche Lenkung der Verwaltung dieser Unternehmen unterliegt einem Reichskommissar für die Behandlung feindlicher Vermögen. Mit diesem Amt wurde Reichskommissar z. D. Dr. Friedrich Ernst, Berlin, betraut.

Auch die Frage der Sicherstellung des Vermögens des ehemaligen polnischen Staates wurde durch eine Verordnung vom 15. Januar 1940 (RGBl. I, S. 174) geregelt. Der Beauftragte für den Vierjahresplan verfügte darin die Sicherstellung und Beschlagnahme des gesamten unbeweglichen und beweglichen Vermögens nebst allem Zubehör des bisherigen polnischen Staates einschließlich aller Forderungen, Beteiligungen, Rechte und Interessen aller Art. Alle juristischen und natürlichen Personen, die beschlagnahmtes Vermögen als Beauftragte, Pächter, Nutznießer oder auf Grund eines anderen rechtlichen oder tatsächlichen Verhältnisses mittelbar oder unmittelbar in Besitz oder Verwahrung haben oder verwalten, haben binnen eines Monats der zuständigen unteren deutschen Verwaltungsbehörde (Landrat oder Stadtkommissar) dieses Vermögen anzumelden. Die Haupttreuhandstelle Ost erhielt durch die Verordnung die Berechtigung, die Anmeldepflicht anders zu regeln.

Der Verwaltungsaufbau im Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete wurde im Laufe des Monats tatkräftig weitergeführt. Auf einer Abteilungsleiterbesprechung unter dem Vorsitz des Generalgouverneurs in Krakau, die am 20. Januar stattfand, konnte Generalgouverneur Dr. Frank mitteilen, daß nunmehr der Organisationsaufbau der gesamten Verwaltung im Generalgouvernement vollzogen sei. Am 9. Januar weilte Staatssekretär Dr. Stuckart in Krakau, um mit Generalgouverneur Dr. Frank die mit der Abgrenzung des Generalgouvernements zusammenhängenden Fragen zu besprechen.

Wichtige organisatorische Maßnahmen waren für die Technische Nothilfe und die Freiwilligen Feuerwehren im Laufe des Monats Januar zu verzeichnen. In einer „Ersten Verordnung über die Technische Nothilfe" vom 18. Januar 1940 (RGBl. I, S. 208) bestimmte der Reichsinnenminister, daß die Aufgaben der Technischen Nothilfe unter Leitung eines hauptberuflichen Führerkorps durch den Einsatz freiwilliger Führer und Männer (Nothelfer) durchgeführt werden. Die Aufnahme in die Technische Nothilfe und das Ausscheiden aus ihr regelt die Satzung. Die Angehörigen der Technischen Nothilfe können nicht gleichzeitig Angehörige einer Freiwilligen Feuerwehr sein oder zum Pflichtfeuerwehrdienst herangezogen werden. Die Technische Nothilfe wird vom „Chef der Technischen Nothilfe" geführt, der dem Reichsinnenminister für die Erfüllung der Aufgaben der Technischen Nothilfe verantwortlich ist und seiner Dienstaufsicht untersteht. Sowohl der Chef der Technischen Nothilfe als auch der Stellvertretende Chef werden vom Reichsinnenminister berufen und abberufen. Der Technischen Nothilfe können zur Durchführung der Aufgaben einer Technischen Hilfspolizei Notdienstpflichtige zugewiesen werden.

Durch eine Sechste Durchführungsverordnung zum Gesetz über das Feuerlöschwesen vom 3. Januar 1940 (RGBl. I, S. 20) errichtete der Reichsinnenminister zur einheitlichen selbständigen Regelung von Fragen, die den inneren technischen Dienst und den Geschäftsbetrieb der Freiwilligen Feuer-

wehren betreffen, das **Amt für Freiwillige Feuerwehren**. Der Reichsinnenminister bedient sich in Angelegenheiten der Freiwilligen Feuerwehren dieses Amtes, das eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Sitz in Berlin ist. Der Chef des Amts für Freiwillige Feuerwehren und sein Stellvertreter werden vom Reichsinnenminister ernannt und abberufen.

Schließlich ist unter den Verwaltungsmaßnahmen des Monats Januar ein Runderlaß des Reichsführers SS und Chef der Deutschen Polizei zu erwähnen, der einheitlich für das Reich die Frage der **Polizeistunde** für die Dauer des Krieges regelt. In dem Runderlaß wird festgestellt, daß die Festsetzung und Handhabung der Polizeistunde dem Ernst der Zeit entsprechend von den zuständigen Behörden zum großen Teil neu geregelt wurde, und zwar derart, daß die Polizei in Landgemeinden und Städten bis zu 10000 Einwohnern nicht später als 23 Uhr, in größeren Städten nicht später als 24 Uhr und in Großstädten um 1 Uhr beginnt. Fälle, in denen der Beginn der Polizeistunde vereinzelt auch später als 1 Uhr festgesetzt wurde, werden in dem Runderlaß als nicht berechtigt angesehen.

Dr. N.



Die Sozialpolitik

Von

Dr. Karstedt, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium

Die in Madrid erscheinende Zeitung „ABC." schrieb vor kurzem, Deutschlands Preis- und Lohnpolitik, die seit Jahren stabil und ausgeglichen sei, habe die Welt schon in Friedenszeiten und mehr noch heute in Kriegszeiten in Staunen versetzt. Während in allen übrigen Ländern die Löhne und Verbrauchspreise schwankten, seien sie in Deutschland absolut stabil geblieben.

Diese Feststellungen eines neutralen Blattes geben ein getreues Spiegelbild der tatsächlichen deutschen Verhältnisse, die inmitten der Preis- und Lohnbewegungen der benachbarten Länder einen ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht darstellen. Die nachfolgende Übersicht mag auf dem Gebiet der Preise diese Auffassung erhärten:

Länder	Veränderung der Preisindexziffern in v. H.								
	Großhandelspreise			Ernährungskosten			Lebenshaltungskosten		
	Oktober gegen Sept.	Nov. gegen Oktober	Nov. gegen August	Oktober gegen Sept.	Nov. gegen Oktober	Nov. gegen August	Oktober gegen Sept.	Nov. gegen Oktober	Nov. gegen August
Deutschland . . .	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,4	— 2,2	+ 0,1	+ 0,2	— 0,9
Großbritannien .	+ 5,2	+ 6,0	+ 19,6	+ 3,4	+ 1,9	+ 14,6	+ 2,4	+ 2,4	+ 11,6
Schweden	+ 4,9	+ 2,0	+ 15,0	—	—	—	—	—	—
Belgien	+ 4,1	+ 3,7	+ 28,3	+ 5,3	+ 2,3	+ 7,6	+ 3,4	+ 2,1	+ 5,6
Schweiz	+ 2,8	+ 2,1	+ 14,2	+ 2,4	+ 1,4	+ 5,1	+ 1,7	+ 0,9	+ 3,3

Wie der Preisstand, so ist in Deutschland auch die Stabilität der Löhne und übrigen Arbeitsbedingungen im neuen Jahr gewährleistet. Hinter der schirmenden Mauer des auf Grund der Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. September 1939 und der Lohngestaltungsverordnung vom 25. Juni 1938 straff durchgeführten Lohnstops vollzieht sich die Bildung der Arbeitsbedingungen in nahezu friedensmäßiger Ausrichtung unter der Kontrolle der Reichstreuhänder der Arbeit. Im Januar 1940 sind rund 100 Tarifordnungen der Reichs- und Sondertreuhänder der Arbeit veröffentlicht worden, darunter mehrere Reichstarifordnungen. Erwähnenswert ist hiervon zunächst die Reichstarifordnung des Reichstreuhänders für den öffentlichen Dienst für die auf Privatdienstvertrag beschäftigten Gefolgschaftsmitglieder in den Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten des Reichs, der Reichsgaue, der Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und der Träger der Reichsversicherung, soweit diese unter das Gesetz zur Ordnung der Arbeit in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben fallen. Diese Tarifordnung, die im Reichsarbeitsblatt Nr. 2, S. IV/73, veröffentlicht ist, legt für die Regelung der Arbeitsbedingungen grundsätzlich die allgemeine Tarifordnung für den öffentlichen Dienst und die Tarifordnungen für die Arbeiter und Angestellten

im öffentlichen Dienst zugrunde. Daneben werden einzelne Arbeitsbedingungen auf die besonderen Verhältnisse in den Krankenanstalten abgestellt, namentlich hinsichtlich der Arbeitszeit und der Freizeit und eines zusätzlichen Urlaubs. Eine Vergütungsordnung regelt die Dienstbezüge, gestaffelt nach Tätigkeitsmerkmalen in Vergütungsgruppen. Eine weitere Reichstarifordnung ist die Tarifordnung für die deutsche Seeschiffahrt, die von dem Reichstreuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Nordmark als Sondertreuhänder erlassen wurde. Sie ist im Reichsarbeitsblatt Nr. 3, Seite IV/116, veröffentlicht und tritt am 1. Februar 1940 in Kraft. Diese Tarifordnung ändert die Tarifordnung für die deutsche Seeschiffahrt vom 15. November 1934 in verschiedenen Punkten ab und paßt sie den besonderen Verhältnissen an, die der Krieg für die deutsche Seeschiffahrt bedingt hat. Sie sieht Aufliegeheuern vor für die Wachmannschaften von Schiffen, die in deutschen Häfen länger als 7 Tage ohne bestimmten Abfahrtstermin liegen. Die Heuer richtet sich nach der Dienststellung, die der Angehörige der Wachmannschaft innerhalb der Reederei einnimmt. Neben der Heuer sind für verheiratete oder unverheiratete, aber unterhaltspflichtige Angehörige der Wachmannschaft Beihilfen vorgesehen, die zwischen 40 und 75 RM monatlich betragen. Wenn auf den Aufliegeschiffen nicht gekocht wird, so erhalten Angehörige der Wachmannschaft außerdem ein tägliches Verpflegungsgeld von 1,50 RM.

Die deutsche Sozialversicherung, die zum Muster vieler anderer Staaten geworden ist, hat neuerdings die Grundlage abgegeben, um eine für die Zukunft des deutschen Volkes wichtige Maßnahme durchzuführen. Bekanntlich ist die Sozialversicherung schon immer mehr und mehr zum Träger der Gesundheitsfürsorge geworden. Es mag in diesem Zusammenhang an die erfolgreichen Maßnahmen erinnert werden, die gegen die Tuberkulose, die Geschlechtskrankheiten, die Zahnerkrankungen oder den Krebs ergriffen wurden und an denen die deutsche Sozialversicherung maßgeblich beteiligt war. Nach etwa einjähriger Vorbereitung ist als neues Aufgabengebiet die vorbeugende Bekämpfung der sogenannten „englischen Krankheit" getreten, die ihren Namen nach den Elendsvierteln der englischen Arbeiterwohnungen trägt und die namentlich das Kleinkind bedroht. Im Zusammenwirken der zuständigen Stellen von Staat und Partei ist das von den weltbekannten Arzneimittelwerken, der I. G. Farbenindustrie und der Firma Merck in Darmstadt, geschaffene Arzneimittel Vigantolöl, das im besonderen Maße das antirachitische Vitamin D enthält, in den Dienst der Gesundheitsfürsorge gestellt worden. Dieses Mittel wird in drei verschiedenen Zeiträumen dem Kleinkind verabfolgt und der Erfolg durch dazwischengeschaltete ärztliche Untersuchungen überwacht. Die recht erheblichen Kosten für die Beschaffung des Öls werden im wesentlichen von der Krankenversicherung und der Rentenversicherung, im übrigen von der NS-Volkswohlfahrt getragen. Nach den bisherigen Erfahrungen kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der damit eingeschlagene Weg Deutschland eine weitere Waffe liefert, um trotz Verknappung auf manchen Gebieten den Krieg zu dem beabsichtigten Ende zu führen und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß die Erfahrungen aus dem Weltkrieg mit einer körperlich verkümmerten Jugend sich nicht wiederholen.

Wie bereits erwähnt, steht diese ruhige sozialpolitische Arbeit in Deutschland in wohltätigem Gegensatz zu der Unruhe in vielen anderen Staaten. Namentlich England, das infolge des Krieges aus seinem selbstgefälligen Wohlleben jäh aufgerüttelt wurde, befindet sich auf dem Preis- und auf dem Lohngebiet in völliger Unordnung, wobei bemerkenswerterweise nach dem Willen seiner Regierung der englische Arbeiter den Hauptteil der Lasten und Sorgen zu tragen haben wird.

Daß die Preisbewegung immer weiter im Fluß ist, zeigt eine Aufstellung in der Dezembernummer der „Ministry of Labour Gazette", wonach der durchschnittliche Kleinhandelspreis für die Waren, die für die englische Statistik der Lebenshaltungskosten zugrunde gelegt werden, nämlich Nahrungsmittel, Miete, Bekleidung, Heizung, Licht und Gebrauchsgegenstände, am

1. 12. 1939 ungefähr 73 v. H. über dem Durchschnitt vom Juli 1914 lag, während die Steigerung am 1. 11. 1939 noch 69 v. H. betrug. Dieses weitere Ansteigen macht allein in dem Zeitraum eines Monats eine Steigerung von 2½ v. H. aus. Für Nahrungsmittel allein lag die Indexzahl vom 1. 12. 1939 um 57 v. H. über dem Durchschnitt vom Juli 1914 und stieg gegenüber dem 1. 11. 1939 um weitere 3 Punkte an. Die Preise für Textilwaren, die hauptsächlich von der Arbeiterklasse gekauft werden, lagen am 1. 12. 1939 um 4 v. H. höher als am 1. 11. 1939, und für Heizung und Beleuchtung sind die Preise um 3 v. H. im Laufe eines Monats gestiegen. Mit dem 1. 1. 1940 ist zwar in England ein Preisstopgesetz in Kraft getreten, das aber, wenn es überhaupt wirksam ist, was nach den neuerlichen Berichten über weitere Preissteigerungen nicht der Fall zu sein scheint, viel zu spät kam und schon aus dem Grunde mangelhaft bleiben wird, weil die notwendige Voraussetzung, nämlich die Rationierung der Verbrauchsgüter, aus politischen Gründen nicht in vollem Umfange durchgeführt wurde. Immerhin mußte das stolze Albion auch auf diesem Gebiete dem Kriege bereits seinen Tribut bezahlen und am 8. 1. 1940 eine Rationierung wichtiger Nahrungsmittel, wie Butter, Speck und Zucker, einführen und für andere, z. B. für Fleischwaren, die Einführung ankündigen. Teilweise liegen die jeweiligen Rationen unter denen Deutschlands, wie z. B. die Butterration, die wöchentlich nur 112 Gramm beträgt.

Die Preissteigerungen lösen natürlich weitgehend weitere Wünsche nach Lohnerhöhungen aus, und es mehren sich immer mehr die Forderungen nach Einführung einer gleitenden Lohnskala, die bereits in einem Teile der Textilindustrie zur Anwendung kommt. Am 19. 1. 1940 haben in London neue Verhandlungen zwischen Reedereien und den Gewerkschaften der Seeleute wegen Heuererhöhungen begonnen.

Im Bergbau wurde auf die dauernden Forderungen der Bergarbeiter nach weiteren Lohnerhöhungen am 25. 1. 1940 von den Arbeitgebern der Nationalen Konferenz der Bergarbeitergewerkschaften eine Lohnerhöhung von 0,7 d je Steigerung der Lebenshaltungskosten um einen Punkt vorgeschlagen, was zur Zeit eine Erhöhung von 5 d je Schicht bedeutet. Obwohl diese Erhöhungen mit der Einführung gleitender Löhne verbunden sind und rückwirkend am 1. 1. 1940 in Kraft treten sollen, sind sie von den Bezirksgewerkschaften noch nicht angenommen worden.

Nach einer Statistik des englischen Arbeitsministeriums haben bis einschließlich November 1939 beinahe 4 Millionen Arbeiter Lohnerhöhungen in Höhe von 650 000 £ wöchentlich erhalten. Nach der „Times" betragen die bisherigen Lohnerhöhungen jährlich mehr als 18 Millionen £, und nach einem Bericht des „Daily Telegraph" aus der ersten Januarwoche betrug die Zahl der Arbeiter, die Lohnforderungen stellten oder bereits bewilligt bekamen, nahezu 2,5 Millionen, und die Erfüllung dieser Lohnforderungen bedeutet eine Steigerung der Lohnkosten um 40 Millionen £ im Jahre.

Von besonderem Interesse sind die Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Gewerkschaften einerseits und den Gewerkschaften und der Arbeiterschaft andererseits, von denen einer dem anderen die Verantwortung und die Schuld für das bisherige Versagen zuschieben möchte. Ministerpräsident Chamberlain und Schatzkanzler Simon weisen immer wieder darauf hin, daß die Arbeiterschaft Opfer zu bringen habe, und die der Regierung nahestehenden Blätter, wie die „Times" oder die „Financial News", unterstützen diese Forderungen, aber aus dem Lager der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften kommen ganz andere Stimmen. Während ein Artikel der „Financial News" vom 10. 1. 1940, der die Überschrift „Sieg durch Opfer" trägt, die Forderungen Chamberlains unterstützt und während in der „Times" ein Aufsatz des bekannten englischen Wirtschaftlers Prof. Brand von den Gewerkschaften verlangt, von allen Lohnforderungen Abstand zu nehmen, bringt der „Daily Worker" am 12. 1. 1940 einen Leitartikel mit der Überschrift „Eure Löhne sind in Gefahr", und der Gewerkschaftsrat nimmt in einem Rundschreiben an die ihm angeschlossenen Gewerkschaften scharf gegen die Forderungen der Regierung Stellung und wendet sich da-

gegen, daß die Arbeiterschaft die Hauptlast des Krieges übernehmen soll, zumal England seine Steuerquellen noch nicht erschöpft habe und Gleichheit des Opfers in keiner Weise gegeben sei. Ausdrücklich wird hervorgehoben, daß die Gewerkschaften nicht für die verhängnisvolle Spirale der Preise und Löhne verantwortlich zu machen seien, und daß nur eine schärfere Preisüberwachung den bisherigen Mißständen steuern könne. Daß die englische Arbeiterschaft über diese Stellungnahme ihrer Gewerkschaften hinaus die Regierungsmaßnahmen ablehnt und die Gewerkschaften bei ihrer bisherigen Zwischenstellung Gefahr laufen, von der Arbeiterschaft überspielt zu werden, zeigt die Tatsache, daß die sogenannte „shop-steward-Bewegung" wieder zunehmend an Bedeutung gewinnt, die darin besteht, daß Vertrauensmänner aller in einem Werk beschäftigten Arbeiter und Angestellten ohne Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu den verschiedenen Gewerkschaften sich der Forderungen der von ihnen Betreuten annehmen, ein System, das im Weltkriege weitgehend zur Anwendung kam und den Gewerkschaften schweren Schaden zufügte.

Aber nicht nur im Verhältnis von Löhnen und Preisen läßt die soziale Lage der englischen Arbeiter alle Wünsche offen, sondern andere Mißstände kommen hinzu. So ist namentlich die Unterstützung von Angehörigen der Soldaten ein Kapitel ständiger Proteste, und wenn man hört, daß eine englische Soldatenfrau 17 sh wöchentlich erhält mit einem Kinderzuschlag, der für das erste Kind 5 sh und für die weiteren Kinder immer weniger beträgt, wobei 1 sh kaufkraftmäßig mit etwa 0,80 RM anzunehmen ist, so erscheint verständlich, daß die Klagen hierüber kein Ende nehmen. Aus einer der Sitzungen des Parlaments von Anfang Dezember wird ein Vorfall bekannt, der auf die gereizte Stimmung hierwegen ein bezeichnendes Bild wirft. Der Abgeordnete Dobbie hatte sich beschwerdeführend an den Pensionsminister gewandt und hatte eine Antwort erhalten, die ihn nicht befriedigte. Trotz der scharfen Zurordnungrufe ließ er sich nicht davon abhalten, eine klarere und bestimmtere Erwiderung zu fordern. Im Verlauf seiner weiteren Erörterungen sagte er: „Ich kenne aus meiner Wählerschaft viele mit acht und neun Kindern, die bisher nicht einen Penny Unterstützung von der Regierung erhalten haben. Hungrige Frauen und Kinder können Sie mit Rufen zur Ordnung nicht satt machen. Mit eigenen Augen habe ich es erst in dieser Woche erlebt, wie die Frauen in die Pfandleihe gingen und ihren Besitz versetzten, um Brot für die Kinder zu kaufen. Ich kümmere mich den Teufel um Ihre Zurordnungrufe. Hier spreche ich für hungrige Frauen und Kinder." Ein Alterspensionär aus Kent machte seinem Herzen in einem Schreiben vom 18. 1. 1940 an den „Daily Herald" Luft, in dem es wörtlich heißt: Alte Arbeiter hungern in diesem Lande, das ist meine Sorge als Alterspensionär. Kein Licht, keine Feuerung, gekochte Knochen zum Abendessen, fadenscheinige Kleider, durch die der Wind hindurchpfeift, Zeitungen, um dem Bett ein wenig Wärme zu geben, und nochmals Zeitungen, um die Nässe notdürftig aus den Schuhen herauszuhalten.

Zwar hat sich die englische Regierung inzwischen unter dem Druck der öffentlichen Meinung zu einer Erhöhung der Altersrente um 5 sh pro Woche, bei besonderer Bedürftigkeit noch um eine gewisse zusätzliche Erhöhung entschlossen, wie die „Times" vom 24. und 25. 1. 1940 mitteilt, aber es ist bezeichnend für die Unzulänglichkeit der englischen Sozialpolitik, daß bereits zwei Tage später der Vollzugsrat der Vereinigung der Altersrentenempfänger gegen diese unbefriedigende Lösung protestierte, die als schandhaft und grob beleidigend bezeichnet wurde.

Auch die Arbeitslosigkeit macht England noch immer viel zu schaffen. Zwar ist die Zahl der Arbeitslosen im Dezember auf 1361525 zurückgegangen, ein Rückgang, der nach Mitteilungen englischer Blätter zum Teil durch die Weihnachtssaison bedingt war. Aber diese Zahl ist im Vergleich zu der Gesamtbevölkerung mit etwa 46 Millionen noch immer eine Katastrophe. Nach einer Übersicht der „Times" vom 9. 1. 1940 verteilen sich die Arbeits-

losen auf rund 764 000 Männer, 325 000 Frauen und der Rest auf Jugendliche beiderlei Geschlechts. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist dabei völlig uneinheitlich. Während sie in einzelnen Bezirken abnahm, ist sie in anderen erneut gestiegen; namentlich Eastern, North Midlands, Northern und Wales weisen steigende Zahlen auf. Diese Entwicklung ermöglicht interessante Aufschlüsse und Rückschlüsse. So dürfte die Zunahme der Arbeitslosigkeit in einigen Bezirken auf die Stillegung von Kohlengruben zurückzuführen sein, deren Kohle infolge des versenkten Schiffsraums und der unterbundenen Ausfuhrmöglichkeiten nicht mehr abtransportiert werden konnte.

Ihren deutlichsten Ausdruck finden die Mißstände der englischen Sozialpolitik in der Tatsache, daß auch im Kriege Arbeitsstreitigkeiten und **Streiks** nicht abreißen. So traten am 8. 1. 1940 200 Mann der Maschinenbaufabrik in South Port in den Streik, nachdem Arbeiter, die für die Verweigerung von Überstundenarbeit agitiert hatten, entlassen worden waren. Auch in der Werftindustrie kam es zur Durchsetzung von Lohnforderungen zu Streiks, und ebenso brachen drei Proteststreiks in Londoner Flugzeugfabriken wegen Verzögerung der Annahme von Lohnforderungen in den Napierwerken aus, an denen 2000 Arbeiter teilnahmen. Am 22. 1. 1940 traten im Upton Bergwerk in Yorkshire 200 Bergleute unter Tage in einen Sitzstreik, der zwei Tage andauerte. Nach amtlichen englischen Berichten waren im Dezember 1939 nicht weniger als 89 Streiks zu verzeichnen, von denen 43 000 Arbeiter betroffen wurden und die einen Verlust von 132 000 Arbeitstagen zur Folge hatten. Insgesamt waren nach diesen amtlichen Berichten in den ersten 11 Monaten von 1939 etwa 324 000 Arbeiter in Arbeitsstreitigkeiten verwickelt, und es gingen nicht weniger als 1 307 000 Arbeitstage verloren.

Die wirtschaftliche und soziale Lage in **Frankreich** ist gekennzeichnet durch die Versuche des Ministerpräsidenten **Daladier**, auf weitgehend diktatorischer Grundlage das soziale Geschehen zu bestimmen und der Weltöffentlichkeit ein möglichst optimistisches Bild zu geben. Die Nachrichten, die aus Frankreich selbst und dem neutralen Ausland immer wieder durchsickern, lassen aber bedenkliche Schwächen auch auf diesem Sektor erkennen. So erregt namentlich die Familienunterstützung, die Frankreich den Angehörigen seiner Soldaten gewährt, noch immer stärkstes Mißfallen. Der „l'Intransigeant" brachte Mitte des Monats das Gespräch eines seiner Korrespondenten mit einer 65 Jahre alten Witwe aus Nancy, die sieben Söhne und zwei Schwiegersöhne im Felde hat und ohne jede Unterstützung arbeitslos leben muß. Nach ihren eigenen Worten reicht ihre Altersrente von 165 Fr. in 4 Monaten gerade aus, um die Miete für das Zimmer zu bezahlen, essen müsse sie in einer Notküche oder sich bei Verwandten durchschlagen; es ist ein schlechtes Zeichen für die französische Sozialpolitik, wenn diese alte Frau, die dem Vaterland ihre Kinder schenkte, bitter bekennt, es wäre so nötig, daß man sich in Frankreich auch um die armen Leute bekümmerte.

Obwohl amtliche Angaben darüber fehlen und in der Berichterstattung der französischen Zeitungen wie in keinem anderen Lande die Schere des Zensors wütet, läßt es sich nicht verheimlichen, daß die **Preise für wichtige Verbrauchsgüter steigen** und mehr und mehr verknappen. Namentlich Schokolade, Zucker und Öl sind kaum mehr zu haben, und die Hamsterei ist ein deutliches Zeichen für das mangelnde Vertrauen der Bevölkerung, wie das Beispiel einer Hausfrau in Cognac zeigt, bei der nicht weniger als 50 Kilogramm Zucker beschlagnahmt wurden. Wie weite Kreise die Preissteigerungen schon ergriffen haben, läßt ein Artikel des „Petit Parisien" von Mitte Januar deutlich werden, der erklärt, die Preissteigerungen machten die Öffentlichkeit mißtrauisch und brächten die Wirtschaft aus dem Gleichgewicht, während „L'Oeuvre" an dem gleichen Tage schreibt, die dauernden Preissteigerungen begännen die Moral des Landes nervös zu machen. Der in Deutschland im Rahmen des Vierjahresplans durchgeführte „Kampf dem Verderb", der von den Franzosen früher so bespöttelt wurde, wird nunmehr

auch bei ihnen durchgeführt, wie ein Aufruf zur Sammlung von Altpapier im „Le Jour" vom 7. 1. 1940 beweist.

Um den französischen Arbeiter ist es still geworden, seitdem die Gewerkschaftsbewegung unter Léon **Jouhaux** die sozialen Errungenschaften der früheren Jahre weitgehend preisgegeben hat und die Opposition durch Verhaftung und Mandatsverlusterklärung mundtot gemacht wurde. Wie wenig diese äußere Befriedung den Tatsachen gerecht wird, zeigen die gelegentlich bekanntwerdenden erbitterten Äußerungen aus Gewerkschafts- und Arbeiterkreisen, so des Sekretärs des Gewerkschaftsverbandes Belin, der in der Hauptversammlung der Pariser Gewerkschaftsunion am 21. 1. 1940 erklärte, daß das Wort „Zusammenarbeit" aus dem Wortschatz der Gewerkschaften wieder gestrichen werden müsse, da es sich darum handele, das Verhältnis der Gewerkschaften zu zwei gegnerischen Mächten zu umreißen, nämlich zum Staate und zum Arbeitgeber. Nach seiner Auffassung besteht die Regierungspolitik darin, die Preise und Löhne zu blockieren, was bei den Löhnen zwar gelungen sei, bei den Preisen aber nicht, die die Regierungsblockade längst durchbrochen hätten. Daß der Kurs der Gewerkschaften übrigens von der Arbeiterschaft häufig nicht gebilligt wird, zeigen die Mitteilung des Gewerkschaftsführers Dumoulin auf der Tagung des Nationalen Ausschusses der Confédération Générale du Travail, daß der Mitgliederbestand empfindlich zurückgegangen sei, oder die Auslassungen des französischen Rüstungsministers Dautry, daß die Arbeiter etwas aus dem Gleichgewicht gekommen wären und das Vertrauen zu ihren bisherigen Führern verloren hätten, ohne bisher wieder festen Fuß gefaßt zu haben. Die Sorgen des Rüstungsministers entspringen namentlich der Tatsache, daß die sogenannten Betriebszellen immer weitere Propaganda machen, eine Einrichtung, die in den Betrieben ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu den verschiedenen Gewerkschaften die Rechte der Arbeiter zu wahren versucht, also genau dieselbe den Wünschen der Regierung zuwiderlaufende Entwicklung wie die der **shop stewards** in England.

Für den Betrachter des sozialpolitischen Geschehens in Frankreich sind solche Entwicklungen symptomatisch, denn sie offenbaren den wachsenden Druck, der sich hinter der äußerlich geschlossenen Front vollzieht. Als Anzeichen dieses Drucks sind auch die verschiedenen **Streiks** zu werten, die in verschiedenen Gegenden Frankreichs im Januar erneut ausgebrochen sind, so in Clermont-Ferrant, in Le Havre und in der Umgebung von Paris. Diese Streiks, die in Form der passiven Resistenz, der sogenannten „grèves-perlées", durchgeführt wurden und zur Stillegung von Maschinen führten, entstanden aus der Unzufriedenheit der Arbeiter mit ihren Arbeitsbedingungen und aus ihrer feindseligen Einstellung gegen die weitere Kriegsführung heraus. Wie schlecht es in Wahrheit mit den Arbeitsbedingungen in Frankreich bestellt sein muß, beweisen auch eine parlamentarische Intervention des Senators Henry **Sellier** wegen der Überbeanspruchung der Frauen und des Raubbaues, der mit ihrer Gesundheit getrieben wird, oder der Notschrei einer französischen Arbeiterin, die im „L'Oeuvre" vom 2. 1. 1940 schreibt, 60 Stunden an der Kette überschritten das Maß des Zumutbaren.

Diese Tatsachen beleuchten einmal mehr die Diskrepanz zwischen den offiziellen französischen Verlautbarungen und der tatsächlichen Lage, wenn zur gleichen Zeit der französische Arbeitsminister **Pomaret** verkündet, das Maximum der erträglichen Arbeit für Frauen sei die 48stündige Arbeitswoche.

Auch die soziale Lage der meisten neutralen Länder wird durch den von den Westmächten heraufbeschworenen und gewaltsam verschärften Krieg immer schlechter. In **Belgien**, das im besonderen auf die Ausfuhr angewiesen ist, stieg die Zahl der kontrollierten Arbeitslosen in der letzten Januarwoche auf 247 000. Die neue belgische Regierung hat beschlossen, 8000 Arbeitslose zum Heeresdienst einzuziehen und 7500 Familienväter, die drei oder mehr Kinder haben, aus dem Heeresdienst zu entlassen. Welche Bedeutung der Arbeitslosigkeit und ihrer Bekämpfung in Belgien beigemessen

wird, zeigt die Veröffentlichung eines Gesetzesvorschlags zu einer Pflichtversicherung gegen unfreiwillige Arbeitslosigkeit in dem „Bulletin Mensuel du Placement et du Chomage" vom Dezember 1939.

Das andere große Problem, das Belgien im Dezember und Januar in Atem hielt, hat am 25. 1. 1940 seine abschließende Lösung gefunden. Die Erhöhung der Arbeitszeit im Bergbau auf 48 Stunden wöchentlich, die schon Anfang Dezember 1939 gesichert erschien, dann aber stärksten Widerstand bei den Gewerkschaften fand, ist nun doch zustande gekommen. Die Gegenleistung für den Bergarbeiter besteht in einer Erhöhung seines Tageslohnes um 1,5 v. H.

Auch Holland ist von dem Gleiten der Preise und Löhne nicht verschont geblieben. Nach dem Lebenshaltungsindex der Stadt Amsterdam (1911 = 100) betrug die Lebenshaltung im Dezember 1939 146 Punkte gegen 144,3 im November und 136,5 im August. Die Teuerung betrug demnach seit Kriegsausbruch bereits 6,9 v. H. Namentlich sind Nahrungsmittel, Bekleidung und Toilettenartikel verteuert. Nach holländischen Angaben erhalten seit November 1939 rund 200 000 Arbeiter einen Teuerungszuschlag von durchschnittlich 5 v. H. Besondere Anerkennung verdient, daß trotz dieser schweren Zeiten die Regierung sich die Verbesserung der Arbeitsbedingungen angelegen sein läßt. Mitte Januar 1940 hat der Arbeitsminister einen Gesetzentwurf aufgestellt, der die Einführung bezahlten Urlaubs auf der Grundlage zum Gegenstand hat, daß grundsätzlich jeder Arbeitnehmer einen Anspruch auf je einen halben Tag bezahlten Urlaub für je 30 Arbeitstage erhalten soll. Für Arbeiter, die häufig ihren Arbeitsplatz wechseln müssen, soll ein Urlaubsgutscheinsystem eingeführt werden. Soweit Urlaubsregelungen bereits bestehen, sollen sie von dem Gesetz unberührt bleiben, wenn sie für den Arbeitnehmer günstiger sind.

In Dänemark betrug die Arbeitslosigkeit Ende 1939 nach den Zahlen der bei den staatlich anerkannten Versicherungskassen gegen Arbeitslosigkeit Versicherten in Kopenhagen 39 641, in der Provinz 119 423, insgesamt 159 064. Für 20 000 Arbeiter wurden die Tarifabkommen zum 1. 4. 1940 durch die zuständigen dänischen Gewerkschaften gekündigt, nachdem lange Verhandlungen über Einführung einer Teuerungszulage ergebnislos geblieben waren. Man hofft noch auf Verständigung ohne Konflikt durch staatliches Schlichtungsverfahren.

Besonders schwer von den Auswirkungen des Krieges betroffen sind auch Schweden und Norwegen.

In Schweden sind nach dem „Socialdemokraten" vom 11. 1. 1940 die Lebenshaltungskosten im letzten Quartal 1939 beträchtlich gegenüber dem 3. Quartal angestiegen. Ausgehend von einem Index 1935 = 100 betrug der Lebenshaltungsindex im Dezember bereits 114. Dabei sind neben den Preisen für Lebensmittel namentlich die Preise für Heizung, Licht und Kleidung gestiegen. Nach anderer Quelle beträgt die Preissteigerung seit Anfang 1939 25 v. H. Im staatlichen Sektor sind zum Ausgleich der Teuerung bereits gleitende Löhne eingeführt worden. Zur Überwindung besonderer Notstände hat die schwedische Regierung das am 20. 12. 1939 vom außerordentlichen Reichstag angenommene Dienstpflichtgesetz jetzt verkündet und mit sofortiger Wirkung in Kraft gesetzt. Nach diesem Gesetz ist jede Person zwischen 16 und 70 Jahren, die in Schweden ansässig ist, nach behördlicher Anweisung verpflichtet, die Arbeiten anzunehmen und auszuführen, die ihre Gesundheit und körperlichen Kräfte gestatten. Die Dienstpflicht soll namentlich die Versorgung des Heeres sowie die Erfüllung anderer wichtiger Arbeiten im allgemeinen Interesse sicherstellen. Die Entlohnung soll in der Regel nach dem Kollektivabkommen erfolgen, das für entsprechende normale Arbeit gilt. Die Durchführung der Dienstpflicht erfolgt durch eine besondere, neugeschaffene Arbeitsverwaltung, die der Regierung direkt untersteht.

Auch in Norwegen lassen die amtlichen Indexziffern für die Lebenshaltung von Monat zu Monat eine Steigerung erkennen und werden durch die tatsächliche Entwicklung noch übertroffen. Da die stark organisierte nor-

wegische Arbeiter- und Angestelltenschaft ihre Tarifabkommen von den jeweiligen Indexziffern abhängig macht, führte die Indexsteigerung nach Verhandlungen zu neuen Tarifabsprachen. Die neuen Tarife gewähren den Lohnempfängern vollen Ausgleich für die bis zum 1. 1. 1940 eingetretenen Steigerungen. Bei weiterem Ansteigen des Index ist eine automatische Lohnerhöhung von je ¾ der Indexsteigerung vorgesehen.

In der Schweiz soll die Lohnausfallentschädigung an Arbeitnehmer im aktiven Militärdienst, deren provisorische Regelung der Bundesrat am 20. 12. 1939 getroffen hat, als „Lohnersatzordnung" am 1. 2. 1940 in Kraft treten. Sie schafft gegenüber den bisherigen Lohnunterstützungen, die nur beim Nachweis der Bedürftigkeit geleistet wurden, einen Rechtsanspruch des eingezogenen Wehrmannes bzw. seiner Familie. Die Leistung besteht aus einer Haushaltsentschädigung und Zulagen, die nach ländlichen, halbstädtischen und städtischen Verhältnissen gestaffelt sind. Ein Wehrmann mit zwei Kindern erhält 153 schw. Fr. in ländlichen, 180 schw. Fr. in halbstädtischen und 211,50 schw. Fr. in städtischen Verhältnissen. Bei einer Höhe des ausfallenden Lohnes von durchschnittlich 10 bis höchstens 14 schw. Fr. täglich sind abgestufte Erhöhungen zulässig. Die Mittel werden zur einen Hälfte von Bund und Kantonen, zur anderen Hälfte durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebracht. Ihre Verwaltung erfolgt durch Lohnausgleichskassen, die von den Verbänden und Kantonen eingerichtet werden.

Unter erfreulicheren Vorzeichen als in den erwähnten Ländern steht das sozialpolitische Geschehen in Italien. Zwar sind auch in Italien seit Kriegsausbruch die Lebenshaltungskosten gestiegen. Die amtlichen Höchstpreise weisen im Durchschnitt eine Erhöhung von 5 v. H. auf. Aber die kraftvolle Hand der autoritären Regierung hat sofortige wirkungsvolle Gegenmaßnahmen durchgeführt. Beim Korporationsministerium wurde ein Ausschuß zur Angleichung der Indexpreise errichtet, dem die Minister für Landwirtschaft, Verkehr, öffentliche Arbeiten, Devisen, der Generalkommissar für die Kriegsfabrikation und die Präsidenten der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände der Industrie und Landwirtschaft und des Handels angehören. Zur Beschaffung der Unterlagen stehen diesem Gremium die Korporationen zur Verfügung, so daß es keines neuen Apparates bedarf.

Auch der Arbeitseinsatz erhält immer mehr das Gepräge der staatlichen Lenkung. Der ehemalige Finanzminister Stefani befaßte sich mit dem Problem der Mobilisierung der Arbeitsreserven vor kurzem in der „Stampa" und führte dabei aus, daß in den meisten Zweigen Mangel an Facharbeitern bestehe, während noch eine Anzahl ungelernter Arbeiter unbeschäftigt geblieben sei. Die Rohstoffe im Lande und die Arbeitskräfte seien die einzige zuverlässige Stütze in Kriegszeiten, und eine Mobilisierung der Arbeitsreserven durch Regierung und Kredit seien dringende Forderungen. Besondere Initiative entfaltet die italienische Regierung auf dem Gebiet des Wohnungsbaues. Im Dezember 1939 empfing der Duce den Rat des Faschistischen Nationalverbandes für Volkswohnungshäuser, der ihm die Ergebnisse der letzten drei Jahre vorlegte. In dieser Zeit sind nach dem Bericht 23311 Wohnungen im Wert von 490 Millionen Lire erstellt worden. Weitere 11043 Wohnungen im Wert von 270 Millionen Lire sind in Ausführung. Mussolini stellte für Zwecke des Volkswohnungsbaues weitere 200 Millionen Lire zur Verfügung.

Auch Spanien ist unter der zielbewußten Führung seines Caudillo mit starken Kräften an seiner sozialen Wiederaufbauarbeit tätig. In der Woche vor Weihnachten hielt der Generalsekretär der Partei und Innenminister Serrano Suñer auf dem 3. Nationalen Kongreß des Sozialen Hilfswerks der Falange (Auxilio Sociale) eine bedeutungsvolle Rede über die Aussichten und Ziele des Sozialen Hilfswerks in der Zukunft. Dieses soll Träger der gesamten Wohltätigkeit und der Unterstützung Hilfsbedürftiger werden, neben dem die bestehenden Wohltätigkeitsorganisationen weiter arbeiten können. Zu Beginn des neuen Jahres hat die spanische Regierung der Öffentlichkeit großzügige Pläne für öffentliche Arbeiten vorgelegt. Für den

Bau von Landstraßen und die Durchführung wasserwirtschaftlicher Arbeiten sind je 1½ Milliarden, für Hafenarbeiten und Erneuerung von Seezeichen 1,2 Milliarden Peseten ausgeworfen. Madrid soll zu einem Zentrum der Landstraßenverbindungen ausgebaut werden, ein Staubecken in El Pardo soll der besseren Regulierung des Manzanares dienen. Für die Durchführung dieser Pläne ist eine Zeitdauer von 10 Jahren vorgesehen.

Noch eine erfreuliche sozialpolitische Tatsache mag zum Ende dieser Übersicht erwähnt werden. Die sozialen Verhältnisse im **Protektorat Böhmen und Mähren** haben nach einem zusammenfassenden Überblick des Reichsprotektors eine günstige Entwicklung genommen. Während noch im März 1939 bei Errichtung des Protektorats rund 93000 Arbeitslose bei 1650000 Beschäftigten vorhanden waren, ist die Zahl der Arbeitsuchenden nach der letzten amtlichen Zählung des Ministeriums für Sozial- und Gesundheitsverwaltung auf 7500 zurückgegangen. Diese Zahlen schlagen um so mehr zu Buche, als die sozialen Verhältnisse der Arbeitslosen im Protektorat im besonderen Maße elend waren. Nur wenige standen überhaupt in Unterstützung, und, soweit sie Unterstützung erhielten, betrug diese im Durchschnitt ganze 10 RM monatlich.

Allerdings sind diese Erfolge der deutschen Arbeitsverwaltung und der Protektoratsregierung nicht in den Schoß gefallen. Mit deutscher Gründlichkeit und Zähigkeit wurde der organisatorische Aufbau vollzogen. Zum organischen Einsatz waren Arbeitseinsatzstellen gebildet worden, die in unendlicher Kleinarbeit den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit führen. Eine große Anzahl, meist arbeitsloser, Tschechen konnte im Altreich Arbeit finden, und bis Mitte Dezember wurden nicht weniger als rund 65 Millionen tschechischer Kronen von diesen Arbeitern in das Protektorat überwiesen.

Entsprechend der Eingliederung in den Arbeitsprozeß ist auch die soziale Lage im Protektorat gestiegen. Zwar waren nach dem bekannt niederen Lebenshaltungsstand in der früheren Tschecho-Slowakei Steigerungen der Lebenshaltungskosten zu verzeichnen, aber die Steigerung der Kaufkraft hielt damit nicht nur Schritt, sondern übertraf diese Steigerung. Nach amtlichen Feststellungen stieg die Gesamtlohnsumme von 555 Millionen tschechischen Kronen im März 1939 auf 741 Millionen Kronen zum Ende des Jahres 1939. Die Sozialversicherung im Protektorat wurde erhalten und weitgehend verbessert. Ebenso erfuhren die Wohnungsverhältnisse, die bekanntlich besonders im argen lagen, eine wesentliche Förderung durch beträchtliche Mittelbereitstellung durch die Protektoratsregierung.



Die Wirtschaftspolitik

Das wirtschaftliche Geschehen im ersten Monat des neuen Jahres war besonders gekennzeichnet durch die erfolgreichen Bemühungen des Reiches, den Vorsprung im Ausbau und der Produktionskraft seiner Kriegswirtschaft zu halten und zu vergrößern. So fiel das Abklingen der ersten Phase des Krieges zeitlich etwa mit einer neuen entscheidenden Wirtschaftsmaßnahme zusammen: der straffen **Zusammenfassung der deutschen Kriegswirtschaft** in den Händen von Ministerpräsident Generalfeldmarschall **Göring**.

Staatssekretär **Körner** gab diese für die weitere Gestaltung der deutschen Kriegswirtschaft wichtigste Maßnahme in einem Aufsatz der Zeitschrift „Der Vierjahresplan" bekannt. Der Staatssekretär wies darauf hin, daß die Umstellung der hochentwickelten deutschen Wirtschaft auf den Krieg, die Reichswirtschaftsminister **Funk** als Generalbevollmächtigter für die Wirtschaft durchführte, zweifellos eine der schwersten Aufgaben der letzten Monate war und eine organisatorische, in der Wirtschaftsgeschichte beispiellose Leistung größten Ausmaßes darstellt. Solange der Krieg dauert, wird die Wirtschaft Operationsgebiet bleiben. Dementsprechend muß, wie Staatssekretär Körner weiterhin ausführte, die Kriegswirtschaftspolitik elastisch und schlagkräftig, erfinderisch und wagemutig im Aufspüren neuer Mittel und Wege, hart und konsequent in der Verfolgung des großen Zieles der siegreichen Reichsverteidigung sein. Drei Voraussetzungen seien für diese Ansprüche unerläßlich: „1. Klare Befehlsgewalt und straffste autoritäre Lenkung der gesamten Kriegswirtschaft; — 2. laufende engste Zusammenarbeit sämtlicher Stellen, die mit kriegswirtschaftlichen Fragen beschäftigt sind, und zwar in Partei und Staat; — 3. Disziplin und verständnisvolle Mitarbeit des ganzen Volkes, der Schaffenden sowohl als auch der Verbraucher. Aus diesen Gründen hat sich Generalfeldmarschall **Göring** im Dezember des vergangenen Jahres auf die Initiative von Reichsminister Funk hin entschlossen, eine weitere Vereinheitlichung in der Lenkung der Wirtschaftspolitik herbeizuführen. Der Generalfeldmarschall nimmt demnach die Leitung der Kriegswirtschaft ganz in die Hand. Mit anderen Worten: Der Beauftragte für den Vierjahresplan wird **höchste kriegswirtschaftliche Instanz**; der Auftrag des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft, des Reichsministers Funk, liegt dagegen bei der Wirtschaftspolitik und der Kriegsfinanzierung im engeren Sinne, entsprechend den Aufgaben des Reichswirtschaftsministeriums und der Reichsbank."

Über die Organisation und die Durchführung der neuen Aufgaben machte Staatssekretär Körner folgende Ausführungen: „Für diese Führungsaufgabe bedient sich der Generalfeldmarschall der zuständigen Ministerien und der bereits bewährten Einrichtungen und Dienststellen des Vierjahresplanes. Er beabsichtigt also keineswegs, ein neues Amt für Kriegswirtschaft aufzubauen. Für die Einrichtung neuer Behörden liegt kein sachliches Bedürfnis vor, und behördliche Überorganisation hat sich stets nachteilig aus-

gewirkt. Um die unbedingt notwendige Zusammenarbeit zu gewährleisten, werden alle in die Kriegswirtschaftspolitik eingeschalteten obersten Reichsbehörden in einem Generalrat zusammengefaßt. Diesem gehören die Staatssekretäre an: des Beauftragten für den Vierjahresplan, des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, des Reichsarbeitsministeriums, des Reichsverkehrsministeriums, des Reichsministeriums des Innern und des Reichsforstamtes; ferner gehören ihm an: der Reichskommissar für die Preisbildung, der Chef des Wehrwirtschaftsamtes im Oberkommando der Wehrmacht sowie ein Beauftragter des Stellvertreters des Führers der NSDAP. Nach Bedarf kann der Generalrat namentlich durch Heranziehung von Vertretern des Reichsfinanzministeriums oder der Reichsbank und der Generalbevollmächtigten des Vierjahresplanes erweitert werden. Den Vorsitz führt der Generalfeldmarschall; mit seiner Vertretung hat er Staatssekretär Körner beauftragt. Der Generalrat hat festumrissene Aufgaben, so vor allem die laufende Abstimmung der Arbeiten der einzelnen Ressorts, die Entgegennahme und Prüfung von Berichten und die Veranlassung der jeweils erforderlichen kriegswirtschaftlichen Maßnahmen. Er ist eine Arbeitsgemeinschaft, die die wichtigsten Fragen klärt und die Richtlinien für ihre Lösung festlegt. Die Durchführung der einzelnen Maßnahmen hingegen, also auch die Ausarbeitung der einschlägigen Verordnungen und Verwaltungsvorschriften, bleibt nach wie vor den zuständigen Ressorts überlassen, die über die geeigneten Fachkräfte und den notwendigen Verwaltungsapparat verfügen."

Die Kriegswirtschaftspolitik wird mit Gesetzen und Verordnungen allein nicht zum Erfolg geführt werden können. Entscheidend ist letzten Endes die tatkräftige Mitarbeit und freiwillige Einordnung der deutschen Volksgenossen. Das verständnisvolle Mitgehen des Volkes mit den vorgesehenen Wirtschaftsmaßnahmen erhält seine besondere Bedeutung auf dem Gebiet der **Kriegsfinanzierung**, deren Einsatz für die Bewältigung der umfangreichen Vorhaben besonders wichtig ist. Reichsminister **Funk** ging anläßlich einer Feier zur Errichtung der Reichsbankstelle **Salzburg** am 2. Januar in einer bedeutsamen Rede auf diese Fragen besonders ein. Der Minister hob die im Krieg notwendige Einengung der Produktion an Verbrauchsgütern, die auch vom Verbraucher Verzichte fordert, und die damit zusammenhängende Verkürzung des für die Verbrauchswirtschaft verbleibenden Sektors hervor. Der Minister stellte die Notwendigkeit des **Kriegssparens** besonders heraus, die er wie folgt begründete:

„Die Einkommensteile, die zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten nicht benötigt werden, gehören auf das Bank- oder Sparkonto, wo sie jederzeit bei Bedarf wieder abgehoben werden können. Der Wert von Ersparnissen wird nach Beendigung des jetzigen Ringens besonders deutlich werden, wenn es gilt, teilzuhaben an der Umstellung der Wirtschaft auf die Friedensarbeit. Das Sparen ist schon im Frieden eine nationalwirtschaftliche Pflicht, im Krieg aber ist das **Gebot des Sparens ein zwingendes Muß**. Wir sind gerade dabei, eine besondere Art des Kriegssparens zu entwickeln, um das Sparen noch wirksamer zu gestalten und die Spartätigkeit zu fördern. Im übrigen hat sich auch in den verflossenen Kriegsmonaten die Spartätigkeit nicht ungünstig entwickelt. Das Vertrauen zu unseren Sparkassenorganisationen und zu unseren Geld- und Kreditinstituten ist im Kriege nicht im geringsten erschüttert worden. Die Kriegssparer werden nicht enttäuscht, sondern belohnt werden. Wir würden es überdies im Interesse der Gesamtheit nicht dulden, daß ein schlechtes Beispiel Schule macht, und es durch geeignete Steuermaßnahmen nötigenfalls zu erzwingen wissen, daß freie Einkommensteile dahin gelangen, wo sie im Interesse des Volksganzen nutzbringend verwendet werden können. Zwang und Härten können aber vermieden bleiben, wenn jeder von sich aus freiwillig den Erfordernissen der Kriegszeit Rechnung trägt. Denn auch die finanziellen Lasten des Kampfes müssen von der Gesamtheit des Volkes getragen werden."

Entscheidend wird auch hier das Vertrauen des deutschen Volkes in die Stabilität seiner Wirtschaft sein. Dieses Vertrauen hat sich sowohl die politische als auch die wirtschaftliche Führung in den vergangenen sieben Jahren nach der Machtergreifung Adolf Hitlers in jeder Weise erworben, und es wird auch als nicht zu unterschätzender Faktor in der augenblicklichen für das Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes entscheidenden Auseinandersetzung eine Rolle spielen.

Für das reibungslose Funktionieren der deutschen Wirtschaft bürgt ihre straffe Durchgliederung, die auch in der vom Reichswirtschafts- und Reichsernährungsminister erlassenen gemeinsamen Anordnung zum Schutze des Großhandels vom 15. Januar zum Ausdruck kam (RAnz. Nr. 13 v. 16. 1. 40). Nach dieser Anordnung bedarf die Errichtung von Großhandelsunternehmen bis zum 1. Januar 1940 der Einwilligung der höheren Verwaltungsbehörde. Die Anordnung, deren Inkraftsetzung für die Ostmark und für das Gebiet der bisherigen Freien Stadt Danzig vorbehalten bleibt, gilt jedoch nicht für den Ein- und Ausfuhrhandel. Für die Betriebsführer des Großhandels, die im Felde stehen, wird die Anordnung von besonderer Bedeutung sein, da sie Neugründungen verhindert, die ihnen möglicherweise später die Wiederaufnahme ihres Berufes erschweren. Ferner werden ungeeignete Elemente gehindert, die derzeitige Versorgungslage zum Eintritt in den Großhandel auszunutzen.

Die Anordnung zum Schutze des Großhandels wird besonders auch in der dem Kriege folgenden Übergangszeit von besonderer Wichtigkeit sein. Gerade im Handel brachte die Umstellung auf die Kriegswirtschaft einschneidende Änderungen mit sich. Die Betreuungsaufgaben, die insbesondere von der Deutschen Arbeitsfront erfolgreich eingesetzt wurden, trugen dazu bei, die Übergangsschwierigkeiten in kürzester Frist zu beheben. Diese Tatsache kam besonders in dem Leistungsbericht, den Reichsamtsleiter Zeit auf der Tagung des Fachamts „Der deutsche Handel" in der DAF am 22. Januar in Essen ablegte, zum Ausdruck. Eine entsprechende Unterrichtung der Kaufleute, aber auch eine Gewöhnung der Verbraucher an die kriegswirtschaftlichen Bedingungen werden auch in Zukunft in jeder Weise gefördert, um Schwierigkeiten zu vermeiden.

Die Befreiung von der Einhaltung handelsrechtlicher Vorschriften wurde durch eine Verordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung vom 15. Januar 1940 (RGBl. I, S. 196) ermöglicht. Danach wurde der Reichsjustizminister ermächtigt, für einzelne Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung von dem Aktiengesetz, den Gesetzen über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung und dem Handelsgesetzbuch abweichende Anordnung über die Bekanntmachungen des Jahresabschlusses sowie über die Bekanntmachungen von Eintragungen in das Handelsregister zu erlassen, wenn dies aus Gründen der öffentlichen Ordnung geboten ist.

Die Erfüllung der kriegswirtschaftlichen Aufgaben und die Abwehr der englischen Wirtschaftsblockade sind in erster Linie ein Verkehrsproblem. Die Aufrechterhaltung und Förderung des Verkehrs innerhalb des Reichsgebiets, besonders aber mit dem neutralen Ausland, gehörten zu den vordringlichsten Anforderungen, die an die Deutsche Reichsbahn gestellt wurden. Nachdem in den vergangenen Monaten eine weitgehende Normalisierung im Auslandsverkehr und ein in Anbetracht der besonderen Verhältnisse genügender Personenverkehr im Inlande durchgeführt werden konnte, traten durch eine über jedes normale Maß hinausgehende Kälteperiode im Laufe des Monats Januar Erschwerungen ein, die eine Sicherstellung des Güterverkehrs auf Kosten des noch ziemlich umfangreichen Personenverkehrs erforderlich machten. Durch eine Einschränkung des Reisezugdienstes wurden Lokomotiven und Lokomotivpersonal für die lebenswichtigen Aufgaben der Versorgung der Wirtschaft und der Großstädte frei gemacht. Der Berufsverkehr wurde durch diese Maßnahmen jedoch nicht betroffen.

Durch diese Maßnahmen gelang es trotz der durch den Frost heraufbeschworenen Erschwerung, die Versorgungslage der Kriegswirtschaft und der Bevölkerung sicherzustellen. Besondere Schwierigkeiten ergaben sich auf dem Gebiet des Kohlentransports. Die Kohlenknappheit war also in Deutschland keineswegs wie in verschiedenen anderen Ländern die Folge einer Unterproduktion. Im Gegenteil, der Mehrbedarf der Kriegswirtschaft bewirkte eine über jedes bisherige Maß hinausgehende Produktionssteigerung. Durch die nicht zu vermeidenden Verkehrsstörungen traten lediglich Verzögerungen in der Anfuhr ein, die eine Reihe von Sondermaßnahmen notwendig machten. Durch den Einsatz der Partei und ihrer Gliederungen sowie der Wehrmacht, eine gerechte Verteilung und nicht zuletzt durch Sondereinstellung von Güterzügen wurden die Voraussetzungen für eine wirksame Abwehr der klimatisch bedingten Gefahren dieses ersten Kriegswinters geschaffen.

Eine besondere Rolle in der Kriegswirtschaft spielt die Haushaltsführung des Reiches und der Länder. Mit dem Ausbruch des Krieges erfolgte eine weitgehende Kürzung der zivilen Sachausgaben, die nach einer Verordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung vom 15. Januar 1939 im kommenden Haushaltsjahr weiter gekürzt werden sollen. Diese Verordnung zur Vereinfachung der Haushaltsführung in Reich und Ländern bestimmt, daß als Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1940 der Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1939 mit den sich aus den besonderen Anlaß ergebenden Kürzungen gilt. Dies gilt entsprechend für die Haushaltspläne der Länder. Die Kürzungen, die im Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1940 gegenüber dem letzten Reichshaushaltsplan eintreten, stellt der Reichsfinanzminister im Benehmen mit den obersten Reichsbehörden fest.

Die wirtschaftliche Neuordnung im Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete erfuhr im Laufe des Monats Januar mit der Errichtung der „Emissionsbank in Polen" eine weitere entscheidende Förderung, die geeignet war, alle im Ausland verbreiteten Gerüchte über Finanzmaßnahmen, die auf eine Entwertung des Zloty hinausgingen, gegenstandslos zu machen. Die Emissionsbank in Polen, die ihren Sitz in Krakau hat, trat an die Stelle der bisherigen Hauptverwaltung der Reichskreditkasse in Krakau. Abgesehen vom Gold- und Devisenverkehr umfaßt der Geschäftskreis alle Aufgaben einer Notenbank. Die Noten der Bank sind von einem noch festzusetzenden Zeitpunkt ab das einzige unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel in den besetzten polnischen Gebieten. Als Deckung der von der Bank ausgegebenen Noten und der bei ihr unterhaltenen Guthaben sind zugelassen: Forderungen auf Diskont- und Darlehnsgeschäfte sowie Bestände an deutschen Zahlungsmitteln, ferner Guthaben bei der Deutschen Reichsbank oder der Deutschen Verrechnungskasse. Als Deckung wird weiterhin zugunsten der Emissionsbank eine erststellige, allen Steuern und sonstigen Belastungen vorgehende Grundlast bis zum Höchstbetrag von 3 Milliarden Zloty an den in den besetzten polnischen Gebieten gelegenen Grundstücken gestellt.

Der Vorstand der polnischen Emissionsbank, Prof. Dr. Mlynarski, und Direktor Jedrzejowski wurden am 18. Januar vom Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete, Reichsminister Dr. Frank, empfangen, der in einer Ansprache der Erwartung Ausdruck gab, daß der Vorstand der Bank alle seine Kräfte einsetzen werde, um das in ihn gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Dr. Frank teilte weiterhin mit, daß der Umtausch der alten polnischen Banknoten in solche der Emissionsbank im Frühjahr durchgeführt werde. Ferner sicherte er dem Präsidenten zu, daß er seinerseits alles tun werde, um ihn in seinen Bestrebungen, dem Zloty seine Kaufkraft zu erhalten, zu unterstützen.

Der deutsche Außenhandel war auch im Laufe des Monats Januar erfolgreich bemüht, den Güterverkehr mit den neutralen Staaten aufrechtzuerhalten, zu fördern und somit die Bresche in die englische Blockadepolitik

zu verbreitern. Besondere Bedeutung kam dabei den Verhandlungen mit der Sowjetunion zu. Das Abkommen über den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen beiden Ländern vom 19. Dezember 1938 wurde am 31. Dezember 1939 bis Ende 1940 verlängert. Nach mehreren erfolgreich verlaufenen Probeflügen wurde am 20. Januar die neue Luftverkehrsstrecke Berlin—Moskau eröffnet. Die umfangreichen Wirtschaftsverhandlungen wurden inzwischen in Moskau weitergeführt. Der Leiter der deutschen Abordnung, Botschafter Dr. Ritter, weilte Mitte Januar einige Tage in Berlin und kehrte dann nach Moskau zurück, wo die Besprechungen ihrem Ende entgegengehen. Die Intensivierung des gegenseitigen Güterverkehrs führte zu einem neuen Tarif für den Personen- und Güterverkehr zwischen der Sowjetunion, Litauen und Deutschland, der vor allem für die großen Transporte aus der Sowjetunion nach Deutschland zur Anwendung kommen wird.

Mit Litauen wurde außerdem am 12. Januar ein Abkommen über Rechtshilfe in Zollsachen unterzeichnet, das am 15. Januar gleichzeitig mit der Eröffnung des Freihafens in Memel in Kraft trat.

Am 12. Januar traf eine deutsche Abordnung in Riga ein, um Verhandlungen über lettische Holzlieferungen nach Deutschland zu führen.

Die regelmäßigen Beratungen der deutsch-ungarischen Regierungsausschüsse für die Regelung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen, die am 4. Januar begannen und am 17. Januar abgeschlossen wurden, führten zu einer Vereinbarung über die gegenseitigen Kontingente im laufenden Jahr.

Auch die Verhandlungen mit Ungarn unterstrichen die Wichtigkeit und das gesunde, auf gegenseitiger Ergänzung beruhende Verhältnis zwischen dem Großdeutschen Reich und den Südoststaaten. Die Ergebnisse der gegenseitigen Handelsbeziehungen bedeuten den schlagendsten Beweis gegen die verlogene britische Zweckpropaganda. Im November bezog Deutschland insgesamt 79 v. H. der bulgarischen Ausfuhr, während 74 v. H. der Einfuhr Bulgariens aus dem Reich stammten. Der überwiegende Anteil Deutschlands am jugoslawischen Außenhandel wurde durch die Ergebnisse im Dezember 1939 eindeutig erwiesen. Deutschland nahm danach 71,74 v. H. der jugoslawischen Ausfuhr auf, das Protektorat Böhmen und Mähren folgte hinter Italien (14,57 v. H.) an dritter Stelle mit 11,51 v. H. Erst dann ist England mit 8,83 v. H. zu verzeichnen, während Frankreich nur 1,51 v. H. aufzuweisen hatte. Bei der jugoslawischen Einfuhr erreichte Deutschland sogar 48,41 v. H. Es folgten Italien mit 15,82 v. H. und das Protektorat mit 6,17 v. H. Hinter den Vereinigten Staaten mit 5,17 v. H. kam erst England mit 4,56 v. H., während Frankreich ganz am Schluß der Veröffentlichung mit einem Hundertsatz von 0,37 steht.

Lieferte so das Großdeutsche Reich auch im Laufe des Monats Januar immer wieder neue Beweise der Stabilität seiner Wirtschaft und seiner Wirtschaftsbeziehungen zum neutralen Ausland, die ein hohes Maß der Aufrechterhaltung des Außenhandels vor dem Kriege ermöglichte, so machte sich gleichzeitig in England mehr und mehr die Einsicht geltend, daß man mit den bisherigen Methoden der Blockade gegen das Reich nicht zum Ziel kommen könne. Das ging besonders aus einer Rede des Wirtschaftskriegsministers, Croß, hervor, als er im Unterhaus einen Überblick über die Tätigkeit und die Aufgaben seines Ministeriums gab. Zu den besonders interessanten Angaben des Ministers gehörte die Feststellung, daß England bei den gegen Deutschland gerichteten Konkurrenzkäufen und -verkäufen in gewissen neutralen Ländern zu ganz neuen Methoden greifen mußte, da Deutschland, besonders in den Südoststaaten, seinen Außenhandel seit Jahren auf der Grundlage des Verrechnungs- und Tauschsystems betrieben und dadurch einen beträchtlichen Vorsprung gehabt habe. Minister Croß gab weiterhin zu, daß die britische Regierung ein über die ganze Welt verbreitetes Nachrichtensystem besitze und sich von allen unmittelbaren und mittelbaren Förderungen, die Deutschland durch neutrale Händler erfährt, Kenntnis ver-

schafft. Außerdem erklärte er, daß das britische Schatzamt künftig Zuschüsse gewähre, um Waren zu erwerben, die Deutschland nützlich sein könnten. Er gab somit zu, daß die Bemühungen um eine Erweiterung des Handels mit den Neutralen völlig künstlich sind, während Deutschland seit langer Zeit einen aus den natürlichen Ergänzungsvoraussetzungen sich günstig entwickelnden Handel mit diesen Ländern besitzt.

In einer weiteren Rede des Herrn Croß kam der Zusammenbruch der bisher so gewaltigen Anstrengungen seiner Behörde zum Ausdruck, da, wie er selbst zugab, Deutschland noch keinerlei Anzeichen einer wirtschaftlichen Erschütterung zeige. Wenig überzeugend für die Wirksamkeit der Blockade waren auch seine Mitteilungen, daß mit einem unmittelbaren wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands nicht zu rechnen sei und daß man mit Hilfe des Wirtschaftskrieges nur nach einer langen Periode auf eine Entscheidung hoffen könne.

Die im Zusammenhang mit der Croß-Rede in der englischen Presse erhobenen allzu lauten Rufe nach Verschärfung des Wirtschaftskrieges sind ebenfalls als nichts anderes als ein Eingeständnis der Unzulänglichkeit der Blockadebemühungen zu bezeichnen. Die Versuche, hier wenigstens zu Teilergebnissen zu kommen, richteten sich wiederum in erster Linie gegen eine Reihe von neutralen Staaten. Im Mittelpunkt stand diesmal Rumänien, das durch seine Maßnahmen zur Sicherung der Erdölwirtschaft sich den Zorn der englischen Blockadestrategen zuzog. Das rumänische Volk faßte jedoch die englische Anmaßung als eine unbefugte Einmischung in die Neutralitätsstellung des Landes auf und gab in der Presse die gebührende Antwort.

Mindestens ebensoviel Sorgen wie die geringen Aussichten auf einen Blockadeerfolg gegen das Reich bereiteten den Engländern die zunehmenden Auswirkungen der deutschen Seekriegsführung sowie die geringe Anpassung der eigenen Wirtschaft an die Erfordernisse des Krieges. Wenn auch die großen Tonnageverluste immer wieder bagatellisiert und abgestritten wurden, so beweist doch die Mitteilung des Schiffahrtsministers Gilmour, daß ab 1. Februar 1940 alle seegängigen britischen Schiffe von der Regierung beschlagnahmt würden, daß deutsche U-Boote, Minen und Bomben bereits eine nicht zu verschließende Lücke in den britischen Tonnageraum rissen. Alle in Großbritannien und den Kolonien eingetragenen Fracht- und Fahrgastschiffe, die auf den großen Linien verkehren, werden damit unter Kontrolle des Staates gestellt. Die Regierung beansprucht das Recht, gewisse Schiffe auflegen zu können, bestimmte Routen vorzuschreiben und die Schiffe mit Ladungen zu befrachten, die für englische Staatsinteressen am dringlichsten benötigt werden.

Rückgang der Ein- und Ausfuhr, weitere Preissteigerungen und Rationierungsmaßnahmen für einzelne Lebensmittel sowie ein ungeheurer Fehlbetrag im Staatshaushalt sind auch im Monat Januar als Zeichen einer Wirtschaft anzusehen, die den Belastungen eines Krieges nicht in dem Umfange gewachsen ist, wie das in Anbetracht des ungeheuren Rohstoff- und sonstigen Reichtums des englischen Weltreiches zu erwarten wäre. Wenn diese Schwierigkeiten auch keineswegs überschätzt werden sollen, so sind sie doch bezeichnend für das plutokratische Wirtschaftssystem, das die Opfer eines von ihm selbst heraufbeschworenen Krieges möglichst auf die sozial schwächer gestellten Bevölkerungsschichten abwälzt.

Obwohl man von englischer Seite immer wieder auf die unerschöpflichen Hilfsquellen des Imperiums sowie des wirtschaftlich ebenso wie in politischen Dingen völlig hörigen französischen Bundesgenossen hinweist, kann man nicht umhin, der drohenden Verschärfung und Anspannung der Wirtschaftslage mit den oft und laut gelästerten Maßnahmen des autoritären Deutschlands entgegenzutreten. Rationierungsmaßnahmen für eine große Zahl von Lebensmitteln, Abfallverwertung, Alteisensammlung, Autarkiepläne usw. werden in zunehmendem Maße nachgeahmt, doch fehlt es zusehends an den übrigen Voraussetzungen für einen Erfolg dieser in Deutschland bewährten Maßnahmen.

Auch in **Frankreich** nahmen die Schwierigkeiten in der Rohstoffversorgung und auf dem Gebiet des Außenhandels zu. Besondere Aufmerksamkeit verdient hier die Verstärkung der finanziellen Lasten, da die Lage der Staatsfinanzen in eine immer bedenklichere Lage gerät. Die Rüstungsumsatzsteuer wurde von 1 auf 2 v. H. erhöht, um einen Ausgleich für die aufgehobenen kommunalen und departementalen Gewerbesteuern zu schaffen, deren Eingänge infolge der Kriegsmaßnahmen und der zahlreichen Einberufungen außerordentlich stark zurückgegangen waren.

Die **neutralen Staaten** bilden nicht nur in politischer Beziehung, sondern je nach ihrer Lage zum Reich und ihrer Abhängigkeit vom Außenhandel in zunehmendem Maße auch in wirtschaftlicher Beziehung ein beliebtes Objekt der Erpressungsversuche der westlichen Plutokratien, um sie in einen Konflikt mit Deutschland zu hetzen und damit den Kriegsschauplatz zu erweitern. Die besonders von britischer Seite angewandten Methoden führten bisher nur zur Erschwerung der Wirtschaftslage dieser Staaten, deren Proteste ungehört verhallten. Das Hauptangriffsziel richtete sich in letzter Zeit besonders auf den europäischen Südosten. In der Türkei gestaltete sich die Lage des Außenhandels besonders kritisch, da infolge des Ausfalls des deutschen Marktes ein ziemlicher Rückgang zu verzeichnen war. Der von den Westmächten vorgesehene Kredit ist zum großen Teil für Rüstungskäufe vorgesehen, so daß für eine Ergänzung des Handels nicht allzuviel übrig bleibt.

Die Schaffung eines rumänischen Ölkommissariats führte, wie gesagt, zu einer scharfen Pressekampagne in Paris und London, die diesen selbstverständlichen Hoheitsakt des rumänischen Staates mit politischem Druck zu verhindern suchten, um die im Handelsvertrag mit Deutschland vorgesehenen Ausfuhren Rumäniens zu verhindern. Mit Recht konnte sich Rumänien hierbei auf seine Neutralitätsverpflichtungen berufen und die Bevormundung und Einmischung der Westmächte zurückweisen.

Gegenüber der englischen und französischen Zweckpropaganda, den deutschen Außenhandel mit seinem natürlichen Ergänzungsgebiet, den südosteuropäischen Staaten, verhindern zu können, erweisen sich die Außenhandelsausweise der einzelnen Südoststaaten immer wieder als beste Gegenargumente. Deutschland hat die von den Westmächten geübte Praxis der politischen Schulden wiederholt abgelehnt und seine Beziehungen auf der Grundlage der wirtschaftlichen Ergänzungsmöglichkeiten aufgebaut. So nimmt denn heute das Reich im Außenhandelsvolumen des Südostens eine Stellung ein, die von seinen Feinden nur zu einem Bruchteil erreicht werden kann.

In welcher Weise der von England heraufbeschworene Krieg auf die neutralen Staaten und ihre Wirtschaft sich auswirkt, ist aus einer Fülle von eindeutigen Beispielen besonders an den Ziffern für den Schiffsverkehr im **Antwerpener Hafen** zu ersehen, der auf nur noch rund ein Drittel des früheren Verkehrs zusammenschrumpfte. Aus Dänemark wird eine weitere Drosselung der Einfuhr gewisser Warengruppen gemeldet. Man rechnet mit Einschränkungen für eine Einfuhr im Gesamtwert von 100 Mill. Kronen.

Dr. R.



